

PROTOKOLL

*über die 30. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Mittwoch, 21. Dezember 1994, im Rathaus, 1. Stock hinten,*

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:

Friederike Mach

Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:

Roman Eichhübl

Karl Holub

Ing. Othmar Schloßgangl

Ing. Dietmar Spanring

Leopold Tatzreiter

Dkfm. Mag. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler

Hermann Bächner

Felicitas Bauer

Josef Brandstötter

Ulrike Fuchs

Günter Fürweger

Walter Gabath

Hans Dieter Götz

Richard Gollatsch

Engelbert Huber

Klaus Jansky

Anna Jeloucan

Engelbert Lengauer

Brigitte Lohnecker

DI Frank Mundorff

Helmut Oberreiter

Walter Oppl

Hans Payrleithner

Mag. Harald Philipps

Edith Radmoser

Franz Rohrauer

Hermann Rupprechter

Eva Scheucher

Dr. Tilman Schwager

Wilhelm Spöck

Franz Straßer

Walter Strobl

Ingrid Weixlberger

VOM AMT:

MD Dr. Kurt Schmidl

OMR Dr. Gerhard Alphasamer

MR Mag. Helmut Lemmerer

TOAR Ing. Wolfgang Wein

OAR Helmut Riedler

OAR Walter Kerbl

Gerald Hackl

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist

Belinda Kastlunger

T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54, Abs. 3, StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

- 1) Wa-4125/73
Bruno und Hermelinde Steinkogler, 4407 Steyr-Gleink, Kerschberg 10A;
Zahlung der Grunderwerbsteuer.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

- 1) Fin-260/94 Gewährung einer Subvention an den ATSV "Vorwärts" Steyr zur Durchführung d. laufenden Sportbetriebes.
- 2) Präs-711/91 FHS OÖ. - Studiengänge Steyr; Grundsatz-erklärung d. Gemeinderates d. Stadt Steyr, betreffend die Finanzierung des Fachhochschulneubaues.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

- 3) Fin-207/94 JUKUZ Münchenholz - finanzieller Zuschuß zur Erneuerung des Außenputzes am Gebäude; außerordentliche Subvention.
- 4) SH-3413/90 Kosten für außerhalb des APT verabreichte Verpflegung; Anpassung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-
POLD PFEIL:

- 5) Fin-89/94 Museum Industrielle Arbeitswelt; außerordentliche Subvention.
- 6) Fin-203/94 Klarinettenensemble "Styria"; außerordentliche Subvention.
- 7) Fin-206/94 ASB "Stahlklang" Steyr; außerordentliche Subvention.
- 8) Fin-217/94 Reinhold Rebhandl; außerordentliche Subvention.
- 9) Ha-4875/89 Bernadette Huber; außerordentliche Subvention.
- 10) Ge-1080/94 Marktтарифordnung der Stadt Steyr 1994; Neufassung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 11) Stadtw-6/94 Städtischer Verkehrsbetrieb; Antrag auf Wertberichtigung der Beförderungspreise sowie Verbesserung der Tarifstruktur.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SCHLOSSGANGL:

- 12) GHJ2-101/94 Öffentliche WC-Anlage Ecke Punzerstraße/Sebekstraße.
- 13) Bau6-6673/92
Bau3-7370/92 Baumaßnahmen Steyrdorf 3. Teil; Auftrags-
erhöhung.
- 14) BauBrü-620/93 Neubau der Wiesenbergbrücke, Fuß- u.
Radwegunterführung und Große Fallen-
Brücke.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

- 15) ÖAGAbf-169/93 Verpackungsverordnung - Haussammlung;
Abschluß des Papiervertrages und Raten-
vereinbarung.
Abschluß des Glasvertrages und Ratenver-
einbarung.
- 16) GemAbf-146/94 Erlassung einer neuen Abfallgebührenord-
nung der Stadt Steyr.
- 17) GemAbf-143/94 Deponietarifordnung; Neufassung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZ-
REITER:

- 18) Bau5-3267/92 Errichtung von 26 Mietwohnungen in Steyr,
Wagnerstr. 2, 4 (ehem. Hotel Münchenholz);
Nachtrag zum Auftrag vom 14. 6. 1993 an
Bmst. Rubenzucker in bezug auf die Wohn-
bauförderung.
- 19) GHJ2-1585/77 Tarife für die Benützung des öffentlichen Gu-
tes über den Gemeingebrauch hinaus; Novel-
lierung.

20) Präs-895/94

Antrag v. GR Felicitas Bauer, GR Ulrike Fuchs
und GR Hans Dieter Götz, betreffend Ergän-
zung der Richtlinien zur objektiven Wohnungs-
vergabe.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HEL-
MUT ZAGLER:

21) Fin-170/94

Nachtragsvoranschlag 1994.

22) Fin-160/94

Voranschlag der Stadt Steyr f. d. Rechnungs-
jahr 1995.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie herzlich. Ich stelle fest, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer wurden mir die Gemeinderäte Brandstötter und Apfelthaler gemeldet. Nehmen die Herrschaften diese Funktion an? Koll. Brandstötter? Ja, danke. Koll. Apfelthaler ist momentan nicht im Saal ...

GEMEINDERÄTIN

EVA SCHEUCHER:

Ja, er nimmt sie an!

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Seine Kollegin vertritt ihn, er nimmt die Funktion an.

Zu Punkt Nr. 2) "ALLFÄLLIGE ANFRAGEN" darf ich berichten, daß keine vorhanden sind. Zu Punkt Nr. 3) "MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS" darf ich Ihnen mitteilen, daß sich im Arbeitsmarktverwaltungsbezirk zum Glück eine positive Veränderung ergeben hat. Der konjunkturelle Aufwärtstrend ist unverkennbar. Besonders im gewerblichen und industriellen Bereich macht sich eine Erholung nachhaltig bemerkbar.

Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen betrug Ende November immerhin noch 3.270. Die Zu-

nahmen weisen hier besonders eine saisonell schlechtere Beschäftigung bei den Arbeitslosen in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Bau und Fremdenverkehr auf.

Die Arbeitslosenquote beträgt 7,9 % - das ist im Jahresvergleich 1,5 Prozentpunkte niedriger. In absoluten Zahlen bedeutet dies einen Rückgang von 621 Vorgemerkten oder 16 % gegenüber demselben Zeitpunkt vor einem Jahr.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen mitteilen, daß wir am 22. Nov. ein Gespräch mit Vertretern der Steyrer Jugendkultur geführt haben - im Anschluß an eine Demonstration, die auf dem Stadtplatz stattgefunden hat. Anwesend waren der Kulturreferent, der Kulturausschuß-Vorsitzende und Vertreter der ÖVP- und GAL-Fraktion. Wir konnten eine Reihe von Lösungsansätzen finden. Vor allen Dingen im Hinblick darauf, daß den Jugendlichen die ehem. Musterstallungen auf dem Stadtgut-Areal für ein Kulturhaus und für ihre Verwendungszwecke geeignet erscheinen.

Die Graffitikünstler haben wir eingeladen, ab 1. Dez. die freien Flächen bei der Unterführung zwischen Forumkaufhaus und Bundesschulzentrum für ihre Kunstbetätigung zu verwenden. Hinsichtlich der Forderung nach geeigneten Übungsmöglichkeiten für Skateboarder wird sich die Stadt bemühen, geeignete Orte

ausfindig zu machen, wo diese Sportart ausgeübt werden kann. Wenn wir diese Vorschläge haben, werden wir mit den Jugendlichen weiter diskutieren.

Weiters darf ich Ihnen mitteilen, daß der Architektenwettbewerb "Wohnbebauung Knoglergründe" am 28. Nov. stattgefunden hat. Eine 11köpfige Wettbewerbsjury hat über 18 eingereichte Projekte befunden. Ziel des Wettbewerbes war es, dieses Grundstück sowohl städtebaulich als auch funktionell einer optimalen Lösung und Verbauung zuzuführen.

Als bestes Projekt beurteilte die Jury die Planung von Herrn Mag. arch. Hans Karl aus Wels. Es wurde hier eine durchwegs dreigeschoßige Verbauung mit 371 Wohneinheiten in diesem Projekt vorgeschlagen.

Von der Jury wurde in der Begründung für die Entscheidung besonders hervorgehoben, daß Herr Mag. arch. Hans Karl die räumliche Vielfalt der Projektierung, die Offenheit zur bestehenden und künftigen Bebauung miteinander vereinen konnte und sich auch in einer besonders "einfühlsamen Weise" an die reizvolle Topographie angepaßt hat.

Etwas Erfreuliches darf ich noch sagen: Unser Stadtrat Karl Holub feiert morgen seinen 50. Geburtstag. Ich möchte ihm dazu recht herzlich gratulieren. Herzlichen Glückwunsch!

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Nun möchte ich Sie bitten, die Beschlüsse des StS zur Kenntnis zu nehmen - sie sind mit den Sitzungs-Unterlagen zugegangen.

Somit sind wir bei Punkt 5) unserer Tagesordnung angelangt - "VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE".

Ich darf Frau Vizebürgermeister Mach bitten, den Vorsitz zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, ein Dringlichkeitsantrag ist eingelangt - ganz kurzfristig. Ich darf ihn zur Verlesung bringen:

*"ÖVP-Fraktion im
GR der Stadt Steyr*

*An den
Bürgermeister
der Stadt Steyr*

Einsparungen im ordentlichen Haushalt sollen auch bei den Politikerbezügen gefunden werden. Daher stellen die Unterfertigten gem. § 7 der Geschäftsordnung des GR der Stadt Steyr folgenden

DRINGLICHKEITSANTRAG

Der GR möge beschließen:

1)

Die Erhöhung der Bezüge der politischen Mandatäre um das Ausmaß der Erhöhung der Gehaltsansätze der Gemeindebedienste-

ten wird im Jahr 1995 ausgesetzt.

2)
Zur Überarbeitung der Bezügeverordnung wird eine Arbeitsgruppe aus Gemeindevertretern aller Fraktionen eingerichtet.

3)
Die Beförderungsrichtlinien für die Magistratsbediensteten sind unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit zu novellieren."

Dieser Antrag ist ausreichend unterstützt. Ich darf fragen, ob aus den Fraktionen das Wort gewünscht wird, bevor wir über die Zuerkennung der Dringlichkeit abstimmen. Hr. Koll. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren des GR! Das ist eigentl. das Ergebnis unserer 6tägigen Klausur. Ich sehe die Notwendigkeit eines Dringlichkeitsantrages nicht ein. Wenn er zur Dringlichkeit kommt, müssen wir unsere 32 Dringlichkeitsanträge auch bringen. Ich habe kein Problem, diesem Dringlichkeitsantrag - wenn es notwendig ist - die Zustimmung zu geben. Er rennt bei mir offene Türen ein, aber ich sehe die Notwendigkeit nach den 100 Stunden Marathon-Verhandlungen nicht ein. Das ist Bestandteil unseres gemeinsamen Pakets gewesen. Danke.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wird eine weitere Wortmeldung gewünscht zu diesem Dringlichkeitsantrag? Hr. Koll. StR Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING.
OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Wir haben den Dringlichkeitsantrag eigentlich deswegen eingebracht, weil nicht abzusehen war, wie die Budget-Verhandlungen bzw. die Zustimmung erfolgen wird. Ich glaube, es sollte festgeschrieben sein, daß, was wir in dem Antrag fordern, auch tatsächlich durchgeführt wird. Die Behandlung der Politikerbezüge gehört einmal besprochen in einem Kreis, und das wollten wir damit erreichen. Daher dieser Antrag.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung zu diesem Antrag. Das ist nicht der Fall, daher stimmen wir darüber ab, ob wir diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen. Ich würde vorschlagen, diesen Antrag dann gemeinsam mit dem Budget zu behandeln und einer Abstimmung zuzuführen. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltungen? Auch nicht der Fall. Die Dring-

lichkeit ist also akzeptiert. Zum gegebenen Zeitpunkt werden wir diesen Antrag in die Beratungen aufnehmen und zur Abstimmung bringen.

Ich übergebe den Vorsitz an Frau Vbgm. Mach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Hrn. Bürgermeister Leithenmayr um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER BGM.

HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren des GR! Der Antrag Nr. 1) beschäftigt sich mit einer Subvention zur Durchführung des lfd. Sportbetriebes beim ATSV Vorwärts Steyr. Der Antrag des StS an den GR lautet:

1) Fin-260/94

Gewährung einer Subvention an den ATSV "Vorwärts" Steyr zur Durchführung des laufenden Sportbetriebes.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Schule und Sport v. 22. Nov. 1994 wird dem ATSV "Vorwärts" Steyr zur Durchführung des laufenden Sportbetriebes eine einmalige, ao., nicht rückzahlbare Subvention im Ausmaß von S 130.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 130.000,--

bei der VA-Stelle 1/2690/757000.9 freigegeben.

Ich ersuche, darüber die Debatte zu eröffnen und die Abstimmung herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Hr. GR Spöck hat sich als erster zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Ich stimme zwar der Gewährung einer Subvention für die Durchführung des lfd. Sportbetriebes des ATSV Vorwärts Steyr zu. Aber sicherlich nicht mit besonderer Freude. Insbes. wenn ich an die letzte Sitzung des GR denke, wo ich in der Aktuellen Stunde das Leid einer Familie geschildert habe, wo die Mutter tödlich verunglückt ist und der Vater mit seinen drei Kindern plötzlich alleine dastand. Der Bgm. hat damals Hilfe zugesagt. Es kam auch zu einem pos. Amtsbericht, der dann leider im StS gescheitert ist - für mich aus unverständlichen Gründen.

Ich darf daher heute dem GR ein Schreiben des Vaters überreichen - an den Hrn. Bgm. - mit folgendem Inhalt:

"Betrifft: Klarstellung von unrichtig dargestellten ...

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist ein ganz anderes Thema!

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

"Betrifft: Klarstellung von unrichtig dargestellten Fakten
Aus gegebenem Anlaß sehe ich mich gezwungen, einige - wie mir berichtet wurde - im Stadtsenat unrichtig dargestellten Fakten bezügl. meiner momentanen Familiensituation klarzustellen.

Zum ersten wohne ich noch nicht, wie angegeben wurde, in meinem Haus, und zum zweiten hat sich die Situation bezügl. Heimhilfe oder dergleichen noch nicht erledigt.

Richtig ist, daß es eine Option gab, die dieses in Aussicht stellte, welche sich in weiterer Folge jedoch nicht ergab.

Ich möchte diejenigen Personen, die diese Fehlinformation in Umlauf gebracht haben, ersuchen, in seriöser Art mit Informationen umzugehen und sich über Sachverhalte, wie es ihrem Status angemessen wäre, gründlich zu informieren.

Es verbleibt mit freundlichen Grüßen und wünscht Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest ..."

Daher nochmals die Bitte an den Bürgermeister - ich darf den Brief weitergeben -, die pos. Handlung bzw. die Zusage auch tatsächlich einzulösen.

Ich darf Dir diesen Brief weitergeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind zwar bei einem ganz anderen Thema - ich weiß nicht, ist es erlaubt, jetzt zu diesem Thema zu sprechen? Aber ohne, daß es mir von der zweiten Wortmeldung abgezogen wird, denn ich möchte zum ATSV Vorwärts dann auch noch etwas sagen und vielleicht noch eine Replik. Also ich ersuche um Erlaubnis, daß ich ev. dreimal sprechen darf.

Zu diesem wohl wirklich sehr ernstesten Thema: Ich weiß nicht, Hr. Spöck, woher Sie diese Informationen haben, wer die unrichtigen Informationen des StS gegeben hat. Ich kann nur sagen, daß sich ein Service-Club, und zwar der Lions-Club Steyr - der Präsident, Hr. Dr. Pramendorfer, und der Vorstand -, bereit erklärt hat, diese von der Stadt gewünschte Summe bei Bedarf aufzubringen. Nach persönl. Rücksprache zw. Hrn. Dr. Kordon und Hrn. König hat es geheißen, im Moment ist kein Bedarf vorhanden. Ich habe noch einmal persönl. beim Präsidenten zurückgerufen. Bei Bedarf, Hr. Spöck, wenn Hr. König also einen Finanzbedarf hat, wird der Lions-Club I diese gewünschte Summe in Höhe von S 60.000 übernehmen.

Es ist nämlich wichtig, daß wir in Steyr solche Clubs haben, sodaß wir in derartigen Einzelfällen unbürokratisch und rasch helfen können. Daher ersuche ich auch an dieser Stelle, die Clubs in ihrem Bestreben immer zu

unterstützen. Denn es wäre ja für jeden von uns ein "Leichtes", einen Sozialfall hier an diesem Ort, an dieser Stelle darzubringen und die nötige Unterstützung zu fordern. Falls ein wirklich dringender Fall vorliegt, sollte man zuerst versuchen, in diesem Bereich eine Lösung herbeizuführen.

Ich weiß nicht, woher Sie annehmen, daß das nicht funktionieren sollte! Ich habe die letzte Antwort, und ich glaube, ein Präsident steht zu seinem Wort. Bei Bedarf wird er dieses Versprechen auch einhalten! Schönen Dank.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Vor allen Dingen ist es nicht vom StS abgelehnt worden. Darauf lege ich schon großen Wert!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ja, wir haben es zurückgestellt. Und zwar aufgrund dessen, weil es geheißen hat, wenn er die Hilfe braucht,

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Ja, die haben gesagt, er braucht keine Hilfe. Er braucht sie aber!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wir setzen uns mit dem Präsidenten in Verbindung.

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Das Schreiben ist ja da, daß er die Hilfe braucht!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Einen Augenblick! Keinen Dialog bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Es geht um ATSV Vorwärts!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wünscht zum vorliegenden Antrag noch jemand das Wort? Hr. GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des GR! Nach dem kurzen Ausritt des Koll. Spöck in die Aktuelle Stunde möchte ich doch zum ursprüngl. TOP etwas bemerken. Wir sind zwar noch nicht in der Budget-Debatte, aber vor dem Hintergrund der schwierigen Budget-Situation ist vielleicht auch dieser Antrag etwas zu durchleuchten. Ich bin prinzipiell selbstverständlich für Subventionen und Unterstützungen von Sportvereinen, um der Jugend dementspr. Möglichkeiten bieten zu können.

Ich möchte aber schon im konkreten Fall - da es sich doch um eine außerordentl. Subvention handelt - darauf hinweisen, nachdem sich auch wahrscheinlich in den nächsten Jahren die finanzielle Situation nicht so

rasch zu unseren Gunsten ändern wird, bei den Eigenleistungen der Vereine darauf zu drängen, einen höheren Anteil zu erreichen. Ich kann mich erinnern - ich bin selbst Funktionär bei einem Sportverein, der vielleicht nicht zu den Breitensport-Vereinen gehört, es ist nur der Ruderverein, der auch vor kurzem ein neues Clubhaus errichtet hat. Da wurden wir sehr wohl mehr oder weniger gezwungen, rund die Hälfte der Kosten in Eigenleistung zu erbringen. Hier sind von 150.000 S, die für dieses Clubhaus der Sektion Tennis

GEMEINDERAT

JOSEF BRANDSTÖTTER:

Das ist der falsche Antrag!

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Habe ich den falschen? Entschuldigung!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hier ist der Originalantrag! Das ist morgen im StS, von dem Du sprichst!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Du sprichst vom falschen Antrag. So etwas kann passieren!

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Aber es bleibt trotzdem aktuell. Ich glaube, daß wir in Zukunft bei den Eigenleistungen darauf

drängen sollten, einen höheren Prozentsatz erreichen zu können!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann darf ich das als Fraktions-Obmann berichtigen bzw. klarstellen. Koll. Payrleithner hat schon recht, daß wir morgen im StS auch über eine Subvention für diesen Verein "ATSV Steyr" sprechen und diskutieren werden. Auch hier sind weitere Finanzmittel notwendig; d. h., es ist nicht so, wie im Amtsbericht angegeben, daß es für das gesamte Sportpaket abgedeckt ist. Wenn ein Finanzbedarf in irgendeiner Sparte vorhanden ist, dann wird darüber sehr wohl - wir haben morgen ja den Beweis dafür - extra diskutiert und abgestimmt. Deshalb auch die Verwechslung.

Wir haben hier - das finde ich schon ein bißchen eigenartig - einen Amtsbericht, der auf alle Sektionen hinweist; daß es der letzte Großverein in Steyr ist und daß u. a. auch Tennis dabei ist. Der Amtsbericht ist ungefähr seit 1984 gleich - gleich geschrieben in Worten und Schrift mit Beistrich. Man hat sich nur der Mühe unterzogen, das Datum auszuwechseln. So werden Subventionen in dieser Höhe vergeben! Es ist so - seit 1984! Wenn dann wirklich eine Summe gebraucht wird, dann wird man

ja extra bei der Stadt anklopfen.
Das passiert auch morgen!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Liegt noch eine Wortmeldung vor? Nicht mehr der Fall. Dann bitte ich um das Schlußwort des Bürgermeisters.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, meine Damen und Herren des GR! Jeder Antrag wird schon dafür verwendet, um über ganz andere Themen zu reden. Das ist eigentl. unzulässig! Aber wenn man das so macht, muß man auch die Antworten hinnehmen, die kommen.

Wir hatten im GR zu diesem Thema eine Debatte, und wir haben gesagt, in diesem Fall, der so tragisch ist, werden wir die Hilfestellung gewähren. Dann wurde von Hrn. Dr. Pfeil mitgeteilt - vorher schon, aber auch im StS -, daß der Lions-Club diese Kosten übernimmt. Wir haben ja alle das Problem mit den Präjudiz-Folgen. Wenn wir dieses Geld in einem Fall aufwenden, und wir können in einem weiteren Fall nicht mehr helfen, so ist das eine sehr ungerechte Behandlung derartiger Vorgänge. Wir alle waren im StS froh, daß der Lions-Club in Vorlage getreten ist und erklärt hat, er wird Kosten bis zu 60.000 S - ursprünglich war von 62.000 S die Rede - übernehmen und das direkt abwickeln. Das war unsere Information. Daher hat der StS

von einer diesbezügl. Beschlußfassung Abstand genommen. Es ist also absolut korrekt zugegangen!

Hr. Dr. Pfeil hat jedoch mitgeteilt, daß nach Kontaktaufnahme zw. dem Lions-Club und der betroffenen Familie festgestellt wurde, daß dieser Bedarf gegenwärtig nicht vorhanden sei. Dann hat der StS dieses Thema zurückgestellt! Das wollte ich dazu sagen.

Zu den Sport-Subventionen im allgemeinen habe ich schon sehr oft das Wort ergriffen. Wir geben verhältnismäßig kleine Subventionen für die Erhaltung des Sportbetriebes - laufende Zuschüsse, um diesen Punkt handelt es sich in dem Fall; und nicht um Zuschüsse zum Sportstättenbau. Dort geben wir größere Subventionen. Das ist aber auch nicht - sozusagen "über den Daumen" und wie sich das jemand vorstellt - von Verein zu Verein verschieden, sondern wir haben in langwierigen Verhandlungen und Absprachen mit den Dachverbänden und mit dem Land OÖ. zu einer Regelung dergestalt gefunden, daß wir von der Stadtgemeinde ein Drittel der Investitionskosten fördern.

Das haben wir auch durchgehend bei allen Vereinen so gehandhabt. Diese Vorgangsweise hat sich auch deswegen bewährt, weil wir dann vom Land ein weiteres Drittel bekommen; der Rest wird vom Dachverband und vom durchführenden Verein selbst aufgebracht.

Er ist eben einmal der größte Verein, und es handelt sich um die laufende Subvention, die hier recht spät zur Auszahlung gelangt, und die auf der Subventionsliste in dieser Weise auch festgeschrieben ist.

Nach dieser Aufklärung, meine Damen und Herren, würde ich nun Fr. Vbgm. Mach bitten, über den Antrag abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wir kommen zur Abstimmung. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? 4 Stimmenthaltungen (FP). Wer ist für diesen Antrag. Der Rest. Danke, der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft eine sehr bedeutsame Angelegenheit; nämlich einen Beschluß über eine Grundsatzklärung des GR der Stadt Steyr, betreffend die Errichtung und Finanzierung einer FHS in Steyr.

Wie Sie alle wissen, haben wir uns vehement bemüht, über mehrere Jahre hinweg, daß wir diese Gelegenheit der Errichtung der Fachhochschulen in OÖ. nutzen, um Steyr zur Hochschulstadt zu machen. Es ist eine sehr schwierige Materie, und es ist notwendig, daß ein sehr schlüssiges Konzept, was die Lehrinhalte anbelangt, vorgelegt wird.

Wir haben schon Geldmittel in entspr. Höhe freigemacht, wir haben eine Projektgruppe eingesetzt, wir haben eine Studie finanziert, und wir haben jetzt, zu dem Zeitpunkt, die Chance, heuer noch diese Konzeption "FHS in Steyr" inhaltlich, aber auch was die Finanzierung betrifft, beim Österr. FHS-Rat einzubringen.

Dem Vernehmen nach ist die Konzeption an sich eine sehr gute, denn sie wurde in einer Vorprüfung als pos. beurteilt. Die Finanzierung ist aber ein wichtiger Teil dieser Konzeption, und es ist hier so, daß eben der Bund nur einen Teil der Kosten übernimmt - bei der Errichtung überhaupt nicht. Das Land müssen wir auch bitten, daß finanziell mitgewirkt wird. Wir haben die Dinge sehr weit vorangetrieben; jetzt geht es darum, daß der GR eine Grundsatzklärung beschließt, in welcher Weise wir hier an dieser Finanzierung zur Errichtung einer FHS in Steyr mitwirken.

In diesem Zusammenhang ergeht der Antrag des StS an den GR:

2) Präs-711/91

FHS OÖ - Studiengänge Steyr;
Grundsatzklärung des GR d.
Stadt Steyr, betreffend die
Finanzierg. d. FHS-Neubaues.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten v. 5. Dez. 1994 wird im Zusammenhang mit der Errichtung eines FHS-Studien-

ganges mit d. Bezeichnung "Produktions- und Managementtechnik" im Rahmen des Trägervereines zur Vorbereitung der Errichtung von Fachhochschulen in Oberösterreich nachstehender Grundsatzbeschuß gefaßt:

1. Die Stadt Steyr begrüßt die Errichtung eines FHS-Studienganges "Produktions- und Managementtechnik" in Steyr im Rahmen des Trägervereines zur Vorbereitung der Errichtung von Fachhochschulen in Oberösterreich und erklärt sich grundsätzlich bereit, dieses Vorhaben wie folgt zu fördern:

Die Stadt Steyr fördert die Schaffung der entspr. räumlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines FHS-Studienganges in Steyr im Rahmen der Errichtung des Projektes FAZAT IV, wobei von Gesamterrichtungskosten in Höhe von 55 Mill. S ausgegangen wird, von dem ein Betrag von rund 25 Mill. S durch Mieteinnahmen fremdfinanziert werden kann, sodaß ein Betrag von 30 Mill. S offen bleibt, den die Stadt Steyr jedenfalls zu tragen bereit ist (ob diese 30 Mill. S durch eine Leistung eines verlorenen Zuschusses, eine Beteiligung an einem allfälligen Leasingmodell in Form einer Depot- oder Mietvorauszahlung oder in Form einer Beteiligung an allenfalls laufenden höheren Leasingraten gegen eine geringere Einmalzahlung erfolgt, bleibt einer definitiven Entscheidung des GR der Stadt Steyr

zu einem späteren Zeitpunkt vorbehalten).

2. Für den Fall einer Leasingfinanzierung verpflichtet sich die Stadt Steyr verbindlich, bei einer eventuellen Nichtverlängerung des FHS-Studienganges oder Beendigung des FHS-Studienganges vor Ende der Leasinglaufzeit den daraus resultierenden Mieteinnahmefall solange zu tragen, bis die freigewordenen Objekte einer neuerlichen wirtschaftlichen Verwertung zugeführt werden können bzw. bis zum vertraglich vereinbarten Ende der Leasinglaufzeit.

3. Die Stadt leistet darüber hinaus einen Betriebskostenzuschuß zum Dauerbetrieb des FHS-Studienganges in Steyr in Höhe von 2 Mill. S jährlich.

Ich bitte, über diesen Antrag die Diskussion zu eröffnen bzw. die Abstimmung herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Liegt dazu eine Wortmeldung vor? Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:
Hohes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des GR! Ich wollte nicht die Presse verdrängen, aber Ich sollte an sich schon weg sein und bin daher fast nur noch geistig anwesend. Ich darf aber danken, daß ich in der Wortmeldung gleich drangekommen bin zu dem mir sehr wichtig scheinenden Thema FHS.

Es ist eine Selbstverständlichkeit für uns, daß wir dieses Minimum an Beschlußfassung unterstützen. Minimum sage ich deswegen, weil ich es - wäre unsere Finanzsituation nicht so trist - gerne gesehen hätte, wenn wir gleich konkret beschließen könnten, "wir finanzieren in dem und dem Betrag konkret mit". Können wir nicht! Das müssen wir einsehen, das ist ganz klar! Der Grundsatzbeschluß als solcher, wie er hier formuliert ist, ist meines Erachtens wirklich von allen zu tragen, die an der Weiterentwicklung der Stadt als Schulstadt im weitesten Sinne, aber auch als Kulturträger etwas mitmachen wollen.

Ich habe schon einmal die Gelegenheit zum Thema "FHS" genutzt, um darauf hinzuweisen, daß für uns als Stadt natürl. mit der sehr erstrebenswerten Errichtung der FHS auch eine Menge von flankierenden Maßnahmen zukommen werden, die wir tragen müssen. Nämlich einerseits auf kulturellem Sektor, aber vor allem auch auf infrastrukturellem Sektor, nachdem ja jetzt der Standort im Bereiche des FAZAT im wesentl. feststeht. Der Standort FAZAT drängt sich auf - das ist überhaupt keine Frage. Wir haben dort die entspr. - ich darf sagen - techn. und räumlichen Gegebenheiten, die erforderlich sind. Wir haben dort jedoch nicht die infrastrukturellen Möglichkeiten, die sicherlich notwendig werden! Ich darf mein "ceterum censeo"

hinsichtl. der citynahen Parkgarage - in Kenntnis des Umstandes, daß es derzeit nicht sofort realisierbar ist, aber im Planungsstadium sind wir Gott sei Dank schon - wiederholen. Daß nämlich die citynahe Parkgarage so situiert sein müßte, daß von dort aus mit einem Eingang in Richtung Steyr, in Richtung Museumssteg auch der für den Bereich FAZAT erforderliche Anflutverkehr erfaßt werden kann. Danke.

Ich bitte, mich zu entschuldigen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Herr GR Oberreiter ist als nächster am Wort.

STR KARL HOLUB, GR DR. TILMAN HORST SCHWAGER UND GR EDITH RADMOSER VERLASSEN UM 10.15 UHR DIE SITZUNG.

GEMEINDERAT

HELMUT OBERREITER:

Sehr geehrter Herr Bgm., meine sehr geehrten Damen und Herren! Steyr ist eine Schulstadt. Um diesen Bildungsstandort erhalten zu können, ist es für uns - glaube ich - eine unbedingte Notwendigkeit, hier einen Studienlehrgang der FHS zu installieren. Steyr ist auch führend in der beruflichen Aus- und Weiterbildung durch eine Reihe von Schultypen - sei es eine HTL, sei es eine HAK oder Höhere Bildungslehreanstalten, aber auch entspr. gut fundierte duale Verkehrswege in den grö-

Beren Betrieben. Die Lehrwerkstätte der SNF oder - auch immer noch - der GFM leisten entscheidend ihre Anteile am hohen Bildungsniveau unserer Fachkräfte hier in Steyr.

Die zukünftigen Führungsmerkmale - auch auf dem internationalen Sektor zu betrachten - werden sicher höher und nicht geringer werden, sodaß eine Studiengang-Errichtung unumgänglich ist.

Gerade die Infrastruktur, die soeben angesprochen wurde, zeigt eigentlich, wie sehr in dieser Richtung schon vorbereitet wurde. Ich denke daher, daß einer Zustimmung zu diesem Antrag unbedingt Folge geleistet werden muß!

Der Studienlehrgang "Produktions- und Managementtechnik" ist gerade für Steyr von großer Bedeutung. Die ganze "industrielle Welt", wenn man das von Steyr her betrachten kann, orientiert sich wahrscheinlich in Zukunft an dieser Schule. Ich glaube, daß nach den abgeschlossenen Planungsarbeiten praktisch nur mehr ein grundsätzlicher Beschluß - hier geht es ja um einen grundsätzlichen Beschluß - den Beginn für 1995 gewährleisten sollte. In diesem Sinne bitte ich Sie um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hr. Ing. Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Alle Fraktionen waren einstimmig dafür und überzeugt, daß Steyr eine FHS braucht: Zumindest zu Beginn möchten wir einen FHS-Studienlehrgang bekommen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit einmal das Entwicklungsteam besonders hervorheben - unter der Leitung von Dr. Jodlbauer, der hier eine hervorragende Leistung bei der inhaltlichen Konzeption für die FHS erbracht hat. Sie wurde auch schon - wie Hr. Bgm. erwähnt hat - dem FHS-Rat vorgelegt und von diesem in der Vorbegutachtung sehr positiv beurteilt.

Wenn uns auch diese hohen Kosten (rd. 96 Millionen) über die nächsten 3 oder 4 Jahre bis 1998 sehr schwer belasten werden, und im Jahre 1995 33 Mill. S anstehen oder vorgesehen sind, so glaube ich, sollten wir diesem Grundsatzbeschuß auf jeden Fall die Zustimmung geben. Und zwar aus der Überlegung, daß Steyr in der EU "Ziel 2-Förderungsgebiet" werden wird und daß damit die EU-Fördermittel entspr. angesprochen werden können. Ich habe bei meiner letzten Wortmeldung zu diesem Thema auch die infrastrukturelle Situation angezogen. Es muß - speziell in verkehrstechnischer Hinsicht - für die FHS im FAZAT eine Lösung gefunden werden. Ansonsten, glaube ich, ist der Standort gut und unterstützenswert. Ich bitte

daher, daß alle diesem Antrag die Zustimmung geben werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht mehr der Fall. Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort? Auch nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile der nächsten Berichterstatterin, Frau Vizebürgermeister Mach, das Wort für ihre Anträge.

BERICHTERSTATTERIN VBGM.

FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine Damen und Herren! In meinem ersten Antrag geht es um das JUKUZ Münchenholz - und zwar um einen finanziellen Zuschuß zur Erneuerung des Außenputzes am Gebäude. Der Antrag lautet:

3) Fin-207/94

JUKUZ Münchenholz - finanzieller Zuschuß zur Erneuerung d. Außenputzes am Gebäude; ao. Subvention.

Der GR möge beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Soziales v. 24. 11. 1994

wird dem Verein Freizeit- und Kulturzentrum Steyr-Münchenholz, Punzerstraße 60A, zu den Kosten der Erneuerung des Außenputzes am Gebäude eine einmalige, ao., nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 65.000,-- gewährt. Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung im Ausmaß von S 65.000,-- von der VAS 1/0610/757000.9 auf die VAS 1/2590/777000.7 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditübertragung hat bei der VAS 1/0610/757000.9 zu erfolgen.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Ich sehe, daß dies nicht der Fall ist, wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Bei meinem zweiten Antrag geht es um die Verpflegungskostensätze. In diesem Zusammenhang ergeht folgender Antrag des StS an den GR:

4) SH-3413/90

Kosten für außerhalb des APT verabreichte Verpflegung; Anpassung.

Der GR möge beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten, FA f. öff. Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst, vom 25. Nov. 1994 werden mit Wirkung ab 1. 1. 1995 die Tarife für außerhalb des APT verabreichte Verpflegsportionen wie folgt neu festgesetzt:

1. Städt. Bedienstete:

Der Kostenbeitrag für an städt. Bedienstete abgegebene Verpflegsportionen wird für das Mittagessen von derzeit S 27,50 auf künftig S 29,- und für das Abendessen von derzeit S 12,- auf künftig S 13,- je Portion angehoben.

2. Städt. Kindergärten und Horte:

Der Kostenbeitrag für das Mittagessen wird bei den Kindergärten von derzeit S 26,- auf künftig S 27,- und bei den Horten von derzeit S 30,- auf künftig S 31,- je Portion erhöht.

3. Verein "Heim- und Hauskrankenpflege":

Der Abgabepreis wird von derzeit S 55,68 auf S 60,- erhöht.

4. Verein "Lebenshilfe" und Pensionistenheime:

Der Kostenbeitrag für die Verpflegsportionen wird von derzeit S 45,- auf künftig S 47,- erhöht.

Sämtliche Tariferhöhungen treten mit 1. 1. 1995 in Kraft.

(BEILAGE)

Ich ersuche auch bei diesem Antrag um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Nicht der Fall, wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Fr. Vbgm. Mach und ersuche nun Hrn. Koll. Dr. Pfeil um seine Anträge.

BERICHTERSTATTER VBGM.

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., meine sehr verehrten Damen und Herren des GR! In meinem ersten Antrag geht es um das Museum Industrielle Arbeitswelt, "die Zweite".

Wir haben - genau wie vor einem Jahr - jetzt über fast in Summe eine zweite Million - im Klartext 950.000 S - als zweite Hälfte der Jahres-Subvention für das Museum Industrielle Arbeitswelt zu befinden. Ich möchte vorweg schicken, daß ich grundsätzlich, wie auch immer, zu diesem Thema ein klares Bekenntnis zum MAW ablege. Ich möchte, daß es auch in Steyr bleibt so wie es ist, aber ich möchte trotzdem - wie auch immer - eine Kritik anbringen. Das sind Kritikpunkte, die auch im gemeinderätl. Kulturausschuß diskutiert wur-

den und die meines Erachtens auch noch nicht ausgeräumt sind. Wir haben genau vor einem Jahr auch hier an dieser Stelle über diese zweite Million diskutiert, und es gab quer durch alle Fraktionen - soweit ich mich erinnern kann - Wortmeldungen, wo einige Gemeinderäte gesagt haben, sie können sich eine zweimalige Zustimmung für eine zweite Million nicht vorstellen. Die waren nicht aus unserer Fraktion. Nun haben wir eine zweite Million zur Debatte. Ich bin persönlich auch dafür, daß sie das Geld bekommen. Aber ich möchte schon kritisch anmerken, daß im kulturellen Bereich die genaue Abgewogenheit fehlt. Es gibt viele Kulturträger in Steyr, die null bis sehr wenig bekommen; und es gibt Kulturträger in Steyr, die sehr viel bekommen.

Gerade in Zeiten wie diesen muß auch denjenigen, die viel bekommen, gesagt werden, daß wir hier eine dementspr. Leistung verlangen können. Es ist immer wieder das gleiche Problem bei den Amtsberichten, bei den Vorstellungen des MAW, daß hier manchmal etwas im Raum stehen bleibt, das bis heute nicht ausdiskutiert ist. Wir haben z. B. Vorschläge für die sog. zweite Million für die Vorbereitung des Ausstellungsprojektes "Vernetzung Österreich - Europa". Das ist eine Ausstellung, die ab dem nächsten Jahr 3 Jahre lang laufen soll. Wir haben jetzt eine Ausstellung, die zu Ende geht - die

"INFO". Auch eine Ausstellung, die zwei Jahre lang gelaufen ist. Bis jetzt fördern wir das MAW ausstellungsbezogen, projektbezogen mit dieser Million jährlich. Das ist jetzt zum dritten Mal - soweit ich mich recht erinnere.

Ich möchte auch auf eine Diskrepanz hinweisen: Im Schreiben von der Geschäftsführung des MAW wird darauf hingewiesen, daß diese Ausstellung "Vernetzungen Österreich - Europa" Ende März 1995 eröffnet wird und daß sie dann bis 1997 präsentiert werden soll. Ungefähr gleichzeitig kommt ein Schreiben, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Exposition Ende 1995 eröffnet wird. Ich weiß nicht, was jetzt stimmt. Ich weiß es nicht!

Meine Damen und Herren, ich möchte diese Informationen so belassen. Daß das MAW wichtig und richtig ist, haben wir alle - glaube ich - erkannt. Nur muß dort ein "neuer Geist" kommen, wir müssen dem MAW einen neuen geistigen Hintergrund geben, eine Identität. Vielleicht gelingt es uns, aber wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß es nicht eine Fortführung der alten Landesausstellung ist, wo man dann krampfhaft versucht, irgendeine Ausstellung zu präsentieren, die zwei oder drei Jahre um sehr viel Geld in Steyr läuft.

Natürlich ist es auch ein Erfolg unserer Bemühungen, daß jetzt vermehrt Veranstaltungen im MAW durchgeführt werden. Das bringt auch Kosten herein

(Mietkosten), aber das ist nicht Sinn und primäre Aufgabe des MAW. Vorerst schönen Dank.

5) Fin-89/94

Museum Industrielle Arbeitswelt; außerordentliche Subvention.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Kulturangelegenheiten v. 28. Nov. 1994 wird dem Museum Industrielle Arbeitswelt, 4400 Steyr, Wehrgrabengasse 7, als Projektförderung eine ao. Subvention in Höhe von 950.000 S gewährt.

Zum genannten Zweck wird der Betrag von 950.000 S bei der VASSt 1/3600/757000.7 freigegeben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wer wünscht dazu das Wort? Hr. Koll. GR Philipps bitte.

GEMEINDERAT MAG.

HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, wertees Präsidium, liebe Gäste aus den Schulen, meine sehr verehrten Damen und Herren der Presse! Ich glaube, daß es in der heutigen Zeit unbedingt notwendig wird - ich habe jetzt meinem Vorredner sehr aufmerksam zugehört -, dem MAW nicht nur Negativ-Kritik "vor die Füße" zu werfen, sondern es ist "höchste Eisenbahn", auch hier einmal ein Positivum abzugeben, um diesem Image zu dienen.

Ich glaube nämlich nicht, daß es genug ist, ein Bekenntnis abzugeben, daß man für das MAW ist und im gleichen Atemzug Kritik an der Personalsituation übt und dabei auch Negativ-Image erzeugt. Bei der näheren Betrachtung der Situation des MAW - ich hatte Gelegenheit, dies zu tun - sehe ich den Vorwurf, daß sich dieses MAW in einer Identitätskrise befindet, als falsch an. Ich glaube, daß jemand, der dieser Meinung ist, die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat.

Seit 1987 hat sich dieses MAW ständig fortentwickelt zu einem sog. zeitmäßigen, aktiven und - ich glaube - pädagogisch gut aufbereiteten Museum. Die Möglichkeiten wurden geschaffen, neben 5 Großveranstaltungen und zwei Co-Veranstaltungen eine solche Menge an Abenden zu belegen im musealen Ambiente, daß eine Aufzählung dieser Aktivitäten - ich kann es Ihnen zeigen - in diesem Format gerade auf 3 Seiten Platz finden kann.

Ich brauche Ihnen nicht erzählen, daß die Jugendinitiative "Kraftwerk" hier im MAW Möglichkeiten gefunden hat, Kultur zu betreiben. Die zeitgenössische Galerie Pohlhammer fand Möglichkeiten, hier Ausstellungen durchzuführen. Zahlreiche Bildungs- und Veranstaltungsträger, wie Firmen, Vereine, konnten im MAW einen Wirkungs-, Präsentations- bzw. Diskussionsplatz finden. Ich

brauche Ihnen, glaube ich, auch nicht erzählen, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß in einer solchen Umgebung der Nährboden entstanden ist für unser Forschungszentrum für Arbeit und Technik - unser FAZAT.

GEMEINDERAT DIPL.-ING.
FRANK MUNDORFF:
Das ist ein Blödsinn!

GEMEINDERAT MAG.
HARALD PHILIPPS:
Die Tatsachen, daß dieser Antrag, der jetzt vor Ihnen liegt, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Projektförderung darstellt für diese neue Ausstellung, die für März 1995 geplant ist und unter dem Motto "Netzwerk - aus dorfenger Welt ins weltweite Dorf" laufen soll, und der Kulturausschuß sich ja bereits einstimmig dafür ausgesprochen hat, sprechen dafür,

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Das stimmt nicht!

GEMEINDERAT MAG.
HARALD PHILIPPS:
Ich kann im Protokoll nachsehen - ich habe das auch gemacht. Es steht im Protokoll!
Die Tatsache, daß ich glaube, daß Sie diesen angeführten Punkten eine positivere Einstellung entgegen bringen können, führt zu meiner Überzeugung, daß diesem Antrag auch die

Zustimmung gegeben werden kann.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Als nächster zu Wort gemeldet: Hr. Koll. Lengauer.

GEMEINDERAT
ENGELBERT LENGAUER:
Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Auch wir bekennen uns zur Notwendigkeit des MAW. Aber ich meine - damit möchte ich Hrn. Koll. Phillipps ansprechen -, wir müssen dieselben Maßstäbe, mit denen wir uns an die kleinen Vereine und an die kleinen Subventionsbitter wenden bzw. richten, auch an das große MAW anlegen. Wir müssen sehr wohl fragen nach der Leistung, nach den Projekten und nach den durchgerechneten Abrechnungen.
Ich meine, wir können nicht von vornherein sagen, das brauchen wir hier nicht so zu sehen! Wenn Sie nun hinweisen auf das Vermehren des Angebotes im MAW, so stimmt das. Die Liste ist weitaus länger geworden. Es gibt immens viele Veranstaltungen. Wenn ich aber nun genauer hinsehe, sind das zu 70 % Veranstaltungen, die wir aus anderen Orten und Räumlichkeiten einfach hergezogen haben, damit der Veranstaltungskalender größer geworden ist.
Zur Ausstellung "Vernetztes Österreich - Europa": Diese

Ausstellung ist wahrlich eine neue Ausstellung und wirklich eine Ausstellung, die das MAW selber erarbeitet. Ich habe ja im Kulturausschuß Zweifel angebracht, habe aber durch Nachforschungen wirklich gefunden, daß hier ein eigenständiges Bemühen des MAW vorhanden ist. Ich meine, um diese Ausstellung möglich zu machen, müßten wir heute diesem Antrag die Zustimmung geben. Ich finde es aber sehr richtig, daß im neuen Budget bei diesem Posten nun nicht mehr alleine "MAW" steht, sondern daß da auch schon dabeisteht "Industriemuseum". D. h., wir werden die Subventionssteller wirklich nach ihrer Leistung prüfen und dann sagen können: "Jawohl, da oder dort gehört die Subvention hin!"

Dieses Mal, meine ich, müßten wir zustimmen, um die Ausstellung "Vernetzung Österreich - Europa" möglich zu machen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht dazu noch das Wort? Hr. Koll. Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Ich darf vorausschicken, daß unsere Fraktion diesem Museum ursprüngl. sehr pos. gegenüber gestanden ist. Wie Hr. Vbgm.

bereits anfangs erwähnt hat, ist man aber großteils von den ursprüngl. Absichten und Intentionen in den letzten Jahren abgerückt; bzw. wurde viel verwässert und meiner Meinung nach für parteipolitische Agitationen auch mißbraucht und verwendet. Nicht nur in den div. Aussendungen, Publikationen usw., sondern auch teilweise bei den Veranstaltungen. Es dient auch teilweise als Bühne, um - wahrscheinlich aus den linksalternativen Kreisen heraus - "den Volksfeind Nummer eins" der Republik Österreich, den Bundespartei-Obmann der FPÖ, dauernd zu diffamieren. Diese Aktivitäten kommen leider auch im Umkreis dieses Museums vor. Ich kann mich erinnern: bei der letzten Kundgebung der Freiheitl. Partei auf dem Stadtplatz habe ich selbst diese "tollen" Plakate gesehen, wo der Partei-Obmann der FPÖ im Zusammenhang mit einem Galgen dargestellt wurde. Diese Transparente sind dann interessanterweise beim MAW gelagert worden. Das ist auch ein interessanter Aspekt!

Ich werde daher diesem Antrag nicht zustimmen.

Beifallskundgebung von GR Gün-
ter Fürweger

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wird noch eine Wortmeldung gewünscht? Nicht mehr der Fall; dann bitte ich um das Schlußwort des Berichterstatters.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann bleiben mir als "Schlußwort-Inhaber" noch einige Richtigstellungen. Ich glaube, es ist jetzt nicht die Zeit, daß wir über die Urheberschaft, über die "Vaterschaft" vom FAZAT reden. Das, glaube ich, ist im Bereich der Fabel, daß das MAW das "spiritus rector" für das FAZAT gewesen ist. Ich glaube auch, daß es sich nicht streiten läßt, wer gerade hier die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat. Ich bin zwar auch der Meinung - aber ich glaube, da gehen wir von unterschiedl. Voraussetzungen aus.

Sie haben die Galerie Pohlhammer angesprochen, Hr. Koll. Philipps. Das ist ein Punkt, wo wir heute (1994!) bereit sind, null Schilling für die Galerie Pohlhammer zu geben. Null Schilling! Eine Galerie, die weit hinaus über Österreich bekannt ist und sicherlich eine Kultur zeigt, die nicht jedermanns Sache ist. Aber Steyr wird mit moderner Ausstellungs-Kultur identifiziert. Das macht im Prinzip eine Frau gemeinsam mit großzügigster Unterstützung ihres Gatten. Sie sind jedoch auch nicht mehr lange bzw. nicht mehr bereit oder es ist nicht mehr möglich, diese Galerie weiterzuführen, wenn nicht einmal der Funken einer Bereitschaft der Stadt Steyr vorhanden ist (wie 1994), die Fr. Pohlhammer, die Galerie Pohlhammer zu unterstützen.

Wir haben hier null Schilling vorgesehen! Ihr Ansuchen ist letztes Mal im Kulturausschuß abgelehnt worden! Also da muß ich schon feststellen, daß sehr, sehr unterschiedl. gehandelt wird.

Zum Kulturausschuß-Protokoll. Ich gebe Ihnen recht, wir haben einen einstimmigen Beschluß über die erste Million im Juni - das habe ich hier. Aber bei der zweiten - ich habe jetzt das Protokoll von der zweiten Abstimmung nicht hier -, glaube ich, wenn ich mich recht erinnere, war das nicht einstimmig!

GEMEINDERAT MAG.

HARALD PHILIPPS:

Bevor ich etwas behauptete, sehe ich normal nach!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich sage ja, ich habe die Erinnerung, daß es nicht einstimmig war. Aber die erste war einstimmig, das ist richtig! Aber was sicherlich nicht richtig ist bzw. wo eine offene Frage bleibt: Sie haben es selbst bestätigt, ich bin sehr dankbar dafür, daß jetzt die neue Ausstellung, wo wir die zweite Million geben, also das Ausstellungsprojekt "Vernetzung Österreich - Europa", nicht Ende März 1995 eröffnet wird. Sie haben selber gesagt, im Herbst 1995 wird sie eröffnet. Hier im Schreiben vom 9. 9. 1994 steht: "... unser Ausstellungsprojekt, das

Ende März 1995 eröffnet wird". Was tun sie dann von Ende März bis Ende des Jahres? Ende des Jahres ist ja Winterruhe im Bereich MAW. Ich weiß nicht, wann die Ausstellung jetzt eröffnet wird.

Es gibt unterschiedl. Aussagen vom MAW. Der letzte Bericht ist eben

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Fragen! Wenn man fragt, dann weiß man es!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich bin am Ende meines Schlußwortes und ersuche den Bürgermeister, die Abstimmung durchführen zu lassen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist das Privileg des Bürgermeisters, auch noch etwas dazu zu sagen - nach dem Schlußwort!

Eines muß ich schon sagen: keine Kultureinrichtung in Steyr wird so kritisiert wie das MAW. Es gäbe natürl. auch andere Kultureinrichtungen, die uns zum Teil oft näher stehen, die man sehr stark kritisieren könnte. Wir tun das nicht. Aber es freut mich, daß das kulturelle Leben auch nirgends so lebhaft ist als im MAW. An dem kann offenbar niemand vorübergehen.

Ich glaube, wenn wir schon über "Vaterschaft" und solche Dinge diskutieren, dann sollte man

eines nicht vergessen: am Anfang sind hier ein paar Leute gestanden, wie Hr. Prof. Weidenholzer. Er war dann auch der Vorsitzende des FAZAT. Hier gibt es sehr ursächliche und direkte kausale Zusammenhänge! Man hat damals schon gesagt: da sehen wir uns sozusagen den "Rückspiegel" an, was in der Vergangenheit geschehen ist im industriellen Leben, im Arbeitsleben, und da machen wir etwas an der Wasserscheide, wo es in die Zukunft geht. Das war in Richtung FAZAT gedacht! Es ist aus allem etwas geworden! In diesem Zusammenhang möchte ich zum Geld noch etwas sagen. Dieses "Ding" steht ja in Steyr - das sagen uns nämlich die Wiener und die Linzer. Es ist uns nach Jahren gelungen, den Oö. Landtag dazu zu bringen, daß er für den laufenden Betrieb Subventionen und Unterstützungen gibt.

Das Budget des MAW ist rund 11 Mill. S - wenn ich das richtig im Kopf habe -, und wir zahlen als Stadt Steyr 1 Mill. Grundsubvention und 1 Mill. projektbezogen. Damit "die Kirche im Dorf bleibt"! Niemand kann sich vorstellen, daß wir diesen Platz, wo soviel lebendige Kultur passiert, nicht hätten. Daher freut es mich, daß eigentl. alle gesagt haben, wir brauchen das, und wir wollen es auch subventionieren. Sie sind doch im Vorstand - wenn ich das richtig im Kopf habe?

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe auch genau das

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Es wäre ja für Sie sehr einfach,
hier die Frage zu stellen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das tue ich auch! Es ist ja auch im
Vorstand

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Über meinen Vorschlag!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Einen Satz noch! Wir haben auch
- das muß man bedenken - die
Subventionssumme verdoppelt
beim MAW. Es waren immer
950.000 S, jetzt reden wir über 2
Millionen! Das muß man ja auch
sagen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Im letzten Jahr auch!
Nun kommen wir zur
Abstimmung über den Antrag.
Wer ist gegen den Antrag? 4
Gegenstimmen (FP). Übt jemand
Stimmhaltung? 2
Stimmhaltungen (1 FP, 1 VP).
Wer ist für diesen Antrag? Der
Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit
angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

In meinen nächsten 4 Anträgen
geht es um rel. kleine Summen,
obwohl sie wichtig sind für jene,
die sie bekommen. Es geht auch
nur um budgetäre Regulations-
Mechanismen, sodaß wir den GR
bemühen müssen, weil es sich
hier in der Regel um
Kreditüberschreitungen bzw.
-übertragungen handelt.

Im ersten Antrag geht es um das
Klarinetten-Ensemble "Styria" -
eine ao. Subvention in Höhe von
12.500 S für den Ankauf einer
Klarinette.

Ich ersuche um Zustimmung im
Rahmen einer Kreditübertragung
in Höhe von 12.500 S.

6) Fin-203/94

Klarinetten-Ensemble "Sty-
ria"; außerordentliche Sub-
vention.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der
FA f. Kulturangelegenheiten v.
28. Nov. 1994 wird dem
Klarinetten-Ensemble "Styria"
eine Förderung für einen
Instrumentenankauf in Form
einer ao., nicht rückzahlbaren
Subvention in der Höhe von S
12.500,-- gewährt (VAST
1/3220/757000.4).

Da eine Bestreitung des Betrages
aus der VAST 1/3220/757000.4
nicht möglich ist, wird der Betrag
von S 12.500,-- als
Kreditübertragung von der VAST
1/3000/757000.0 auf die VAST
1/3220/757000.4 bewilligt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Im nächsten Antrag geht es um eine außerordentliche Subvention für den ASB "Stahlklang" Steyr in der Höhe von 20.000 S.

7) Fin-206/94

ASB "Stahlklang" Steyr;
ao. Subvention.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Kulturangelegenheiten v. 28. Nov. 1994 wird dem Verein ASB "Stahlklang" Steyr eine Förderung in Form einer ao., nicht rückzahlbaren Subvention in der Höhe von S 20.000,-- bei der VASSt 1/3220/757000.4 gewährt.

Da eine Bestreitung des gesamten Betrages aus der VASSt 1/3220/757000.4 nicht möglich ist, werden S 3.000,-- aus der eben genannten VASSt freigegeben und S 17.000,-- als Kreditübertragung von der VASSt 1/3000/757000.0 auf die VASSt 1/3220/757000.4 bewilligt.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Wenn Sie für diesen Antrag sind, dann geben Sie bitte ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? Auch keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Im nächsten Antrag geht es um eine außerordentliche Förderung - eine Subvention an Hrn. Reinhold Rebhandl. Es geht hier um die Gewährung einer nicht rückzahlbaren Subvention in Höhe von 20.000 S in Form einer Kreditübertragung.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

8) Fin-217/94

Reinhold Rebhandl;
ao. Subvention.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Kulturangelegenheiten v. 28. Nov. 1994 wird dem Künstler Reinhold Rebhandl, Schnallentorweg 10, 4400 Steyr, ein Druckkostenbeitrag in Form einer ao., nicht rückzahlbaren Subvention im Ausmaß von S 20.000,-- gewährt und aus der VASSt 1/3510/757000.8 freigegeben.

Zum genannten Zweck ist eine Kreditübertragung in der Höhe von S 20.000,-- von der VASSt 1/3000/757000.0 auf die VASSt 1/3510/757000.8 zu bewilligen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Hr. Koll. Fürweger bitte.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR, werte Gäste! Erlauben Sie mir angesichts der angespannten finanziellen Situation in der Stadt einige Worte allgemein zum Sparen. Es geht hier um einen Antrag, wo eine Person 20.000 Schilling will. Es ist jemand, der einen Beruf hat und nebenbei ein Hobby betreibt, und für dieses Hobby von uns Geld will.

Wir leben heute in einer Konsumgesellschaft. Alles dreht sich um "HABEN" oder "SEIN", und es steht leider nur mehr das "Haben" bei uns im Vordergrund. "Sparbälle" werden meiner Meinung nach so unglaubliche Lehrformeln. Sparen in einer so extrem angespannten Budget-Situation setzt Opferbereitschaft voraus. Wenn wir sparen wollen, müssen wir auch Opfer bringen. Wir haben in der Stadt 4.000 Arbeitslose, wir geben Subventionen an Gewerbebetriebe, damit sie ihre Leute beschäftigen können, und jetzt geht es darum, daß man jemandem 20.000 S gibt. Im nächsten Antrag wieder 20.000 S. Ich möchte in Erinnerung rufen, wir kommen heute noch zum Budget-Voranschlag, da

steht bei "Zivilschutz" drinnen: 50.000 Schilling. Es ist uns in der Stadt der Zivilschutz 50.000 S wert - 1,25 S pro Bürger, in Zeiten von Temelin, aber auch noch in Zeiten von Tschernobyl. Darum gebe ich diesem Antrag hier nicht meine Zustimmung. Es muß endlich einmal ein Zeichen gesetzt werden an die Bevölkerung, daß sie uns nicht mit solchen "Sachen" kommen. Wir haben schon einmal einen Antrag erlebt, wo eine Familie mit 46.000 S netto eine 1.500 S-Subvention für ihr Kind möchte aus der Großstiftung. Das ist dann nicht bewilligt worden. Aber alleine schon, daß die Leute so etwas wünschen, zeigt uns, daß wir endlich einmal Zeichen setzen und den Leuten klar machen sollen, so etwas geht in dieser Zeit nicht mehr! Danke schön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Ich möchte nur bemerken, daß wir 3.270 Arbeitslose haben, Hr. Koll. Fürweger. Ich habe das heute schon mitgeteilt! Es sind ohnehin zu viele, aber machen Sie bitte nicht noch mehr daraus!

Hr. Koll. Lengauer bitte.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! In vielen Dingen hat Koll. Fürweger schon recht! Wir dürfen die Not der Armen nicht übersehen. Ich werde das

dann ganz deutlich sagen bei Ihrem Antrag bezüglich der Wohnungen! Aber ich meine,

Beifallskundgebung der GAL-Fraktion

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Aber ich meine, daß Kunst und Kultur ein ganz wesentl. Bestandteil eines Volksgutes sind, daß Kunst und Kultur auch in Notzeiten ganz wichtige Aufgaben haben. Deswegen, meine ich, dürfen wir bei Budget-Posten, die schon beschlossen sind, wo wir für Kunst und Kultur Möglichkeiten haben, etwas zu geben, Künstlern sehr wohl etwas geben. Beide Künstler - wir sagen es ja beim Fußballspiel auch immer wieder - bringen den Namen der Stadt Steyr in Bekanntschaft und in die ganze Welt hinaus. Warum soll es nicht auch Rebhandl tun, wenn es die Fußballspieler tun? Darum sollen wir eben auch dafür etwas geben.

Bernadette Huber hat in ihrer Zeit als Lehrerin für die Stadt sehr viele Zeiten und Stunden geopfert, als sie uns diese Kulturtag der Schüler für Steyr bereitet hat. Auch da, meine ich, dürfen wir dann ihre Kunst fördern, die letztlich - ich sage es noch einmal! - einen ganz wesentl. Wert für unser Volk darstellt.

Ich bitte daher, beiden Anträgen die Zustimmung zu geben!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Koll. Philipps.

GEMEINDERAT MAG.

HARALD PHILIPPS:

Sehr geehrte Damen und Herren des GR! Wertes Präsidium! Sei mir ein Satz oder ein zweiter genehmigt. Mir "gefällt" die Äußerung, daß sich jemand, der sich im kulturellen Bereich engagiert und dabei einen Beruf hat, sein Hobby bezahlen lassen muß. Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist wohl eine der "ärgsten" Meldungen, die ich bis jetzt im Kulturbereich hören mußte: daß jemand, der außer seinen normalen Arbeitstätigkeiten Stunden investiert, um Kunst darzustellen, um sich zu verwirklichen, um zu zeigen, daß er in diesem Bereich auch etwas schaffen kann, Rechnungen dafür legt, Ausgaben hat, um eine Subvention ansucht - und die macht nur einen ganz geringen Teil seiner Gesamtkosten aus, nämlich von 165.000 S auf 20.000 S Subvention -, daß derjenige sich gefallen lassen muß, daß hier jemand sein Hobby bezahlt!

Ich möchte diesen Ausspruch deutlichst zurückweisen, weil ich glaube - mein Vorredner hat das schon in der Art und Weise gesagt -, daß sich diese beiden Personen sehr bemüht haben um das Image von Steyr.

Darum, meine sehr verehrten Damen und Herren, vergessen wir ganz schnell diesen Ausspruch, daß ihr Hobby bezahlt wird, und lassen wir den Gedanken in Richtung positiver Kulturarbeit weiter im Raum stehen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Hr. Koll. Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Werte Kolleginnen und Kollegen! Nur eine kurze Anmerkung zu dem, was Hr. Koll. Philipps gerade gesagt hat. Daß sehr wohl kulturelle Aktivitäten auch anders aussehen können in Steyr, die nämlich dann der öffentlichen Hand - in diesem Fall der Gemeinde Steyr - überhaupt nichts kosten, sieht man an den Aktivitäten des Uniform-Museums der Gemeinde Steyr, die inzwischen auch über ganz schöne Besucherzahlen Beweise erbringen können. Im Vorjahr waren rd. 5.000 Besucher dort. Diese Sonderausstellung hat der Gemeinde Steyr keinen Groschen gekostet, sie wurde von Idealisten, von 3 - 4 Personen in ihrer Privatzeit, in ihrer Freizeit gestaltet und dort organisiert. Es ist also sehr wohl auch möglich, kulturelle Aktivitäten in Steyr zu setzen, die dann der öffentlichen

Hand praktisch überhaupt nichts kosten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist nicht zutreffend! Diese Ausstellung wird auch vom Bundesministerium für Inneres gefördert.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Er hat gesagt, die Stadt Steyr hat nichts bezahlt!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Öffentliche Hand - hat er gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Stadt Steyr!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Öffentliche Hand!

Also gut - als nächster hat sich Hr. Koll. Apfelthaler zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, lassen Sie mich vielleicht auch noch einen Satz dazu sagen. Wir könnten uns ja ansehen, wie das aussehen würde, wenn die FPÖ die kulturellen Dinge in den Griff bekommen könnte.

Mir fällt auf, daß im letzten FPÖ-Blatt steht: FPÖ Steyr spendet 282.619 S, davon 10.000 S für den ÖTB-Musikzug. Das sind doch

im Prinzip Dinge, die die FPÖ sozusagen in Eigenregie vergibt - zum Unterschied vom GR oder vom Kulturausschuß, wo das sehr wohl durch die div. Filter läuft. Ich denke mir, einerseits ist die FPÖ immer wieder angetreten und hat gesagt, daß immer parteinahe Organisationen mit Budget-Geldern bedacht werden und daß man dort vermutet, daß Gelder hinfließen, die wir eigentl. alle gar nicht wollen. Auf der anderen Seite geht die FPÖ her, nimmt ihre Steuergelder und finanziert frisch wieder ihre eigenen Vereine. Wo ist hier der Unterschied? Ich sehe da schon eine grobe Diskrepanz!

VERSCHIEDENE LAUTE ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte bleiben Sie ruhig, meine Damen und Herren!

Ich bitte um Ruhe für das Schlußwort des Referenten.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich glaube, auf die letzte Wortmeldung braucht man wirklich nicht näher eingehen! Es bleibt uns ja wohl wirklich unbenommen, was wir mit unseren Geldern machen, und es bleibt uns auch unbenommen, daß wir dem Turnerbund bzw. dem Musikzug eine Spende geben. Das bleibt ja jedem von uns unbenommen! Sie könnten das auch machen - und Sie tun es

ja auch, daß Sie Ihre nahestehenden Organisationen unterstützen. So ist es! Der Turnerbund hat ja nicht ein illegitimes Ansuchen an die Stadt gestellt.

Aber ich gebe Ihnen recht, bei der Kultur scheiden sich die Geister. Ich bin auch sehr dafür eingetreten, daß Hr. Prof. Rebhandl und Fr. Huber ihre Subventionsgelder bekommen. Ich habe überhaupt kein Problem damit - ganz im Gegenteil! Ich habe mich eben näher damit beschäftigt und sehe die Dinge vielleicht etwas anders als mein Koll. Fürweger oder Payrleithner in diesem Fall. Ich habe damit kein Problem - ganz im Gegenteil!

Das sind Leute, die das moderne Image von Steyr hinausgetragen haben - und sie tun es nach wie vor. Ich habe auch manchmal einen schweren Zuzug zu den Ausstellungs-Einrichtungen von Hrn. Rebhandl. Ich tu' mir hier manchmal auch schwer - das gebe ich zu, aber ich muß ja nicht alles verstehen, was so gebracht wird, wenn mir renommierte Fachleute sagen, das ist ein guter Mann, und er hat diesen oder jenen Erfolg in Wien oder in Düsseldorf oder in Essen oder sonstwo. Das ist ein pos. Image für Steyr. Ich stehe dazu und möchte es auch hier gesagt haben.

Frau Bernadette Huber hat Steyr unlängst wunderbar präsentiert. Es war leider niemand in Wien - bei einer Ausstellung hat sie als

Steyrerin den Katalog präsentiert, den wir heute unterstützen. Ich mache das sehr gerne, aber ich weise noch einmal auf etwas hin: Galerie Pohlhammer. Ich werde nicht müde, das zu erwähnen. Wenn wir hier je 20.000 S Einzelförderung geben, umso mehr hat sich die Galerie Pohlhammer verdient - und ich hoffe, daß wir noch Gelegenheit haben bis Ende Jänner 1995, wo wir das alte Budget noch beschließen -, daß wir noch eine Förderungs-Möglichkeit für sie finden. Nur um ihr zu zeigen, daß es uns etwas wert ist, daß sie in Steyr ist. Nicht daß wir sagen: "Heuer ist alles vergessen und vorbei, da haben Sie Pech gehabt!" So soll es nicht sein! Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag Nr. 8) "Förderung Reinhold Rebhandl". Wer ist gegen diesen Antrag? 2 Gegenstimmen (FP). Übt jemand Stimmenthaltung? 2 Stimmenthaltungen (FP). Wer ist dafür? Der Rest. Danke, der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Antrag Nr. 9) "Bernadette Huber" - eine ao. Subvention in Höhe von S 20.000,--. Es wurde bereits

darüber diskutiert, ich bitte um Abstimmung.

9) Ha-4875/89

Bernadette Huber; außerordentliche Subvention.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Kulturangelegenheiten v. 28. Nov. 1994 wird der Künstlerin Bernadette Huber für die Erstellung eines Werkkataloges eine ao., nicht rückzahlbare Subvention in der Höhe von S 20.000,-- gewährt (1/3510/757000.8).

Da eine Bestreitung des gesamten Betrages aus der VASSt 1/3510/757000.8 nicht möglich ist, werden S 7.000,-- aus der genannten VASSt freigegeben und S 13.000,-- als Kreditübertragung von der VASSt 1/3000/757000.0 auf die VASSt 1/3510/757000.8 bewilligt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wer ist gegen diesen Antrag? 2 Gegenstimmen (FP). Übt jemand Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (FP). Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

In meinem letzten Antrag geht es um die Markttarifordnung der Stadt Steyr 1994 - eine Neufassung. Wir haben nun einen sehr wichtigen Antrag für viele

Steyrer zu diskutieren bzw. zu beschließen. Es ergeht der Antrag des StS an den GR:

10) Ge-1080/94
Markttarifordnung der Stadt Steyr 1994; Neufassung.

Der GR möge beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes der FA für öff. Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 25. Oktober 1994 wird die Markttarifordnung der Stadt Steyr 1994 genehmigt.
Die Tarifordnung tritt mit 1. 1. 1995 in Kraft. Die Kundmachung hat durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen.
(BEILAGE)

Ich ersuche um Diskussion bzw. Zustimmung und bitte, daß Sie mich entbinden, den Amtsbericht in voller Länge vorzulesen - ich glaube, Sie alle haben das bereits studiert.

Ich möchte aber dazu einwenden, daß wir uns bei der Markttarifordnung noch damit auseinandersetzen werden müssen, daß es sich viele Marktbeschicker in Zukunft vielleicht gar nicht mehr leisten können, am Markt teilzunehmen, weil die Umsätze aufgrund von verschiedenen Entwicklungen zu gering sind. Ich denke insbes. an die Gemüsehändler, die sehr schwer zu kämpfen haben, aber primär das Ortsbild prägen. Wir haben auch vereinbart bzw. ist es ein Wunsch von mir

gewesen, daß wir uns in bezug auf die Gestaltung des Stadtplatzes im Rahmen des neuen Marktgesetzes noch einmal zusammensitzen, um das Ortsbild nicht neg. beeinflussen zu lassen.

Aber jetzt geht es rein um die Gebühren bzw. um eine minimale Anpassung der Gebühren. Mit dem Hinweis, daß es vielleicht in anderen Städten irgendwann einmal notwendig sein wird, daß man Leuten eine Subvention gibt, nur daß sie herkommen und ihrem täglichen Markt oder Wochenmarkt nachkommen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand das Wort dazu? Nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Hrn. Dr. Pfeil, bitte den nächsten Berichterstatter, Hrn. StR Roman Eichhübl, an das Rednerpult und übergebe den Vorsitz an Fr. Vbgm. Mach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz.

BERICHTERSTATTER STR.

ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Der Antrag, den ich Ihnen zur Beschlußfassung vorzulegen habe, beinhaltet nicht nur eine Anhebung des Tarifes bei den öffentl. Verkehrsmitteln im Zusammenhang des bevorstehenden Eintrittes in den Oö. Verkehrsverbund, sondern auch Verbesserungs-Maßnahmen in diesem Bereich. Ich darf gleich eingangs meiner Berichterstattung darauf hinweisen; es soll neu eingeführt werden: die Tagesnetz-, die Wochennetz- und die Jahresnetzkarte sowie eine Teilstreckenregelung für Erwachsene, Kinder und Schüler. Meine Damen und Herren des GR, die Diskussion um die Anhebung der Tarife bei den öffentl. Verkehrsmitteln unserer Stadt hat ja eine sehr lange Vorgeschichte. Ich möchte heute aber nur ganz kurz darauf eingehen, weil wir wirklich schon sehr viel darüber diskutiert haben. Aber einen kurzen Überblick möchte ich machen, und das sei mir erlaubt. Der ständig steigende Verlust bei den Verkehrsbetrieben, der im Jahre 1991 13,32 Mill. S betragen hat, im Jahre 1992 22,78 Mill., im Jahre 1993 29,69 Mill. und im Jahre 1994 etwa 32 Mill. S - die genauen Zahlen werden uns ja dann noch vorgelegt - ausmacht, hat immer wieder dazu geführt, daß einerseits von der Dir. der Stadtw. darauf hingewiesen wurde, daß auf der

Einnahmenseite dringend Handlungsbedarf besteht; und andererseits auch vom Finanzreferenten immer wieder die Forderung erhoben wurde, daß man bei den Tarifen doch etwas zu tun hätte, um zu mehr Einnahmen zu kommen. Ergänzend darf ich zu den ständig steigenden Verlusten anmerken, daß sie zweifelsohne in diese Höhe angestiegen sind, weil eben neuerlich Citybusse angekauft und somit neue Linien befahren wurden und eigentl. diese Frequenz, die wir uns alle miteinander erwartet haben, nicht eingetreten ist. Ich als Referent habe - und auch meine Fraktion - eher Handlungsbedarf darin gesehen, daß man versucht, aufgrund von Frequenz-Zählungen in jenen Bereichen, wo weniger Busbenützer aufscheinen, Veränderungen herbeizuführen. Und zwar in der Form, daß die Takte verändert werden. Damit wurde dann schließlich diese Angelegenheit auch vom Ausschuß so goutiert, daß wir ab Juni d. J. eben in jenen Bereichen, wo schwächere Frequenzen aufgeschienen sind, Taktveränderungen durchgeführt haben und dadurch Einsparungs-Maßnahmen treffen konnten, weil nämlich Überstunden abgebaut wurden bzw. die Neu-Einstellung von Bus-Chauffeuren hintangehalten wurde. Nunmehr sehe ich aber - auch meine Fraktion, das darf ich in besonderem Maße hinzufügen,

und auch jene, die immer wieder in diese Diskussion miteinbezogen waren anlässlich von Ausschuß-Sitzungen - Handlungsbedarf im Zusammenhang mit der Realisierung des Verkehrsverbundes. Und zwar deshalb, weil beim Verkehrsverbund der Einzelfahrschein-Tarif von 16 S ausgeht, und wir daher mit unserem 14 S-Tarif bei den Abgeltungs-Beträgen sozusagen nichts erreichen würden und der Verlust dadurch noch höher ansteigen würde.

Daher haben wir uns Gedanken gemacht, eine neue Regelung, aber gleichzeitig auch eine Verbesserung einzuführen. Das, was heute hier vorliegt, ist das Endergebnis dieser Beratungen. Ich glaube, mit ruhigem Gewissen darauf hinweisen zu können, daß im Endeffekt die Teuerung den Bürger in diesem Bereich sehr wenig trifft, weil ja in den letzten Jahren keine Index-Anpassungen gemacht wurden, und weil - wie gesagt - der Verkehrsverbund-Tarif von S 16,- ausgeht. Daher, meine Damen und Herren des GR, darf ich Ihnen den Antrag des StS an den GR verlesen.

11) Stadtw-6/94

Städtischer Verkehrsbetrieb; Antrag auf Wertberichtigung der Beförderungspreise sowie Verbesserung der Tarifstruktur.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 5. 12. 1994 wird der Antragstellung zur Genehmigung neuer Beförderungspreise (Wertanpassung gegenüber der letztmaligen Festsetzung 1. 9. 1990) sowie der Erweiterung des Tarifangebotes gemäß der dem Amtsbericht angeschlossenen Beilagen bei der Kraftfahrlinienbehörde genehmigt. Gleichzeitig wird der Einführung eines Teilstreckenfahrscheins im Einzelfahrscheinbereich zu S 10,- für Erwachsene und S 5,- für Kinder und Schüler bis zum vollendeten 15. Lebensjahr zur Benützung des öffentlichen Verkehrsmittels auf zwei Teilstrecken genehmigt.

Hinsichtlich des 20-Fahrtenscheines wird je verkauftem 20-Fahrtenschein von der Stadt ein Zuschuß von S 60,- (inkl. 10 % USt) geleistet, wobei die Kosten hierfür mit rund 1 Mio. S beziffert werden.

Gleichzeitig wird der GR-Beschluß vom 18. 5. 1989, Zl. ÖAG Stadtwerke - 6868/86 für die Invalidenfahrfahrt mit Wirksamkeit 1. 6. 1995 aufgehoben und durch die im Amtsbericht vom 5. 12. 1. J. dargestellte Regelung ersetzt.

(BEILAGE)

Ich möchte noch hinzufügen, das steht nicht im Amtsbericht, daß - nachdem ich vorhin von Verbesserungs-Maßnahmen beim öffentl. Verkehr gesprochen habe - wir auch in der Klausurtagung, die fünf Tage und mehrere Nächte gedauert hat, vereinbart

haben, daß weitere Verbesserungen im öffentl. Verkehr dringend notwendig sind. Ich spreche hier von den von mir immer wieder geforderten Fuhrpark-Erneuerungen, sprich Ankauf von zumind. 2 Bussen, sowie von Verbesserungen beim Verkehr selbst; und zwar durch die Errichtung von Busspuren und beispielsweise auch (um nur eines anzusprechen) durch die Errichtung eines entspr. regelbaren und steuerbaren Anlagensystems bei den Verkehrsampeln, die vom Fahrzeuglenker aus betätigt werden können.

Frau Bürgermeister, ich darf Sie bitten, über meinen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Hr. Koll. Jansky bitte.

GEMEINDERAT
KLAUS JANSKY:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrter Hr. Bürgermeister, wertes Präsidium, liebe Kollegen des GR! Im vorliegenden Antrag wird eine Wertberichtigung der Beförderungspreise sowie eine Verbesserung der Tarifstruktur angestrebt. Ich habe am 2. 12. 1992 im Namen der ÖVP-Fraktion an den GR den Antrag gestellt, für die Citybus-Linien den Fahrpreis des Einzelfahrscheines mit 5 S festzusetzen. Unser Antrag, der

damals als Pilotprojekt durchgeführt werden sollte, wurde mit den Stimmen der SPÖ, FPÖ und GAL abgelehnt.

Es wurde zwar damals von allen Parteien anerkannt, daß der öffentl. Verkehr attraktiver gestaltet werden muß, aber den Mut zum Pilotprojekt hatte niemand. Hr. Stadtrat Spanring sagte damals, ein Moloch liegt zu den Stoßzeiten über Steyr. Der Moloch ist inzwischen noch weit größer geworden, und von den Verwirklichungen der im Verkehrskonzept vorgeschlagenen Maßnahmen sind wir noch weit entfernt. Auch im Budget 1995 ist davon nichts zu sehen.

Ich sehe im heutigen Tarifvorschlag einen Kompromiß, mit dem man leben kann. Der Teilstreckenfahrchein kostet zwar für Erwachsene 10 Schilling und für Kinder 5 Schilling, ich bin aber trotzdem überzeugt, daß die Einführung des Teilstreckentarifes zur Attraktivität des öffentl. Verkehrs beitragen wird und werde daher diesem Vorschlag zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Hr. GR Gollatsch bitte.

GEMEINDERAT
RICHARD GOLLATSCH:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Hr. StR Eichhübl hat ja schon gesagt, daß die Tarifierpassung für die

städt. Verkehrsbetriebe eine lange und schwere Geburt war. Es ist wirklich fünfeinhalb Jahre her, wenn diese neuen Tarifierpassungen in Kraft treten werden. Fünfeinhalb Jahre kann wahrscheinlich auch eine Familie mit Erhöhen ihres Einkommens ihre Ausgaben nicht decken. So gesehen - muß ich sagen - ist es richtig, daß die Tarife angehoben werden. Die Tarife sollen aber nicht nur angehoben werden, um die Verlustabdeckung der städt. Betriebe zu minimieren. Wir werden es nie dazu bringen, daß die städt. Betriebe, die städt. Busse kostendeckend arbeiten können.

Es wurde schon gesagt, daß neue Linien eingeführt wurden. Diese Linien sind nicht so ausgelastet, wie man will. Das ist eine Service-Leistung an die Steyrer Bevölkerung. Diese Service-Leistung hat wahrscheinlich oder sicher uns in der Gemeinde, uns der Stadt etwas zu kosten. Nur diese Service-Leistung kann nicht so ausufern, und wir können nicht unsere finanziellen Mittel in dieser Form herausgeben.

Es war hier die Rede von Verbesserung der Infrastruktur. Meine Damen und Herren, die Verbesserung der Infrastruktur soll aber Hand in Hand gehen, und wir haben einen Gedanken dabei gehabt, um den Individualverkehr vielleicht durch einen sog. Zonentarif zu verringern - der ist jetzt anders geworden mit dem

Teilstreckentarif; ich kann damit leben, habe ihn mir aber anders vorgestellt. Obwohl gesagt wurde, das ist nicht zu kontrollieren - jetzt muß er ja doch zu kontrollieren sein. Dieser Zonentarif hat an und für sich die Idee hinter sich gehabt, die Personen, die in die Stadt fahren, vom persönl. Kraftfahrzeug bzw. Verkehrsmittel in das öffentl. Verkehrsmittel zu bringen. Wir werden jedoch nicht umhinkönnen, dieses öffentl. Verkehrsmittel attraktiver zu machen, die Konzepte, die Stickler und die Verkehrsplaner erarbeitet und uns vorgegeben haben, auch zu verwirklichen. Meine Damen und Herren, es nützt nichts, eine Nordspange zu bauen, ohne versch. Maßnahmen dazu. Was bedeutet bitte die Nordspange z. B. für den Knoten Tabor? Null!

GEMEINDERÄTIN
EVA SCHEUCHER:
Bitte?

GEMEINDERAT
RICHARD GOLLATSCH:
Null! Die Nordspange bedeutet für den Knoten Tabor ohne eine Westspange oder eine Westumfahrung - sage ich einmal - null! Weil nämlich der Verkehr, der von Enns kommt bzw. vom Osten der Stadt, rechts der Enns, wenn er in das Steyrtal und nach Sattledt und sonst wohin will, wieder über zwei Verkehrslinien fahren muß. Das sind der Taborknoten bzw. der Tunnel. Es

gibt keine andere Möglichkeit. D. h., wenn ich die Nordspange baue, wird zwar der Verkehr beim Blümelhuberberg etwas weniger werden, aber der Verkehr beim Taborknoten bleibt gleich. Absolut gleich - wenn nicht Maßnahmen dazukommen! Wenn wir das öffentl. Massenverkehrsmittel attraktiver machen wollen, dann haben wir - Stickler spricht davon - Busspuren einzuführen. Eine Busspur geht nur auf einer Straße, wo mind. 2 Fahrbahnen sind. Ich erinnere noch einmal daran - es hat schon einen Vorschlag gegeben -, daß wir uns den Einbahnring in Steyr überlegen sollten. Dann ist die Möglichkeit der Busspur gegeben, dann gibt es kein Halten für den Bus mehr, dann kann er bevorzugt fahren, und es wird diesen Stau nicht mehr geben! Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächste hat sich Fr. Kollegin Scheucher zu Wort gemeldet.

GEMEINDERÄTIN

EVA SCHEUCHER:

Sehr geehrte Damen und Herren! Es freut mich unheimlich, einmal von ÖVP-Seite zu hören, daß die Nordspange null bringt für den Taborknoten und auch sehr wenig bringt für den Blümelhuberberg. In der Deutlichkeit haben wir das zwar

immer gesagt, aber noch nie gehört!

GEMEINDERAT

RICHARD GOLLATSCH:

Ohne Westspange, bitte!

GEMEINDERÄTIN

EVA SCHEUCHER:

Es freut uns sehr!

Das zweite ist ein Satz, der gefallen ist. Ich habe nicht gewußt, daß sich Hr. StR Spanring so poetisch auszudrücken pflegt. Ich habe das vergessen. Aber der Satz, ein Moloch liegt über Steyr, gefällt mir schon sehr gut! Weniger gefällt mir allerdings, daß der Bus in diesem Moloch drinnen steckt. Das ist auch jetzt unser Kritikpunkt an den Erhöhungen der Verkehrstarife. Ich sage Ihnen ja nichts Neues - ich habe es in den Ausschüssen, in den Beratungen immer wieder gesagt: die GAL wird diesen Erhöhungen der Tarife oder Anpassungen - wie es so schön heißt - nicht zustimmen. Und zwar nicht, weil wir glauben, daß die Tarife dann überhöht sind, nicht, weil wir glauben, daß es sich vielleicht die Bürger nicht leisten könnten o. ä., sondern es gibt handfeste Gründe für uns, das abzulehnen. Das eine ist, daß man hier jahrelang versäumt hat, Indexanpassungen zu machen, also der Kostenwahrheit ein bißchen näher zu kommen, und jetzt mit einem Schlag eine rel. große Erhöhung fordert, die aber in Summe sehr wenig an der Verlust-Situation der

Stadtwerke/öffentl. Verkehr ändern wird. Trotz der Erhöhung oder Anpassung der Verkehrstarife wird das Defizit der Stadtwerke in diesem Bereich noch immer enorm sein. Es wurde auch schon gesagt - der öffentl. Verkehr wird nie kostendeckend sein, sonst wäre er keine Service-Leistung mehr. Wir müssen bereit sein, für den öffentl. Verkehr einfach auch Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Aber der öffentl. Verkehr bzw. der Autobus ist nun einmal ein für viele Bevölkerungsgruppen unattraktives, weil langsames, an bestimmte Haltestellen, bestimmte Zeiten gebundenes Verkehrsmittel; es ist nicht jederzeit verfügbar, es steht - wie schon gesagt - im Stau. Die Busse sind nicht immer die neuesten - für Personen mit kleinen Behinderungen überhaupt nicht benützbar; für Mütter mit Kinderwägen sehr schwer benützbar. Niederflurbusse können wir uns scheinbar nicht leisten. Wir haben in diesem Raum bereits zwei Grundsatzbeschlüsse gefaßt. Der eine war der - das war sogar noch vor der Zeit, in der ich herinnen war, er wurde aber immer wiederholt und auf dem baut auch das ganze Konzept von Prof. Stickler auf -, daß es einen Vorrang des öffentl. Verkehrs vor dem Individualverkehr geben muß. Der zweite ist jener - den haben wir erst vor ungefähr eineinhalb

Jahren beschlossen -, daß die Parkgebühren zur Attraktivierung des öffentl. Verkehrs herangezogen werden müssen! Was ist passiert? Die Parkgebühren sind bisher - und es wird wahrscheinlich auch so weitergehen - zur Verlustabdeckung herangezogen worden. Und nicht, um den Stadtwerken zu ermöglichen, Attraktivierungs-Maßnahmen im Bereich des öffentl. Verkehrs selbst vorzunehmen. Das ist für uns ein ganz gravierender Kritikpunkt. Dieses Geld müßte da sein, um die Busse attraktiver zu machen; auch um neue Busse anzukaufen - Niederflurbusse anzukaufen.

Unser zweiter Kritikpunkt ist der, daß nichts geschehen ist. Jetzt sagt man: wir wollen ja, wir planen ja, wir werden ja! Aber es wäre Zeit gewesen. Das Stickler-Konzept gibt es schon länger, aber es ist nichts geschehen im Bereich

"Zurückdrängung/Einschränkung des Individualverkehrs". Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die Busspuren eine unerläßliche Notwendigkeit sind, wenn man dem öffentl. Verkehr ein bißchen "auf die Füße" helfen will. Jetzt höre ich das schon öfter, und es freut mich, dies zu hören. Aber es gibt sie noch nicht, und es wird noch sehr lange dauern - da werden die Tarife schon lange oben sein, wird es vielleicht einmal Busspuren geben.

Es ist nichts passiert in Richtung autofreiem Stadtplatz. Warum sollen die Leute mit dem Bus in die Stadt fahren, wenn sie auch mit dem Auto fahren können? Die Parkgebühren sind unserer Meinung nach zu niedrig. Vor allem sind sie nicht gestaffelt nach Zentrumsnähe.

Ein weiterer Punkt: Man hat sich bemüht oder nicht, es hat auf alle Fälle nicht funktioniert, Anruf-Sammeltaxis einzurichten. Und zwar für Linien, die einfach wirklich nicht rentabel sind, wo die Leute aber das Recht haben, auch mit dem öffentl. Verkehr befördert zu werden.

Das alles sind für uns Punkte, wo wir sagen: Nicht zuerst erhöhen und dann vielleicht das andere machen; sondern das andere machen und dann sagen: Jetzt haben wir ein attraktives Angebot, wir erhöhen die Tarife. Eines hätte ich abschließend bitte noch gerne geklärt. Das ist der Tarif des Einzelfahrscheines von 16 S im Verkehrsverbund und 18 S im Bereich der Stadt. Wie wollen Sie das der Bevölkerung erklären? Wie wollen Sie das erklären, daß er, wenn er einen Verbundfahrschein löst, für den Einzelfahrschein 16 S bezahlt und wenn er einen normalen städt. Fahrschein löst, 18 S bezahlen muß? Ich möchte sehen, wie Sie das der Bevölkerung verkaufen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Hr. Verkehrsreferent bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine Damen und Herren! Ich glaube, hier ist ein gew. Informations-Defizit bei dem einen oder anderen Vorredner zu sehen. Vielleicht haben Sie nicht so richtig mit der Fraktion Rücksprache gehalten - mit den StS-Mitgliedern oder Fraktions-Obmännern, die in den 6 Tagen jetzt beisammen gesessen sind.

Zum Detail: Ich bin auch sehr traurig bzw. nicht zufrieden mit dem Budget-Entwurf für 1995, wenn keine wesentl. Gelder vorgesehen sind für die

U m s e t z u n g des Verkehrskonzeptes. Es ist nahezu nichts vorgesehen; es ist lächerlich wenig, wenn uns das Verkehrskonzept ernst ist. Selbst für wichtige Dinge, wie das Bahnhof-Parkdeck, sind null S vorgesehen. Das müssen wir extra finanzieren, darüber müssen wir uns im klaren sein. Wenn wir das wollen, haben wir derzeit kein Geld vorgesehen. Wir haben ja nicht einmal Geld vorgesehen für eine Ausfinanzierung des Verkehrskonzeptes selbst. Das ist auch noch nicht zu Ende bezahlt!

Ich bin auch der Meinung, daß wir uns selber konterkarieren, wenn wir die Erlöse aus der Parkraumbewirtschaftung entgegen einem gemeinsamen Beschluß hier im GR, der ja eine Zweckwidmung vorsieht, zur allg. Verlustabdeckung heranziehen. Wir haben ganz klar beschlossen,

daß sie zusätzl. zur Attraktivierung des öffentl. Verkehrs bereitgestellt werden sollen. Zumindest haben wir es so im Antragstext gesehen und beschlossen. Man kann natürl. sagen, wir geben sowieso den Stadtwerken 30 Mill. S oder lassen ihnen die Verlustabdeckung. Aber die Meinung des GR war schon, daß wir das zusätzl. bekommen für den öffentl. Verkehr - zusätzlich! Ansonsten hätten wir diesen Beschluß ja nicht gebraucht vor der Öffentlichkeit. Wir machen uns ja selber lächerlich! Wir hätten ihn nicht gebraucht. Zum Knoten Tabor, lieber Freund Oberst Gollatsch. Ich glaube, da hast Du eine absolute Fehlinformation oder Du hast das Verkehrskonzept nicht gelesen. Es ist schlüssig nachgewiesen, ausgerechnet, diskutiert, daß die Nordspange für den Bereich Blümelhuberberg/Kreuzungsbereich Tabor eine Entlastung - je nach Verkehrssteuerung - zw. 30 und 50 % bringt. So steht es drinnen und so hat es uns Dr. Stickler, der jetzt Univ.-Prof. ist, schlüssig erklärt und vorgerechnet.

GEMEINDERAT

RICHARD GOLLATSCH:

Das wird immer mehr!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Er hat hier an dieser Stelle - wir haben sehr intensiv diskutiert darüber, und ich weiß es ganz genau - gesagt, je nach

Maßnahmen, die an uns liegen, 25 - 50 %! Es gibt natürl. radikale Maßnahmen, wo er den ganzen Schwerverkehr aus der Stadt hinausbringt. Das bringt den Leuten in diesem Bereich etwas. Wir müssen es dann eben selber tun. Der Nachteil ist jedoch dabei, wenn es uns nicht gelingt, den "Moloch-Verkehr" in den Griff zu bekommen, dann wird diese Summe in fünf Jahren wieder "aufgefressen" von den Zuwächsen des Individualverkehrs. Da muß es uns gelingen, einen Hebel anzusetzen, um den Verkehr zu vermeiden und zu verlagern.

Zur Erhöhung der Tarife. Wir haben das in vielen Besprechungen vordiskutiert, bis wir einen für alle tragbaren Kompromiß gefunden haben. Ich glaube, Fr. GR Scheucher widerspricht sich selber, wenn sie sagt, daß lange nichts geschehen ist, und jetzt ist sie grundsätzlich dagegen - bzw. sie war der Meinung, daß wir die Tarife offensichtlich jährlich um die Inflationsrate erhöhen hätten müssen; aber jetzt, nachdem wir bereit sind, eine Erhöhung zu machen, ist sie grundsätzlich dagegen. Das widerspricht sich etwas!

Es wird an uns liegen, und es ist in der Tat schwierig, den Einzelfahrschein-Tarif den Bürgern zu erklären (wenn man jetzt nur vom Einzelfahrschein-Tarif ausgeht), wie er zu einem preisgünstigen Einzelfahrschein kommt. Mit der Debitkarte ist

der Einzelfahrscheintarif auf 14,60 S. Da haben wir eine Erhöhung je Fahrtrichtung um 60 Groschen - das liegt ja sicherlich im Ermessen des Bürgers, sich diese Debitkarte zu besorgen. Das ist dann auch ganz leicht oder soll leicht gemacht werden. Man hat dann auch andere Attraktivierungen, mit denen wir leben können, wo sich die Bevölkerung darauf einstellen wird.

In Summe ist das ein Kompromiß-Vorschlag, der natürl. auch noch sehr viele Dinge nach sich zieht, die wir gemeinsam besprochen haben und die auch gemeinsam mit dem Budget andiskutiert wurden (in der Klausurtagung). Dazu gehört eben auch - das ist unsere vehemente Forderung - eine Attraktivierung im öffentl. Verkehr. Diese kann nur lauten: nicht primär im finanziellen Bereich, sondern primär im Beschleunigungsbereich. Es gibt viele Untersuchungen, wo schlüssig nachgewiesen wird, wie die Bürger bewegt werden können, vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentl. Verkehr umzusteigen. Er wird sicher nicht umsteigen, wenn er im Bus im Stau steckt - da sitzt er lieber bequem im Auto im Stau und hört sich eine Cassette an.

Es wird auch nicht genug sein, wenn wir Busspuren installieren im Bereich, wo wir es derzeit für möglich halten - im Bereich Plenkberg, im Bereich

Haratzmüllerstraße. Es wird nicht genug sein, wenn man dann am Posthofberg hinauf eine 3/4 Stunde lang im Stau steht.

Darum sind wir binnen 3 Monaten hier im Hause - mit den Experten, mit den Fachleuten - ernsthaft überein gekommen, aufbauend auf das Konzept von Dr. Stickler, aufbauend auf die Untersuchungen von BMW, den sog. Einbahnring ernsthaft zu prüfen - daß man nicht von vornherein sagt, wie es gesagt wurde, daß es eine Schnapsidee ist. Ich glaube nicht, daß es eine Schnapsidee ist; ich glaube, daß es ernsthaft zu prüfen ist und sein wird. Wir haben dann vielleicht durch den Einbahnring um Steyr eine Beschleunigung im motorisierten Individualverkehr, weil hier ja viele Kreuzungsbereiche wegfallen, weil wir hoffentlich viele Wege vermeiden. Wenn der Umweg mit dem Auto zu groß ist, wird man vielleicht zu Fuß gehen oder ein anderes Verkehrsmittel in Erwägung ziehen - wenn der Bus gegenläufig in die Richtung fährt. Ich verspreche mir schon etwas davon. Wenn wir nach 3 oder 4 Monaten - so hoffe ich -, wenn die Untersuchung fertig ist, zur Erkenntnis kommen müssen, daß es aus irgendwelchen Gründen nicht geht, dann werden wir es auch hier in diesem Rahmen und in diesem Raum bereden. Aber man sollte schon daran gehen! Untersuchungen haben ergeben, dieser Einbahnring wird kommen müssen! Das war vor eineinhalb

Jahren. Die Zeit ist noch nicht reif dafür. Ich glaube, die Zeit ist leider viel rascher reif geworden, als wir es uns alle im Verkehr erwartet haben. Schönen Dank.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster hat sich Hr. StR Zagler zu Wort gemeldet.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Geschätzte Damen und Herren, hoher GR, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Aus der Tarif-Debatte hat sich naturgemäß auch eine Verkehrs-Debatte entwickelt. Ich möchte auf die Details, wie Einbahnring ja oder nein, in dem Sinne nicht eingehen. Weil es ja auch eine jener bes. begrüßenswerten Maßnahmen unserer vieltägigen Budget-Beratungen auf StS- und Fraktionsobmännerebene gewesen ist, für einige Bereiche, in denen es Probleme gibt, die klar erkannt worden sind, begleitende Kontroll-Einrichtungen zu schaffen; Arbeitsgruppen zu schaffen, die nicht vorgeprägt an diese Überlegungen herangehen sollen. Für mich - zurückkommend auf die Verkehrstarife und auf die Anpassung dieser Tarife - kommt die Anhebung klarerweise viel zu spät. Es ist ein Irrglaube, zu meinen, wenn man keine Verlustabdeckung oder wenn man das Geld für Verlustabdeckung den Stadtwerken zur Verfügung

stellt, daß damit nicht öffentlicher Verkehr gefördert werden würde oder daß damit nicht zusätzl. Leistungen gefördert würden, wie es eben beispielsweise die damalige Installierung vieler neuer Linien gewesen ist. Diese wurde auch gefaßt hier herinnen im GR, unter der Promesse, daß es eine baldige Tarifregulierung geben kann. Für mich - wie gesagt - zu spät. Im Ausmaß jedoch für den Bürger unserer Stadt nicht ernst oder fest bzw. stark zu spüren. Aus zwei Gründen nicht stark zu spüren. Der eine Grund ist der, weil wir Fahrschein-Typen und -kategorien geschaffen haben, die sich in den längerfristigen Zeitbereich hineinbewegen: wie erstmals eine Jahreskarte zu vergeben, wie auf dem Sektor der Wochenkarten Neuland zu betreten, wie auf dem Sektor der Ganztages- oder 24-Stunden-Karte Neuland zu begehen, wo die Tarife zum Teil gegenüber dem bisherigen keine Erhöhung erfahren. Auf der anderen Seite wirkt sich das auf den Steyrer nicht bes. in den Finanzen aus, weil der Verkehrsverbund zur Zahlung eingeladen wird durch diese Maßnahme. D. h., der öffentl. Zuschuß unter dem Strich für die Stadtwerke bleibt ja mind. gleich, es werden sich nur die Trägerschaften verschieben - von der Stadt etwas weg in Richtung Oö. Verkehrsverbund. Deswegen ist es auch fast schon zu spät - vielleicht 5 nach 12, vielleicht 10 nach 12 -, diesen

Antrag doch noch heute über die Bühne zu bringen, weil wir alle - wenn wir diesen Antrag heute, so hoffe ich doch, mit großer Mehrheit beschließen werden - nicht sagen können, wie die Prüfinstanzen beim Land, denen klarerweise unser Vorschlag zu unterbreiten ist, darauf reagieren werden; und weil wir auch über eines noch nicht Bescheid wissen: Es hat ursprüngl. geheißen, Verkehrsverbund schon viel früher; zwischendurch hat es geheißen: Verkehrsverbund mit 1. 1. 1995; letzte Meldung ist 1. Februar 1995. So richtig glaubt aber meines Erachtens - auch aus der Insider-Reihe - niemand daran.

Es ist nämlich eine Sache, daß - wenn der Verkehrsverbund kommt - die städt. Autonomie, hier einen Antrag zu stellen, zwar aufrecht bleibt, die Entscheidungsgremien aber sich verlagern. Nämlich in die Reihe jener Verkehrsträger (Träger des öffentl. Verkehrs), die dann beschließen müßten: "Wenn wir den Steyrern diese Erhöhung zubilligen, und die aus unserem Topf Geld in Richtung Steyr fließen lassen, dann werden wir uns doch wehren. Denn wenn die Steyrer mehr aus dem Topf herausnehmen, dann bleibt für uns 'Übrige' nicht mehr so viel übrig". Ich glaube, das ist eine Binsenweisheit und für jeden nachvollziehbar.

Ich hoffe, daß - wenn wir diesen Beschluß heute fassen - die Zeituhr noch nicht abgelaufen ist.

Ansonsten könnte ich es mir wieder bequem machen und sagen, ich habe jetzt seit 3 Jahren hier heraußen gebeten, gebittet, fast schon gewünselt, daß man eine Anpassung macht.

Es war eben der Wunsch des Referenten - dieser ist verständlich und ich unterstütze das auch -, bei so weitreichenden Entscheidungen eine möglichst breite Mehrheit zu finden. Gerade das war es auch, was in der letzten Zeit nicht darstellbar war. Ich will hier nicht die Schuldigen suchen, aber ich gebe doch zu bedenken, daß es im Rahmen der Budget-Klausur innerhalb einer guten Stunde möglich war - unter Einsatz der Logistik eines Mitarbeiters unseres Magistrates, der mit den Direktoren der Stadtwerke beisammengesessen ist -, das in eine lösbare Form zu bringen, was wir im Ausschuß eigentl. Jahre lang gewollt haben. Wir wollten nämlich einen durchaus gesplitteten Tarif haben, der aber nicht dazu verwendet wird, große Distanzen im Stadtgebiet abzuwickeln. D. h., daß der Normaltarif eigentl. der Langstreckentarif ist, der es uns ermöglicht, zusätzliches Publikum in die Autobusse hineinzubringen. Wir haben alles Mögliche probiert - vom Zonentarif über einen 3- bzw. 4-Stationen-Tarif, bis eben dann diese Zweizonentarifizierung gefunden wurde, die genau das ermöglicht. Nämlich ein Fahren innerhalb des Stadtviertels zu

einem ermäßigten Tarif und ein Fahren vom Rand eines Stadtviertels an den Rand des nächsten Stadtviertels. Damit also alle jene Normalfahrten, die bisher vom Bürger unternommen wurden, wie bisher auch zum hohen Tarif, zu zahlen sind. Hoher Tarif heißt wieder nominell 18 S, aber jeder herinnen im GR - auch die Zuhörer wissen das inzwischen - weiß, daß mit der Debitkarte (eine rote Karte) eine 10 %ige Rabattierung auf den Verbundpreis erfolgt. D. h., daß durch das Abbuchen mit der Debitkarte für den Besitzer einer solchen der Preis für eine Fahrt etwa 14,60 S betragen wird. Das heißt, daß sich für den Einzelfahrschein-Käufer die Situation von 14 S auf 14,60 S ändern wird. Ich glaube nicht, Eva, daß die Steyrer so dumm sind, wie wir sie scheinbar dafür halten, daß nämlich dann Leute sagen, sie möchten lieber einen Fahrschein um 18 S kaufen, obwohl sie einen um 14,60 S bekommen können. Vielleicht wird der eine oder andere Grenzfall in unserer Stadt eine solche Maßnahme setzen wollen, aber von den 40.000 nehme ich an, daß die überwiegende Mehrheit den vernünftigen Preis für sich machen wird.

Wir haben auch über diese Arbeitsgruppe in den Vorbesprechungen festgelegt, daß wir dringend daran interessiert sind, intelligentere Systeme anstelle

kostenintensivster Citybus-Linien zu erwägen. Das Schlagwort heißt dabei: Anruf-Sammeltaxi. Es kann nicht sein, daß die Pro-Personen-Kosten einer Fahrt auf bestimmten Linien an die 200 S betragen. Dort ist sicherlich ein anderes System in Erwägung zu ziehen.

Eine Sache, Eva, wo Du mich sofort auf Deiner Seite hast - ich mache hier aus meinem Herzen keine "Mördergrube" -, ist eine Erhöhung der Parkgebühren. Du weißt, daß ich mich bes. dafür stark gemacht habe, das nach einer differenzierten Parkgebühren-Erhebung je nach Interesse und je nach Nähe zum Stadtzentrum zu machen; da rennst Du bei mir offene Türen ein. Daß aber auch für solche Maßnahmen die Mehrheit eines GR erforderlich ist, wenn ich an die Erhöhung der Gebühren denke, ist uns allen klar. Aber, wie gesagt, bei mir würdest Du diesbezüglich in ein offenes Tor hineinlaufen.

Stickler hat auch immer wieder erwähnt: Zuckerbrot und Peitsche. Ich glaube nicht - das sage ich hier zum wiederholten Male, aber trotzdem noch einmal -, daß Tarif-Reduzierungen, Anpassungen nach unten jemanden zusätzlich in das öffentl. Verkehrsmittel bringen. Ich glaube, die wenigsten von uns tun das. Es geht nur mit der Maßnahme "Peitsche". D. h., Peitsche für den Autofahrer, für den Individualverkehr. Und auch hier, glaube ich, ist unsere

Arbeitsgruppe, die eingerichtet werden wird, mehr oder weniger beauftragt, in diese Richtung zu denken. Wir müssen uns jedoch darüber im klaren sein, daß wir eine Mehrheit im GR brauchen. Hoffentlich eine recht breite, die dieses "Fahren", dieses Beschleunigungsprogramm ermöglichen wird.

Was mich auch freut, ist, daß eine weitere Unmöglichkeit gefallen ist. Im Antrag steht drinnen, daß der 20-Fahrtenschein, den wir trotz der 14,60 S belassen haben, so wie die anderen Karten - also auch die Verbundkarte - im Autobus erhältlich sein wird (die einzelne Fahrt mit einem 20-Fahrtenschein wird dann 12 S kosten). Es spricht zwar ein bisschen gegen Beschleunigungsmaßnahmen, aber die Verbundkarte wird mangels fehlender Automaten-Verkaufsstellen in Steyr noch eine geraume Zeit im Bus zu verkaufen sein. Den Einwand, die 20-Fahrtenschein würde das verlangsamen, kann ich nicht gelten lassen. Denn bei einem 20-Fahrtenschein kauft man einmal und hat einmal die Abwicklung mit dem Chauffeur; die anderen 19 Male geht das ohne dieser Sache.

Wie gesagt, eine für mich zu späte Entscheidung, aber trotzdem werde ich sie gerne mittragen mit der Hoffnung, daß wir sie über die Landesgremien und über die Verbundgremien auch tatsächlich bewirken werden können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hr. GR Gollatsch hat sich als nächster zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT

RICHARD GOLLATSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht hier um Tarif-Reduzierung, wie StR Zagler gesagt hat. Es ist ja mit diesem Zonentarif oder mit diesen zwei Strecken hier gemacht worden. Ich sehe nicht ganz ein, wenn einer vom Bahnhof oder vom Krankenhaus Richtung Gleink fährt, bezahlt er die volle Karte; und der, der vom Tabor auf den Stadtplatz fährt oder Richtung Krankenhaus, sollte auch denselben Preis bezahlen. Wenn einer kürzer fährt, dann soll er auch weniger bezahlen. Das nur zur Sache "Kurzstrecken" bzw. "Tarife".

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

So ist es jetzt auch!

GEMEINDERAT

RICHARD GOLLATSCH:

So, wie es jetzt ist - ja. Aber da seid Ihr ungefähr drei Jahre dagegen gewesen. Denn wenn ich sage, der gesplittete Tarif: das war eine Sache, die schon Jahre lang geplant war; nichts war geplant bis voriges Jahr. Das wurde immer abgeschmettert. Nun zu Dir, lieber Hr. Dr. Pfeil. Ich lese selbstverständlich das Stickler-Konzept. Ich weiß, was

drinnen steht. Hr. Dr. Stickler sagt, 25 - 30 % Verkehrsentslastung auf dem Blümelhuberberg bei Bau der Nordspange. Er sagt ganz genau zw. 30 und 50 % Erhöhung der Frequenz bis 2000. D. h., plus - minus, dann wird es schon minus, wobei das der Stand 1992/93 ist. Stickler sagt dann noch, es gibt kurz-, mittel- und langfristige Planungen, wobei er sagt: kurzfristig - sofort; mittelfristig - bis 2 Jahre; und langfristig - sagt er 5 Jahre. Bei langfristig sagt er auch noch: Es sollen Vorbehaltsflächen geschaffen werden für eine Westumfahrung nach oder bei Bau der Nordspange, und er fordert dann auch diese Westumfahrung. Das heißt aber langfristig innerhalb von 5 Jahren.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Warum wird dann gesagt oder behauptet, es gibt keine Einsparung auf dem Blümelhuberberg bei der Nordspange?

GEMEINDERAT

RICHARD GOLLATSCH:

Bis die Nordspange gebaut wird, ist das Jahr 2000 und hiemit kann man die 10 % wieder dazu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Es ist aber falsch, zu behaupten, daß es keine Einsparung auf dem Blümelhuberberg gibt. Das ist falsch!

VERSCHIEDENE, LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Liegt noch eine Wortmeldung vor?

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Darf ich von hier aus noch eine Anmerkung machen? Bei der Änderung dieses Zonentarifes, glaube ich, sollte man sich die Kaserngasse noch einmal ansehen. Wir wollten nämlich, daß man die Höhenunterschiede von allen Stadtteilen überwinden kann, und da kommen die Leute von der Kollergasse - speziell alte Leute - dann nur bis zum Wieserfeldplatz. Sonst könnten sie bis zum Michaelerberg fahren. So war auch die Absprache im StS.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nun bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich glaube, daß die Frage des Koll. Schloßgangel doch geklärt werden sollte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das war eine Feststellung!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Die Herren von den Stadtwerken sind anwesend - darf ich bitten, daß man auf die Anfrage des Koll. Schloßgangl eine Stellungnahme abgibt.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Das muß zuerst geprüft werden!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Bist Du damit einverstanden, daß es noch geprüft wird, wir jetzt zum Ende kommen und dann eine Beschlußfassung durchführen?

Gut, dann darf ich zum Schlußwort ansetzen. Meine Damen und Herren des GR, ich werde mich nicht so lange mit dem Schlußwort aufhalten, wie die Diskussion gedauert hat. Es war doch zu erwarten, und das ist auch gut so, daß heute im GR eine abschließende Diskussion erfolgt ist. Denn sie hat einerseits gezeigt, welch großes Interesse dem öffentl. Verkehr zugebilligt wird. Aber andererseits hat auch die Wortmeldung von Hrn. Dr. Pfeil sehr deutlich darauf gezielt, und er hat darauf hingewiesen, wie eng der Individualverkehr mit dem öffentl. Verkehr in Zusammenhang steht. Gegenseitig kann es nur so funktionieren, wenn man das richtige Maß findet, beide Gruppierungen (ich bezeichne sie einmal so) am Leben zu lassen, um das beste Ergebnis daraus zu erzielen.

Ich möchte aber doch ganz kurz auf einige Wortmeldungen

eingehen. Vor allen Dingen, was die immer wieder geforderten 5-S-Tarife betrifft, die heute Koll. Jansky von der ÖVP wieder ins Treffen geführt hat. Ich kann nachträglich nochmals versichern: wir haben sicherlich kein Problem gehabt, daß wir Angst vor einem Pilotprojekt gehabt hätten. Aber ich darf noch einmal sehr deutlich um Verständnis dafür bitten, daß die rechtl. Situation nicht angetan war, einen 5-S-Tarif einzuführen. Ganz einfach deshalb, weil ja die Citybus-Linien ein Bestandteil des gesamten Verkehrsliniennetzes der Stadtwerke sind und daher eine Herausnahme nicht möglich war. Wenn von Fr. Kollegin Scheucher angesprochen wurde, daß es jahrelang keine Indexanpassungen gegeben hat, so hat sie sicherlich recht gehabt. Das ist auch nicht zuletzt an meinem und an unserem Einspruch gescheitert, weil wir immer davon ausgegangen sind, wenn Indexanhebungen in diesem Bereich durchgeführt werden sollen, dann können sie nur einhergehen mit Verbesserungsmaßnahmen im öffentl. Verkehr.

Sie haben auch die Kostenwahrheit angesprochen. Fr. Kollegin Scheucher, da gebe ich Ihnen auch bedingt recht. Unter Kostenwahrheit verstehe ich zwar nicht, daß man eine Situation schaffen könnte - das wäre nämlich einmalig auf der Welt -, daß der Verkehrsbetrieb

kostendeckend fahren könnte; das ist nicht möglich, ich glaube jedoch, da sind wir einer Meinung. Aber unter Kostendeckung verstehe ich natürlich auch eine Abgeltung von seiten der Stadt. Wir sind uns, nachdem wir jahrelang - nicht nur ich, sondern auch Koll. von der ÖVP - die Frage gestellt haben, was denn der öffentl. Verkehr der Stadt Steyr der Gemeinde wert ist, etwas näher gekommen. Wir haben schon Zahlen genannt, die so um die 20 Mill. S gelegen sind - Koll. Zagler möge mich berichtigen, wenn das nicht stimmt. Also auch das sollte wirklich klar in den Raum gestellt werden, daß eben eine gew. Verpflichtung zur Aufrechterhaltung des öffentl. Verkehrs auch bei der Gemeinde liegt. Natürlich kann das nicht ins Uferlose hinausgehen. Es ist sehr bedauerlich - nachdem bereits darauf hingewiesen wurde, daß ich bemüht war (das war schließlich und endlich auch sicherlich ein gew. Zeitverzug), eine einhellige Meinung im GR herbeizuführen, weil das eben ein sehr sensibler Bereich ist -, daß heute die Kollegen von der GAL nicht mittun können. Das bedaure ich sehr. Aber ich sage das mit einem gew. Nachsatz. Ich habe schon den Eindruck in diesem Bereich, daß es den Kollegen von der GAL darum geht, sich Gedanken zu machen, wie man das Geld ausgibt, aber sich weniger Gedanken zu machen,

wie das Geld auf der anderen Seite auch wieder hereinkommt. Ich glaube, es ist alles angesprochen worden. Fr. Vizebürgermeister!

Entschuldigung, der Hr. Bürgermeister ist bereits wieder anwesend, aber ich glaube, Sie haben den Vorsitz, Fr. Vizebürgermeister. Ich bitte, die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Wer ist gegen diesen Antrag? 1 Gegenstimme (GAL). Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Der Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich übernehme den Vorsitz und erteile Koll. StR Schloßgangl das Wort für seine Anträge.

BERICHTERSTATTER STR.

ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Mein Antrag des StS an den GR lautet:

12) GHJ2-101/94

Öffentliche WC-Anlage
Ecke Punzerstraße/Se-
bekstraße.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau v. 10. 11. 1994 wird der Vergabe der Gesamtarbeiten an den Verein für Arbeit, Beratung und Bildung im Zusammenhang mit dem Einbau einer öffentlichen WC-Anlage Ecke Punzerstraße/Sebekstraße zum Preis von S 370.000,-- zugestimmt.

Zum Zweck der Refundierung werden Mittel in Höhe von S 100.000,-- freigegeben bei VAST 5/8120/010000.5 und S 270.000,-- durch Kreditübertragung von VAST 5/6120/728000.0 auf VAST 5/8120/010000.5 bewilligt und freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe?

Stimmenthaltungen? Eine Stimmenthaltung (SP). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

GR FELICITAS BAUER TRIFFT UM 11.40 UHR EIN.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um Baumaßnahmen in Steyrdorf, 3. Teil. Es ergeht folgender Antrag des StS an den GR:

- 13) Bau6-6673/92
Bau3-7370/92
Baumaßnahmen Steyrdorf
3. Teil: Auftragserhöhung.

Der GR möge beschließen:

Im Zusammenhang mit den Tiefbaumaßnahmen der Fußgängerzone Steyrdorf wurden vom GR am 4. März 1993 folgende Aufträge an die Firmen Ploier & Hörmann, Marchtrenk, und die ARGE LSH Fischer - Zwettler, Steyr, vergeben:

1. Kanalbau S 8,368.855,-- excl. MWSt.
2. Straßenbau u. Beleuchtung S 2,980.885,-- excl. MWSt.
3. Plattenverlegung und Pflasterung S 5,758.569,-- excl. MWSt.

Mit GR-Beschluß vom 2. Dez. 1993 wurden in Verbindung mit dem gleichzeitigen Ausbau der Schuhbodengasse sowie der Änderung der Pflasteroberflächen die folgenden Zusatzaufträge vergeben:

1. Fa. Appinger GesmbH., Hirtenberg, S 1,973.000,-- incl. MWSt.; bei gleichzeitiger Verminderung des Auftrages d. ARGE LSH Fischer - Zwettler um S 1,500.000,-- incl. MWSt. für Steinlieferungen.

2. Fa. Ploier & Hörmann - Kanalbau S 300.000,-- excl. MWSt. - Straßenbau S 263.000,-- incl. MWSt.

3. ARGE LSH Fischer - Zwettler S 388.000,-- incl. MWSt.

Mit Bürgermeisterverfügung vom 15. Juli 1994 und GR-Beschluß vom 15. September 1994 wurde der zusätzlichen Gestaltung der Gehsteige Schnallenberg mit Granitpflaster in Höhe von S 620.000,-- incl. MWSt. zugestimmt.

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 21. Oktober 1994 wird nunmehr im Zusammenhang mit technischen und gestalterisch architektonischen Maßnahmen einer Erweiterung der folgenden Aufträge zugestimmt, wobei die Begründungen für die Erhöhungen im Amtsbericht näher erläutert sind.

A) **Kanalbau:** Fa. Ploier & Hörmann von S 8,668.855,-- excl. MWSt. auf S **10,300.000,--** excl. MWSt.

B) **Straßenbau u. Beleuchtung:** Fa. Ploier & Hörmann von S 3,243.885,-- incl. MWSt. auf S **3,400.000,--** incl. MWSt.

C) **Pflasterungen:** ARGE LSH Fischer - Zwettler von S 5,126.569,-- incl. MWSt. auf S **6,540.000,--** incl. MWSt.

D) **Steinlieferungen:** Fa. Appinger GesmbH. von S 2,233.000,-- incl. MWSt. auf S **2,306.000,--** incl. MWSt.

Gleichzeitig werden die **Nachtrags- b z w .**

Austauschangebote Nr. 1 bis 7 der Fa. Ploier & Hörmann, Marchtrenk, sowie Nr. 2 der ARGE LSH Fischer - Zwettler, Steyr, (Beilage) nachträglich **genehmigt.**

Weiters wird der Vergabe des Auftrages an die Stadtwerke Steyr zur Lieferung und Montage altstadtgerechter Hydranten in Höhe von S 23.837,40 sowie an die Fa. Halbartschlager, Steyr, zur Lieferung von Bäumen und Sträuchern in Höhe von S 51.188,27 incl. MWSt. zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden für den Teil A) Kanalbau Mittel in Höhe von 2 Mill. S excl. MWSt. bei VAS 5/8110/050420.7 und für die Teile B) bis D) Straßenbau und Beleuchtung, Pflasterung, Steinlieferung sowie für Hydranten und die Pflanzenlieferung Mittel in Höhe von 1 Mill. incl. MWSt bei VAS 5/6120/002490.0 (Kirchengasse - Gleinker Gasse) und 500.000 S incl. MWSt bei VAS 5/6120/002280.5 (Innere Sierninger Straße) im Wege einer Kreditübertragung von der VAS 5/8110/050560.0 (Kanal F III) freigegeben.
(BEILAGE)

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Wird dazu das Wort gewünscht? Nicht der Fall, wir kommen daher gleich zur

Abstimmung. Wer für den Antrag Nr. 13) "Baumaßnahmen Steyrdorf - Auftragserhöhung" ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STR KARL HOLUB UND GR EDITH RADMOSER TREFFEN UM 11.50 UHR WIEDER EIN.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Bei meinem letzten Antrag geht es um den Neubau der Wiesenbergbrücke.

14) BauBrü-620/93

Neubau der Wiesenbergbrücke, Fuß- u. Radwegunterführung und Große Fallenbrücke.

Der GR möge beschließen:

Gemäß dem Vorlagebericht des GB III/FA Tiefbau vom 2. 11. 1994 wird zur Abdeckung der restlichen Teilrechnungen für das Bauvorhaben "Neubau der Wiesenbergbrücke, Fuß- und Radwegunterführung und Große Fallenbrücke" der Mittelfreigabe in Höhe von S 60.000,-- bei VASSt 5/6120/002270.6 zugestimmt.

Weiters wird der Kreditübertragung in Höhe von S 1,650.000,-- von VASSt 5/6120/002250.8 auf VASSt 5/6120/002270.6 zugestimmt.

Ich bitte auch hier um Abstimmung und um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall - eine Frage von mir. Weiß man jetzt, wieviel die Wiesenbergbrücke, die Unterführung und die Große Fallenbrücke insgesamt kosten wird?

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich habe noch keine endgültige Abrechnung, aber beim letzten Stand waren es rund 13 Mill. S.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich hoffe, daß sich das in diesen Grenzen hält!

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich hoffe auch!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, möge ein Zeichen der Zustimmung geben. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht geübt. Der Antrag 14) ist einstimmig angenommen.

Ich danke Koll. Ing. Schloßgangl und darf als nächsten Berichtstatter Hrn. StR Ing. Spanring um seine Anträge bitten.

BERICHTERSTATTER STR.

ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Werte Gäste! In meinem ersten Antrag geht es um den Abschluß des Papiervertrages und Ratenvereinbarung und um den Abschluß des Glasvertrages und Ratenvereinbarung.

A u f g r u n d d e r Verpackungsverordnung und der Verpackungszielverordnung und dem Abfallwirtschaftsgesetz ist die Stadt Steyr verpflichtet, für eine geordnete Sammlung und Abfuhr von Altstoffen im Stadtgebiet zu sorgen und die hierfür notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Nunmehr liegen der Stadt zwei weitere Entsorgungsverträge über die Sammlung von Verpackungen aus Papier, Karton, Pappe und Wellpappe und von Altglas vor, wobei sich diese beiden Verträge ausschließlich auf die in Haushalten anfallenden Altstoffe beziehen. Die vorliegenden Verträge regeln detailliert die Rechte und Pflichten der Vertragspartner. Ziel der Verträge ist der Ausbau und kontinuierliche Betrieb eines flächendeckenden Sammelsystems für gebrauchte Papier- und Glasverpackungen im Stadtgebiet.

Die Stadt verpflichtet sich, öffentlich zugängliche Standplätze in ausreichender Zahl zur Verfügung zu stellen, um die Container aufstellen zu können. Diese Standplätze sind zu befestigen und zu reinigen. Als

Entschädigung für die von der Stadt zu erbringenden Leistungen zahlen die ARO und die AGR vertraglich festgelegte Tarife.

Der Antrag des StS an den GR lautet:

15) ÖAGAbf-169/93
Verpackungsverordnung -
Haussammlung; Abschluß
des Papiervertrages u. Ra-
tenvereinbarung. Abschluß
des Glasvertrages u. Raten-
vereinbarung.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des gemeinsamen Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten und der FA für Umweltschutz und Abfallwirtschaft v. 29. 11. 1994 wird dem Abschluß der Verträge zur Sammlung von Papierverpackungen und Altglas mit der Altpapier-Recycling Organisationsgesellschaft m.b.H., 1061 Wien, Gumpendorferstraße 6, bzw. der AGR Austria Glasrecycling Ges.m.b.H., 1020 Wien, Obere Donaustraße 71, und der Fa. Bittner, Steyr, Schaumbergerstraße 2, samt den dazugehörigen Stundungsvereinbarungen zugestimmt.

(BEILAGE)

Ich bitte um Diskussion und Abstimmung über meinen ersten Antrag.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort hat sich Koll. Spöck gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF
VERLÄSST UM 11.55 UHR DIE
SITZUNG.

GEMEINDERAT
WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Ein vertragsloser Zustand wird heute durch Abschluß der Papier- und Glas-Triangelverträge beendet. Nach langwierigen Verhandlungen ist ja diese Vertragslücke geschlossen worden.

Die Verträge wurden österreichweit ausgehandelt. Als positiv dabei zu bemerken: bei den Papierverpackungen beträgt der Ersatz für die Stadt Steyr 30 %, oberösterreichweit nur 22,5 %. Positiv ist auch, daß wir in Steyr nach einem 3färbigen System sammeln, 2färbig überall in OÖ. Erfreulich bei dieser Gelegenheit zu betonen ist das Umweltbewußtsein der Steyrer Bevölkerung. Österreichweit liegen wir bei Papier an dritter Stelle. Auch pos. zu erwähnen: die Sammlungen von Jänner bis September liegen deutlich über den Ergebnissen des Vorjahres. So wurden bereits nach drei Quartalen 1.766 t Papier gesammelt. 1993 waren es insgesamt nur 2.000 t. Ähnlich beim Glas. Hier liegen wir bei 600 t, 1993 insgesamt nur 731 t.

Trotzdem, werte Kolleginnen und Kollegen, ist weiterhin die Abfallvermeidung wichtig. Wir sind nämlich alle an der Entstehung von Abfällen beteiligt. Direkt oder indirekt, indem wir Produkte erwerben, deren Erzeugung schon mit der Verursachung von Abfall verbunden ist.

Die Aufklärung in Fragen des Umweltschutzes und der Abfallvermeidung muß daher - das sei hier bei dieser Stelle auch gesagt - an vorderster Stelle stehen. Gefordert ist damit sicherlich auch weiterhin unsere Umweltberatungs-Stelle.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Noch eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Wird ein Schlußwort gewünscht?

STADTRAT ING.
DIETMAR SPANRING:

Grundsätzlich ist dem Beitrag von Koll. Spöck nur zuzustimmen. Der Steyrer Bevölkerung ist von dieser Stelle aus zu danken für ihr Umweltverständnis und für ihr Mitwirken im Zuge der Abfalltrennung und -entsorgung. Der Begriff der Abfallvermeidung ist nur zu unterstreichen, und es ist verstärktes Augenmerk darauf zu lenken. Wir werden bei den folgenden Anträgen sicherlich noch darauf zurückkommen. Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag Nr. 15). Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING.

DIETMAR SPANRING:

In meinem zweiten Antrag geht es um die Erlassung einer neuen Abfallgebührenordnung d. Stadt Steyr.

Mit 1. 1. 1991 trat das Oö. Abfallwirtschaftsgesetz in Kraft. Ziel dieses Gesetzes ist es, die Abfallmengen so gering wie möglich zu halten, nicht vermeidbare Abfälle zu verwerten und nicht verwertbare Abfälle in chemisch, physikalisch und biologisch stabilem Zustand abzulagern.

Aufgrund dieser vom Landesgesetzgeber formulierten neuen Richtlinien mußte die gültige Müllgebührenordnung der Stadt Steyr einer völligen Erneuerung unterzogen werden. Mit 1. 1. 1993 trat diese neue Verordnung aufgrund eines Beschlusses des GR v. 3. 7. 1992 in Kraft. Die darin enthaltenen Gebühren wurden aufgrund des Äquivalenzprinzipes (Kostendeckungsprinzip) ermittelt und deckten die zum damaligen Zeitpunkt anfallenden Kosten ab.

Aufgrund ständig gestiegener Kosten im Bereich der Abfallwirtschaft war es notwendig, eine neue Kalkulation durchzuführen, da die Kostendeckung nicht mehr gegeben ist. Die neuen Gebühren sollen allerdings nicht wie in der Vergangenheit pro Entleerung (mengenorientierte Abfallgebühr) gleich hoch sein, sondern zusätzlich zur Mengenorientiertheit, abgestuft nach der Entleerungsanzahl, berechnet werden.

Aus diesem Grunde wurden die neuen Tarife sowohl nach der Abholmenge als auch nach der Anzahl der Entleerungen kalkuliert. Die sich daraus ergebenden Erhöhungen betragen zwischen 39 % bei den Müllgroßbehältern und großen Abfuhrintervallen und 170 % bei den Kleinmülltonnen und kleinen Abfuhrintervallen. Jedoch steht es den Anschlußpflichtigen nach wie vor frei - und ich denke, das ist einer der wichtigsten Punkte -, ihre Entleerungsintervalle selbst zu bestimmen. Wobei z. B. bei Umstellung einer zweimal wöchentlichen Entleerung einer 60 l Tonne auf eine einmal wöchentliche Entleerung einer 120 l Tonne bzw. auf eine 14tägige Entleerung einer 240 l Tonne die Erhöhung nicht 170 % sondern 77 % bzw. 44 % ausmacht.

Die Erhöhung soll schrittweise in drei Stufen, beginnend ab 1. 1. 1995 (1. Erhöhung) bis 1.1. 1996 (3. Erhöhung) durchgeführt

werden. Als Zwischentermin für die 2. Erhöhung ist der 1. 7. 1995 vorgesehen.

Ich möchte nun den Antrag an den GR stellen.

16) GemAbf-146/94
Erlassung einer neuen
Abfallgebührenordnung
der Stadt Steyr.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Steuerangelegenheiten v. 25. Oktober 1994 wird die Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung tritt mit 1. 1. 1995 in Kraft. Die Kundmachung hat gemäß § 65, Abs. 1, des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992, im Amtsblatt der Stadt Steyr zu erfolgen.

(BEILAGE)

Ich bitte um Diskussion und um Abstimmung über diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zunächst hat sich Koll. Eichhübl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Hr. Bgm., meine Damen und Herren des GR! Ich möchte vorausschicken, daß ich mich, als dieser Antrag im StS behandelt wurde, der Stimme enthalten habe. Und zwar um dort ein gew. Zeichen zu setzen und meine Bedenken anzumelden. Diese Bedenken, meine Damen und

Herren, möchte ich Ihnen jetzt etwas näher erläutern.

Was steckt hinter dem an sich sehr nüchternen Übertitel des Amtsberichtes "Erlassung einer neuen Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr"? Nämlich folgendes: Die sich daraus ergebenden Erhöhungen - ich zitiere wörtlich - betragen zw. 39 % bei den Müllgroßbehältern und großen Abfuhrintervallen und 170 % bei den Kleinmülltonnen und kleinen Abfuhrintervallen. Jedoch steht es den Anschlußpflichtigen nach wie vor frei, ihre Entleerungsintervalle selber zu bestimmen. Wobei z. B. bei Umstellung einer zweimal wöchentlichen Entleerung einer 60 l Tonne auf eine einmal wöchentliche Entleerung einer 120 l Tonne bzw. auf eine 14tägige Entleerung einer 240 l Tonne die Erhöhung nicht 170 %, sondern nur mehr 77 % bzw. 44 % ausmacht.

Das, meine Damen und Herren, ist genau der "springende Punkt". Man muß davon ausgehen, daß ein Großteil der Bevölkerung, der Bewohner unserer Stadt, die ja in großen Häusern wohnen, die bei den versch. Wohnbauträgern ihre Miete abführen, kaum oder sehr unwesentl., zumind. nicht in absehbarer Zeit beeinflussen kann, in welchen Intervallen die Mülltonnen abgeführt werden und welche Größenordnungen dort aufgestellt werden. Das ist genau der Grund, warum ich heute diesem Antrag die Zustimmung nicht geben werde.

Obwohl ich auf der anderen Seite durchaus auch die Auffassung vertrete, daß man gerade in diesem sehr sensiblen Bereich der Müllproduktion, den jeder produziert, über den Preis, über einen Tarif reglementieren kann oder könnte. Aber so, meine Damen und Herren, wie ich das dargelegt habe - das wird jeder auch so verstehen können -, ist es einfach nicht möglich, daß ich dem die Zustimmung gebe.

Das betrifft jetzt durchaus diese Möglichkeit einer Selbstentscheidung für Hausbesitzer, denen vergönne ich das selbstverständlich; aber es betrifft nicht den Großteil unserer Bewohner. Das darf ich nochmals sehr deutlich unterstreichen. Für mich ist das ein weiterer Schritt zu wirklich sehr eklatanten Erhöhungen, die in gew. Bereichen sicherlich ihre Notwendigkeit haben und auch erklärbar sind. Aber das, meine Damen und Herren, kann ich der Bevölkerung unserer Stadt nicht erklären. Daher darf ich nochmals bekanntgeben, daß ich diesem Antrag die Zustimmung nicht geben werde.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nächster am Wort ist Hr. Koll. Spöck.

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Es ist sicherlich, glaube ich, ein

richtiger Weg, den wir heute einschlagen. Ein schwerer Weg, daß die Gebühren nicht wie in der Vergangenheit pro Entleerung gleich hoch sind, sondern neben der Menge auch der Abholtermin von großer Bedeutung ist, da durch das öftere Abholen sicherlich auch höhere Kosten entstehen.

Leider, Koll. Eichhübl, müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, daß die Abfallentsorgung immer mehr Kosten verursachen wird, die gedeckt werden müssen. Daher ist die Abfallvermeidung sehr wichtig - wie ich bereits vorhin erwähnt habe.

Ursprünglich sollte es ja im Amtsbericht sofort mit 1. 1. 1995 zu einer vollen Gebühren-Erhöhung kommen. In Verhandlungen kam es dann zu diesem heute vorliegenden 3 Stufen-Vertrag. Der Grund dafür: die Information der Bevölkerung. Dieser Hauptgrund fehlt mir leider im Amtsbericht. Daher, werte Kolleginnen und Kollegen, die Aufforderung an unsere Umwelt-Abteilung, zu informieren - die Wohnungsgenossenschaften, die Hauseigentümer, kurz: alle Betroffenen. Größere Intervalle und größere Behälter wie wir gehört haben, wir wir aus dem Amtsbericht entnehmen können - sparen Geld. Die Mehrzahl der Mülltonnen liegt ja im Bereich der 120 l Tonne - in etwa 85 %. Hier betragen die Erhöhungen bei zweimaliger Entleerung wöchentlich 104,78 %, bei einmal

wöchentlicher Entleerung kommt es schon zu einer Senkung auf 77,34 % und bei einmaliger Entleerung jede zweite Woche "nur" 49,89 %. Gerade in diesem Bereich der 120 l Tonnen bedarf es daher der Information.

Die Müllbehälter bei einer Umstellung werden ja - wie wir im Umweltausschuß gehört haben - von der Stadt gratis zur Verfügung gestellt. Daher abschließend, werte Kolleginnen und Kollegen, die Forderung an die FA f. Umweltschutz und Abfallwirtschaft, den Bürger rechtzeitig vor der nächsten Erhöhung, vor der zweiten Etappe zu informieren und auch Alternativen anzubieten.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster Redner ist Koll. Payrleithner.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Werter Herr Bgm., liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Vielleicht etwas plakativ dargestellt, ist diese neue Abfallgebührenordnung doch so etwas wie eine neue Ordnung, die in erster Linie auf Besserverdienende und auf Hausbesitzer zugeschnitten wurde. Wenn man sich das näher ansieht, eine Erhöhung bis zu 170 %. Ich kann mir vorstellen, daß dem zuständigen Referenten, Hrn. Betriebsrat Spanring, nicht sehr wohl in der "Haut" ist, daß gerade er derartige Dinge hier

beantragen muß - ich weiß es nicht genau. Denn es sieht doch in der Praxis so aus, daß jene, die in Sozialwohnungen leben, im Grunde genommen bis jetzt noch gar nicht die Möglichkeit haben - ich hoffe, in Zukunft wird sich das ändern -, den Müll zu trennen, zu sortieren usw. In den großen Wohnanlagen wird der, der den Müll trennt, nicht belohnt; bzw. der, der nach wie vor alles in die Tonne wirft, wird auch nicht bestraft. Es wird alles über einen Kamm geschert. Die Möglichkeit der Trennung, der richtigen Entsorgung hat derzeit wirklich nur der Hausbesitzer. Nicht jener Bevölkerungsteil - das sind doch 1000e in Steyr, die früher, glaube ich, Ihre Partei vertreten hat -, der in den Gemeindewohnungen lebt.

Daher ist das hier meiner Meinung nach von der falschen Seite aufgezo-gen worden. Man hätte zuerst die Strukturen schaffen müssen, daß wirklich in Münchenholz, auf der Ennsleite, im Resthof usw. die Bevölkerung die Möglichkeit hat, Müll dementspr. zu trennen. Anfänge sind durchaus bereits geschehen. Das gebe ich zu, aber nicht im umfangreichen Ausmaß, wie wir es uns wünschen würden und vor allem, wie es auch die Bevölkerung brauchen würde. Daher hätte man zuerst diese Maßnahmen treffen müssen.

Daß der Müll in Zukunft seinen Preis haben wird, dessen bin ich mir durchaus bewußt. Aber zuerst hätte man diese Dinge

erledigen müssen, um dann über die neuen Tarife zu diskutieren. Ich werde auch diesem Antrag nicht zustimmen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Hr. GR Fürweger hat sich als nächster zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Werter Hr. Bgm., meine Damen und Herren des GR! Wir hören immer sehr oft das Wort Kostenwahrheit. In diesem Punkt haben wir das eigentl. auch im Amtsbericht gelesen. Mag. Lemmerer hat uns erklärt, die Personalkosten sind gestiegen, Treibstoffe sind gestiegen bei der Müllabfuhr etc. Deswegen ist es notwendig, im eigenen Bereich Kostenwahrheit durchzuführen. Das ist ganz richtig. Dann müssen wir aber auch der Bevölkerung zugestehen, auch eine Kostenwahrheit durchführen zu können. Wir haben es von den Vorrednern auch schon gehört, es ist nicht möglich, einem Mieter einer Genossenschafts-Wohnung hier wirklich Kostenwahrheit zu machen. Er ist gezwungen, seine 6 Kübel vor dem Haus zu teilen mit 18 Mietern, wie es im Resthof der Fall ist - das kann mir Koll. Rohrauer bestätigen.

Im Gegensatz zu einem Hausbesitzer, der sehr wohl umsteigen konnte von einem 120 l-Kübel auf einen 60 l-Kübel. Er hat dadurch vielleicht dazu

beigetragen, daß der Müll weniger geworden ist, weil er brav trennt und aber auch sich etwas erspart hat - gegenüber früher. Das ist in diesem Fall nicht der Fall!

Worauf möchte ich hinkommen? Wir haben es ja schon erlebt bei den Zählern bei den Heizkörpern. Es haben sich die offenen Fenster in den Wohnanlagen auf einmal blitzartig aufgehört, als die Leute Zähler bei ihren Heizkörpern installiert bekommen haben. Genauso wäre es sinnvoll, auch Zähler bei den Wasserhähnen zu installieren. Das Wasser wird auch schon langsam spürbar. Genauso muß es auch beim Müll sein. Jeder Haushalt muß seinen Kübel haben. Nur so ist eine Gerechtigkeit vorhanden. Alles andere führt zu Unstimmigkeiten. Ich sehe es schon daher kommen, daß die Mülltrennung leiden wird. Die Mülldisziplin, die jetzt langsam beginnt, wird dann nicht mehr so gut sein. Die Leute werden sagen, es zahlt sich sowieso nicht aus, ich werfe auch wieder andere Sachen hinein. Denn jetzt geht es ja eigentl. nur um den Restmüll. Es soll ja nur mehr der Restmüll hineinkommen. Das andere soll schon in den anderen Abfallbehältern getrennt und abgelagert werden. Da fürchte ich schon, daß sich dann die Leute sagen, wenn ich jetzt so viel bezahle, ... Bitte es geht nicht um die 22 Kleinmülltonnen 60 l mit 170 %, es geht um die 2.800 120 l-Kübel. Diese steigen von 3.265 S

auf 6.680 S im Jahr. 6.680 S - das ist nicht nur ein kleiner Posten! Wenn wir das vergleichen mit anderen Ausgaben in einem Haushalt, dann kommt das der Autoversicherung gleich.

Weiters kommt ja noch dazu, daß in Steyr - zuerst, glaube ich, in Münchenholz - die Biotonne vorhanden ist. Da kommt dann noch eine Belastung von zusätzlich 300 S dazu mit der Biotonne. Das dürfen wir auch nicht vergessen. Es kommt eine Belastung von 7000 S auf einen Haushalt zu, der einen 120 l-Kübel hat, welcher zweimal in der Woche entleert wird. Diese Steigerung von 104 % ist einfach zuviel! Gmunden und Wels haben um 10 oder 30 % erhöht.

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:

Von wo ausgehend?

GEMEINDERAT
GÜNTER FÜRWEGER:

Wir machen es mit 104 %.

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:

Von wo ausgehend? Das ist ja ein wichtiger Aspekt. Du kannst doch nicht nur einen Prozentsatz nennen! Du mußt den absoluten

GEMEINDERAT
GÜNTER FÜRWEGER:

Trotzdem bleibe ich dabei

Gelächter

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Es ist hier schwarz auf weiß. Die Prozentzahlen sind hier.

Ich bin für eine Müllgerechtigkeit. Die Leute müssen die Möglichkeit haben, individuell zu trennen und auch individuell ihren Müll zu sammeln. Nicht so, daß wir hier praktisch eine Gruppe bevorteilen und die andere nicht. So kann ich meine Zustimmung nicht geben!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Fr. Kollegin Fuchs bitte.

GR DR. TILMAN HORST SCHWAGER TRIFFT UM 12.10 UHR WIEDER EIN.

GEMEINDERÄTIN

ULRIKE FUCHS:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Es ist nicht einzusehen, daß die Gebühren für die Entleerung der Mülltonne teilweise bis zu 170 % erhöht werden. Jene Personen, die ihren Müll fein säuberlich trennen, werden mit dieser Verordnung bestraft. Vor ca. 2 Jahren wurden die 60 l Tonnen mit 14tägiger Entleerung eingeführt, um die Haushalte zur Mülltrennung zu animieren. Nun werden auch diese Gebühren um 60 % angehoben.

Ich werde diesem Antrag meine Zustimmung nicht geben, weil nicht einzusehen ist, daß Erhöhungen immer nur auf dem

Rücken der Bürger ausgetragen werden!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Koll. Huber ist der nächste.

GEMEINDERAT

ENGELBERT HUBER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Erlauben Sie mir auch ein paar Worte zum Umweltschutz. Ich glaube, daß die Umweltschutz-Aktivitäten der Stadt Steyr von der Bevölkerung sehr gut angenommen werden. Eine Umfrage des Gallup-Institutes hat ja ergeben, daß 97 % der befragten Personen Steyr als eine saubere Stadt sehen. Steyr liegt damit vor Bregenz, der saubersten Landeshauptstadt.

Die Steyrer Bevölkerung trennt seit langem Müll bei den angebotenen, hervorragenden Sammelstellen (Papier usw.).

Aufklärungsarbeit muß es aber immerhin noch geben. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, daß wir Investitionen tätigen müssen - Mülldeponie, Entgasungsanlage,

Sicherheitsmaßnahmen für Grundwasser, Vorsorge für Erweiterungen. Die laufenden Kosten für die Müllentsorgung steigen ebenfalls. Auch die vielen Sammelstellen in den Stadtteilen müssen gereinigt werden; die Biomüll-Abfuhr wird erweitert; die Altstoffsammelstelle beim Wi-Hof ist von Mo - Sa geöffnet;

Kosten fallen an für die Grünschnittentsorgung bzw. -kompostierung.

Die Kostenerhöhung stößt bei der Bevölkerung sicher auf Verständnis; und zwar, daß die mehrmalige Abfuhr/Woche teurer ist als die einmalige. Hier muß es natürl. Beratungen seitens der Umweltabteilung geben, daß erreicht wird, auf wöchentl. oder gar 14tägige Abfuhr umzustellen. Damit wird die Erhöhung der Müllabfuhrgebühr für den einzelnen gering ausfallen.

Aus meiner Sicht kann ich sagen, daß man sich bei einer guten Trennung sehr wohl bei den Gebühren etwas einsparen kann. Ein Beispiel: Bei der Gebührenerhöhung 1992 zahlte ich um 50 % weniger an Müllabfuhrgebühr als vorher. Ich habe mich eben von einer 120 l Tonne einmal wöchentlich auf eine 60 l Tonne alle 14 Tage umgestellt. Ich habe aber auch hier sehr wohl den Beitrag geleistet, daß ich eine konsequente Mülltrennung gemacht habe.

Wenn ich in der Nähe meines Eigenheimes sehe, daß die Mülltonnen überfüllt sind mit Glas, Papier, Dosen und 50 Meter weiter weg eine Sammelstelle ist, dann habe ich sicherlich kein Verständnis dafür. Man muß eben trennen, wenn man die Müllgebühr gering halten will.

Es hat ja schon geheißen, daß diese Etappenlösung kommen wird. Diese finde ich sehr gut.

Aber eines dürfen wir nicht vergessen: Ich glaube, daß wir klar und deutlich sagen müssen, daß nicht nur die Kommune dieses Problem lösen kann, sondern wir sind hier alle aufgerufen, mitzuhelfen, um unsere Umwelt wieder einigermaßen in Ordnung zu bringen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächste am Wort ist Fr. Kollegin Scheucher.

GEMEINDERÄTIN

EVA SCHEUCHER:

Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt von unserer Seite schon sehr vehemente Kritik an diesem Antrag. Sie trifft vielleicht jetzt ein wenig den Falschen, denn Hr. StR Spanring hat ja den Antrag auf den Tisch gelegt bekommen - knapp nach seiner Amtsübernahme und wahrscheinlich mit den Worten: "Mach etwas daraus"! Er muß das jetzt auch unter Zeitdruck durchbringen.

Das eine war, daß ich den Eindruck hatte, bei der letzten Umweltausschuß-Sitzung war diese neue Abfallgebührenordnung eine Vorinformation. Es wurde uns zur Kenntnis gebracht außerhalb der Tagesordnung, damit wir einmal wissen, was auf uns zukommt. Es hat sich aufgrund dessen auch keine sehr intensive

Diskussion entwickelt, weil wir der Meinung waren, es wird darüber noch gesprochen werden. Offensichtlich war das Papier aber vollkommen fertig und eigentl. schon längst beschlossene Sache. So sehe ich das jetzt im nachhinein, denn es hat sich seither nichts mehr daran verändert, außer - wie ich heute gehört habe - diese gestaffelte Einführung. Aber an der Höhe der Beträge hat sich überhaupt nichts mehr geändert. Der zweite Kritikpunkt ist, daß ich glaube, es müssen sich die Steyrer Bürger schön langsam "gepflanzt" vorkommen. Ich habe noch sehr gut im Ohr wie wir vor 2 Jahren diese neue Gebührenordnung beschlossen haben. Da hat es geheißen, jetzt erhöhen wir einmal ordentlich und dann ist für längere Zeit "Ruhe" damit. Man hat die Leute darauf hingewiesen, "seid doch gescheiter und nehmt kleine Tonnen, damit könnt Ihr günstiger auskommen". Die Abfuhrintervalle waren zur damaligen Zeit noch vollkommen gleichgültig. Ich kann hier dem Amt einfach den Vorwurf nicht ersparen, sehr unüberlegt gearbeitet zu haben. Denn es hätte nicht passieren dürfen, daß man im Endeffekt bei einer Gebührenerhöhung mit einer geschickten Umstellung - wie es Hr. Koll. Huber schon beschrieben hat - noch einsparen kann. Wenn man von der großen Tonne auf die kleine Tonne umgestiegen ist mit 14tägigem Intervall, dann

hat man sich sogar noch Gebühren erspart.

Das war natürl. schon ein bißchen unüberlegt. Außerdem hat man zum damaligen Zeitpunkt noch nicht gewußt, daß die Kosten nicht nur durch die Deponiegebühren verursacht werden, sondern sehr wohl auch durch die Transportkosten. Offensichtlich hat das keiner in Betracht gezogen; jetzt ist es so. 2 Jahre später haben wir wieder eine Gebührenerhöhung - jetzt sollen wir den Leuten klar machen: "Freunde, nicht die kleinen Tonnen sind das Nonplusultra, sondern nehmt lieber die größeren!" Ich weiß nicht! Man kann es den Leuten schon erklären, es wird nur wieder für das Umweltamt sehr mühsam sein, und es wird sehr viel Überzeugungsarbeit erfordern!

Den Leuten muß klar gemacht werden, was auf sie zukommt, wenn wir Tarife beschlossen haben. Der Müll wird im Durchschnitt - ich habe einmal die Durchschnittsgröße der Tonne angenommen - ca. 77 % erhöht werden. Es gibt Erhöhungen bei Wasser und Kanal. Es wird wahrscheinlich noch mehreres an Belastung auf die Leute zukommen - und auf die Leute, die sich am wenigsten dagegen wehren können. Ich glaube, der Vorschlag klingt recht gut, der Tonne ein Mascherl zu geben im Keller eines Miethauses, aber es wird nicht funktionieren. Es steht nämlich niemand dabei und

schaut, wo jeder seinen Müll hineinschmeißt. Ob der seinen Müll in seine Tonne wirft oder in die Nachbartonne, werden wir nicht überprüfen können. Das wird sicher ein Problem. Ich glaube, es würde hier mehr bringen, wenn die Wohnungsgenossenschaften wirklich jemanden dazu bereitstellen, der mit den Mietern das immer wieder durchspricht, sie berät. Ob das jetzt eine Hausvertrauensperson ist oder irgendjemand anderer, ist vollkommen egal. Aber das wichtige wäre, daß man im Haus immer wieder darauf hinweist. Natürlich haben es Eigenheimbesitzer leichter, weil sie es sich einteilen können und die anderen nicht.

Wir haben uns noch etwas anderes überlegt, und zwar, daß wir immer dazu gestanden sind und dafür stehen, daß gerade im Abfallbereich das Prinzip der Kostenwahrheit wirklich zum Tragen kommt. D. h., die tatsächlichen Kosten muß derjenige, der es verursacht, auch spüren. Wir sehen das hier anders als im Verkehrsbereich, wo es einfach eine Serviceleistung sein muß. Aber im Abfallbereich müßte der Verursacher auch dafür zur Kasse gebeten werden. Im Bereich Müll sind eben einmal gewaltige Erhöhungen vorhanden, wobei für mich immer noch nicht das Kapitel der Vermeidung geklärt ist. Aber ich glaube, da ist die Stadt Steyr als

Kommune zu klein übersetzt, um das in den Griff zu bekommen. Da müßte man viel höher anfangen - tun wir auch im übrigen, aber gehört jetzt nur am Rande hierher. Deshalb haben wir uns nach langem Hin- und Herdiskutieren mit all den Kritikpunkten auf der einen Seite doch dazu durchgerungen, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Wir sehen jedoch die Arbeit, die auf das Umweltamt jetzt zukommt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Koll. Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Nachdem mir bei meiner ersten Wortmeldung das Vergnügen nicht hold war, Dich herinnen zu haben, weil Du gerade draußen warst, Hermann, möchte ich Dich von dieser Stelle aus wieder herzlich begrüßen im GR nach Deinem Krankenhaus-Aufenthalt. Es freut mich, daß Du den Weg zur wichtigsten Sitzung im heurigen Jahr, zur Budget-Sitzung, gefunden hast, und das auf eigenen Füßen. Du siehst soweit wieder erholt aus, daß man Dir die Belastungen zutrauen kann. Es freut mich wirklich, daß Du wieder bei uns bist!

Zum sachlichen selbst. Es fällt mir in der letzten Zeit schwer, mit Koll. Fürweger ab und zu Einigkeit zu erzielen. Vor allem, wenn er Prozentsätze nimmt, und

die absoluten Beträge, wovon die Erhöhungen ausgehen, nicht miteinkalkuliert. Aber in einem gebe ich Dir recht: Schwierig ist es für uns alle, der Bevölkerung begreiflich zu machen, wenn sie den Müll trennen und weniger Müll anfällt, daß es trotzdem immer teurer wird. Das ist diese Quadratur des Kreises, bei der wir als GR-Mitglieder stehen, wo uns die öffentl. Meinung mehr oder weniger überrollt und sagt, "seid Ihr wahnsinnig, in meinem Kübel ist schon fast nichts mehr drinnen und die Kosten explodieren".

Ein kleiner Vorgriff auf das, was ich bei der Budget-Rede gesagt hätte, ist auch, daß der Individualismus, der Egoismus bei uns leider immer größer wird. Solidarität wird zum Fremdwort, das bald keiner mehr schreiben kann, weil es ungebräuchlich wird. So ist es auch hier. Das ist dieses "Cocooning", dieses Einspinnen - "ich ziehe mich zurück in meine eigenen vier Wände". Das Gemeinschaftsinteresse fehlt!

Wenn heute hier diskutiert wird, wie man einer Hausgemeinschaft beibringen könnte, diese Mindestanfordernisse, die man an gemeinschaftl. Wohnen stellt, zu erfüllen, nämlich die Gemeinschaftsbereiche aufzuteilen, und dort eine Lösung zu finden, sehe ich, daß hier herinnen sehr viele Redner meinen, das könnte nicht gehen. Es muß dorthin tendieren, wieder in die Solidarität zu kommen.

Wer in Wohnformen wohnt, wo eine Gemeinschaftlichkeit nötig ist, muß sich auch letztlich damit abfinden!

Noch etwas muß uns gelingen: Wir müssen dem Konsumenten, der Müllgebühren in höherem Betrag zahlen muß, begreiflich machen, daß er eigentl. Doppelzahler ist. Doppelzahler deswegen, weil er für das, was er in die Kübel hineinwirft, über den Entlastungsbeitrag schon zur Kasse gebeten wird von der ARGEV, von den Entsorgern (d u r c h d i e s e Entsorgungsbeiträge). Er zahlt also für ein Sammelsystem, das er nicht nutzt. Sondern er nutzt unsere Müllentsorgung, um dort mit Fehlwurf über Fehlwurf diese Tonne zu füllen. Dann gibt es hier eine Schutzbewegung, die nicht verstehen kann: "wollen wir diese Bürger - auch wenn sie in der Hausgemeinschaft sind - schützen?". Nein, wir sollen sie beraten, wir sollen sie erziehen. Ich sage das bei vielen Erhöhungen und meine es auch hier wieder ganz deutlich so. Es ist keine fiskalische Maßnahme, die wir setzen. Natürlich ist auch eine fiskalische Nebenwirkung vorhanden, die ein Finanzreferent goutiert, aber das wesentl. ist hier, wieder ein Steuerungselement zu haben. Daß wir das ernst meinen, zeigt auch das Inkrafttreten dieser Gebühr. Wir geben dem Konsumenten, dem Bürger die Chance, die Umstellungsphase aktiv zu gestalten.

Meine Bitte ist - ich glaube, das wird der Referent in seinem Schlußwort noch anbringen -, daß hier noch Information an die Hausgemeinschaften kommt, Information vor allem über die Wohnungsgesellschaften, und daß man vielleicht doch eine Solidarität in den Hausgemeinschaften findet, die diese Kosten für den einzelnen nicht explodieren läßt.

Wenn man schon Vergleiche macht, sollte man auch die Steyrer Umlandgemeinden heranziehen. Nach der Erhöhung sind wir bei weitem noch billiger als die meisten anderen Gemeinden - wohl wissend, daß die anderen Gemeinden die Deponie-Erhöpfung, die im nächsten Antrag kommen wird, noch gar nicht in ihre Sätze für die Folgejahre einkalkuliert haben. Wir arbeiten also schon wirtschaftlich auf diesem Sektor für die Steyrer. Ich würde wirklich bitten, das so zu unterstützen - auch diese Erhöhung, die demjenigen, der sich um nichts kümmert in diesem Bereich, zwar mehr kostet, aber daß man sie trotzdem in dem Sinn mittragen kann.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nun ist Koll. Tatzreiter am Wort.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Müll, dessen Entsorgung und die damit verbundenen Tarife bzw. die Erhöhungen sind immer ein Gesprächsthema. Die Diskussion, meine Damen und Herren, war mir persönlich ein bißchen zuwider. Es kann nicht so sein, daß man einfach einen ganzen Stadtteil oder mehrere beinahe beschuldigt, bei der Mülltrennung nicht "dabei" zu sein. Ich sage das in aller Deutlichkeit, weil ich auch feststelle, daß der Resthof und andere Stadtteile sehr wohl Müll trennen. Natürlich gibt es unterschiedl. Menschengruppen, natürl. gibt es einzelne Personen, die sich ausschließen. Aber da kann man machen, was man will! Man kann ihnen 5 Tonnen hinstellen, und sie werden alles in eine hineinwerfen. Es wäre natürl. zweckmäßig und gut, jene Personen anzutreffen. Ich meine aber, daß man das nicht irgendeinem Hausbewohner zumuten sollte, weil er sich nämlich mit allen Nachbarn streiten müßte. Das kann nicht der Fall sein!

Aber die Tarife, die heute hier beschlossen werden sollten, gehen nicht alleine davon aus. Das hängt damit zusammen, weil eben die gesamte Müllverwertung bzw. -entsorgung immer mehr Geld kostet, und wir auch angeschlossen sind an andere Tarifnotwendigkeiten. Vor allem aufgrund der Teuerungen ist es

notwendig, sozusagen den Schlußpunkt zu ziehen und hier die Tarifordnung zurecht zu rücken.

Ich möchte dabei auch ansprechen, was die Wohnungsgesellschaften anbelangt. Wenn wir hier eine - es wird notwendig sein - Verbesserung bzw. Veränderung herbeiführen (in bezug auf diese Müllbehälter), dann kostet das eine Menge Geld, die nicht von den Wohnbauträgern selbst aufgebracht werden kann. Das geht nicht! Das wird eben auf die Mieten aufgerechnet. Ich mache nur darauf aufmerksam: wenn man solche Dimensionen "lostritt", dann wird das auch eine Lawine von Teuerungen auslösen. Ich meine, wir sollten das ganze ein wenig sorgsamer gestalten bei der Betrachtung und bei der Diskussion. Das ist meine Auffassung dazu.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß die Mülltrennung seit dem Jahr 1992 funktioniert. Da hat es in etwa begonnen mit der großen Kampagne, auch mit der Veröffentlichung. Wir haben neuerlich über die Wohnbauträger den Aufruf getätigt, daß gew. Mengen an Mülltonnen bzw. Behältern ausreichen werden. Wir müssen nicht zusätzl. etwas aufstellen!

Was mich eigentl. mehr betrübt, ist, daß wir bei der Kampagne selbst gar nicht so richtig mittun. Ich stelle immer wieder fest, daß sich Leute beim Einkaufen ganze Taschen voll mit nach Hause

tragen. Aber beim nächsten Weg zum Einkaufen sind sie nicht bereit, unsere Standplätze aufzusuchen - sie werfen dann alles in den Mistkübel hinein. Das ist es, was mich ärgert! Hier ist sicherlich Aufklärungsbedarf gegeben. Ich wollte das einmal ansprechen. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Hr. Dr. Pfeil hat sich als nächster zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine Damen und Herren, ganz kurz dazu. Man braucht ja kein Zukunftsforscher zu sein, um zu wissen, daß es zwei Dinge in unserer Gesellschaft gibt, die in Zukunft sehr, sehr wertvoll sein werden. Das eine ist auf der pos. Seite das reine Wasser, das andere ist auf der neg. Seite der Müll. Es wird in Zukunft extrem teuer werden, den Müll zu entsorgen bzw. zu deponieren oder aufzubereiten. Und es wird in Zukunft immer teurer werden, reines Wasser zu haben.

Es wird viel davon gesprochen, daß Teile der Bevölkerung - auch aus den verschiedensten Gründen - noch nicht soweit sind, Müll richtig zu trennen. Hier setze ich doch eine ganz große Hoffnung in unsere Jugend, in unsere Kinder, die dank ihrer Erziehung, dank ihres Unterrichtes ganz anders an diese Systeme herangehen. Es

wird schneller gehen, als wir uns alle erwartet haben. Wir müssen dann als ältere Generation mit unseren Kindern "mitziehen".

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird noch eine Wortmeldung gewünscht? Wenn dies nicht mehr der Fall ist, dann bitte ich den Berichterstatte um sein Schlußwort.

STADTRAT ING.

DIETMAR SPANRING:

Meine Damen und Herren des GR! Es ist keine leichte Aufgabe für mich gewesen - Eva, wie Du richtig festgestellt hast -, gleich bei meinem Antritt mit einer ordentlichen Gebührenlawine in der Öffentlichkeit zu erscheinen. Aber schlußendlich muß einfach dieses Eisen angepackt werden - es hilft nichts! Wir sind es auch - weil Hr. Dr. Pfeil die Kinder erwähnt hat - der nächsten Generation schuldig, daß wir gerade im Bereich des Mülls, der Mülltrennung und der ganzen Abfallwirtschaft jetzt schon beginnen, Zeichen zu setzen. Ich möchte nicht das Schicksal des Verkehrsbetriebes erleiden, wenn wirklich 5 nach 12 ist, dann mit Gebühren zu kommen, um gerade in Umweltfragen hier entspr. Maßnahmen zu ergreifen.

**UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHEN-
RUF VON STR ROMAN EICHHÜBL**

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ruhe bitte!

STADTRAT ING.

DIETMAR SPANRING:

Wir sind einfach aufgerufen, jetzt entspr. zu reagieren. Ich denke, ein Auftrag, den ich hier mitnehme und der schon im Bereich der Abfallwirtschaft gegeben ist, liegt bei den Aufklärungsarbeiten. Es wird wieder ein neuer "Müllbehandlungs-Falter"

entwickelt, der der Bevölkerung darstellt, was mit den einzelnen anfallenden Müllsorten zu geschehen hat und in welcher Form sie zu entsorgen sind. Wenn man sagt, daß es in Steyr Probleme gibt, sich seines Abfalles zu entledigen, dann führe ich auf meinen ersten Antrag zurück, den Koll. Spöck als Legalisierung einer Vereinbarung dargestellt hat - ich sehe es auch so. Wo sich nämlich Steyr sicherlich darstellen kann, wo flächendeckend Möglichkeiten aufbereitet werden, wo Container aufgestellt werden, die genau in diese Richtung gehen, daß sich die Bürger selbst entspr. sorgen.

So denke ich auch bei dieser Gebührenerhöhung: daß es nämlich eine der wenigen ist, wo der Mitbürger die Chance hat, ihr entgegenzutreten mit seinen Aktivitäten, die er setzt.

Ich ersuche um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über Antrag Nr. 16). Ist jemand gegen den Antrag? 6 Gegenstimmen (FP). Übt jemand Stimmhaltung? Nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Der Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Ich bitte um den letzten Antrag, Nr. 17). Dann würde ich vorschlagen, daß wir eine Mittagspause von einer Stunde einschieben.

STADTRAT ING.

DIETMAR SPANRING:

Mein letzter Antrag beschäftigt sich mit der Deponie. Mit Beginn des Jahres 1994 trat die Standortabgabe-Verordnung der Stadt Steyr in Kraft. Dies geschah als Sofortkorrektiv und sollte keinesfalls die geplante Aktualisierung der Deponietarifordnung ersetzen.

Der zur Zeit gültige Tarif der städt. Deponie beträgt S 650,-- je Gewichtstonne. Im Vergleich dazu werden in Asten S 1.355,-- pro Tonne, in Wels S 1.000,-- pro Tonne, in NÖ S 1.300,-- pro Tonne und bei der Fa. Kröpfel GesmbH in Attnang-Puchheim S 1.504,-- pro Tonne verlangt. Diese Preise beinhalten rein den Deponietarif. Hinzuzurechnen sind jeweils der Altlastenbeitrag und die Standortabgabe.

Aufgrund solch unterschiedlicher Deponietarife entsteht unweigerlich eine Art von Abfall-tourismus. Das ist auch in der Stadt Steyr festzustellen. Um

dieser Entwicklung für die Stadt Steyr rechtzeitig vorzubeugen, ist die Angleichung des städt. Deponietarifefes unumgänglich. Weiters ist zu erwarten, daß höhere Tarife die Abfallverursacher zu einer weitgehenden Abfallvermeidung anleiten.

Unter Berücksichtigung der Vergleichspreise anderer Deponien, der schon jetzt anfallenden Kosten und der künftig zu erwartenden Belastungen erscheint ein Deponietarif von S 1.400,-- pro Gewichtstonne zusätzlich Altlastenbeitrag, Standortabgabe und Umsatzsteuer als angemessen.

Ich möchte diesbezüglich folgenden Antrag an den GR stellen:

17) GemAbf-143/94

Deponietarifordnung; Neufassung.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. öffentl. Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst v. 30. Nov. 1994 wird die Verordnung über die Tarife für die Abfalldeponie der Stadt Steyr (Deponietarifordnung) genehmigt.

Die Verordnung tritt mit 1. Jänner 1995 in Kraft. Die Kundmachung erfolgt gemäß § 65, Abs. 1, des Statutes für die Stadt Steyr, LGBl. 1992/9, durch zweiwöchigen Anschlag an d. Amtstafeln der Stadt Steyr.

(BEILAGE)

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Damit, meine Damen und Herren, würde ich vorschlagen, die Sitzung bis 13.45 Uhr zu unterbrechen. Mahlzeit!

MITTAGSPAUSE VON 12.39 BIS 13.45 UHR.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des GR, wir setzen unsere unterbrochene Sitzung fort. Der nächste Berichterstatter ist Hr. StR Leopold Tatzreiter. Ich darf ihn um seine Anträge bitten.

BERICHTERSTATTER STR.

LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! In meinem ersten Antrag geht es um die Errichtung der 26 Mietwohnungen in der Wagnerstraße 2, 4 beim ehem. Hotel Münchenholz. Nach mehreren Verhandlungen und längerem Leerstand dieses Gebäudes ist es jetzt gelungen, daß die Wohnbauförderung bzw. die Landesdienststelle der Wohnbauförderung eine Zusage gemacht hat.

Ich darf darauf verweisen, daß es möglich geworden ist, bei den künftigen Wohnungen unterhalb des normalen Quadratmeter-Preises zu bleiben, und die Miete dadurch auf 35,16 S monatlich einzurichten. Ich bitte, den folgenden Antrag zur Kenntnis zu nehmen bzw. zu beschließen:

18) Bau5-3267/92

Errichtung von 26 Mietwohnungen in Steyr, Wagnerstr. 2, 4 (ehemal. Hotel Münichholz); Nachtrag zum Auftrag v. 14. 6. 1993 an Bmstr. Rubenzucker in bezug auf die Wohnbauförderung.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau v. 10. 11. 1994 wird der Vergabe der Gesamtarbeiten federführend an das Atelier Rubenzucker, Steyr/St. Ulrich, im Zusammenhang mit der Errichtung von 26 Mietwohnungen im ehem. Hotel Münichholz zum Preis von ca. netto S 22,650.585,-- zugestimmt.

Zu diesem Zweck werden Mittel in Höhe von S 20,404.000,-- bei V A St 5/8460/010100.3 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag? Hr. Koll. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Vorweg gesagt, wir werden diesem Antrag sehr wohl zustimmen, weil es hier doch um Schaffung von geeignetem Wohnraum geht. Was mich langsam stört, ist, daß dieses Gesamtobjekt "Hotel Münichholz" kostenmäßig ausufert. Es wird an der Zeit, daß man sich einmal darüber Gedanken macht, was überhaupt noch in dieses Haus hineininvestiert werden soll; und daß man sich einmal Gedanken auch darüber macht, welche Gesamtkosten dieses Objekt für die Gemeinde bringen wird. Ich habe mir auch erlaubt, im Prüfungsausschuß einen entspr. Antrag zu stellen und durchzubringen. Das einmal vorweg.

Noch einmal: Es ist gut, wenn wir Wohnraum schaffen. Es sind entspr. Förderungsmittel - wie man so schön sagt - "angezapft" worden. Dennoch ergibt sich die Frage, ob man nicht auch noch in dieser Phase das Objekt sozusagen privatisieren und die Liegenschaft an Private verkaufen sollte. Auch wenn sie schon teilweise ausgebaut ist - eben durch diesen Gewinn an Bausubstanz um einen entspr. hohen Preis.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Koll. Payrleithner ist der nächste am Wort.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Nachdem diesem Amtsbericht zu entnehmen ist, daß Hr. Baumeister Rubenzucker die Bauleitungs-Tätigkeit ausübt, hätte mich von Hrn. StR Tatzreiter interessiert, ob man diese Tätigkeiten jedes Mal frisch überprüft bzw. ob hier Hr. Rubenzucker wirklich der alleinige in Frage kommende Baumeister ist.

Vor ein paar Wochen haben mich einige Mieter einer neu errichteten Wohnanlage ersucht, ich soll mir dort diese neuen Wohnungen ansehen. Und zwar in der Nähe der Mülldeponie, in Hausleiten. Ich muß sagen, ich bin weder ein Installateur noch ein Baufachmann, aber was sich mir dort als Laie dargestellt hat, muß ich ehrlich sagen, ist milde ausgedrückt, Fehlplanung. Ich glaube, in einer Zeitung ist sogar gestanden "Bauskandal". Dort sind nicht nur Raumthermostate über einem Heizkörper errichtet worden. Ich glaube, da muß man auch kein Installateur oder Elektriker sein, daß man weiß, daß man so etwas nicht macht. Im Eingangsbereich sind die Wände total naß - Schimmelbildung usw.

Da zeichnet auch der Hr. Rubenzucker verantwortlich. Da frage ich mich wirklich schön langsam, lieber Hr. StR, ob man sich in Zukunft vielleicht nicht auch einen anderen anschauen sollte, der das ev. besser ausführt oder durchführt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nächster ist Hr. StR Roman Eichhübl.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Bereits in der StS-Sitzung, als dieser Antrag behandelt wurde, hat sich ja gezeigt, daß wir in der Freiheitl. GR-Fraktion etwas unterschiedl. Auffassungen vertreten.

Ich darf hier nochmals dokumentieren, daß ich selbstverständlich auch in der Anfangsphase, als dieses Bauwerk angekauft wurde, die Auffassung vertreten habe, daß - wenn man die Instandsetzungskosten, die Umbaumaßnahmen usw. dazurechnet - sich die Stadt das leisten wird können. Diese Frage steht nach wie vor im Raum. Dr. Tilman Schwager hat ja auch darauf hingewiesen, daß darauf bes. Bedacht genommen werden muß, welche Endkosten uns wirklich ins Haus stehen. Es gibt ja ein Beispiel, das zwar von der Größenordnung nicht so sehr vergleichbar ist, aber doch auch

Kosten dort erreicht werden, die nicht unerheblich sind und weit über dem liegen, was wir ursprünglich angenommen haben. Jeder weiß, wovon ich spreche: es ist das neue Kommunalzentrum.

Wir befinden uns in der Phase, wo Förderungs mittel angesprochen werden können und wo viele darauf warten - das weiß ich -, daß sie dieses Haus beziehen können. Es gibt eine Reihe von Anmeldungen, die die Räumlichkeiten dort dann auch benützen wollen. Ich spreche jetzt nicht von den Vereinen, sondern von jenen, die dort Miete bezahlen werden; u. a. wartet auch die Bundes-Polizeidir. darauf, daß sie ihr Wachzimmer dorthin verlegen kann von einem Wohnhaus in das Gebäude, das hier angesprochen wurde.

In diesem Zusammenhang werde ich dem Antrag selbstverständlich die Zustimmung geben. Ich setze aber voraus, daß man nicht außer acht lassen sollte - das, wie ich bereits erwähnt habe, was von Dr. Schwager gesagt wurde -, eine Privatisierung in diesem Bereich zu überprüfen und diese auch nach Möglichkeit vorzunehmen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Schlußwort - Hr. Referent bitte.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Zu den Wortmeldungen. Hr. GR Dr. Tilman Schwager, die Gesamtkosten kann ich natürlich nicht sagen. Wir wissen sie auch noch nicht, weil es davon abhängig ist, wie das Wachzimmer der Bundespolizei eingerichtet wird, was ohnehin nicht unsere Kosten sein werden. Sondern sie erledigen es selbst. Zur Frage, wer noch einzieht: es wird überlegt, daß dort auch ein Zentrum errichtet werden soll, was die Nahversorgung betrifft. Zur Privatisierung. Ich glaube, daß es nicht funktionieren würde, wenn wir das privatisiert und einem Eigentümer übertragen hätten, der dasselbe daraus gemacht hätte. In bezug auf die Förderung, denn die Wohnbauträger werden anders gefördert. In diesem Zusammenhang ist auch die Förderung eine höhere, und ich darf bitten, das auch von dieser Seite zu betrachten.

Zu den Fragen von Koll. Payrleithner. Ob einerseits Hr. Bmstr. Rubenzucker der Richtige ist. Er hat sich dort beworben wie andere, und er hat aufgrund seiner Preiskondition natürl. den Zuspruch erhalten. Das ist die eine Sache. Zu Hausleiten bzw. zu den Bauschwierigkeiten, die es dort gibt, bis hin zum Bauskandal, wie es in den Medien durchgekommen ist. Ich bin persönlich auch nicht erfreut. Das muß ich ehrlich sagen. Ich habe dort mehrere

Besichtigungen - einschl. mit allen Beteiligten - gemacht. Nämlich auch mit Architekten, den bauausführenden Firmen und den Beamten hier im Haus. Wir haben auch die Beurteilungen gemacht, und uns wurde zugesagt, daß diese Schäden behoben werden. Natürl. tritt noch einiges auf. Ich möchte dazu sagen, daß es eine "Schicksalssache" ist von mehreren Unglückszufällen.

Was mir persönlich nicht gefallen hat - und ich bin auch kein Baufachmann: mir ist aufgefallen, daß man einen Hauszugang in der oberen Etage, im Freien oben angebohrt hat, in die Decke hinein, wo das Wasser möglicherweise stehen bleibt bzw. durchsickert. Das ist meiner Meinung nach eine gravierende Fehlleistung. Ich habe deswegen auch beauftragt, daß wir solche ähnlichen Bauwerke, sollten sie wieder einmal zum Tragen kommen, ganz bes. ins Auge fassen, daß so etwas nicht mehr passiert.

Ich hätte mir auch vorgestellt, daß die Baufachleute von selbst aus wissen, daß man nicht eine Decke von oben - noch dazu frei - irgendwie anbohrt und Tragwerke anbringt, sodaß die Decke durchgehend von außen durchlöchert ist - zwar abgedichtet, aber leider nicht richtig.

Es gibt ein paar solche Mängel. Ein gravierender Fehler ist passiert, das dürfte aber im Zusammenhang mit der Heizung

passiert sein bzw. beim Ausloten, wo diese Thermostate angebracht werden sollten. Da ist etwas passiert, das mir auch nicht "schmeckt". Aber es passiert leider sehr oft etwas! Ich möchte hier nicht die Bausünden, die u. U. bei jedem Bau irgendwo passieren, aufzählen. Dort sind gravierende Fehler passiert, das wird uns in der Zukunft nicht mehr passieren.

Ich meine auch, wir sollten uns seitens der GWG, die hier speziell beauftragt ist mit diesem Problem, damit beschäftigen. Es soll eine bes. Fachkraft eingesetzt werden, um eine während der Bauzeit kontrollierende Aufsicht zu betreiben. Das ist meiner Meinung nach ein wesentl. Punkt, und wir würden uns sogar einiges an Geld ersparen. Ich habe das jetzt mehrmals aufgezeigt, darauf werden wir ganz speziell zurückgreifen.

Noch einmal zum Koll. Eichhübl. Das Thema "Privatisierung" habe ich schon angeführt. Das Wachzimmer ist ein best. Problem für die Bewohner in Münichholz - Du wohnst ja dort in dieser Wohnanlage, wo die Polizei derzeit untergebracht ist. Ich habe sozusagen schon des öfteren die Sorgen der Bewohner zu spüren bekommen bei ihren Vorsprachen, und sie sind froh, wenn das endlich einmal bereinigt ist. In diesem Zusammenhang ist es gut, wenn wir das rel. schnell über die Bühne bringen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke - kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Tarife für die Benützung des öffentl. Gutes über den Gemeingebrauch hinaus. D. h., wir haben die Tarife seit dem Jahr 1992 (mit 1. 1. 1993 in Kraft getreten). Ich glaube, ich muß die verschiedenen Tarife nicht vorlesen - Sie haben ohnehin den Amtsbericht mit der Auflistung der bisherigen bzw. neu erstellten Preise.

Ich darf nur darauf verweisen, daß es notwendig ist, eine Anhebung durchzuführen. Im Schilderwald ist ein gew. Wildwuchs passiert, dem wir entgegentreten müssen. In diesem Zusammenhang bitte ich Sie, der neuen Tarifordnung zuzustimmen, und den folgenden Antrag zur Kenntnis zu nehmen:

19) GHJ2-1585/77

Tarife für d. Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus; Novellierung.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Liegenschaftsverwaltung v. 27. Okt. 1994 wird die

Tarifordnung, betreffend die Festsetzung der Entgelte für eine über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung öffentlichen Gutes, genehmigt.

Dieser Beschluß ist im Amtsblatt der Stadt Steyr kundzumachen und tritt mit 1. 1. 1995 in Kraft.

(BEILAGE)

Ich ersuche Sie, dem zuzustimmen - auch der schärferen Kontrolle. Seitens der Polizei wird uns immer wieder bestätigt, daß gew. Schilder verkehrsgefährdend angebracht werden. Auch selbst ärgert man sich manchmal darüber, wenn sie in den Kreuzungsbereich hineinfallen oder unübersichtliche Gefahrenmomente

heraufbeschwören. Ich bitte um Verständnis, aber hier muß gegengesteuert werden. Einige seitens der Gewerbetreibenden werden sicher aufschreien, aber ich bitte, darauf Rücksicht zu nehmen, daß diese Verschlechterung nicht Überhand nimmt. Es ist wirklich eine Katastrophe! Viele bewundern unsere schöne Stadt, aber der Schilderwald "verschandelt" unsere Stadt zum Teil. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zu Wort hat sich Hr. Koll. Fürweger gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Hr. StR Tatzreiter hat es schon gesagt, die Situation ist katastrophal in der Stadt mit dem Schilderwald. Ich möchte Sie auf der ersten Seite auf den letzten Absatz verweisen. Hier müßte auch der Finanzstadtrat, StR Zagler, eigentl. aufhören, wenn hier zu lesen ist, daß nur 10 % der aufgestellten Firmen-Hinweisschilder genehmigt sind und der Stadt deswegen ein Schaden erwachsen ist, den man gar nicht abschätzen kann. Es interessiert leider den Finanzstadtrat Zagler nicht. Es geht hier

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

So viel Kapazität habe ich, daß ich Dir zuhören kann, wenn ich mit jemand anderem spreche!

Gelächter

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Es geht hier nur um erwartete Einnahmen im Jahr von 160.000 S, wie mir AR Sommer mitgeteilt hat. Es sind also der Stadt jährlich bis jetzt in den letzten Jahren jeweils 160.000 S entgangen. Weil niemand in der Liegenschaftsverwaltung anscheinend in der Lage war, das zu exekutieren.

Wenn ich auf der nächsten Seite lese, gibt es Richtlinien v. Okt. 1988, wo herinnen steht: Die Kombination von Ankündigungen mit Verkehrszeichen (auch

Wegweisern) an einem Standort bzw. Lichtmast ist unzulässig.

Jeder von uns weiß, was sich hier in der Stadt abspielt. Von diesen Hinweisschildern, wo praktisch Gaststätten, Hotels, alle möglichen Firmen ihren Standort ankündigen, sind 90 % illegal aufgestellt worden.

Ich frage mich wirklich, wer in der Liegenschaftsverwaltung für diese Sachen verantwortlich war, bei der Kontrolle dieser Hinweisschilder. Denn hier geht es wirklich um bares Geld!

Das zu den Hinweisschildern. Zu den Verkaufsständen möchte ich anmerken - es ist schon einmal gesagt worden: Der Gehsteig ist zum Gehen da und nicht, um dort praktisch etwas aufzustellen, sodaß die Leute dann wieder auf die Straße ausweichen müssen. Wir haben alte Tafeln - wir haben schon einmal darüber geredet -, die hat man früher am ersten Stock angebracht, damit die Leute wissen, wo sich ein jeweiliges Geschäft befindet. Es ist nicht notwendig, sich dann noch einmal auf dem Gehsteig mit Tafeln zu kennzeichnen. Der Gehsteig ist eben zum Gehen da und nicht zum Aufstellen von Warenkörben oder Hinweisschildern.

Ich wünsche mir, daß also hier jetzt wirklich exekutiert wird und daß diejenigen Firmen, die das illegal aufgestellt haben, entweder nachzahlen müssen oder auf eigene Kosten entfernen müssen, und daß wir in Zukunft

jemanden namhaft machen, der sich in der Stadt umschaute. Ich glaube auch, die Polizei ist nicht dazu da, daß sie sich alle "Taferl" anschauen soll. Sie ist da, daß sie die Verkehrszeichen überprüft, aber nicht für die "Firmentafel". Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Die haben ohnehin so viel Zeit!

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Nicht mehr der Fall, dann bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren des GR, wertees Präsidium! Ich darf GR Fürweger danken - vor allem für den letzteren Ansatz mit den Kosten: entweder nachzahlen oder wegräumen. Es ist meiner Meinung nach bzw. war es ein wichtiger Hinweis meinerseits, daß hier einmal rigoros gehandhabt werden muß! Natürl. passiert es immer wieder, und ich bitte auch jetzt schon um Verständnis, denn es wird bald das nächste "Geschrei" geben - wahrscheinlich auch aus Ihren Kreisen heraus -, wenn der eine oder andere Verein auch einmal davon betroffen ist. Ich verweise darauf, daß es auch Vereine sind und nicht nur Geschäftsleute.

Weiters ist es richtig, daß die Gehsteige bzw. auch Geh- sowie Fahrwege freigehalten werden müßten. Es wird notwendig sein - und das kann sicherlich nicht die Aufgabe der Polizei sein-, daß wir das gemeinsam überwachen. In diesem Zusammenhang bitte ich wieder um Verständnis, daß es Geld kosten wird, wenn wir das überwachen und bes. handhaben wollen. Danach richtet sich auch die Erhöhung.

Ich glaube, wenn jemand öffentl. Gut benützt auf diese Art, um ein Geschäft zu machen - das sage ich einmal so -, dann soll er auch dafür bezahlen und die Schilder nicht illegal anbringen.

Ich bitte nochmals um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

In meinem nächsten Antrag geht es um einen Antrag der Freiheitl. GR-Fraktion, konkret um einen Antrag der Gemeinderäte Felicitas Bauer, Ulrike Fuchs und Hans Dieter Götz.

Dieser Antrag bezieht sich auf die für den Wohnungsausschuß notwendigen Vergabe-Richtlinien zur Zuweisung der frei wer-

denden oder neu errichteten Wohnungen. Hier handelt es sich, glaube ich, um einen Antrag, der eher der Dringlichkeit zuzuordnen ist. Aufgrund der Darstellung, wo es heißt: "Aufnahme des nachstehenden Verhandlungsgegenstandes (Antrag) in die Tagesordnung der GR-Sitzung v. 21. Dez. 1994, gem. § 19 des SZS in Verbindung mit § 6 der GO".

Ich habe mir diesen Antrag wirklich zu "Gemüte" geführt und bin persönlich ein bißchen geschockt darüber! Der Antrag lautet:

20) Präs-895/94

Antrag von GR Felicitas Bauer, GR Ulrike Fuchs u. Hans Dieter Götz, betreffend Ergänzung d. Richtlinien z. objektiven Wohnungsvergabe.

Der GR möge beschließen:

a) Personen ausländischer Herkunft müssen fünf Jahre in Steyr wohnhaft sein, eine Beschäftigung nachweisen, um bei der Vergabe von Wohnungen, für die die Stadt ein Vorschlagsrecht besitzt, berücksichtigt zu werden. Es ist daher eine dementsprechende Ergänzung der vom GR im März 1992 beschlossenen Richtlinien, zur objektiven Wohnungsvergabe betreffend (§ 2), vorzunehmen.

Begründung: Auch die Stadt Wels hat gleichlautende Richtlinien erlassen; weitere Begründungen erfolgen mündlich.

b) Weiters wird das Wohnungsamt beauftragt, eine lückenlose Erhebungsliste (Bedarfsliste) von Wohnungssuchenden den Mitgliedern des StS und des gemeinderätl. Wohnungsausschusses demnächst vorzulegen. Diese soll nach inländischen und ausländischen Wohnungssuchenden aufgelistet werden; weiters nach verheirateten-, ledigen-, alleinerziehenden Müttern (Vätern), Steyrern und nicht in Steyr wohnhaften Wohnungs-Antragstellern.

Meine Damen und Herren, ich darf vielleicht auf ein paar wesentl. Dinge hinweisen. Wir haben ja in den Richtlinien, die wir 1992 beschlossen haben, ohnehin ganz eklatante Anmerkungen. Sie decken sich auch weitgehend mit den nach unseren beschlossenen Vergaberichtlinien im Land. D. h., wir haben weitgehend eine Deckungsgleichheit.

Ich darf jetzt auf etwas hinweisen, was beim § 2 unter Punkt c) steht: Gastarbeiter, d. s. Personen, die den gesetzl. Bestimmungen des Ausländer-Beschäftigungsgesetzes in der Fassung des BGBl. 450/90 entsprechen und insbes. nachstehende Kriterien erfüllen:

1. Vorlage einer Beschäftigungsbewilligung gem. § 4, Abs. 1, des Ausländer-Beschäftigungsgesetzes oder einer dieser gleichgestellten Bestätigung.

2. Vorlage einer Arbeitserlaubnis gem. § 14 oder einer dieser gleichgestellten Bestätigung.

3. Vorlage einer Arbeitsbescheinigung eines Steyrer Betriebes.

Hier darf ich anmerken, daß es uns leider in der letzten Zeit sehr oft nicht gelungen ist, daß er direkt in Steyr innerhalb der Stadtgrenze beschäftigt werden konnte. Oder er war kurzzeitig bzw. bei Antragstellung hier beschäftigt, mußte aber dann in der Zwischenzeit, aus welchen Gründen immer - das können wir nicht beeinflussen -, mit seiner Beschäftigung über die Grenze hinaus (z. B. im nö. Raum oder in Garsten oder sonstwo). Jetzt sollten wir denjenigen wieder herausnehmen aus dem Wohnungsantragsbuch. Das kann doch bitte nicht unsere Aufgabe sein. Hier, glaube ich, ist die menschliche Handlungsweise im Vordergrund zu tätigen.

Ich darf nun auf etwas verweisen, das ich wirklich miteinbringen möchte, weil es eben in der Zwischenzeit mehrmals passiert ist: da haben wir unter Punkt Nr. IV) "Soziale Aspekte": unverschuldete Arbeitslosigkeit. Weil er jetzt arbeitslos geworden ist - von mir aus für 3, 4 oder 5 Monate -, das kann leider sehr oft passieren, gerade bei den Baufirmen, ist er ausgeschlossen von einer Wohnungszuteilung. Meine Damen und Herren, das ist ein Schicksal, dem ich persönlich nicht nähertreten kann. Ich kann

es nur so sagen, denn hier ist wirklich das Menschliche in den Vordergrund zu stellen!

Ich darf Sie bitten, diesen Antrag neuerlich zu überdenken. Wir haben uns ja im Wohnungsausschuß mehrmals darüber unterhalten, daß wir im Bereich der Auflistung bzw. der Bekanntgabe über die Einkünfte, die ja auch das Punktesystem ordnen (erhöht oder reduziert), sehr genau hinsehen müssen. Wir müssen uns über das Einkommen Gedanken machen, weil gew. zusätzl. Einkünfte beim Familieneinkommen anzurechnen sind und gew. nicht. Meiner Meinung nach soll sich hier der Wohnungsausschuß noch einmal Gedanken darüber machen. Wir haben es uns ja gegenseitig versprochen, das im 1. Quartal 1995 noch einmal zu ergänzen. Dann sollten die Richtlinien neuerlich beschlossen werden. Ich würde Sie ersuchen, diesen Antrag jetzt zurückzustellen bzw. eine andere Zuweisung zu machen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung?

GEMEINDERAT

FRANZ ROHRAUER:

Zur Geschäftsordnung!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte, Hr. Koll. Rohrauer.

GEMEINDERAT

FRANZ ROHRAUER:

Werte Kolleginnen und Kollegen!
Ich stelle den Antrag nach § 8, Abs. 2 (h), der GO des GR, diesen Antrag zu Vorberatungen an den gemeinderätl. Wohnungsausschuß zuzuweisen.

Die Begründung ist folgende: Wir haben uns damals selber eine Vergabe-Ordnung gemacht, durchgearbeitet, und dieses Gremium hat sie beschlossen - einstimmig! Wir sind bis jetzt gut damit ausgekommen, und wir haben gerade in der letzten Wohnungsausschuß-Sitzung wieder darüber gesprochen. Wir waren uns alle darüber einig, daß sie überarbeitungsbedürftig ist. Es gibt bereits einige Dinge, die man jetzt in anderem Licht sieht. Das gehört in eine neue Fassung gebracht.

Deswegen ist es für mich auch verwunderlich, daß gerade die 3 Kollegen der Freiheitl. Fraktion einen Antrag an den GR stellen, der ein populistisches Merkmal dieser Vergabe-Ordnung hervorbringen soll.

Wir sind als gemeinderätl. Wohnungs-Ausschuß ein kollegiales Gremium. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde das an und für sich unkollegial, was Sie gemacht haben!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zu Wort hat sich Fr. Kollegin Bauer gemeldet. Ich erteile es ihr.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist jetzt die GO-Wortmeldung. D. h., nur einer spricht pro Fraktion.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Richtig! Fr. Kollegin Bauer spricht für die Fraktion der FPÖ, nehme ich an!

GEMEINDERÄTIN

FELICITAS BAUER:

Sie nehmen richtig an!
Geschätztes Präsidium, geschätzte Damen und Herren des GR!
Gerade die letzte Wohnungsausschuß-Sitzung hat mich dazu bewogen, diesen Antrag zu formulieren. In der letzten Wohnungsausschuß-Sitzung wurden 26 frei werdende Wohnungen an 13 Ausländer vergeben. Das sind 50 % Ausländer-Anteil! Nach meinem Begriff ist das keine gesunde Mischung, und das kann man der österr. Bevölkerung nicht zumuten!

Wir lesen es in den Zeitungen - gerade im Resthof beschwert sich die Bevölkerung massiv über den viel zu hohen Ausländeranteil.

Wer die Oö. Nachrichten gelesen hat: in der gestrigen Ausgabe steht drinnen, daß auf Antrag der ÖVP in Ried in derselben Form die Wohnungs-Richtlinien verändert wurden. Das ist gestern beschlossen worden auf Antrag der ÖVP - in Ried!

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ried - wir sind ja in Steyr!

GEMEINDERÄTIN
FELICITAS BAUER:

Das steht in der gestrigen Ausgabe der Oö. Nachrichten. Ried hat dieselben Wohnungs-Richtlinien dahingehend geändert. Das zum einen.

Der Punkt 2) - "Warum möchte ich eine genaue Auflistung?". Wir stehen im Wohnungs-Ausschuß dem Problem gegenüber: es gibt keine österreichischen Wohnungssuchenden. Wie es bei der letzten Sitzung war. Es gab neun 3-Raum-Wohnungen, sieben wurden an Ausländer vergeben, weil keine Österreicher da sind! Das ist in jeder Sitzung. Ich höre immer wieder, "ja, es gibt keine österr. Wohnungssuchenden" - die sich das leisten können.

Deshalb möchte ich genau wissen: Wieviele Wohnungssuchende gibt es - ausländische, inländische; wer will eine 4-Raum-Wohnung, eine 3-Raum- oder eine 2-Raum-Wohnung; welche sind single, geschieden usw.? Und zwar aus dem ganz einfachen Grund, weil ich möchte, daß sich die Bautätigkeit nach dieser Nachfrage richtet. Es hat keinen Sinn, wenn Bauklötze in die Gegend gestellt werden, und dann ist die Nachfrage nicht danach. Ich möchte, daß sich die Nachfrage nach dem Angebot richtet!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wer wünscht dazu noch das Wort? Hr. Koll. Lengauer bitte.

GEMEINDERAT
ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren! Fußballspieler, Professoren der FHS, ev. Chefs der BMW oder der versch. Gruppen der ehem. Steyr-Werke werden bei diesem Antrag wohl nicht gemeint gewesen sein! Wahrscheinlich haben Sie wieder die Ärmsten der Armen gemeint! Zweitens. Gerade der Absatz, der Punkt 2 c) hat uns in der Vorbereitung des Objektivierungs-Papieres viel Zeit gekostet. Wir haben gerade wegen Ihrer Fraktion viele, viele Zugeständnisse beim Punkt 2 c) gemacht - damit auch Sie mitstimmen konnten. Jetzt stellen Sie einen populistischen und demagogischen Antrag! Es muß so sein, denn bei 95 % der Wohnungsvergaben - auch an Ausländer - haben Sie mitgestimmt. Vielleicht drei-, vier- oder fünfmal haben Sie dagegen gestimmt.

Wenn Sie im Wohnungs-Ausschuß den ehrlichen Argumenten der Wohnungsausschuß-Mitglieder nicht entgegen können und dann einfach zustimmen müssen, dann haben Sie wahrscheinlich nur die Möglichkeit, über die Zeitung zu schimpfen, daß Wohnungen an Ausländer vergeben werden

oder, einen Antrag im GR zu stellen, der einfach den § 2, Abs. c, unmöglich macht.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

In der Zeitung hat aber jemand anderer geschimpft!

GEMEINDERÄTIN

FELICITAS BAUER:

Die Bevölkerung schimpft!

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sicherlich stimmt - und darin sind wir Mitglieder des Wohnungs-Ausschusses uns einig -, daß wir in manchen Dingen unser Objektivierungs-Papier überarbeiten müssen. Wir müssen, glaube ich, bei der Wartezeit mehr Punkte geben. Denn es zeigt sich sehr oft, daß die ständigen Bittsteller in Unterwürdigung der Dringlichkeit eher angenommen werden als lang andauernde, brav Wartende auf Wohnungen. Ich meine, daß wir auch beim Einkommen - wurde schon gesagt - in der Punktevergabe etwas ändern müssen. Wir haben nämlich in unserem Objektivierungs-Papier die Vergabe-Richtlinien für Wohnbeihilfen im wesentl. miteingenommen; und Vergabe von Wohnbeihilfen und Wohnungsvergabe das sind andere Punkte. Da hat sich jetzt gezeigt, daß wahrscheinlich ein Fehler drinnen ist.

Ich meine also, daß es gut ist, daß wir diesen Antrag ablehnen und zur Bearbeitung dem Wohnungsausschuß übergeben.

Gestatten Sie mir aber noch einen Gedanken. Ich denke an den 2. November - Jugenddemonstration. Da hat Hr. Vbgm. Dr. Pfeil gemeint, es ist nicht gut, an einem Allerseelentag eine Demonstration zu halten. Aber mir als praktizierender Christ kommt derselbe Gedanke heute im Advent. Und wenn ich gestern, am 20. Dezember, in meinem Adventkalender den Text, den ich dann vorlesen werde, gelesen habe, dann müßte ich eigentlich sagen: ich bin schockiert! Ich darf Ihnen abschließend noch den Text vorlesen, der am 20. Dezember in meinem Adventkalender gestanden ist:

"Wenn sie an meine Tür geklopft hätten - hätte ich sie hereingelassen?"

Wenn sie zu mir gewollt hätten - hätte ich Platz gemacht?"

Ich fürchte, meine Ausreden hätten sie abgewiesen.

Alles hätte sich abgespielt wie damals.

Und ich hätte das Wunder der Weihnacht nicht erlebt."

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Noch eine Wortmeldung? Hr. Koll. Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT

KURT APFELHALER:

Meine Damen und Herren des GR!
Ich werde versuchen, daß ich diesen Antrag so emotionslos wie möglich und so nüchtern wie möglich seitens unserer Fraktion beantworte.

Wir im Wohnungs-Ausschuß kennen doch alle die Realität, wie es dort wirklich abläuft bezüglich der Wohnungsvergabe an Ausländer. Es ist doch in Wahrheit so, daß nach einer Wartezeit von 3 - 5 Jahren Wohnungen vergeben werden, die letzten Endes für uns Inländer einfach zu teuer sind. Das ist im größten Teil bei den Vergaben so. Wenn wir betrachten, wer dann dorthin kommt, wieviele Leute dorthin kommen, wie ihr Einkommen ist und wie ihre soziale Situation ist, dann kann ich diesem Antrag bei Gott nicht folgen.

Ich glaube, es wäre prinzipiell einmal wichtig, wenn die FPÖ bzw. die beiden Damen und Hr. Götz einmal definieren würden, und nicht immer Pauschalmeldungen abliefern würden. Wenn Sie einmal definieren würden, was Sie so daran stört, daß Ausländer Ihrer Meinung nach so viele Wohnungen bekommen; oder was Sie prinzipiell an Ausländern überhaupt stört!

GEMEINDERÄTIN
FELICITAS BAUER:
Die vielen Leute, wenn

GEMEINDERAT
KURT APFELHALER:

Nicht die vielen Leute! Bitte, nicht die vielen Leute. Ich muß Ihnen eines sagen: Sie haben die Möglichkeit, sich hier Information zu verschaffen, und das auch hinauszutragen, wenn möglich. Wenn Sie Ihre Politik nach dem orientieren, was Sie auf der Gasse rundherum hören, dann tun Sie mir ehrlich gesagt sehr leid!

GEMEINDERÄTIN
FELICITAS BAUER:
Ich habe nur das Ohr an der Bevölkerung!

GEMEINDERAT
KURT APFELHALER:
Wahrscheinlich ist

GEMEINDERÄTIN
FELICITAS BAUER:
Das kommt von den Leuten!

GEMEINDERAT
KURT APFELHALER:
Ich will nicht sagen, was Sie im Ohr haben!

Gelächter

GEMEINDERAT
KURT APFELHALER:
Ich glaube, Sie haben eines viel eher im Ohr - und das bemerkt man ja, wenn man die Zeitungen liest. Es dürfte sich in diesem Fall wahrscheinlich wieder um irgendein Durchlauf-Fax gehandelt haben, das aus irgendeinem - was weiß ich, aus welchem - Parteibüro von Linz kommt, und das bei den div.

Polit-Büros in den Städten herauskommt. Das sehe ich als Qualität und Inhalt bei der ganzen Sache!

GEMEINDERAT

HANS DIETER GÖTZ:

Ein Blinder sieht es so!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ein Blinder sieht es so, ja! Ha-ha!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich würde Sie ersuchen, den Redner am Wort zu lassen.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ich muß nochmals an Sie appellieren, daß Sie sich einmal prinzipiell konkrete Gedanken machen und daß Sie positiv zu einer Problemlösung beitragen und nicht immer pauschal über - das Wort sage ich jetzt nicht - diesen Antrag versuchen, in der Bevölkerung Stimmung zu machen. Wo machen Sie denn letzten Endes Stimmung?

Es gibt doch Konvolute, wo ein Argument dem anderen gegenüber gestellt wird - speziell Ihre Argumente -, und wo immer wieder bewiesen wird, daß es Ihnen letzten Endes nur um eines geht!

Ich bin Hrn. Koll. Direktor Lengauer sehr dankbar, daß er das erwähnt hat und daß er seine Gedanken in Richtung Weihnachten formuliert hat. Ich sage es auch noch einmal. Ich

finde es geschmacklos, daß Sie vor dem Fest, das eigentl. die Liebe und das Miteinander unter uns hervorheben soll und das sich auch direkt und indirekt mit Herbergssuche beschäftigt, daß akkurat Sie einen Antrag hier abliefern, der meiner Ansicht nach - aber das sage ich nicht. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Das war die letzte Wortmeldung zum GO-Antrag. Daher ist über den Antrag zur GO abzustimmen - ohne weitere Debatte. Wir stimmen nun darüber ab, ob dieser Antrag dem Wohnungs-Ausschuß zur weiteren Beratung zugewiesen wird.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Es wurde eine Frage gestellt in bezug auf die Wohnungssuchenden-Anzahl. Darf ich diese noch beantworten?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Dieses Thema kann anschließend behandelt werden, denn wenn der Antrag abgelehnt werden sollte, dann würde ja über den Hauptantrag weiter diskutiert werden. Da würdest Du dann auch das Schlußwort dazu haben. Du wirst es auf jeden Fall dann noch bekommen.

Wir stimmen also jetzt über den Antrag zur GO ab: "Zuweisung des

Antrages an d. Wohnungs-Ausschuß zur weiteren Beratung".

Wer für diesen GO-Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Pro-Stimmen von den Fraktionen der SP, VP und GAL. Wer ist gegen diesen GO-Antrag? 8 Gegenstimmen (FP). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. D. h., Punkt Nr. 20) wird weitergeleitet an den Wohnungs-Ausschuß.

Bitte, Hr. Referent, ich erteile Dir das Wort zur Beantwortung der Fragen, die sich ergeben haben.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Nur ganz kurz zu den Fragen.

VERSCHIEDENE UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFE

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Er hält als Referent bzw. Berichterstatter sein Schlußwort. Fr. Kollegin Bauer hat eine Frage gestellt, und Koll. Tatzreiter will sie beantworten.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Nachdem der GO-Antrag in der Form entschieden ist, braucht dazu nichts mehr gesagt werden.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Aber Koll. Tatzreiter war der Berichterstatter des Hauptantrages.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Der Hauptantrag ist weg!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, er ist weg, aber Koll. Tatzreiter hätte gerne auf die Frage Ihrer Fraktions-Kollegin eine Antwort gegeben. Wenn Sie darauf verzichten, wird der Berichterstatter auch darauf verzichten!

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Gerne!

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Danke!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr, wenn Sie es so wollen und wenn Ihnen dann "leichter" ist! Aber da brauchen Sie keine Fragen mehr zu stellen, wenn Sie ohnehin keine Antworten haben wollen!

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke Koll. Tatzreiter und bitte nun Hrn. StR Dkfm. Zagler, zum spannenden Teil der heutigen GR-Sitzung zu kommen. Der Nachtragsvoranschlag.

BERICHTERSTATTER STR.

DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Zunächst zum weniger spannenden Teil, liebe

Kolleginnen und Kollegen! Es geht um den Nachtragsvoranschlag 1994 - und zwar deswegen weniger spannender Teil, weil dieser Nachtragsvoranschlag im Prinzip nur das wiedergibt, was wir im Laufe d. J. an unserem Budget 1994 ändern wollten und durch Beschlüsse bzw. Anordnungen auch geändert haben.

Gerade auch in Anbetracht der Diskussion über mittelfristige Finanzplanung oder Budgetplanung sieht man hier wieder beim Nachtragsvoranschlag, wie kurzlebig Budgetzahlen doch eigentl. sind. Wir haben nämlich hier eine Reihe von Mehreinnahmen und Mindereinnahmen und Mehrausgaben bzw. Minderausgaben - sowohl im o. H. als auch im ao. H. - festzustellen.

Ich möchte nur einige kurze Beispiele erwähnen, warum es zu großen Abweichungen kommt. Im Amtsbericht zu dieser Beschlußfassung steht, daß beispielsweise bei den Einnahmen Mehreinnahmen bei den Ertragsanteilen erzielt werden konnten - rd. 10 Mill. S, was uns mit Freude erfüllt, denn je mehr Geld in die Kassen der Stadt hereinkommt, desto mehr können wir ausgeben. Für alle jene Bereiche - vom Sozialbereich über das Wohnungswesen bis in den Kulturbereich hinein.

Wir haben bei der Kanalanschlußgebühr eine

Fehleinschätzung gemacht. Keine Fehleinschätzung in dem Sinn, es hängt ja davon ab, wieviele Kanäle gebaut werden in der Periode vorher und wieviele Anschlußwerber letztendlich diese Kanalanschlüsse tätigen.

Wir haben Gott sei Dank auch bei der Kommunalsteuer, die erstmalig im Jahr 1994 erhoben wurde, einen Schätzungsfehler gehabt. Es möge uns verziehen werden, daß wir 150 Mill. S geschätzt haben und 4 % Überschreitung hatten. Also bei 150 Mill. S hatten wir eine Minderschätzung um 6 Mill. S. D. h., das Steueraufkommen ist um diese 6 Mill. S aus der Kommunalsteuer gestiegen.

Wir haben auch bei den Leistungserlösen im APT - dann werden wir das bei den Mindereinnahmen noch einmal sehen - Fehlschätzungen gehabt. Ich möchte das nicht unbedingt auf den damaligen "Guru" im Altersheim, den Leiter, Hrn. Mißbichler, abwälzen. Er hat es sicherlich nicht ganz leicht gehabt, die Umstellung bezüglich Pflegegeld und die damit verbundenen

Kostenverschiebungen und auch den Beschluß der damaligen Regulierung der Tarife für die Altenheimbewohner so einzuschätzen, daß wir eine seriöse Budget-Grundlage hatten. Bei den Ausgaben ist vor allem das, was uns das Land wieder bringt, eine deutliche Steigerung - sowohl bei der Landesumlage

als auch beim Krankenanstalten-Beitrag.

Wir haben bei den Mehrausgaben auch Personalkosten in Höhe von knapp über 2 % mehr aufwenden müssen. Den Beitrag im RHV mußten wir aufgrund der Investitionen und der gestiegenen Betriebskosten ebenfalls erhöhen, was uns auch vom RHV im nachhinein jeweils mitgeteilt wird. Wo wir ja - auch das ist während der Budget-Besprechungen schon gefallen - als jene Stadt, die zwei Drittel der Kosten des RHV zu tragen hat, mit bes. Wachsamkeit auch die Kostenkontrolle, die Ausgabenkontrolle, die Investitionskontrolle durchführen müssen. Denn es kann nicht sein, in der Stadt herinnen die Budgets eng zu schnüren und in ausgegliederten Bereichen bei der Wahrnehmung unserer Vertretungsaufgaben eine andere Brille aufzusetzen.

So ergibt sich, daß der o. H. letztendlich Einnahmen und Ausgaben in Höhe von S 955,365.000 ausweist. Im Amtsbericht - ich darf mir ersparen, die einzelnen Posten zu bringen - wird detailliert begründet, wo diese Mehr- oder Mindereinnahmen bzw. Mehr- oder Minderausgaben angefallen sind.

Im ao. H. sind schließlich Einnahmen und Ausgaben in Höhe von S 289,555.000 im Nachtragsvoranschlag vorgesehen. Die Erhöhung beträgt jeweils

62 Mill. S. Das ist an und für sich ein gewaltiger Brocken, wenn man davon ausgeht, daß ursprüngl. rd. 220 Mill. S für den ao. H. vorgesehen waren - aber durchaus begründbar und vor allem dann wieder begründbar, wenn jemand den Amtsbericht auf S. 3, was die Mehrausgaben betrifft, ansieht. Gerade im ao. H. geht es nicht um die Einnahmenseite. Die Einnahmenseite im ao. H. zeigt ja nur die Finanzierungskomponente des ao. H. auf, während der massive Erhöhungsdruck aus der Ausgabenseite resultiert.

Hier springt uns die Rate für das Kommunalzentrum ins Auge. Wir dachten, daß der Bau der Reparaturwerkstätte von der Fa. Bulla - also der Ersatz von Steyr-Fiat-Steyr - nicht so rasch gelingen wird, daß wir noch im Laufe des Jahres 1994 mit diesen Adaptierungsarbeiten beginnen können. Wir wollen aber dort hinein, das haben die GR-Fraktionen ja eindeutig festgestellt. Es wird heute noch Gelegenheit geben, darüber zu beraten, ob wir zu diesen Kosten letztendlich hinein bzw. übersiedeln wollen.

Nichtsdestotrotz war es für das Jahr 1994 klar, die 33,9 Mill. S Rate zu bezahlen und damit auch die Aufwendungen zu bezahlen, die für die Einrichtung der Verwaltung, für die Adaptierung des Verwaltungsgebäudes und für den Eingangsbereich nötig waren. Das ist - wie gesagt - hier

der Hauptposten bei den Ausgaben.

Man kann dann weiter schauen: Parkdeck Bahnhof, das wir auch im GR mehrheitlich wollen, um den innerstädt. Verkehrsring zu schließen, um Ennsdorf verkehrszuberuhigen. Auch hier waren Grundankäufe nötig, die mit 17,6 Mill. S zu Buche schlugen - obwohl nur 9 Mill. dafür budgetiert wurden. So könnte man diese Liste fortsetzen.

Bei jeder Position kommen wir darauf, daß dieses und jenes ja schon im StS vorberaten bzw. im GR beschlossen wurde, um zu diesen letztlichen Summen zu kommen.

Schließlich ergibt das auch die notwendige Finanzierungskomponente, die auf der letzten Seite des Amtsberichtes angegeben ist. D. h., wie entwickelten sich unsere Rücklagen? Leider bedauerlich! Und zwar in dem Sinn, daß wir sie von 106 Mill. S auf 50 Mill. S abbauen mußten, um den o. H. zu finanzieren.

Bei der Darlehensentwicklung werden wir, um eine Ausfinanzierung des Haushaltes 1994 zustande zu bringen, auf einen Darlehensstand per Ende 1994 von voraussichtlich 730 Mill. S kommen. Gegenüber - das darf ich der Vollständigkeit halber erwähnen - 735 Mill., die wir im Budget des Jahres 1994 festgelegt haben. So gesehen, rundet sich dieses Bild ab. Wenn es zwar die Verzerrungen da und dort gegeben hat, ist es eben

heute unsere Aufgabe, dieses Jahr mit den vielen Veränderungen mehr oder weniger kenntnisnehmend zu beschließen, weil es über alle diese Dinge entweder Einzelbeschlüsse des GR gibt (einheitliche oder mehrheitliche Beschlüsse) bzw. weil es über die Anordnungsbefugnis der Geschäftsbereichs-Leitungen gedeckt ist. Ich bitte Sie daher, folgenden Antrag des StS an den GR zustimmend zur Kenntnis zu nehmen:

21) Fin-170/94

Nachtragsvoranschlag 1994.

Der GR möge beschließen:

Der Beschluß des GR der Stadt Steyr v. 16. 12. 1993, Ha-140/93, womit der Voranschlag 1994 genehmigt wurde, wird im Sinne des Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1994 wie folgt abgeändert:

1. Der o. Haushalt:

a) die Gesamteinnahmen von S 940,237.000,-- auf S 955,365.000,--, die Gesamtausgaben von S 940,237.000,-- auf S 955,365.000,--; somit ausgeglichen: S 0,--

b) die Reineinnahmen von S 871,015.000,-- auf S 886,143.000,--, die Reinausgaben von S 871.015.000,-- auf S 886,143.000,--; somit ausgeglichen: S 0,--

2. Der ao. Haushalt:

die Gesamteinnahmen von S 227,323.000,-- auf S 289,555.000,--, die Gesamtausgaben von S 227,323.000,--

auf S 289,555.000,--; somit ausgeglichen: S 0,--

Die übrigen Bestimmungen des GR-Beschlusses v. 16. 12. 1993, betreffend den Voranschlag für das Jahr 1994, bleiben unverändert.

(BEILAGE)

Ich bitte den Hrn. Vorsitzenden, diesen Nachtragsvoranschlag zur Diskussion zu stellen und zur Beschlußfassung zu bringen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zunächst hat sich Hr. GR Dr. Tilman Schwager zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Für 1994, also im Jahr 1993 sind die Budget-Verhandlungen noch etwas anders verlaufen als heuer. Daher werden Sie auch zum nächsten TOP einmal eine ganz andere grundsätzl. Haltung von unserer Fraktion - insbes. meinerseits - vorfinden, als zu diesem TOP. Hier unterscheide ich den Nachtragsvoranschlag vom Rechnungsabschluß - das kann sich dann wieder anders darstellen. Aber - wie gesagt - der Nachtragsvoranschlag ist ja zu verstehen als eine Ergänzung des Voranschlages, den wir im Vorjahr zu beschließen hatten und gegen den ich damals - nicht alleine, sondern mit der Fraktion - gestimmt habe. Entgegen un-

serer Haltung für das vorvergangene Jahr.

Für 1993 waren wir der Auffassung - und der damalige Nachtragsvoranschlag und Rechnungsabschluß haben uns recht gegeben -, daß das Budget durchaus finanzierbar war. Anders für 1994!

Für 1994, meine Damen und Herren, hat sich ja schon ein Übel für die Stadt abgezeichnet, das jetzt vom Referenten zwar in einem Punkt pos. überspielt wurde, aber in seinem Kern doch nicht rhetorisch erfaßt worden ist. Wir haben wohl gehört, daß sich die Kommunalsteuer positiver entwickelt hat als zunächst veranschlagt - das war ja vielleicht auch ungefähr zu berechnen. Übersehen wurde aber bei der Frage der Gesamtfinanzierbarkeit des Haushaltes offenbar die verheerende Auswirkung des Entfalles der Gewerbesteuer auf der Einnahmenseite, und daß die LsSt nicht durch die Kommunalsteuer-Erhöhung vollkommen ersetzt werden kann. Hier wurde unserer pessimistischen Auffassung leider recht gegeben.

Dem hier vorliegenden Antrag muß ich deshalb meine Zustimmung verweigern, weil ich nämlich dem Grundantrag, dem Budget 1994, schon nicht zugestimmt habe. Noch einmal: Ich anerkenne die Leistung der Stadtväter, die für die Gestaltung des zu beschließenden Budgets erbracht wurde. Es ist hier das

geschehen, was eigentl. schon von Beamtenseite hätte geschehen sollen. Man hat sich zusammengesetzt, das Budget Punkt für Punkt durchgearbeitet und festgestellt, daß es sehr wohl Ansätze zum Sparen gibt, die unsererseits schon öfter aufgezeigt wurden.

Der Hr. Referent hat wohl darauf hingewiesen, daß wir erhebliche Überschreitungen im ao. H. gehabt haben. Aber wir haben sie ja bitte auch im o. H. Wenn auch der Prozentsatz nur 2,5 % ist, ich darf verweisen bei den Mehrausgaben zum o. H., bei den Personalkosten. Es zeigt sich, daß hier eine Fehlkalkulation und vor allem auch eine Fehlentwicklung im Hause geschehen ist. Es ist, anstatt Personal einzusparen, immer noch ausgedehnt worden. Erst für das kommende Jahr hat man sich dazu durchgerungen, das zu tun, was von seiten unserer Fraktion schon immer gefordert wurde. Nämlich einen Personal-Stop einzuführen, und nicht irgendwelche Stabsstellen zu schaffen, die sich dann letztendlich vielleicht - wie insbes. eine, auf die komme ich noch - als sehr fehlbesetzt erweisen. Ich meine jene für Controlling. Was ist denn jetzt bitte das Berufsbild eines Controllers? Was sind die Wünsche, die man einmal an einen Controller von seiner Ausbildung, von seinem Berufsbild her stellt? Es sollte sein: ein exzellenter Betriebswirt; es sollte ein Mann von entspr.

F a c h k o m p e t e n z, von persönlichem Format und gew. Verhaltenskunst sein - das fordert man normalerweise, wenn man einen im Betrieb hat; und es sollte vor allem einer sein, der sich in seiner Kenntnis über die Funktionen im Finanz- und Rechnungswesen und vor allem im Kostenrechnen bestens auskennt. Der Bildungsvorgang ist natürl. nicht ein einstufiger oder mehrstufiger, der mit einem Universitäts-Studium endet, sondern soll idealerweise natürl. mehrstufig sein. D. h., nach Universität (möglichst Wirtschaftswissenschaften) wäre eine Ausbildung insbes. kaufm. Art erforderlich; eine Ausbildung in anderen Ressorts, in anderen Wirtschaftsbranchen insbes. - das, was man in der Praxis, in der Wirtschaft "job-rotation" nennt, "training on the job"; d. h., daß er nicht nur in einem Hause seine Entwicklung nimmt, sondern daß er eine Ausbildung hat, wie man sie üblicherweise von einem Controller verlangt. Ich setze mich jetzt nicht mit einer Person alleine sozusagen in die Nessel, sondern es geht mir darum, daß diese Stabsstelle - und das zeigt bitte die Entwicklung auch des Budgets - hier offenbar nicht funktioniert hat. Diesen Fehler wollte ich aufzeigen.

Noch einmal: Das ist eine Anmerkung zur Vergangenheit. Die Budget-Entwicklung als solche - es wurde schon aufgewiesen: diese exorbitante

Kostensteigerung im Bereich des Kommunalzentrums (ich weiß noch nicht, wie wir das abkürzen werden) und dann auch im Bereich des Parkdecks Bahnhof. Das sind auch fast 90 %. Es wird hier wiederum dazu kommen, daß wir Prioritäten setzen werden müssen - das ist ganz klar -, wenn wir dann im nächsten Jahr unsere Beschlüsse fassen.

Zusammengefaßt möchte ich sagen, daß ich anknüpfend an meine Haltung zum Budget 1994 auch diesen Nachtragsvoranschlag ablehnen muß.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nächster Redner ist Koll. StR Holub.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Der Nachtragsvoranschlag 1994, der uns jetzt vorliegt, spiegelt in der Tat das abgelaufene Jahr 1994 wider. Es ist ein System im Begriff zu entgleisen, und die Zahlen des Rechnungswerkes, das vor uns liegt, beweisen uns diese Entgleisung auch tatsächlich.

Ich mache es mir jetzt nicht so leicht, dieses Entgleisen zurückzuführen auf die Tätigkeit der Stabsstelle Controlling. Denn ich glaube - auch dem hohen GR der Stadt Steyr -, schon des öfteren erzählt zu haben, daß meiner Meinung nach diese

Controlling-Stelle keine kaufm. Controlling-Stelle, sondern eine Verwaltungscontrolling-Stelle ist. Das Controlling, das aber dennoch stattfinden hätte sollen, wäre natürl. im Bereich der Finanzverwaltung anzusiedeln gewesen - muß auch dort angemahnt und angefragt werden. Die Tatsache, daß wir eine ganze Reihe Entscheidungen getroffen haben, die von diesem Controlling nicht gerade übertrieben besonnen waren, läßt uns mit einiger Verzagttheit in die Zukunft des Jahres 1995 blicken und hat uns letztendlich auch in einer großen Zahl von Tagen zusammengeführt in eine sehr fruchtbringende Klausur.

Ich stehe nicht an, als Teilnehmer dieser Klausur allen zunächst einmal zu danken für das gute Klima, das darin geherrscht hat. Auch für die Disziplin, die die Tagungsteilnehmer aufgebracht haben, daß sich nämlich dann, wenn die Wogen zu hoch gegangen sind, jeder einzelne selbst wieder zurückgenommen hat, um ein Gelingen einer Überlegung doch zu ermöglichen. Nun aber zum Jahr 1994. Dort ist eben genau das alles nicht passiert. Da hat man geglaubt, daß über eine Finanzverwaltung eine Stadt regiert werden kann, und da hat man geglaubt, daß das auch noch dazu nebenbei gehen kann. Da hat man geglaubt, daß man keine Zwischenberichte liefern muß, und da hat man geglaubt, daß es genügt, am Tag

der Budget-Sitzung einen Nachtragsvoranschlag vorzulegen. Mich wundert es ja, daß das nicht erst im nächsten Jahr passiert ist - bei all der Präzision, die hier stattgefunden hat.

Es ist richtig, daß Fehleinschätzungen stattgefunden haben. Es ist richtig, daß es auch versch. Abweichungen vom Maßnahmenkonzept, das man sich für das Jahr 1994 vorgenommen hat, eingetroffen sind; und es ist auch richtig, daß die eine oder andere Unterlassung im Budget aus kosmetischen Gründen stattgefunden hat. Ich erinnere nur an die Sache mit der Finanzierung für das Kommunalzentrum - da hat jedermann wissen müssen, daß wir zur Zahlung verpflichtet waren. Aber die Kosmetik fällt einem eben dann, wenn sie über Wahrheiten hinweggeht, über kurz oder lang auf den Rücken. Meistens über kurz, weil die "kurzen Beine" eben von Auslassungen her erkennbar sind.

Die Fehleinschätzungen aus dem Bereich APT, die der Hr. Finanzreferent angeführt hat, dem gewesenen Verwalter des Hauses alleine zuzumitteln, ist ein bißchen eine große Sache. Die möchte ich schon auch noch darstellen. Es ist nicht nur die Fehleinschätzung, die aus den Budgetzahlen herkommt, sondern es kommt auch von der Technik

der Gebühreneinhebung her, wo es wirklich ein ganzes Vierteljahr nicht zu erkennen ist - oder wenn es zu erkennen ist, dann falsch; und wenn es falsch zu erkennen ist, dann auch noch bei der Kostendeckung, die die soziale Verwaltung sich selbst liefert, jedenfalls im falschen Budget-Kapitel. Das nur soweit zur Budget-Technik. Ich glaube, ich brauche den GR nicht allzu sehr zu langweilen, weil sich bisher mit der Budget-Technik ohnehin nicht allzu viel Auseinandersetzung abgezeichnet hat. Was sehr bedauerlich ist aus meiner Sicht, weil aus dem Mangel an der budget-technischen Auseinandersetzung doch auch die eine oder andere System-Entgleisung ermöglicht wurde. Ich bin wirklich sehr zuversichtlich, daß das Jahr 1995 in einem besseren Prozedere - auch, was die finanziellen Dinge betrifft - ablaufen wird. Weil nämlich mittlerweile alle erkannt haben, daß das "Vor-sich-hin-passieren-lassen" nicht der Weg ist, um in kaufm. schwierigen Zeiten den korrekten und richtigen Weg zu finden. Der Nachtragsvoranschlag 1994, der so spät vorgelegt wurde - ich sage das wirklich noch einmal -, beweist die Richtigkeit meiner Aussagen. Es kann schon sein, daß der bezug habende Fachbeamte durch Krankheit ausgefallen ist, was sehr bedauerlich ist - ich bedaure auch das Gesundheits-Schicksal

des Herrn, der mir selber sehr sympathisch ist, und den ich auch für einen sehr genauen Menschen halte. Nur stimmt irgendetwas nicht in einem System. Wenn ein einziger Sachbearbeiter ausfällt, und der wird nicht ersetzt, hat irgendjemand irgendetwas falsch gemacht. Meistens der, der die Verantwortung nur auf eine Schulter legt, und demjenigen Verantwortungsträger keine zweite Person beigibt, die ihm helfen kann, im Ausfall die Verantwortung zu übernehmen. Es ist ein dramatischer Fehler - überhaupt dann, wenn es sich bei "Controlling" um Controlling handelt; und das Begleiten eines Haushaltsjahres in ökonomischer Hinsicht ist ganz einfach - und sonst gar nichts - eine Controlling-Maßnahme. Das hat keine politische Steuerungsmaßnahme zu sein, sondern das hat ganz einfach nur zu bedeuten, daß man begleitend kontrolliert, ob die ursprünglich in Aussicht genommenen Mittel tatsächlich ökonomisch zur Verfügung stehen. Ich behaupte sogar, daß es Finanzverwaltungen absolut nicht zukommt - auf jeder Ebene! -, über die Zweckmäßigkeit von Beschlüssen zu urteilen und über die Zweckmäßigkeit von Ausgaben. Dazu gibt es die Fachabteilungen und dazu gibt es die politischen Gremien, die die Verantwortung für die Zweckmäßigkeiten und Richtigkeiten übernehmen müssen. Hier liegen die Fehler!

Wenn dann das Controlling in der Tat nicht funktioniert - und sei es auch nur, weil eine Person ausgefallen ist -, dann kann es nicht zum guten Ende führen. Dann steht man vor einem Nachtragsvoranschlag, der in die Haushaltsvoranschlagszahlen nur sehr mangelhaft eingearbeitet sein kann, weil er ganz einfach nicht vorgelegen ist, und der den pol. Entscheidungsträgern ganz einfach nicht das Gerüst geben konnte, das sie selbst für die weiteren Überlegungen dringend bräuchten.

Jeder Mensch, meine Damen und Herren, hat gewußt, daß die finanzielle Luft für die Stadt Steyr dünner wird als für andere vergleichbar große Städte. Weil ganz einfach die Betriebs- und die Beschäftigten-Struktur in der Stadt Steyr gegenüber Wr. Neustadt oder Wels anders gelagert ist. Das ist ja nicht die Erfindung des heutigen Tages, sondern das ist die Wahrheit, die man vom statistischen Referat her auf dem Tisch des Hauses hat, und die man ganz einfach erkennen hätte müssen von der Finanzplanung. Für das Jahr 1994 auch schon! Denn es ist nicht so, daß man erst im Jahr 1994 darauf gekommen ist, was an Steuern ausfällt - das mußte man wissen! Ich glaube, daß auch die Erstellung des Haushaltsvoranschlages 1994 mit dieser Tatsache schon, jedenfalls optisch, "linde" umgegangen ist - wenn ich das recht salopp ausdrücken kann.

Wir haben noch dazu die Muskeln in finanzieller Hinsicht gespannt, als uns klar werden mußte, daß wir müde werden. Ein Gewichtheber, der zuerst sehr trainiert hat und dann noch versucht, Höchstleistungen zu bringen, wenn er schon zehnmal die Höchstleistung erbracht hat, irrt, wenn er glaubt, das Gewicht könnte ihm nicht eines Tages auf die Zehen fallen - "PLAUTZ"! Es ist passiert, und wir haben die ganzen darlehens-kosmetischen Operationen, die wir unter dem Strich - per Saldo geht es sich ja schon aus, daß man weniger aufwenden muß, aber wir haben die Mittel dann verwendet, wo wir sie für andere Dinge gebraucht hätten, und wir verwenden die Mittel durch diese Darlehens-Reduzierungsmaßnahmen leider Gottes nicht antizyklisch, sondern in einem falschen Zyklus. Das ist der Unterschied zw. antizyklisch und falschzyklisch. Da haben wir miteinander einen Fehler gemacht. Ich selbst habe mich verschwiegen und nicht darauf aufmerksam gemacht, weil ich nicht immer "der Gescheitere" sein wollte. Ich lerne daraus: gegen das Gefühl sollte man sich nicht verschweigen. Ich gebe zu, daß ich hier mit Verantwortung trage und nehme den Teil, der mir zukommt, auch auf mich. Die Situation, die uns der Nachtragsvoranschlag bringt - es ist richtig, wenn gesagt wurde, daß der unterschiedl. Zahlen zum Rechnungsabschluß bringen wird,

weil ganz einfach verschiedenes nicht abgewickelt wurde, und die Übertragungen von nicht vollzogenen Maßnahmen ins nächste Jahr zum Teil schon ins Auge gefaßt, zum Teil noch nicht ins Auge gefaßt sind. Dieser Unterschied zw. den beiden Zahlenwerken wird uns im Laufe des nächsten Jahres noch einmal, denke ich, kräftig beschäftigen. Ich würde jetzt nicht geringe Leidenschaft dazu empfinden, daß ich mich mit den einzelnen Zahlen des Nachtragsvoranschlages noch auseinandersetze, halte es aber zeitökonomisch für die falsche Sache, weil wir in vielen Dingen beim Haushaltsvoranschlag und beim Vollzug des Haushaltsvoranschlages dann darauf noch zu sprechen kommen werden. Ich verrate Ihnen sicher kein Geheimnis, daß die ÖVP-Fraktion beschlossen hat, dem Nachtragsvoranschlag zuzustimmen. Weil man erstens einmal dem ursprüngl. Voranschlag zugestimmt hat, und zweitens bei den wesentlichsten Beschlüssen zugestimmt hat (nicht bei allen, aber bei den wesentlichsten), sodaß also auch der Nachtragsvoranschlag, der das vollzieht, was geschehen ist, schon aus moralischen Gründen seine Zustimmung finden soll. Was aber keineswegs bedeuten soll, daß die Damen und Herren der ÖVP-Fraktion, die zu diesem Antrag stimmberechtigt sind, jene Anträge gutheißen, denen

ursprüngl. nicht die Zustimmung gegeben wurde.
Ich glaube, das war es vorläufig.
Die wesentlich größere Debatte wird ja heute noch dem Haushaltsvoranschlag 1995 gewidmet sein.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Eichhübl ist der nächste.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Von Koll. Zagler, meine Damen und Herren des GR, werte Herren Bgm., wurden ja an sich die trockenen Zahlen genannt, die zur Ausweitung und zur Erstellung des Nachtragsvoranschlages geführt haben. Zum einen darf ich nur darauf hinweisen, daß der o. H. um 15,1 Mill. S ausgeweitet wurde - sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben. Im ao. H. ist sogar eine Ausweitung festzustellen in der Größenordnung von 62,232.000 S bei den Einnahmen und Ausgaben, bei einem präliminierten Betrag von 289,555.000 S. Ein gewaltiger Prozentsatz, wie ja vermutlich nicht nur ich festgestellt habe.

Dieser Nachtragsvoranschlag beinhaltet zweifelsohne Vorhaben auf der Ausgabenseite, die im Verlaufe dieses Budgetjahres zum Teil die Zustimmung der Freiheitl. GR-Fraktion gefunden haben. Das sei hier nicht verschwiegen. Aber

Koll. Dr. Schwager hat ja bereits darauf hingewiesen, daß dieser Nachtragsvoranschlag eigentl. sehr deutlich aufzeigt, daß wir recht getan haben, damals dem Hauptwerk, also dem Budget 1994, von seiten der Freiheitl. Fraktion die Zustimmung zu versagen. Ich darf nur einige Beispiele nennen, denn das ist auch der Grund meiner Wortmeldung.

Es sind hier Zuführungen vom Sparkassenfonds angeführt, die sehr deutlich darauf hinweisen, daß man im Bereiche der Stadtwerke - sprich der Erdgasversorgung - bei der Budgetplanung sehr wenig Bedacht genommen hat und Gott sei Dank darauf gekommen ist, daß es notwendig ist, gerade im Bereich des Erdgas-Ausbaues weitere Fortschritte zu machen. Ich erwähne dies deshalb, weil es beispielsweise eine Position ist, die selbstverständlich nicht nur von mir, sondern auch von der gesamten FPÖ die Zustimmung gefunden hat.

Mit Bedauern darf ich hier feststellen, daß im Bereiche des Hallenbades 5 Mill. S eingesetzt waren als Ansatzpunkt für die notwendige Sanierung bzw. den Umbau des Hallenbades. Ich sagte deswegen, "mit Bedauern muß ich feststellen", weil es im Jahre 1994 nicht notwendig war, diese 5 Mill. S auszugeben, weil nämlich - auch auf die Gefahr hin, daß der Hr. Bgm. heute zum 2. Mal zu mir sagt, daß ich ein "Krawallschani" bin - ein GR-

Beschluß von 1991 bis dato noch nicht umgesetzt wurde. 1991, meine Damen und Herren, darf ich in Erinnerung rufen, haben wir hier einen einstimmigen Grundsatzbeschuß auf "Sanierung des Hallenbades" unter gew. Voraussetzungen, nämlich der Landesförderung, beschlossen und verabschiedet. Ich darf auch einen Vorgriff machen auf die Budget-Verhandlungen, die wir heute noch durchzuführen haben für das Jahr 1995. Für 1995 werden offensichtlich diese Mittel ebenfalls nicht benötigt werden, denn auch 1995 werden wir vermutlich vom Land kein Geld bekommen, obwohl inzwischen von seiten des Hrn. Bgm. andere Meldungen dem GR unterbreitet wurden, die offensichtlich nicht so eintreffen, wie wir uns das wünschen. Ich darf sehr deutlich feststellen - das sage ich hier nicht zum ersten Mal -, daß es aller Anstrengungen bedarf, das Hallenbad zu retten. Ich sage das wirklich nicht populistisch, sondern deshalb so dramatisch, weil nach wie vor, meine Damen und Herren des GR, 20 Kubikmeter aufbereitetes Wasser (sowohl thermisch als auch chemisch aufbereitet) irgendwo in Grund und Boden versickern - das innerhalb von einem Tag! Ich könnte jetzt eine Reihe von weiteren Bereichen ansprechen, die von uns nicht bes. begrüßt werden. Ich beschränke mich jedoch darauf, daß wir von der

Freiheitl. GR-Fraktion - Hr. Dr. Schwager hat dies bereits ausgeführt - dem Budget 1994 mit Begründung und, wie ich meine, mit Recht die Zustimmung versagt haben. Das beweist dieser Nachtragsvoranschlag, der offensichtlich deswegen notwendig war, weil man bei der Erstellung des Budgets 1994 einer Fehleinschätzung unterlegen ist.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Koll. Fürweger bitte.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Ich habe nun schon ein paar Nachtragsvoranschläge erlebt, aber so etwas ist mir noch nie untergekommen in den vergangenen Nachtragsvoranschlägen. Es geht immer nach dem Motto: "Darf's ein bißchen mehr sein?". Ich bin das gewohnt, wenn ich in die Fleischhauerei hineingehe und mir ein Kilo Fleisch kaufe. Dann heißt es: "Darf's ein bißchen mehr sein?". Man gibt sich dann zufrieden mit 10 oder 20 %, weil es eben der Fleischhauer nicht so genau erwischt.

Aber so etwas, daß es dann gleich um 1000 % mehr ist, das habe ich noch nie erlebt. Ich kann mir einen Hauskäufer nicht vorstellen, der sich um 1 Mill. S ein Haus kauft, und dann kommen 10 Mill. S heraus. Ich

frage mich wirklich, wie es zu dieser 1000 %igen Erhöhung gekommen ist. Das ist einfach aufklärungsbedürftig. So einen Nachtragsvoranschlag darf es einfach nicht geben!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Keine weitere Wortmeldung? Dann bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Natürlich kann ich auf das Schlußwort nicht verzichten bei so vielen Debattenbeiträgen. Ich darf beim Schluß beginnen und auf die Debattenredner eingehen. Lieber Koll. Fürweger, selbst auf die Gefahr hin, vom StR Eichhübl wieder als Oberlehrer abgestempelt zu werden: die 1000 % hängen mit dem zusammen, was ich ausgeführt habe. Wir hatten bei der Budget-Erstellung für das Jahr 1994 nicht damit gerechnet, daß die Steyr-Daimler-Puch AG in der Geschwindigkeit dort oben den Platz schafft, um erstens einmal die Rate von 33 Mill. S und z w e i t e n s die Adaptierungsmaßnahmen im Verwaltungsgebäude so zeitgerecht anzusetzen. Dort sind die 1000 % her; ich nehme an, daß Du diesen Posten meinst. Denn bei manchen steht nicht einmal ein Prozentsatz dabei; das sind jene, wo im Voranschlag gar nichts vorgesehen war, und dann t r o t z d e m i m

Nachtragsvoranschlag etwas steht. Das ist hoffentlich eine Begründung: wenn die Notwendigkeit war - das war auch herinnen -, daß Beschlüsse gefaßt wurden, die hier eben ihren zahlenmäßigen Niederschlag finden.

Ich kann mich auch nicht erinnern, die 16 Jahre, die ich jetzt im GR bin, daß es irgendein Jahr gegeben hätte ohne Nachtragsvoranschlag. Im Gegenteil - wir hatten vor vielen Jahren fast monatlich Nachtragsvoranschläge. Als Zeuge rufe ich Dich, lieber Otto Tremml, auf - wo Du heute schon den ganzen Tag mit uns diese GR-Sitzung verfolgst. Wir haben also Nachtragsvoranschlag um Nachtragsvoranschlag gehabt, wo immer wieder in kleinen Portionen, "scheibchenweise" - wenn man so will - die geänderte Beschlußlage in das auszuführende Budget übergeleitet wurde.

Wenn StR Eichhübl sagt, die 5 Millionen "Hallenbad" seien geplant gewesen, aber anders verbraucht worden, dann bringt das ohnehin uns allen noch Kopfzerbrechen. Und zwar deswegen Kopfzerbrechen, weil wir diese 5 Hallenbad-Millionen so wie viele andere Bereiche oder andere Dinge aus Deinem Referatsbereich über den Sparkassenfonds finanziert haben. Daher für den Sparkassenfonds, für dieses Gremium einmal herausgefiltert werden muß, ob das auch alles

tatsächlich aus dem Sparkassenfonds finanzierbar ist, was in Form von Kreditübertragungen faktisch von diesen Posten weggegangen ist. Wenn ich nur daran denke: weit über 1 Mill. S, die für die Stickler-Restzahlung von diesem Konto abzubuchen war.

Lieber Karl, eine Verspätung in dem Sinn - ich halte es nicht für einen bes. "Beinbruch". Es wäre natürl. schöner gewesen, diesen Nachtragsvoranschlag - so wie in den Jahren vorher, wo ich hier als Finanzreferent gestanden bin - schon in der November-Sitzung zu behandeln. Es wäre uns lieber gewesen. Aber Hr. Pfeiffer - Du hast es schon erwähnt -, der eine schwere Operation in Wien über sich ergehen lassen mußte, ist ausgefallen. Er ist der Experte, der Fachmann. D. h. nicht, daß es ein anderer nicht auch könnte, aber damit schließt sich eigentl. der Kreis. Wir versuchen immer wieder, gerade beim Personal, Sparmaßnahmen zu setzen, Dinge nicht doppelt oder auf letzte Sicherheit hin zu dimensionieren, sondern dann zu überlegen, ist es wirklich so dringend notwendig, diesen Nachtragsvoranschlag im November zu machen. Dies hätte man dann durch Umstellen und Abziehen aus anderen Abteilungen, wo es vielleicht nicht so dringend mit der Arbeit gewesen wäre, machen können. Ich persönlich halte es jedoch für keinen "Beinbruch" in dieser Sache!

Ich gebe Dir recht: wir würden dringend einen Controller im Geschäftsbereich II brauchen. Er ist vorgesehen - auch im Dienstpostenplan, allerdings unter der sehr verschämten Bezeichnung "Kostenrechner". Es wäre ein Wunsch von uns, aber auch das hängt im Augenblick mit Personal-Maßnahmen und Iststands-Einsparungen zusammen.

Ich bin auch der Meinung, daß für ein Wirtschafts-Controlling ein Betriebswirt und ein erfahrener Kostenrechner durchaus seine Eignung haben kann, möchte aber die Qualität von Mag. Zineder, der ein anderes Controlling, nämlich jene Controlling-Maßnahmen durchführt und durchführen soll, die das Umsetzen unseres GR-Willens, also unsere GR-Beschlüsse fördert, in diese Richtung sehen.

Wenn Du sagst, daß gegenüber der ursprüngl. Budgetierung sehr große Unterschiede gemacht wurden oder erkennbar sind, muß ich dazu sagen, daß es das erste Budget ist, das ich in Erinnerung habe, welches Rücklagen-Entwicklung,

Kreditentwicklung und damit die gesamte Ausgaben- und Einnahmenpolitik so bringt, wie wir es als Ziel formuliert haben. Wenn ich sage, wir hatten Darlehen formuliert mit 735 Millionen, und der Nachtragsvoranschlag pendelt sich bei 730 Millionen ein, ist das ein Zeichen für mich, daß die

Maßnahmen, die gesetzt worden sind - durch einen Erlaß des Bgm. w u r d e n d i e Geschäftsbereichsleiter beauftragt, mit strengster Sparsamkeit vorzugehen, nach Möglichkeit "keinste" Kreditüberschreitungen zuzulassen und im beschränktesten Ausmaß zu Mitteln der Kreditübertragung zu greifen -, daß diese Maßnahmen hier doch gegriffen haben.

Sicher hat sich buchungstechnisch - Du hast es ja angeführt - beim APT das eine oder andere durch Netto- und Bruttoverrechnung verschoben. Nichtsdestotrotz - und das ist schon der Brocken, der hier übrig bleibt - hat sich die Altersheimverwaltung einnahmenseitig um 17 Millionen, ausgabenseitig jedoch um 25,4 Mill. verschätzt, also insges. eine Fehleinschätzung von -8,4 Mill. S gemacht. Das muß ich ihm schon - auch, wenn Hr. Mißbichler nicht mehr zu meinen Mitarbeitern gehört - sozusagen als Post nachschicken, daß er hier nicht unbedingt jene Zahlen an uns als Gremium geliefert hat, die man von einem Spitzenbediensteten (auch mit einer sehr guten Bezahlung) an und für sich erwarten dürfte.

Lieber Dr. Schwager, natürl. haben wir den Gewerbesteuer-Ausfall geschätzt. Er ist auch in etwa so in den Büchern festgeschrieben, nur hatten wir nicht budgetiert, aber die vage Hoffnung, daß wir in Form der Ausgleichszahlungen zu dieser

Steuerumstellung (von der Gewerbesteuer zur LsSt) Geld bekommen. Diese Hoffnung wurde jedoch nicht nur getrübt, sondern hat sich in Luft aufgelöst. Dazu zählen sicherlich einerseits die doch etwas höheren Kommunalsteuer-Einnahmen als auch die höheren Ertragsanteile, sodaß diese Schere, auch rechnerisch dargestellt, durch verringerte Landesumlagen (verglichen mit dem Vorjahr, wo wir die "BMW-Geschichte" abzarbeiten hatten) auseinanderklafft. BMW war nicht nur einnahmenseitig für uns ein großer "Riß", sondern hat uns ja ein Jahr später, nämlich im Jahr 1993, Richtung Landesumlagen wieder -zig Millionen Schilling gekostet, da wir das mehr oder weniger zu kompensieren hatten. Leider!

Wir haben auch in den Vorberatungen zum Budget schon bei dem einen oder anderen Fachreferenten gesagt, warten wir die Entwicklung bei diesen neuen Steuern ab, warten wir die Entwicklung der Ausgleichszahlung ab, dann kann vielleicht auch im Jahr 1994 noch außerbudgetär etwas Positives passieren.

Die Personalkosten - das ist auch wieder so eine "Sache". Ich bin wirklich froh, daß wir im Rahmen der Budget-Verhandlungen festgelegt haben, hier begleitend die Einsparungskontrolle zu unternehmen. Denn es kam ja bei den Budget-Verhandlungen schon vom einen oder anderen

Referenten der deutliche Wunsch, eine Verstärkung seiner Mannschaft zu bekommen. StR Schloßgangl hat es schon gesagt, im Bauamt gehören mehr Leute; Vbgm. Pfeil hat gesagt, in der Kultur gehört mehr, weil Schuster kompensiert werden muß - wir werden das bei den Budget-Diskussionen heute noch hören. Ich selbst muß ebenfalls sagen: auch im GB II brauchen wir mehr, wenn wir heute ein Paket, eine Fülle von zusätzlichen Aufgaben und Dienstleistungen beschließen, die wir dieser FA abringen. Und zwar einer FA, die ohnehin - ich glaube, das ist ja ein Beweis für diesen späten Nachtragsvoranschlag - an der Kapazitätsgrenze arbeitet. Wäre die Kapazitätsgrenze dort nicht erreicht gewesen, hätten wir diesen Nachtragsvoranschlag im November auf dem Tisch des Hauses gehabt.

Wenn dann noch zusätzl. Forderungen kommen, muß uns eines auch klar sein: Das kann nicht Hr. Mag. Lemmerer als tüchtiger Mitarbeiter mit seinen Damen und Herren im GB II mehr oder weniger noch nebenbei, so zwischen Zeitunglesen und Jausenpause, machen. Denn diese Jausen- und Zeitungselese-Pausen gibt es bei dieser Kapazitätsauslastung dort nicht! Ich lade Sie alle gerne ein, öfter einmal im GB II einen Besuch zu machen, wie dort handfest zu arbeiten ist - gerne und auch erfolgreich zu arbeiten ist, wie, glaube ich, das Erreichen

unserer vorgegebenen Budget-Ziele für das Jahr 1994 andeutet und zeigt.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Nachtragsvoranschlag!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung über den Nachtragsvoranschlag 1994. Wer ist gegen diesen Antrag? 8 Gegenstimmen (FP). Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Pro-Stimmen seitens der SP-, VP- und GAL-Fraktion. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Damit kommen wir zu Punkt Nr. 22), Hr. Finanzreferent.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kommen wir nun zum letzten Punkt des heutigen Tages, zum Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1995. Mein vierter Voranschlag, den ich Ihnen vortrage - spätestens heute vormittag haben Sie ja gehört, daß es mein persönlich letzter Voranschlag sein wird, den ich Ihnen zur Kenntnis bringen werde und für welchen ich schon vorweg um Zustimmung bitten möchte. Es war kein leichtes Budget, das hier zu erstellen war; es gibt eine Fülle von Budget-Problemen, die in einem hohen Maße fremd- und auch in einem deutlichen Maße

hausgemacht sind, wobei wir aber alle hier in diesem Gemeinderat unseren Anteil haben.

Ich möchte kurz etwas zu den hausgemachten Ursachen für Budget-Probleme sagen: Zustimmung ist teuer! Das heißt, die Budgets 1992, 1993 und 1994 waren immer dadurch gekennzeichnet, nur dann ein Budget zustimmend genehmigt zu bekommen, wenn die mitstimmenden Fraktionen sehr viele ihrer zusätzlichen Forderungen durchsetzen konnten. Daß dies natürlich auch bei der größten Fraktion im Gemeinderat nicht spurlos vorübergegangen ist, sei ebenfalls erwähnt. D. h., wenn es dort mehr gab, gab es auch da mehr. Wir haben - um das plakativ zu machen - eigentl. 3 Jahre lang Wahlkampf-Budgets gemacht. So, als hätten wir jedes Jahr wieder von neuem GR-Wahlen und müßten unsere Wähler mit besonderen "Zuckerln" besonders verwöhnen. Ein anderes Beispiel - auch darüber haben wir heute schon gesprochen - ist der Verkehrsbetrieb, der in den letzten Jahren ein Verlustgebäude errichten mußte, weil eben einerseits deutliche Leistungsausweitungen von uns allen im Gemeinderat beschlossen wurden, andererseits aber auf der Tarif- und Förderungsseite Dinge ausblieben.

Wir haben gemeinsam sog. "Jahrhundert-Käufe" beschlossen: das REPA-Gelände mit dem jetzt zu errichtenden Kommunalzentrum; wir haben beschlossen, die Stadtgut-Liegenschaften anzuschaffen. Hier an dieser Stelle sind Sprecher aller Fraktionen gestanden, haben dies begrüßt, dem Verhandlungsführer unserer Gemeinde zu den Ergebnissen gratuliert und das eigentlich so zur Kenntnis genommen. Also ein erklecklich Teil unserer Probleme ist im Haus gemacht, wozu wir uns - so nehme ich an - alle bekennen, soweit wir auch die Zustimmung dazu gegeben haben.

Es gibt aber auch viel "Fremdgemachtes". Fremdgemacht im pos. Sinn, fremdgemacht aber leider auch im neg. Sinn. Wenn ich an pos. Dinge denke und hoffe, daß die Prognosen von WIFO und IHS richtig sind, beschert uns das Jahr 1995 einen zarten bis deutlichen Konjunkturaufschwung im Bereich um die 2,5 bis 2,8 %. Wenn ich an pos. Dinge denke oder hoffe, daß sie eintreten, ist der Wunsch des Städtebundes - getragen von allen Städten Österreichs, auch von jenen, die von der ÖVP regiert werden (d. h., auch von jenen, die ÖVP-Bgm. stellen), als auch von jenen, die FPÖ-Bgm. stellen -, daß die Grundsteuer-Reform kommen muß.

Wir haben - alle, die Grund-, Haus- bzw. Eigenheimbesitzer sind, wissen das - seit Jahren

Einheitswerte, die weit hinter den Verkehrswerten zurückliegen. Das wäre eine Finanzierungsmöglichkeit für die immer vielfältiger werdenden Aufgaben der Gemeinden. Wir haben Hoffnung, daß wir über die MöSt-Mittel, also über die Mittel der Mineralöl-Steuer, den Zuschlag, der auf Benzin-Derivate erhoben wird, und der ab 1995 - so hoffen wir von der Finanzseite - auch auf Dieselkraftstoffe erhoben werden wird, Geld in die Bundesländer bekommen, das leider dort noch thesauriert wird. D. h. dort "sitzen die Finanzreferenten noch drauf". In Oberösterreich sind das rd. 170 Mill. S, die eigentl. dem öffentl. Verkehr dienen und zu einem Teil für den Verkehrsverbund Verwendung finden sollen.

Wir haben als negatives und fremdgemachtes Beispiel ein Auslaufen der KRAZAF-Förderung, also des Krankenanstalten-Zusammenarbeits-Fonds, zur Kenntnis nehmen müssen, was uns sofort auf seiten der Heim- und Hauskrankenpflege, im bes. der Hauskrankenpflege, trifft; weil hier nämlich früher KRAZAF-Mittel geflossen sind, die wir in einer der letzten GR-Sitzungen durch einen Vertrag mit der Heimhilfe und Hauskrankenpflege kompensieren mußten. Wir mußten diesen Ausfall ersetzen! Die Hoffnung, die ich hier an dieser Stelle habe, ist, daß zumind. ein Ersatzmodell für

diese Finanzierungen gefunden wird, das wenigstens wieder einen Teil dieser fehlenden Mittel Richtung städt. Kassen in Bewegung setzt.

Wir kennen die Forderung des Städtebundes - auch wieder von allen getragen - nach Abschaffung der Landesumlage. Niederösterreich - auch ein ÖVP-Bundesland, ich sage das hier ganz bewußt - hat diesen Schritt bereits gesetzt. Die Landesumlage ist gefallen, allerdings - dazu wäre ich aber auch gerne bereit, wenn das in OÖ. so sein würde - mit einer Ratenlösung. So ähnlich wie wir das heute bei den Müllgebühren beschlossen haben. D. h., keine sofortige Wirkung zu 100 %, sondern in 3 Raten, sodaß ab 1. 1. 1996 keine nö. Gemeinde mehr einen Schilling an Landesumlage zahlen muß, ohne irgendwo auf der Förderungsseite weniger zu bekommen. Das ist ja das Wesentliche! Ansonsten wäre es ein Null-Summen-Geschäft, nur die Umlage zu streichen, aber zu sagen: liebe Gemeinden, dafür bekommt ihr nichts mehr!

Was noch fremdgemacht ist, aber uns zu Lasten fällt: Die mangelnde Rechtsformen-Identität oder -Neutralität zw. Personen- und Kapitalgesellschaften führte und führt in Österreich dazu, daß immer mehr Personengesellschaften in Form von Ges.m.b.H.s, AGs oder anderen Kapitalgesellschaften geführt werden. Dies hat zunächst für den oberflächlichen Betrachter sehr wenig Bedeu-

tung. Warum? Die Gewinne der Unternehmer, der Anteilsinhaber von Ges.m.b.H.s und der Aktionäre von Aktiengesellschaften sind ohnehin einkommensteuerlich über die Einkommensteuer erfaßt. Die Unternehmungen selbst jedoch nicht. Sie sind körperschaftssteuerpflichtig, und wir wissen, daß sich Österreich zu einem Körperschaftssteuer-Paradies entwickelt hat.

Ich begrüße diese Entwicklung aus dem Grund, weil es dadurch möglich ist, ausländische Investoren anzureizen, in Österreich ihre Produktionsstätten zu errichten - was auch geschieht! Aber: dieselbe Wirkung betrifft alle österr. Unternehmen, die sich umgründen und weniger KöSt zahlen. Es geht jedoch nicht nur um den geringeren Betrag. Die KöSt ist eine ausschließliche Bundesabgabe - d. h., mein Freund und Studienkollege Ferdinand Lacina bekommt dieses Geld, während von der Einkommensteuer über die Ertragsanteile auch unsere Gemeinde etwas bekommen hätte. Das sind Dinge, die wir nicht direkt beeinflussen können, die uns aber treffen.

Ein weiteres Beispiel ist die Steuer-Amnestie: von vielen als wunderbare Lösung erachtet, weil sie für Kapitalvermögen, wo sie Zinsen kassierten - nicht die Armen sind das, obwohl immer mit "Sparbüchl-Steuer" in den Zeitungen argumentiert wurde - ihre Kapitalerträge faktisch nicht

rückversteuern mußten, wenn sie sich zur KeSt bekennen. Es gab aber auch viele andere, die bisher ihre Einkommensteuer dort offen legten. Vor allem solche, die das Sparbuch oder die Depotkonten nicht in der Kommodenschublade versteckt hielten, sondern weil sie in irgendeiner Institution, als institutionelle Anleger ihre ganzen Geschäfte der Öffentlichkeit präsentieren mußten und deswegen auch einkommensteuerpflichtig waren. Alleine die Steuer-Amnestie kostet uns auf dem KeSt-Sektor Geld. Auch die Zinsen-Entwicklung kostet uns Geld - was uns zwar freut, denn im Nachtragsvoranschlag steht aufgrund der Zinsentwicklung, daß wir rd. 3 Mill. S weniger an Schuldendienst im Jahr 1994 zahlen; dank der Umorganisation der Darlehen - nicht zur Freude der Bank-Direktoren, weil wir eben die Darlehen umgewandelt haben von Fixzins-Vereinbarungen auf flexible Verzinsung. Aber die sinkenden Zinsen, über die wir uns einerseits freuen, kosten uns andererseits wieder Geld, weil sie Mindereinnahmen bei den Ertragsanteilen bewirken.

Das Schlimmste am ganzen - von allen Rednern immer wieder betont und vom Städtebund wirklich vehement gefordert - ist, daß die Identität der Entscheidungsbefugten und der Zahlungsberechtigten, der Zahlungsverpflichteten nicht

vorhanden ist. D. h., es entscheiden Gremien in Wien und Gremien in Linz, was wir zu leisten und zu bezahlen haben. Dort muß es hinkommen, daß der Städtebund auch ein Antragsrecht beim Nationalrat bekommt, um hier auf diese wichtige Funktion der Städte hinzuweisen. Aus dieser Problematik heraus ergibt sich für uns ein sehr schwieriger Voranschlag; ein Spar-Budget, wie wir in den Medien lesen konnten, und wie wir es in den vielstündigen

Budgetverhandlungen immer wieder betont haben. Ein Spar-Budget mit einem Gesamtrahmen von 1,120.577 Mrd. S.

Ursprünglich hatten wir eine Vorlage gemacht - auf Beamten-Ebene - und mit den Referenten durchdiskutiert, die bei diesem Budget im o. H. einen Abgang von 125 Mill. S beinhalten hatte. Im Rahmen des Voranschlages, der in der StS-Sitzung - ich weiß jetzt das Datum nicht auswendig - vorgelegt wurde, wo dann die FPÖ- und ÖVP-Fraktion auszogen, war diese Summe schon deutl. reduziert, weil Sparvorschläge entwickelt worden sind, die beispielsweise auf dem Personalsektor mit 30 Mill. S zu Buche schlugen. Wir haben dann in den gemeinsamen, vielstündigen Diskussionen aus diesen 30 Millionen realistische 23 Mill. S gemacht. Das ist der Stand in diesem Bereich.

Trotzdem haben wir manche Bereiche in diesen Diskussionen

nicht gekürzt, sondern sogar erhöht. Es ist im Sozialbereich - wer das Budget gelesen hat, konnte es feststellen - eine Erhöhung gegenüber dem Ansatz 1994 enthalten; auch im Dienstleistungsbereich ist es eine Erhöhung. Dies soll ein Signal geben, daß wir zuerst sparen wollen, bevor wir unseren Bürgerinnen und Bürgern Dienstleistungen wegnehmen. Bevor wir also Leistungsrücknahmen machen. Das ist meiner Meinung nach auch ein Kennzeichen dieses vorgelegten Budgets.

Es gibt im o. H. Ausgaben von 936,196 Mill. Das Betrübliche ist vielleicht, daß hier 41,6 Mill. S von Rücklagen zur Bedeckung erforderlich sind, damit ein Ausgleich des o. H. zustande gebracht wird. Was in Folge noch betrüblicher ist, ist die Tatsache, daß diese Rücklagen-Entwicklung so weiter geht, daß dann - unter der Voraussetzung, daß alle Zahlen so eintreffen werden wie wir sie, so nehme ich an oder hoffe ich, heute beschließen - nur mehr etwa 8 Mill. S an Rücklagen übrig bleiben für einen Haushalt 1996. D. h. auch - und das ist ebenfalls ein Phänomen gewesen in unseren Beratungen -, daß wir nicht nur beim Budgetbeschluß gemeinsame Sache machen müssen, sondern vor allem auch bei der begleitenden Budget-Vollziehung. Dazu wurden etliche Arbeitsgruppen definiert, die sich um die besonderen "Ausreißer" oder um die

besonderen Schwerpunkte, um die besonderen Kostenträger kümmern sollen.

Im o. H. - bevor dann die Prozentrechnung auch durch andere vielleicht nicht in diesem Sinne durchgeführt wird - ist ein Personalaufwand von 326 Mill. vorgesehen, oder ein Anteil von 36 % am Budget des o. H. 51 Mill. S kosten die Pensionisten, das sind 5 %. 10 Mill. S kostet der GR mit allen Funktionären, das sind 1 %.

Der Betriebsaufwand (Mieten, Strom, Beleuchtung, Telefon und was noch alles dazu zählt) beträgt 225 Millionen, das sind 24 % der Ausgaben des o. H. Die Transferzahlungen - das habe ich vorhin schon erwähnt - an das Land und auch an andere Gebietskörperschaften, aber hpts. an das Land betragen 215 Mill. oder 23 % unseres Gesamtaufwandes. Dies ist auch wieder eine Sache, die nicht wir entscheiden können, sondern das Land entscheidet, wieviel wir vorgeschrieben bekommen. Baut das Land ein neues Berufsschulzentrum, dann zahlen wir - auch wenn es in Rohrbach, in Ried, in Braunau oder egal wo in OÖ. ist - unseren Anteil, ohne direkt befragt zu werden. Wenn die Krankenhauskosten explodieren, dann zahlen wir eben einen höheren Krankenanstalten-Beitrag, ohne vorher gefragt zu werden, ob uns diese oder jene Investition recht ist bzw. ob uns diese oder jene

Behandlungskosten,

Ärztgehonorare usw. recht sind.

Im ao. H. - das ist der dritte Punkt im Amtsbericht - sind 184,381 Mill. S vorgesehen. Die wesentlichsten Punkte - ich habe sie zusammengefaßt, denn im Amtsbericht und auch in der Presse-Unterlage ist leider eine getrennte Darstellung jener Bereiche, die vom Sparkassenfonds finanziert werden. Ich habe also die Summen zw. Finanzierung ao. H. und Finanzierung durch den Sparkassenfonds addiert. Das Kommunalzentrum ist ohnehin ausgewiesen mit 55 Mill. S; aber beim Wohnbau müßten Sie die drei Zahlen auf diesen beiden Seiten zusammenrechnen, um 16,9 Mill. S an Wohnbau-Initiative zu erkennen. Zu diesen 16,9 Mill. S kommt aber eine erhebliche Last, die die Gemeinde seit Jahren auf sich nimmt - nämlich indem sie Baugründe oder Grundstücke kauft, sie entspr. widmet und entwickelt und den Wohnbauträgern zu günstigen Preisen zur Verfügung stellt. Wir haben auch bei der Pressekonferenz schon mitgeteilt, daß wir im Laufe des Jahres 1995 größtes Interesse haben werden, die Knoglergründe an die Wohnbauträger zu verkaufen. Dies wäre z. B. eine solche indirekte Wohnbauförderung, die hier durch Zahlen nicht unbedingt erkennbar ist. Für Straße und Kanal haben wir insges. 37,5 Millionen eingesetzt - viel weniger als im letzten Jahr.

Aber es ist eben so, daß quer durch alle Referate der Sparstift angesetzt werden mußte, jedoch nicht bei wirklich dringenden Vorhaben, wo ein Abbruch der Weiterbauarbeiten beträchtl. Mehrkosten erfordert hätte. Zu den 37,5 Millionen für diesen Bereich muß man natürl. auch rechnen, was im Gas- und Wasserbereich an Zusatzinvestitionen für die Aufschließung in diesen Gebieten vorgesehen ist, sodaß wir aber für Straße, Kanal und zusätzliche Leitungsverlegungen von städt. Seite an die 45 Mill. S berappen werden.

Das Stadtgut-Areal mit der Kaufpreisrate von etwa 15 Mill. S steht zu Buche. Die Stadtwerke, die für das Jahr 1995 budgetär gerade noch darstellbar sind, mit 17,3 Mill. S an Kapitaleinlage - man könnte das ja auch anders benennen: an Verlustabdeckung. Damit decken wir aber im Jahr 1995 den Verlust ab, der 1993 erwirtschaftet wurde. Wir haben hier eine gewaltige Phasenverschiebung - das haben wir auch bei der Budget-Tagung festgestellt. Heute wünsche ich uns oder Euch alles Gute, denn wenn sich diese Entwicklung so fortsetzt, stellt sich die Frage, wer sich die Stadtwerke, den Versorgungsbetriebsverbund in diesem Ausmaß dann noch leisten kann!

Für Wirtschaftsförderungsmaßnahmen 4,5 Mill., Sanierung APT 4 Millionen, Feuerwehr 5,6 Mill., FAZAT und VPTÖ 5,6 Mill.

Und noch etwas, das eigentl. in der Diskussion nie vorgekommen ist - ich muß sagen, Gott sei Dank, daß der Posten nicht hinterfragt wurde: eine Rate von 1 Mill. S für das HTL-Schülerheim. Auch eine Aufgabe, die die Stadt Steyr gar nicht machen müßte, sondern wie so viele Dinge, die im Budget stehen, eine freiwillige Leistung von uns. Das ist etwas - wenn ich das vielleicht noch pos. berichtend sagen kann -, wo der Chef dieses Schülerheimes, Herr Dobrauz, mit Bundes-, Landes- und städtischer Hilfe ein Privatisierungsprojekt macht, eine "Entbundlichung" des HTL-Schülerheimes. Er behauptet - wer ihn kennt, weiß, daß er das rechnen kann - für die Zukunft, dieses Schülerheim kostendeckend, ja sogar gewinnbringend führen zu können. Mit noch einem Zusatz, den ich eigentl. noch nie so von mir gegeben habe: dieses Schülerheim steht während der Ferien für Jugendtourismus zur Verfügung. Das ist meiner Meinung nach auch eine Sache, die man nicht genug pos. erwähnen kann. Wir können gerade damit unsere Touristik-Bestrebungen auch über diesen Weg mittragen. Daher war ich froh, daß nicht irgendjemand gemeint hätte, warum wir das zahlen müssen. Noch ein Bericht, der etwas zur Traurigkeit stimmt: Mit dem ao. H. 1995 gehen die Mittel aus dem Sparkassenfonds zu Ende. Sie wurden nicht - wie oftmals von einer Parteizeitung propagiert -

zum "Löcherstopfen" für das Budget verwendet, sondern - das wird auch der Bericht über den Sparkassenfonds zeigen - für wichtigste Investitionen der Stadt, für wichtigste Investitionen in die Zukunft angesetzt. Wer sich die Mühe macht, die Ausuferung der ao. Haushalte der Jahre 1992, 1993, 1994 und eben jetzt noch 1995 nachzurechnen, wird darauf kommen, daß es auf den Groschen genau das Geld ist, das wir über den Sparkassenverkauf bekommen haben, auf den Groschen genau das Geld, das uns netto durch die BMW-Gewerbesteuerzahlung geblieben ist. Wir konnten klarerweise nie mehr Geld ausgeben als wir hatten. Wir haben diese Beträge gehabt, die Begehrlichkeit der Referenten - das habe ich eingangs schon erwähnt - und der Fraktionen war sehr groß. Ich als Finanzreferent kann das nur so kommentieren: Gott sei Dank haben wir damit kluge Investitionen getätigt.

Im vierten Punkt des Amtsberichtes haben Sie den Wirtschaftsplan der Stadtwerke Steyr u n d d e s Versorgungsbetriebeverbundes Steyr enthalten. Die Stadtwerke mit 62 Mill., den Versorgungsbetriebeverbund Steyr mit 129,8 Mill. S; jeweils inkl. Investitionen - bei den Stadtwerken von 17 Mill., beim Verkehrsbetriebeverbund von 13 Mill. S, die in Form einer Kapitaleinlage und einer

Leasingfinanzierung verwirklicht werden sollen.

Mit einer schlimmen Entwicklung - die beiden Herren Direktoren sind erst später hereingekommen als ich von der Phasenverschiebung berichtet habe; d. h., im Jahr 1995 treffen uns die Verluste aus 1993. Wer weiß, daß sich die Verluste in die Höhe entwickeln, wird wissen, daß der Handlungsbedarf für 1996/97 und Folgejahre - wenn wir hier nicht Maßnahmen ergreifen können, die wirken - entspr. größer wird.

Der fünfte Punkt in der Amtsvorlage ist die GWG - unsere Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr mit einem Erfolgsplan von 205 Mill. S und Investitionen in einem Finanzplan von 108 Mill. S. Nicht im Amtsbericht, aber sehr wohl im Beschlußantrag enthalten ist auch die Dr. Wilhelm Groß-Stiftung in Höhe von 624.000 S. Ich möchte, obwohl es nicht ganz zur Budgetrede paßt, nicht versäumen, Hrn. VbGM. Dr. Pfeil zu danken, daß er im letzten StS einen Anstoß gegeben hat, die Vergabe dieser Mittel aus dem Dr. Groß-Fonds einer anderen Gestion zuzuführen, nämlich einer transparenteren, durchschaubareren und sozial ausgewogeneren. Wir von unserer Fraktion können und konnten uns damit ja schon des öfteren befassen und uns auch mit dieser Vorgangsweise wirklich anfreunden.

Schließlich die Entwicklung des Schuldenstandes. Wir haben lt. Nachtragsvoranschlag mit 1. 1. 1995 - das stimmt auch nicht ganz, weil wir erst im Jänner-GR diese Finanzierung beschließen, aber zu Jahresbeginn - rechnerisch 730 Mill. S an Darlehens-Verbindlichkeiten.

Und zwar in einem noch nie da gewesenen günstigen Verhältnis von geförderten Darlehen zu Darlehen auf dem Kapitalmarkt und mit einer noch nie da gewesenen geringen Verzinsung. Ich darf dies wieder hervorheben, weil es eben für einen Geschäftsbereich nicht nur dazu gehört, die Zahlen festzuschreiben, sondern auch aktiv dort, wo sie beeinflußbar sind, mitzuwirken und dieses Bild zu erreichen.

Wir werden nach diesem Budget einen Darlehensstand von 778 Mill. S erreichen. Wer im Budget nachgeblättert hat - ich muß mich auch dafür entschuldigen, aber das hängt ebenfalls mit den Kapazitätsgrenzen in unserer Finanzabteilung zusammen. Wer sich den Schulden-Gesamtstand auf den letzten gelben Seiten im Budget (Seite 341) ansieht, hat dort noch eine falsche Zahl, weil e i n e r s e i t s d e r Nachtragsvoranschlag noch nicht bekannt war und andererseits hier noch die Zuführung aus der Bedeckung des ehem. ao. H. mit den 242 Mill. S drinnen stand. Effektive und richtige Zahl des Darlehensstandes Ende 1995: 778 Mill. S!

Erlauben Sie mir dazu einen Vergleich. Einen Vergleich mit der Stadt Linz, die bis vor kurzem eine reiche Stadt war - verglichen mit jenem Reichtum, den die Stadt Steyr vor 20 - 25 Jahren noch hatte. Zu einem Zeitpunkt, wo die SDP AG noch florierte, wo die Bürgermeister und Finanzreferenten gar nicht wußten, wo sie ihr Geld anlegen sollten - so viel war im Steuertopf drinnen! Wir hatten nicht nur keine Schulden in der damaligen Zeit, wir hatten sogar Guthaben. Ich kann mich sehr gut an Zeitungsmeldungen erinnern, das ist etwa 1/4 Jahrhundert aus, als ich nach Steyr kam, Hr. Schanovsky war damals u. a. einmal Finanzreferent: "REICHSTE GEMEINDE ÖSTERREICHS". Er wurde so quasi beschimpft: "Wir sind so reich, investieren wir doch das Geld! Machen wir etwas damit und lassen wir es nicht auf den Sparbüchern liegen." Linz hatte einen ähnlichen Reichtum bis Anfang der 90er Jahre. Seit 1991 hat die Stadt Linz die Schulden von 573 Mill. auf Nachtragsvoranschlag 1994 in Höhe von 3,4 Mrd. S versiebenfacht. Im selben Zeitabschnitt hat Steyr eine Erhöhung von 540 Mill. auf 730 Mill. gemacht. Ich bitte Sie, auch einmal zu beachten, wie hier die Entwicklungen sind; gerade Sie, meine Herren von der Presse, bekommen sehr oft Meldungen, daß Steyr kurz vor dem Konkurs steht.

Ich weiß, jeder Schilling an Darlehen tut weh, denn uns geht es wie einem Privaten. D. h., uns geht es sogar schlechter als einem Privaten. Ein Privater kann noch in Konkurs oder Ausgleich gehen oder über die Schuldnerberatung irgendwelche Vereinbarungen treffen, weniger zurückzahlen. Wir müssen aber die Schillinge 1:1 zurückzahlen, höchstens wir treten beim Landeshauptmann an, um uns dort auslösen zu lassen. Jeder Schilling an Darlehen, den man hat, ist betrüblich, aber ich glaube, mit 730 Mill. bzw. - wie mit Jahresende 1995 - mit 778 Mill. S und mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 19.000 S ist zumind. keine übertriebene Pro-Kopf-Verschuldung vorhanden. Vor allem auch unter einem Wissen, daß bei uns die Schulden ehrlich und ernsthaft ausgewiesen sind und nicht in ausgelagerte Institutionen transportiert und versteckt wurden. Wir haben also keine Kanalsysteme an ein E-Werk verkauft, wir haben keine städt. Betriebe, die sich auf dem Darlehensmarkt bedienen. Bei uns sind das die Schulden, während bei anderen Kommunen - wenn ich an Linz denke - noch etliche Milliarden zu diesem Stand dazu kommen, die ausgegliedert und anderswo angesiedelt sind.

In Linz geht es weiter. Das Budget 1995 sieht eine Darlehensschuld per Ende 1995 von 4,3 Mrd. S vor, also um 0,9

Mrd. mehr als im Jahr 1994; während bei uns die Erhöhung von 730 Mill. auf 778 Mill. S geht.

Ich habe gestern oder vorgestern die Budgetzahlen von Leonding gelesen. Mein Studienkollege und lieber Freund Dr. Herbert Sperl ist dort Vizebürgermeister und gleichzeitig Finanzreferent und darf sich freuen, eine Pro-Kopf-Verschuldung von weniger als 5.000 S zu haben.

Im Gespräch stellt man bei der Analyse aber fest - ich will damit nur zeigen, wie schwer Zahlen miteinander vergleichbar sind -, woran das liegt. Leonding als "Satellitenstadt", die die Infrastruktur der Landeshauptstadt nutzt - mit geringen Kosten, aber über den Einwohnerschlüssel mit hohen Steueranteilen versehen - über die UNO-Shopping-City, die Plus-City, alle Großkaufhäuser. Sie haben also eine Situation wie Wiener Neudorf im Süden Wiens, daß sie faktisch auf der Einnahmenseite bes. begünstigt sind und deswegen auch hier wieder gut dastehen. Ich möchte nur die Zahlen relativ vergleichen, damit wir nicht in Absolutismen hängen bleiben, sondern auch die Hinterfragungen machen.

Ich bin auch ehrlich genug, um zu sagen, daß eine Stadt wie Krems (mit knapp über 20.000 Einwohnern, also halb so groß wie wir) mit einem Schuldenstand von 1,4 Mrd. S faktisch 4fach so hoch

verschuldet ist wie Steyr. Allerdings - ich sage das dazu - mit einem städt. Krankenhaus, wo ein Teil der Schulden durch Landesgarantie gedeckt ist. Ich will das nur sagen, um gerade auch die Gemeinderäte, die noch nicht so lange bei uns sind, zu sensibilisieren, daß sie solchen Vergleichen - wie wir auch heute schon einen gehört haben über die Müllgebühren - nicht sofort Glauben schenken, sondern daß sie das entspr. analysieren und recherchieren.

Schließlich zur Entwicklung der Rücklagen - das habe ich eingangs schon erwähnt. Es ist eine bedauerliche Entwicklung, daß wir für 1996 nur mehr 8 Mill. S an Rücklagen zur Verfügung haben werden.

Zum "Werden" des Budgets aus meiner Warte noch eine kurze Betrachtung. Waren die letzten drei Budgets dadurch gekennzeichnet, daß der Finanzreferent zw. September und Dezember von Referenten zu Referenten lief - mit Geschwindigkeit à la "Nurmi", sonst hätte er es nicht geschafft -, in Pendelmission, denn dort wurde mit jenen das ausgemacht, dann mit den anderen etwas anderes, war es heuer Gott sei Dank ganz anders. Ich habe viele Stunden für die Budget-Verhandlungen gebraucht, aber wir haben bereits gemeinsam diese Positionen beschlossen, und es war nicht notwendig, immer wieder den anderen Fraktionen zu erklären, unter welchen

"WENN und ABERs" die anderen Fraktionen mitgehen können. Das ist für mich eine pos. Entwicklung, und ich kann nur hoffen, daß diese, glaube ich, von allen heute - auch schon von StR Holub - geschilderte Stimmung auch von allen Fraktionen aufgegriffen wird, das auch in der Zukunft so zu machen. Diese vielen Tage waren konstruktiv, es gab kaum persönl. Animositäten; und wenn, sind sie bald wieder im Keim erstickt. Positives Ergebnis dieser Beratungen ist auch - das habe ich ja bereits erwähnt - dieses Bilden von Begleitgruppen zur Überwachung des Voranschlages, und zwar in Form von überfraktionellen Arbeitsgruppen.

Somit darf ich Ihnen, geschätzte Damen und Herren im GR, heute mit ganz wenigen Tagen Verzug den Voranschlag für das Rechnungsjahr 1995 zur Beschlußfassung vorlegen. Wir hätten ursprünglich den Beschluß vor 6 Tagen fassen wollen - trotzdem werden wir aber den im Rahmen der Budget-Terminplanung gesetzten Endtermin nur um 2 Tage überschreiten und die Versendungen noch vor Weihnachten erledigen.

Wer das Projektmanagement einer solchen Aufgabe, ein Budget mit 1,120 Mrd. S zu erstellen, kennt, weiß, wie komplex und umfangreich dies ist. Wenn bei allen Projekten nur zwei Tage Verzug auftauchen

würden, glaube ich, wären wir in allen Bereichen sehr froh.

Was sich ebenfalls durch die langen Verhandlungen ergeben hat, war, daß sich die StS-Mitglieder in einer so massiven Form der Gesamtverantwortung und der Gesamtschau des Budgets bewußt werden konnten, daß es nur erfreulich für eine gedeihliche, zukünftige Arbeit zu sehen ist.

Viele Köche verderben den Brei - heißt ein Sprichwort. Ich glaube, daß - obwohl viele Köche am Budget mitgekocht haben - es kein verdorbener Brei ist, sondern ein Brei, den wir verdauen können.

Es ist kein Wunder-Budget, es ist ein Spar-Budget, aber wenn wir beim Vollzug gemeinsam dieses Interesse umsetzen, dann wird es auch gute Budgets für die nächsten Jahre geben können.

Beifallskundgebung
verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Meine Damen und Herren, wenn es Ihnen

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Darf ich noch einen Satz anfügen, den ich vorhin vergessen habe. Im Amtsvorschlag steht, daß hier auch der Dienstpostenplan in einem abgestimmt werden soll - seit dem Antrag des StS. In den Vorbesprechungen hatten wir gesagt, das getrennt zu machen.

Ich möchte also den Antrag so verstehen, daß das Budget in allen Punkten, aber nicht der Dienstpostenplan zur Abstimmung steht.

Ich darf noch etwas dazu sagen, das ich ebenfalls in der Hektik vergessen habe: 3 Zusatzanträge liegen vor. Es handelt sich um Zusatzanträge, die von den Fraktionen gemeinsam eingebracht wurden. Zwei davon sind zwar nur mit meiner Unterschrift versehen, aber sie sind beim Voranschlag zu berücksichtigen.

VERSCHIEDENE UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Es besteht der Wunsch, diese drei Zusatzanträge zu verlesen.

22) Fin-160/94

Voranschlag der Stadt
Steyr f. das Rechnungsjahr 1995.

Der GR möge beschließen:

Der Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1995 wird im o. H. mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von S 936,196.000,-- und im ao. H. mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von S 184,381.000,-- ausgeglichen - im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind - festgestellt. Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten Ausgaben erklärt.

Weiters werden genehmigt:

a) Die dem Voranschlag beige-schlossenen "Allgemeinen Voll-zugsbestimmungen zur Durch-führung des Voranschlages".

b) Der Wirtschaftsplan d. Stadtwerke Steyr mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von ins-gesamt S 62,000.000,-- und der des Steyrer Versorgungsbetrie-beverbundes mit insgesamt S 129,800.000,--, der Investi-tionsplan der Stadtwerke Steyr mit Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von S 17,200.000,--, der Investitions-plan des Versorgungsbetrie-beverbundes mit S 13,300.000,--, der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung, der GWG der Stadt Steyr und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeinde-abgaben werden wie folgt erho-ben. Die Hebesätze betragen:

- Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe: 500 v. H.
- Grundsteuer B für andere Grundstücke: 500 v. H.

Zusatzantrag

Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1995 - Kre-ditsperre von 10 % bei den Sub-ventionen, Repräsentationsauf-wendungen und Verfügungsmit-teln

Der GR möge beschließen:

Sämtliche Ausgaben-Voran-schlagsstellen des o. und des ao. H., die Subventionen, Repräsen-tationsaufwendungen und Ver-fügungsmittel betreffen, werden zu 10 % gesperrt.

Ausgenommen davon sind le-diglich gesetzliche und vertrag-liche Verpflichtungen.

Über eine gesamte oder po-sitionsweise Aufhebung dieser Kreditsperre entscheidet der StS nach Vorlage des Finanzzwi-schenberichtes für das 3. Quartal 1995.

Zusatzantrag

Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1995 - Ge-genseitige Deckungsfähigkeit von Voranschlagsstellen der Fachab-teilung Alten- und Pflegeheim Tabor

Der GR möge beschließen:

Sämtliche Ausgaben-Voran-schlagsstellen des o. H. mit einer Anordnungsbefugnis der Fach-abteilung Alten- und Pflegeheim Tabor (Anordnungsbefugten-Kennzahlen: 840I, 841I, 841A, 842I und 842A) sind gegenseitig deckungsfähig; das heißt, Mehr-ausgaben bei einer Voran-schlagsstelle können durch Min-derausgaben bei anderen Vor-anschlagsstellen ausgeglichen werden.

Der dritte Zusatzantrag, der heute früh noch formuliert wurde, lautet wie folgt:

SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion
im GR der Stadt Steyr

An den Bürgermeister
der Stadt Steyr

Zur Präzisierung der beabsichtigten Maßnahmen zum Vollzug des Haushaltsvoranschlags 1995 stellen die Unterfertigten gem. § 9 der GO des GR für die Stadt Steyr zu Punkt 22) der TO für die Sitzung des GR am 21. Dezember 1994, ZL Fin-160/94 "Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1995" folgenden

Zusatzantrag

Der GR möge beschließen:

"Am Ende des Antragstextes zum Voranschlag der Stadt Steyr wird angefügt:

- 1) Den StS-Mitgliedern sind binnen 30 Tagen nach Ablauf des vergangenen Vierteljahres Finanzberichte vorzulegen, die auch die vollständige Kreditkontrollliste beinhalten müssen.
- 2) Bei aufzunehmenden Darlehen ist auf fristenkonforme Laufzeit zu achten und nach Bedarf eine tilgungsfreie Zeit von 2 Jahren zu vereinbaren.
- 3) Überstunden sind nur auf besondere Anordnung finanziell abzugelten; außerdem ist aus diesem Titel eine Einsparung ge-

genüber dem Jahr 1994 von mind. 40 % zu erzielen.

4) Ab 1. 1. 1995 haben Personalneuaufnahmen zu unterbleiben. Unerläßliche Ausnahmen können nur mit einem einstimmigen Beschluß im Stadtsenat bewilligt werden.

5) Bis Ende 1995 ist ein System zur Bewertung von Dienstposten zu entwickeln.

6) Die Beförderungs-Richtlinien sind unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit bis zum 30. 6. 1995 zu novellieren. Bis dahin ruhen alle außerordentlichen Beförderungen.

7) Bis 30. 6. 1995 ist dem GR ein mittelfristiges Finanzkonzept (gültig bis Ende 1999) zur Beschlußfassung vorzulegen.

8) Wie in der Budgetklausur vereinbart, ist unverzüglich eine interne Arbeitsgruppe für die Erarbeitung von Maßnahmen zur Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs und Begrenzung des Defizites beim Versorgungsbetriebsverbund einzusetzen. Diese hat den befaßten Ausschüssen des GR vierteljährlich zu berichten.

Das sind die drei Zusatzanträge, die ich bitte, in die Beratungen und auch in die Beschlußfassung mitaufnehmen zu wollen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Jetzt machen wir auf allg. Wunsch eine Pause bis 16.30 Uhr.

PAUSE VON 16.05 BIS 16.30 UHR

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR, wir setzen die unterbrochene Sitzung wieder fort. Hr. Koll. StR Spanring hat sich als erster zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ING.

DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Am Beginn meiner kurzen Ausführungen möchte ich einen Dank anbringen. Einen Dank an die Klausur-Runde, der ich als "Jung-StS-Mitglied" angehören durfte. In der Zeit, in diesen 100 Stunden durfte ich so viel lernen und so viel mitnehmen auf meinen weiteren Weg in dieser Kommune, daß es anders wahrscheinlich Monate gebraucht hätte. Das war ein Arbeiten miteinander, ein Darstellen des inneren Bereiches des Magistrates, was wir auf diese Art und Weise - ich und auch meine Kollegin, Fr. Vbgm. Mach mitnehmen durften. Dafür möchte ich mich bei allen Mitwirkenden, bei den StS-Kollegen, aber auch bei den Beamten, die Tage und Nächte mit uns zusammengesessen sind, zunächst einmal bedanken.

Sehr verehrte Vertreter der Medien, geschätzte Zuhörer, sehr geehrtes Präsidium, werte Mitglieder des StS, meine Damen und Herren des GR! Keine

Vollzugs-, sondern ausschließlich eine Arbeitsperiode, und nichts anderes kann der uns heute vorliegende Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1995 heißen. Kein Vollziehen, sondern ein intensiv "GEMEINSAMES ARBEITEN" bzw. "GEMEINSAMES ERARBEITEN" - nur das kann der Auftrag dieses, uns heute zur Beschlußfassung vorgelegten Sparvoranschlages sein! Ein Fortsetzen des hoffentlich neuen "Steyr-Weges"! Nicht durch gegeneinander, sondern durch miteinander Gestalten - gegen jede äußere verantwortungslose und teils rachedurstige Beeinflussung - ist der begonnene Weg fortzusetzen. A-typisch für Steyr, trafen sich plötzlich die verantwortlichen Politiker und Spitzenbeamten der Stadt, um gemeinsam Position für Position zu diskutieren, zu erarbeiten und auch, um zu Kompromiß-Ergebnissen zu kommen. Über 100 Stunden wurde sachlich, konstruktiv, kritisch, miteinander und vielfach Übereinstimmung findend ein Sparvoranschlag mit dem Auftrag "ERARBEITEN" erarbeitet.

Ein Voranschlag - logischerweise und auch zugegebenerweise - mit Ecken und Kanten, aber durchaus arbeit- und vor allem erarbeitbar; so, wie es allen Erneuerungen, allem Neuen traditionell erging, weil es durch gemeinsames Erlernen, Erkennen und Entscheiden entstand.

Ein Voranschlag, der ausgabenseitig, nur unter Berücksichtigung der sicher ernstesten finanziellen Situation der Stadt Steyr, in den Bereichen "Soziale Wohlfahrt" und "Wohnbauförderung" sowie "Dienstleistungen" keine - wie in anderen Bereichen - schmerzhaft Senkung, sondern vielmehr eine bescheidene Erhöhung beinhaltet.

Mit rund 23 Millionen wurde der Rotstift am stärksten beim Personalaufwand angesetzt (Aufnahme-Stop,

Personalreduktion um 3 % durch nicht Nachbesetzen des natürl. Abganges, Streichung von freiwilligen Leistungen etc.). Aber etwa auch beim Sachaufwand sowie den Investitionen wurde deutlich gekürzt. Die Politikergehälter werden "eingefroren", steigen also im kommenden Jahr nicht mit den Gehältern der Vertragsangestellten und Beamten, wobei noch weitere Einsparungen durch eine generelle Reform der Politikerbezüge erwartet werden. Bürgermeister Leithenmayr verzichtet zusätzlich aber schon jetzt auf seine Reisekosten-Pauschale in Höhe von rund 16.000 Schilling monatlich.

Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt ca. 19.000 Schilling. Ein Vergleich mit anderen Städten - wie Koll. Zagler bereits ausgeführt hat - ist mit dieser Kennzahl sicher nur schwer möglich. Wenn man

beispielsweise an Wels denkt: dort wird eine Ausgliederung des Kanalbaues und -betriebes durchgeführt, sodaß die nicht unbeträchtliche Schuldenlast aus dem Kanalbau nicht im Stadtbudget dargestellt werden muß.

Die Schuldenlast der Stadt Steyr im Bereich Kanal beträgt derzeit rund 150 Mill. S. Würden wir diesen Schuldenstand nicht im Stadtbudget ausweisen, beliefe er sich auf ca. 633 Mill. S; und die Pro-Kopf-Verschuldung würde dann rund 15.800 S betragen. Das ist in etwa dieselbe Größenordnung wie in Wels. Ich weiß, es ist ein Zahlenspiel, das man hier führt. Aber die Kennzahlen sind auf diese Art und Weise dargestellt! Ich denke, daß das miteinander Erarbeiten in dieser Größenordnung ein durchaus vertretbares Volumen aufweist.

Nicht enthalten im ao. H. - das sollte auch angeführt werden - sind die Finanzierung des Bahnhof-Parkdecks sowie die Errichtung der Fachhochschule. Wir haben ja diesbezüglich heute einen Grundsatzbeschluß gefaßt. Sollte mit der Errichtung des Bahnhof-Parkdecks 1995 begonnen werden, wird eine projektbezogene Finanzierung erfolgen, die vom GR gesondert beschlossen werden muß.

Darum, meine Damen und Herren des GR, ist es eben gesamt gesehen eine Arbeitsvorlage und keine Vollzugsaufforderung. Es kann durchaus sein, daß wir im

Laufe der Arbeitsperiode 1995 über Finanzierungspraktiken nachdenken und diese auch anwenden und einsetzen werden müssen - wie z. B. eine kurzfristige tilgungsfreie Zeit bei Darlehensrückzahlungen oder eine gezielte Veräußerung von Grundreserven u. a. denkbar sein könnten. Im Jahr 1995 liegt eben eine Arbeits- und keine Vollzugsperiode vor uns! In diesem Sinne, meine Damen und Herren des GR, geben wir von der Sozialdemokr. Fraktion diesem vorliegenden 100 Stunden-Sparbudget und damit dem vorgegebenen Arbeitsauftrag die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nun ist Hr. Vbgm. Dr. Pfeil am Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Der vorliegende Entwurf des Voranschlags der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1995 ist in jeder Hinsicht bemerkenswert. Seine Entstehungsgeschichte hat sich ursprünglich überhaupt nicht von der Vorgangsweise unterschieden, die wir seit nunmehr 3 Jahren in dieser Legislaturperiode hatten. Die Fraktionen wurden wie üblich über den Sommer aufgefordert, ihre Budgetwünsche (meistens bis

Ende Sommer, heuer bis zum 31. August) bekanntzugeben. Dies hatten wir - und ich nehme an, die anderen Fraktionen ebenfalls - befolgt, aber es kam nie zu einem Gesamtgespräch. Lediglich in einer Fachrunde wurde mit den Referenten, ihr Ressort betreffend, diskutiert bzw. wurden ihre Vorschläge zur Kenntnis genommen. Es folgte keine Reaktion daraus, aber auch keine weiteren Gespräche, obwohl diese angekündigt waren. Anfang November wurde dann die Erstfassung des Budget-Entwurfes präsentiert.

Der weitere Vorgang darf als bekannt vorausgesetzt werden: im Stadtsenat hat dieser Vorentwurf nicht einmal die nötige Mehrheit für die Weiterleitung an den GR gefunden. Ein spätes, aber ich denke, sehr richtiges Zeichen! StR Zagler hat sich damals sogar inhaltlich von diesem Budget verabschiedet. Er hat gesagt, die Beamten hätten es gemacht. Obwohl so ein Budget die Unterschrift eines Finanzreferenten trägt. Es wurde dann auch ein "Sozialistischer Amtsvorschlag" vorgelegt - wir haben es so genannt -, den man zur weiteren Einsparung beigebracht hätte. Diesen Mangel an Zusammenarbeit, am "Wollen" zu konstruktiven Gesprächen haben der Bürgermeister und der Finanzreferent zu tragen. Der Bürgermeister, der vor 3 Jahren angetreten und für eine breite Zusammenarbeit eingetreten ist,

hat es zugelassen, daß Budgets vorgelegt werden, wo man nur über den Umweg einer Requirierung von kleinen Wünschen in irgendeinem Bereich die Zustimmung bekommen hat bzw. verlangt hat, aber das gesamte andere Budget wurde dann eben ausgelassen. Hier war wirklich ein Mangel an Zusammenarbeit!

Was mich auch sehr bedenklich stimmt: der StS bzw. der GR wurde nie über die tatsächliche, ernste finanzielle Situation der Stadt Steyr informiert - in dieser Höhe!

Am 1. 1. 1994 ist die Steuerreform in Kraft getreten. Die eigenen Steuereinnahmen stagnieren bzw. durch den Wegfall der Gewerbesteuer kommt auf die Stadt ein Einnahmenverlust zu. Die exorbitant in den letzten Jahren gestiegenen Transferzahlungen an das Land kamen nicht aus heiterem Himmel, sondern haben sich in den letzten Jahren angekündigt. StR Zagler spricht heute von "vagen Hoffnungen" auf das Budget, aber ich glaube, von vagen Hoffnungen kann man kein Budget erstellen und man darf es auch nicht!

Spätestens im Spätsommer hätte es Informationen - zumindestens des Stadtsenates - über diese Situation geben müssen. Es hätten Richtlinien erarbeitet werden müssen über die Gesamthöhe des zulässigen ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes.

Nebenbei - die Budgets der vergangenen Jahre waren viel zu groß. Ich habe heute mit Entsetzen gehört, daß StR Zagler die Budgets als Wahlkampf-Budgets bezeichnet hat. Also für mich ist das schon eine dramatische Aussage, daß man Budgets erstellt hat unter dem Aspekt, Wahlkampf zu machen - permanenten Wahlkampf. Wissend, daß dies "schiefgehen" muß! Wissend! Man hat sich keine Gedanken gemacht über die künftige finanzielle Entwicklung der Stadt. Die viel gepriesenen 300 Millionen Schilling aus der Gewerbesteuer BMW und aus dem Sparkassenverkauf sind längst in den laufenden Haushalt eingeflossen, ohne daß versucht worden wäre, mit einer suffizienten mittelfristigen Haushalts-Planung für zukünftige Entwicklungen vorgesorgt zu haben.

In Ablehnung des ursprünglichen Entwurfes 95 sind die Mitglieder des Stadtsenates nun übereingekommen, den Haushaltsvoranschlag 1995 in einer Klausurtagung vorzudiskutieren. Ich darf auch vorweg sagen, daß es gelungen ist, sowohl den ordentlichen Haushalt, aber auch den außerordentlichen Haushalt von der ursprünglichen Höhe her zu kürzen. Ich möchte ebenfalls an dieser Stelle allen Beteiligten danken für die Ausdauer und für die Gesprächsbereitschaft.

Im o. H. haben wir 942 Mill. S, sie werden auf 936 Mill. S gekürzt. 1994 hatten wir einen Ansatz von 940, also ist das eine geringfügige Kürzung gegenüber dem Vorjahr um 0,43 %. Aber hier gleich von einem rigorosen Sparbudget zu reden, ist doch etwas sehr weit hergeholt. Ursache für die nur geringe Veränderung im o. H. sind die nach wie vor hohen Personalausgaben in der Höhe von 326 Millionen, die nur sehr marginal ad hoc beeinflussbar sind.

Der im November vorgelegte Entwurf sah offensichtlich ein nicht realistisches Einsparungspotential vor, hier waren "nur" noch 319 Millionen S für Personalausgaben vorgesehen. Hier, meine Damen und Herren, ist der schlagende Beweis dafür, daß nicht einmal ernsthaft versucht wurde, dem Stadtsenat ein realistisches Budget für die Weiterleitung an den GR vorzulegen. In vier Tagen ist Weihnachten, aber man hätte sicherlich nicht geglaubt, daß dieses Budget ernsthaft das Jahr 1995 bestanden hätte, wenn wir mit "Hängen und Würgen" von den vorgeschlagenen 30 Mill. S - mit "Hängen und Würgen" - auf 23 Mill. S Einsparung im Personalbereich alleine gekommen sind. Aufnahme-Stop, Personalreduktion um 3 % durch nicht Nachbesetzen des natürlichen Abganges, Streichung von freiwilligen Leistungen, wie Sonderurlaube etc. - lauter

Forderungen, die die Freiheitliche Fraktion schon vor 2 Jahren mittels Antrag in den GR eingebracht hatte. Damals haben die anderen Fraktionen noch nicht die Notwendigkeit erkannt und diesen Antrag abgelehnt.

Vor einiger Zeit hat mir Herr Magistratsdirektor schriftlich mitgeteilt, daß aufgrund der KDZ-Analyse weder kurzfristig noch mittelfristig ein Einsparungspotential hinsichtlich Personal zu erwarten sei. Nun wurde aber der Beginn gemacht.

Auch bei vorhandenem Sparwillen wird das Budget 95 gegenüber dem Personalbudget 94 eine weitere Erhöhung um 3,4 Mill. S bringen. Von 323 Mill. S steigt der Betrag für das Personal auf 326 Mill. S. Auch hier ist eine prozentuelle Steigerung von 34,38 % auf 34,89 % zu sehen. Dies ist allerdings noch gerechnet ohne Pensionen und ohne Funktionärsbezüge!

Der außerordentliche Haushalt ist auf 184 Millionen im Rahmen der Klausur gekürzt worden. Der größte Brocken, nämlich 55 Mill. S sind für Finanzierung und Adaptierung des neuen Kommunalzentrums vorgesehen. Dies sind Beträge, die **niemand** von uns für möglich und realistisch gehalten hätte. 100 Mill. S hat der Grundankauf Hauptreparaturwerkstätte gekostet. 3 bis 7 Millionen sollten für die Adaptierung des Kommunalzentrums für unsere Bedürfnisse aufgewendet werden. Ich darf nun den Hrn. Bgm. zitieren, aus dem

Protokoll der GR-Sitzung v. 3. Juli 1992 - "Ankauf eines Teilstückes der Haupt-Repa": "Es geht dort um rd. 10.000 Quadratmeter Hallenfläche und die zugehörigen Büroflächen, die - wie Fachleute sagen - nahezu beschaffen sind, als wären sie für uns gebaut worden. Ich hoffe, daß sich das auch bei der Adaptierung niederschlägt, nämlich in möglichst wenig zusätzlich aufzubringenden Kosten".

Meine Damen und Herren, diese "wenigen Kosten" haben sich jetzt auf die sagenhafte Summe von 74 Mill. S hinaufkatapultiert. Ich glaube, hier müssen wir energisch HALT schreien! So kann und darf uns ein Projekt nicht entgleiten! Hier ist etwas entglitten, hier hat die begleitende Kontrolle gefehlt! Ich sage es auch jetzt schon: Ich bin nicht bereit, hier im nachhinein für diese Entgleitung meine Hand zu heben.

Wir haben leider keine nach Kapiteln getrennte Abstimmung im Steyrer GR. Man kann nur das gesamte Budget als Ganzes sehen - so werden wir auch diese Summen, die uns nicht gefallen, mitbestimmen; mit Anmerkungen!

Für weitere, für Steyr so wichtige Vorhaben - wie wir heute gehört haben, z. B. die FHS - reicht das Geld nicht. Wir können uns nur mit einer Absichtserklärung über eine Nulldotierung darüberretten.

Eine fehlende Komponente im Finanzjahr 1995 wird die Bahn-

hofsparkdeck-Überbauung sein. Auch hier muß ehestens vor Baubeginn eine definitive Kostenschätzung gemacht werden, um die vorgegebenen Gesamtbaukosten von 80 Mill. S einzuhalten. Aussagen (aufgrund einer Anfrage) des Bürgermeisters in die Richtung von 140 Mill. S - ohne Grundankauf - sind ja bereits gemacht worden. Aber auch im Budget 95 ist kein Schilling für dieses wichtige Projekt vorgesehen. Wir sollten endlich abgehen davon, daß große "Finanzdinge" nicht einfach auf uns zukommen. Eine mittelfristige Finanzplanung ist hier gefragter denn je, wenn schon im Jahresbudget für Fachhochschule und Bahnhof-Überbauung kein einziger Schilling vorhanden ist. Wir werden uns über diese Kapitel im Laufe des Jahres sicherlich Gedanken machen müssen, wo wir das Geld für diese, für Steyr wichtigen Projekte hernehmen werden.

Der Schuldenstand der Stadt Steyr erhöht sich um weitere 6,55 % auf 783 Millionen. Wir sind trotz sogenanntem Sparbudget bei einer Pro-Kopf-Verschuldung von nahezu 20.000 S angelangt. Rücklagen - wie wir heute gehört haben - sind so gut wie keine mehr vorhanden.

Über die Finanzierung von weiteren Kreditaufnahmen gibt es noch keine Pläne. Auch hier hat der Herr Finanzstadtrat enormen Nachholbedarf, um alle Möglichkeiten des modernen

Finanzmarktes auch für die Kommune auszunützen. Wir konnten ja erleben, daß falsche Umschichtungen, eine zu rasche Rückzahlung uns rasch in Liquiditätsschwierigkeiten treibt. Ca. 100 Mill. S müssen alleine für 1995 für den Schuldendienst aufgebracht werden. Diese Tilgungsrate macht 10,9 % der Gesamtsumme des ordentlichen Haushaltes aus!

Nun ein paar Anmerkungen zu meinem eigenen wichtigsten Ressort, zum Kulturressort. Hier kommt es im Personalbereich seit Jahren zu extremen Schwierigkeiten bei der Dienststelle Museum. Durch die weitgehende Absenz eines führenden Mitarbeiters als Gewerkschaftsobmann können auf Dauer viele Agenden nicht wahrgenommen werden: Koordination und Erstellung eines Veranstaltungskalenders, Vorbereitung von Ausstellungen, Erstellen von Museumskonzepten, Projektbetreuung Eisenstraße, Industriemuseum u.v.a.m. leidet darunter.

Dieses Problem wird seit Jahren vor sich her geschoben, eine greifbare Lösung ist derzeit nicht in Sicht. Es ist nicht so, daß wir eine Personalaufstockung in diesem Bereich verlangen. Wir verlangen eine Lösung. Wir verlangen, daß dieser Posten, wie er auch vorgesehen ist, besetzt wird mit jemandem, der ihn auch ausfüllt! Nicht mehr und nicht weniger! Ich glaube, das ist ein sehr gerechtes Verlangen.

Für die Planung Musikschule sind auch im Finanzjahr '95 keine Mittel vorgesehen. Der Ansatz MAW wurde auf 950.000 S gekürzt. Das Industriemuseum bleibt beim Ansatz 500.000 S für laufende Aktivitäten und bekommt zusätzlich 1 Mill. S für die Projektplanung im Rahmen der Eisenstraße '98. Letztere Summe ist aber deckungsfähig mit dem Ansatz für das MAW. Das ist auch ein Ergebnis unserer Klausurtagung.

Zur Zentralbücherei. Hier sind auch NULL Schilling vorgesehen für eine Adaptierung, für eine Ergänzung mit EDV etc. Eine Planung bzw. Prüfung ist uns zugesagt für eine Übersiedlung ins stadteigene Objekt Bürgerspital. Eine Adaptierung soll mit den Kosten des Verkaufes "Objekt Nagl" bestritten werden.

Die meisten übrigen Kulturansätze bleiben wie im Vorjahr: Veranstaltungen, Akku, Kunstverein, zusätzlich wird im Austausch einer Musikveranstaltung das Projekt "Musikfestival Steyr 1995", ein Festival für junge Musiker aus OÖ., im Sommer 1995 mit 160.000 S gefördert.

Im Bereich der VHS wird man Kurse überdenken müssen und die Kursgebühren in Richtung Kostendeckung der Kursleiterhonorare anstreben. Der Kulturausschuß wird sich damit auseinandersetzen haben.

Die Freiheitliche GR-Fraktion hat als einzige schriftlich für die politische Runde Vorschläge unterbreitet. Man hat sich aber erstaunlicherweise nicht einmal die Mühe gemacht, auf unsere Forderungen einzugehen - auch nicht beim letzten Gespräch vergangenen Donnerstag. In einigen Punkten konnten wir jedoch dann bei den Verhandlungen Einigung erzielen: Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs - insbesondere Beschleunigung des öffentl. Verkehrs; d. h., hausinterner Untersuchungsauftrag über Machbarkeit eines innerstädtischen Einbahnringes, aufbauend auf dem Verkehrskonzept von Dr. Stickler und der Untersuchung von BMW. Im übrigen - wie heute bereits erwähnt - sind für die Umsetzung (das ist ganz wichtig, darum erwähne ich es noch einmal) des Verkehrskonzeptes nahezu keine Mittel vorgesehen.

Der durch GR-Beschluß erfolgte Zweckwidmung der Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung für den öffentlichen Verkehr wird nicht Rechnung getragen. Die zu erwartenden Einnahmen fallen ausnahmslos dem allgemeinen Budgettopf zu.

Das Raumkonzept für den Magistrat Steyr soll dem Stadtsenat vorgelegt werden; gleichzeitig sollen alle magistratseigenen Objekte mit derzeitiger Nutzung bzw.

Nutzungsabsicht bekanntgegeben werden.

Von den ursprünglichen FPÖ-Forderungen sind einige erfüllt: Personaleinsparungen, zumindest Einstellungs-Stop in der Verwaltung; Kostenreduzierung "Amtsblatt" - Umstellung auf schwarz/weißes oder weiß/grünes Umweltpapier hat man versprochen. Dem widerspricht zwar der vorliegende Beschlüßentwurf, wo die Kostenstelle "Amtsblatt" weiter ausgeweitet wird. Ich hatte noch nicht die Gelegenheit, das zu hinterfragen.

Der Forderung nach einer Reduzierung des Bürgermeister-Gehaltes wurde nicht Rechnung getragen. Der Bürgermeister der Statutarstadt Steyr ist in seinen Bezügen am Maximum der erreichbaren Prozente, gemessen am LH-Gehalt, während sich alle anderen Funktionäre am "Minimum" bewegen. Da ist es dann keine großzügige Geste, wenn man auf die sogenannte Reisekostenpauschale verzichtet. Sparen wäre in bezug auf die Reisekostenpauschale auch bei den Dienstautos angebracht. Ein Wagen mit Chauffeur müßte oder wird für alle dienstlichen Belange ausreichend sein. Ein Dienstwagen mit Chauffeur für den Bürgermeister bzw. für die Magistratsdirektion! Vorerst werden aber alle Politikerbezüge eingefroren, d. h., sie steigen nicht automatisch mit den Gehältern der Beamten.

Parteienfinanzierungen fallen unter der 10 %igen Kreditsperre. Eine generelle Reform der Politikerbezüge ist aber dringend notwendig.

Die Stadt Steyr befindet sich in einer überwiegend hausgemachten tristen finanziellen Situation. Hier vertrete ich, im Gegensatz zum Finanzreferenten, eine andere Meinung, wo er sagt, wir haben nicht hausgemachte Probleme. Ich bin der Meinung, daß wir überwiegend hausgemachte Probleme haben. Man muß mehr denn je alle Ausgaben hinterfragen, um Möglichkeiten für Investitionen in die Zukunft zu haben. Wesentlich wird es sein, ob es uns gelingt, die Wirtschaftsregion Steyr wieder auf den ihr gebührenden Platz zu bringen. Große Anstrengungen werden hier notwendig sein, um strukturelle Verbesserungen zu ermöglichen.

Die Stadtsenats-Mitglieder haben sich erstmalig und einmalig in einer Klausur, bei einer ernsthaften Debatte über das Budget den Kopf zerbrochen. Das Gesprächsklima war an diesem Tisch über große Strecken konstruktiv. Durch eine gemeinsame Betrachtung des Budgets konnten wir Verständnis für Anliegen in anderen Ressorts aufbringen und haben es auch für unsere Ressorts bekommen. Nicht alles, was in diesem Buch "Voranschlag der Stadt Steyr 1995" steht, findet unsere ungeteilte Zustimmung. Es ist ein

Versuch, ein Budget mitzutragen, wo alle von uns mehr oder weniger Einfluß hatten; in einer finanziell schwierigen Situation, wo sich meiner Meinung nach Steyr auf dem "Scheideweg" befindet.

Unter der Prämisse, daß die ausgearbeiteten Punctionen und Vereinbarungen schriftlich noch den beteiligten Stadtsenats-Mitgliedern in der Vollständigkeit ausgehändigt werden, wird die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion mehrheitlich dem Haushalts-Vorentwurf 1995 zustimmen. Das gestern ausgeteilte Punctionswerk entspricht nicht unseren Erwartungen nach einer Bilanz nach 6 Tagen Klausur und 100 Stunden Beratung. Einige von uns haben genaue Aufzeichnungen gemacht, auch ich habe mir die Mühe gemacht. Das sollte doch punktuell aufgelistet werden, daß wir vierteljährlich nachschauen können und bei der Zäsur im Juni sagen können, das ist passiert oder das ist nicht passiert.

Bis April soll die weitere Vorgangsweise besprochen werden; und im Juni werden wir Bilanz über Erfolg oder Mißerfolg einer beginnenden Budgetkonsolidierung im Rahmen einer weiteren Klausur ziehen können.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nun erteile ich Hrn. StR Schloßgangl das Wort für seinen Debattenbeitrag.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Durch eine mangelhafte Finanzplanung der letzten Jahre schlitterte der Haushalt der Stadt Steyr heuer in eine katastrophale Lage, die durch sinkende Einnahmen und gleichzeitig ständig steigende finanzielle Belastungen noch zusätzl. verschärft wurde.

Der Erstentwurf des Budgets 1995 sah bei einem o. H. von 975 Mill. S einen Abgang von 170 Millionen vor. Nach der Beamten- und Referentenrunde fehlten noch immer 125 Mill. S.

Am 10. November sollte im StS der kurzfristig abgeänderte Budget-Entwurf zur Weiterleitung an den GR beschlossen werden. Durch den Auszug der ÖVP- und FPÖ-Fraktion konnte der nicht mehr beschlußfähige StS den Antrag jedoch nicht beschließen und auch nicht weiterleiten. Dadurch war die SPÖ-Fraktion gezwungen, in intensive Budgetverhandlungen einzutreten, die in Form von StS-Klausuren durchgeführt wurden. 5 Tage und 4 halbe Nächte waren erforderlich, um sämtl. Budgetansätze auf ein vertretbares und vor allem

finanzierbares Maß zu reduzieren. Es war daher verständlich, daß in allen Bereichen gewaltige Abstriche gemacht werden mußten und rigorose Einsparungs-Maßnahmen vorgesehen wurden. Im o. H. werden rd. 23 Mill. S beim Personalaufwand eingespart. Und zwar durch nicht Nachbesetzen des natürl. Abganges - jährlich gehen rund 50 Personen in Pension, wovon mind. die Hälfte, also ca. 25 nicht nachbesetzt werden sollen; durch Personalneuaufnahme-Stop; durch Reduzierung des Sozialversicherungs-Ausgleiches; durch Änderung der Zusatzurlaube und Zusatzversicherungen; durch den Ersatz von Vollbeschäftigten, die in Karenz sind und durch Teilzeitkräfte ersetzt werden sollen; durch Reduzierung der Überstunden - diese dürfen nur auf bes. Anordnung und nach unbedingtem Erfordernis (z. B. APT, Wi-Hof - Winterdienst u. ä.) gemacht werden. Auch die Einsparung von Ferialpraktikanten auf das unbedingt notwendige Ausmaß wurde vereinbart (derzeit werden rd. 120 Praktikanten jährlich beschäftigt). Die Privatisierung im Bereich des Reinigungspersonals und die Anrechnung von 3 bosnischen Flüchtlingen auf dem Dienstpostenplan im Wi-Hof sollen weiter zu einer Verminderung der Kosten beitragen.

Der Entfall der Refundierung v. Fr. Vollnhofer soll ausschließl. von der GWG bezahlt werden; und der gesamte Personalstand soll um 3 % gesenkt werden. Nicht zuletzt werden die Politikerbezüge eingefroren.

Als weitere Sparmaßnahmen werden die Repräsentations-Aufwendungen, die Verfügungsmittel, die Parteienfinanzierung sowie sämtl. Subventionen durch eine Kreditsperre um 10 % gekürzt. Wobei eine teilw. oder gesamte Aufhebung dieser Kreditsperre nur in einer StS-Klausursitzung beschlossen werden kann.

Beim Sachaufwand - das ist auch bekannt und hinlänglich diskutiert worden - sollen 16 Mill. S eingespart werden.

Ein wesentl. Punkt war und ist der ao. H. Dieser wurde von ursprüngl. 242 Mill. S auf 167 Millionen reduziert und in den Verhandlungen endgültig auf 184 Mill. festgelegt. Der Hauptteil der Ausgaben ist für die Finanzierung und Adaptierung des neuen Kommunalzentrums vorgesehen - die Kaufpreisrate in Höhe von 33 Mill. S und 22 Mill. S an Investitionen für die zweite Etappe.

Einen großen "Brocken" macht der Kanalbau aus mit 22 Millionen. Der Kapitalersatz für den defizitären Versorgungsbetriebeverbund beträgt 17,3 Mill. sowie 15 Mill. S für Grundstücksankäufe. Für den Straßenbau sind 15 Millionen, für den Wohnbau 12 und für die

FFW noch 5,6 Millionen vorgesehen.

Für Forschung und Wissenschaft (FHS, FAZAT, VPTÖ) werden rund 5,6 Millionen, für die Sanierung des APT 4 Millionen und für wirtschaftsfördernde Maßnahmen knappe 4,4 Millionen S bereitgestellt. Weitere Mittel müssen für EDV-Ausstattung, Sanierung des HTL-Schülerheimes, die Mülldeponie und die öffentl. Beleuchtung aufgewendet werden.

In diesen Aufstellungen nicht enthalten sind die Finanzierung des Bahnhof-Parkdecks sowie die Errichtung der FHS selbst. Da die Ausschreibung für das Bhf-Parkdeck erst im Herbst 1995 erfolgen wird (nach Abklärung mit den ÖBB und Durchführung der nötigen Bewilligungsverfahren), müßte mit der präliminierten Summe von 1 Mill. S für div. Planungsaufgaben in diesem Jahr das Auslangen gefunden werden, weil die anderen Kosten erst 1996 zum Tragen kommen werden.

Bezüglich der FHS wird durch einen Grundsatzbeschluß des GR die Kostenbeteiligung der Stadt an den zukünftigen Errichtungskosten mit max. 30 Mill. S sowie ein Betriebskostenzuschuß von 2 Millionen jährlich für den Dauerbetrieb des FHS-Studienlehrganges "Produktions- und Managementtechnik" festgeschrieben.

Zur weiteren Budget-Sanierung sind Anpassungen der div. Gebühren und Tarife erforderlich, die zwar nicht angenehm, aber aufgrund der z. T. jahrelangen unveränderten Beibehaltung (keine Indexanpassung) sowie aufgrund von erforderlichen Investitionen unbedingt nötig sind. So werden u. a. die Marktgebühren, die Deponietarife, die Abfallgebühren, die Tarife für die Benützung des öffentl. Gutes sowie die Verkehrstarife entspr. angehoben.

Die langwierigsten Verhandlungen gab es bei den Tarifen f. d. öffentl. Linienverkehr, wobei die Tarife an jene d. Oö. Verkehrsverbundes angepaßt werden bzw. wurden. Die Verhandlungen waren deshalb so schwierig und langwierig, weil die Vorschläge der ÖVP für einen verbilligten Zonentarif von den anderen Fraktionen nicht akzeptiert wurden. Schließlich haben wir doch einen entscheidenden Durchbruch dadurch erzielt, daß man sich auf einen Teilstreckentarif v. 10 S für den Einzelfahrschein geeinigt hat, mit dem man in jedem Stadtteil Teilstrecken bzw. über eine Zahlgrenze fahren kann, und damit auch die topographischen Höhenunterschiede von den höher gelegenen Stadtteilen (z. B. Steyrdorf oder Ennsleite, Waldrandsiedlung) mit einem öffentl. Bus überwinden kann. Dadurch ist ein wesentl. Anreiz

der öffentl. Verkehrsmittel für kürzere Strecken unserer Meinung nach gegeben. Ohne dieses verbilligte Einzelfahrschein-Angebot hätten wir einer Tariferhöhung nicht zugestimmt. Daneben werden für die Anschaffung zwei neuer Busse Mittel bereitgestellt, und eine Projektgruppe soll entspr. Vorschläge für eine Attraktivierung (sprich Beschleunigung) des öffentl. Verkehrs (Bus- und Taxispur, Ampelsteuerung etc.) ausarbeiten.

Im Zuge der vielstündigen Verhandlungen des StS wurden seitens der ÖVP-Fraktion 8 wesentl. Punkte durchgesetzt; unserem Antrag sind auch die SPÖ- und FPÖ-Fraktion beigetreten, um die in der Klausur besprochenen und geforderten notwendigen Maßnahmen präzise ausformuliert in einem Zusatzantrag zu beschließen. Bes. die Vorlage eines Finanzberichtes mit vollständiger Kreditkontrollliste nach Ablauf des vergangenen Vierteljahres binnen 30 Tagen soll uns eine wirksame Kontrolle über den Vollzug des Haushaltsvoranschlages 1995 ermöglichen.

Weiters wurden im ao. H. gegenüber der im Rahmen der Budgetklausur vorgelegten Version des ao. H. mit 147,6 Mill. S die in der Punktation aufgelisteten Änderungen festgelegt, die eine korrigierte

tatsächliche Summe von 184 Mill. S ergeben.

Von den nicht verbrauchten Mitteln aus dem Jahr 1994 werden 4,5 Mill. S für den U m b a u d e s Schwesternstützpunktes sowie 300.000 S für die Anstrahlung histor. Gebäude übertragen. Damit sollen die Stadtpfarrkirche, die Marienkirche und das Alte Theater angestrahlt werden. Ich glaube, daß dies auch in den schwierigen Zeiten, in denen wir uns derzeit befinden - nachdem die Mittel im Vorjahr bereitgestellt wurden -, wesentl. zur Attraktivität unserer Tourismus-Stadt Steyr beitragen wird.

Für das Jahr 1995 ergibt sich für den o. H. eine Summe von S 936,196.000,- mit einem Abgang von 41,7 Millionen, der durch Rücklagen-Entnahmen bedeckt ist.

Die Finanzierung des ao. H. erfolgt lt. Aufstellung u. a durch Rücklagen-Entnahmen von rd. 1,891 Mill. S, durch Aufnahme von Bankdarlehen in Höhe von 97,6 Mill. S und durch Gelder des Sparkassenfonds von rd. 44,35 Millionen.

Der größte Ausgabenposten im o. H. ist der Personalaufwand mit 326 Millionen, das entspricht einem Anteil von rd. 35 %. Die zweitgrößte Ausgaben-Position ist der Sach- und sonst. Aufwand mit 225 Mill. S, gefolgt von den Transferzahlungen mit 215 Mill. S und dem Schuldendienst in Höhe von 102 Millionen Schilling

- eine Rekordsumme in diesem Jahr!

Der Schuldenstand steigt 1995 - das ist im Haushaltsvoranschlag leider nicht richtig wiedergegeben, dort sind 743 Mill. angeführt, dann wurde die Zahl auf 783 korrigiert; lt. StR Zagler beträgt er heute, nach V o r l i e g e n d e s Nachtragsvoranschlages 778 Mill. S (richtiggestellt). Der Schuldenstand steigt also - wie gesagt - auf 778 Millionen. Ich nehme an und hoffe, daß trotz dieser im Haushaltsvoranschlag angeführten unrichtigen Schuldenstands-Summe die anderen Positionen stimmen. In den wenigen Tagen war es uns nicht möglich, diese lückenlos zu überprüfen.

Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt rd. 19.000 S und erreichte bereits für uns bedenkliche Ausmaße. Die Rücklagen werden zur Bedeckung des Budgets 1995 praktisch zur Gänze aufgezehrt.

Wenn wir heute dem "Super-Sparbudget" - oder vielleicht besser -, dem "Notbudget" unsere Zustimmung geben werden, dann deshalb, weil wir in den Beratungen der StS-Klausuren wirklich die äußersten noch möglichen Sparansätze festgelegt haben, weil wir alle wesentl. Budgetansätze auf unbedingte N o t w e n d i g k e i t u n d Zweckmäßigkeit überprüft haben, und weil schließlich unsere Forderungen des "8 Punkte-Zusatzantrages" heute

mitbeschlossen werden. Ich habe es schon erwähnt: bei diesen 8 Punkten geht es uns im bes. um Punkt Nr. 1. Nämlich um den Finanzbericht, der vierteljährlich erfolgen soll - nach Ablauf von 30 Tagen nach dem Vierteljahr - und eine vollständige Kreditkontrollliste beinhalten muß. Ich möchte die Punkte jetzt nicht wiederholen, sie wurden im Rahmen der Budget-Erklärung von StR Zagler bereits vorgelesen. Ich möchte mich für das sachliche und konstruktive Klima in den StS-Klausuren bedanken. Ich danke auch den Beamten für ihre Arbeit und ihre Anwesenheit bis spät in die Nacht und an den Feiertagen. Für die Erstellung des Voranschlages hält sich mein Dank in Grenzen. Für das nächste Budget müssen zuerst die zuständigen Beamten und der Finanzreferent in Klausur gehen, damit ein den wirtschaftl. Möglichkeiten adäquater Budgetansatz erstellt werden kann, der von den pol. Mandataren mit normalem Zeitaufwand überarbeitet und verhandelt werden kann. Wenn - lt. Medienbericht - StR Zagler im Sommer nächsten Jahres aus dem GR ausscheiden wird, dann bedaure ich das, weil ich ihn persönl. schätze und auch ganz gut leiden kann. Für sein Scheiden als Finanzreferent werden wir ihm aber in Anbetracht der beiden letzten Budgets keine Träne nachweinen. In Anbetracht der letzten Sitzung des GR im heurigen Jahr möchte

ich auch namens der ÖVP-Fraktion allen Beamten des Hauses und allen GR-Kollegen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches, gesundes und erfolgreiches Jahr 1995 wünschen!

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nun ist Koll. GR Apfelthaler am Wort.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Bürgermeister, werter GR! Ich muß gestehen, daß ich zw. 24 und 2 Uhr in der Früh noch nicht gewußt habe, welche Rede ich mir für den heutigen Moment zurecht legen soll. Ich glaube, ich war nicht der einzige. Ich war vielleicht einer, der zwei Reden parat haben wollte - eine dafür, eine dagegen. Da war ich vielleicht der einzige. Auch nicht? Gibt es doch noch mehrere. Das ist schön! Es ist auch wirklich schwer gewesen. Ich muß sagen, daß die vergangenen Tage für mich sehr lehrreich waren. Lehrreich insofern, weil ich - was die Zusammenarbeit der Parteien anbelangt - einen Silberstreifen am Horizont gesehen habe. Ich habe auch Fortschritte gesehen in bezug auf "Aufklärung des Budgets"; und ich habe - das

kann ich hier ganz ehrlich sagen - ein sehr gutes Gefühl gehabt beim Großteil der Gespräche, die wir miteinander geführt haben. Ich muß aber dazu sagen, daß ich mir persönl. in manchen Dingen einfach konkretere und ziel-führendere Maßnahmen erwartet hätte. Im großen und ganzen sind für mich diese Gesprächsrunden, die es gegeben hat, diese 100 Stunden Arbeitszeit zum Schluß unter der Prämisse gestanden: wir haben eigentl. im Prinzip viel zu spät angefangen und wir haben viel zu früh aufgehört. Ich persönl. habe mir erwartet, daß die pol. Verantwortung, die jeder hier herinnen tragen müßte oder muß, auch beim "Feinschliff" des Budgets zum Tragen kommt. D. h., daß diese wichtigen Dinge, diese guten oder auch problematischen Dinge einfach vor diesem Moment feststehen sollten, wo wir herantreten und sagen: ich stimme zu oder ich stimme nicht zu!

Wenn es aber passiert, daß ich am Dienstag bei den abschließenden Verhandlungen auf Erstaunen stoße auf meine Frage: Was halten die anderen Fraktionen jetzt von den Vorschlägen der GAL? Wenn Hr. StR Schloßgangl mit Erstaunen festgestellt hat, daß ein Teil seiner Vorschläge nicht im Budget vorkommt, Hr. Vbgm. Pfeil festgestellt hat, daß sich in best. personellen Dingen noch keine Absprache bzw. nicht einmal eine Diskussionsrunde oder ein Vorschlag in dieser

Richtung gebildet hat - dann habe ich mir gedacht: eigentl. bräuchten wir, wenn wir diese pos. Entwicklung in der Zusammenarbeit weiter fortsetzen wollen, noch Zeit, um dieses Budget wirklich genau und sorgfältig beschließen zu können. Es wirft, glaube ich, ein bezeichnendes Licht - das sage ich nicht polemisch - auf den Grad oder auf die Qualität der Verhandlungen, wenn sozusagen im letzten Moment wichtige Dinge hereinkommen, die wir über Zusatzanträge, Dringlichkeitsanträge, Punktationen, Nachtragsanträge etc. beschließen (wenn man sich diesen Stoß an Besprechungsprotokollen hier ansieht, die ich persönl. dort geführt habe). Ich denke, das wirft ein bezeichnendes Licht auf diese "Ho-Ruck-Entscheidung", die im Prinzip gar nicht hätte sein müssen. Wir hätten nur die Übereinkunft treffen sollen, daß wir in Anbetracht der Wichtigkeit des Budgets und in Anbetracht der Dinge, die in Zukunft auf unsere Stadt zukommen, daß wir in Anbetracht dessen einfach noch sorgfältiger und noch verantwortungsvoller etc. sein sollten.

Wenn es - ich traue mich das nicht einmal zu fragen, ganz ehrlich gesagt, aber ich probiere trotzdem, es zu formulieren: Wenn es herinnen - abgesehen von den Fraktions-Obmännern - einen oder eine gibt, die über

den Umfang der beschlossenen Dinge vollends Bescheid weiß und daraus ihre Schlüsse ziehen kann, wie sich die Budget-Entwicklung für 1995 darstellt, derjenige möge jetzt aufstehen und sagen: "Ich weiß alles - über das, was besprochen wurde, ich weiß alles, was dort drinnen vorkommt, ich kann für mich 100 %ig beurteilen

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Zwischenruf! Haben Sie letztes Jahr gewußt, was Sie beschlossen haben?

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Das habe ich sehr wohl gewußt, ja!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hut ab!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Das habe ich sehr wohl gewußt, denn sonst hätte ich dort nicht zugestimmt!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das möchte ich bezweifeln!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Noch einmal zurück zum Budget. Sehen wir uns noch einmal an, wie das Budget exekutiert werden soll im Jahr 1995. Ich denke, wir haben so manche

Schallmauer durchbrochen, und wir haben so manches "goldene Kalb" geschlachtet. Das kann ohne Zweifel behauptet werden. Es gibt kaum Gewinner oder Verlierer beim ganzen; außer man würde sagen, daß man ein an sich konservatives Budget - so betrachte ich es auf weite Teile -, wenn man es vorne und hinten und auf der Seite sowie links und rechts abschneidet und sagt, das, was jetzt dasteht, ist sozusagen eine schlanke, arbeitsfähige Unterlage, mit der ich 1995 in jeder Hinsicht bewältigen kann, dann ist das, glaube ich, ein Irrtum. Weil ich nämlich denke, daß man ein Pferd nicht schneller macht, wenn man ihm die Haut abzieht. Ich denke, man müßte

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Da hat er recht!

Gelächter

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

....., sondern ich denke, es geht in Zukunft nicht, ohne daß wir in den einzelnen Problembereichen oder in den einzelnen Geschäftsbereichen einfach Visionen entwickeln, die nicht damit abgetan sind, wenn wir Kürzungen oder Zubeßen machen. Wir müssen einfach umdenken in manchen Dingen! Ich meine, daß wir umdenken im Sozialbereich, daß wir umdenken bei den kommunalen Betrieben etc. -

lassen Sie mich die einzelnen Punkte anführen.

Was schaut letzten Endes 1995 aus dem Budget heraus? Bzw. was ist das Conclusio dieser langen, wirklich sehr ausdauernden und auch anstrengenden Gespräche? Die Kürzungen bei den Beamten sind angesprochen worden mit 23 Millionen. Aber das geht ja nicht so einfach - ursprüngl. waren es 30 Mill., dann ist man darauf gekommen, daß 7 Mill. rechtens sind, also die kann man ihnen überhaupt nicht kürzen. 23 Mill. - auf diesem Stand sind wir heute, und das ist in das Budget eingeflossen. Aber wie soll es exekutiert werden? Wie sollen wir damit umgehen, wenn es weder Gespräche mit der Gewerkschaft gegeben hat, wenn eine Projektgruppe installiert werden soll, die mit den Beamten sprechen wird? Können wir jetzt schon behaupten, daß es bei den 23 Millionen bleibt? Oder können wir sagen: u. U. werden es 25 oder 22, vielleicht auch 20 oder 30. Das ist z. B. ein Punkt, der zwar numerisch im Budget aufscheint, aber noch lange nicht sicher ist!

Die nächste Projektgruppe - ich will vorausschicken, daß ich nichts gegen Projektgruppen habe, sie sind sehr, sehr wichtig. Aber wenn ich ein Budget beschließe, dann muß ich es umfassend beschließen! Mir ist schon klar, daß sich manche Dinge nicht einfach so ohne weiteres lösen lassen, indem man

sich ein paar Tage oder vielleicht auch Monate hinsetzt. Es muß ständig gearbeitet werden an Dingen, wo man glaubt, daß sie verändert werden müssen. Nächste Projektgruppe - öffentl. Verkehr. Das ist etwas, das mich sehr gefreut hat. Das ist auch etwas, wo bei mir persönl. sehr viel an Emotion drinnen war, daß wir endlich übereingekommen sind, daß es mit einer bloßen Erhöhung der Tarife nicht abgetan ist. Das war eine langjährige Forderung der GAL, daß auch in Richtung Attraktivierung, Verbesserungen den Bürgern die Möglichkeit gegeben werden muß, daß er das Verkehrsmittel auch annehmen kann - und zwar ohne, daß er irgendwo im Stau stecken bleibt etc. Aber die Projektgruppe selbst ist etwas, das zwar inhaltlich sehr gut klingt - ich wünsche dieser Projektgruppe sehr viel Glück -, aber auf der anderen Seite ist es bei der Projektgruppe geblieben, und es sind keinerlei Ansätze im Budget enthalten.

Nächste Projektgruppe - Kommunalbetriebe. Anscheinend ein heißes Thema! Ich habe mit Erstaunen dann noch einmal vernommen - wir haben ja stundenlang darüber gesprochen -, dort explodieren die Kosten und als einzige Möglichkeit, hier gegenzusteuern, installiert man eine Projektgruppe. Ich komme auf das Thema "Kommunalbetriebe" noch einmal zurück.

Projektgruppe "Bürgerspital" in Richtung Kultur. Hier soll überlegt werden, wie wir das Bürgerspital nutzen können. Hier soll auch überlegt werden, ob dort die Bibliothek hineinkommt, ein offenes Kulturhaus oder das Altstadt-Büro des Hrn. Dr. Kaiser. Projektgruppen - alles recht schön und gut! Aber das fließt nicht ins Budget ein. Das steht in keiner Art und Weise drinnen oder in Gemeinsamkeiten, die wir miteinander unterschrieben haben.

Das Problem des Fremdenverkehrsverbandes.

Etwas, das besprochen, aber letztendlich auch nicht gelöst wurde.

Das Problem der Sozial-Initiativen in unserer Stadt, das Problem des Sozialamtes überhaupt ist eines, welches einer grundsätzlichen Überlegung bedarf. Wenn wir daran denken, daß der Sozialbereich - nicht nur in Steyr, auch anderswo in Österreich -, eigentlich auf einer Struktur basiert, die unter einem Kaiser irgendwann einmal entstanden ist, die wir zwar verbessert haben, aber deren Effizienz noch immer nicht jene ist, die wir uns wünschen. Ich darf daran erinnern, daß es nicht einmal einen Computer gibt dort oben. Bei den vielen Dingen, die dort bearbeitet werden müssen, müssen die Beamten dort oben in irgendwelchen Karteien herumwühlen. Das alleine ist schon "Wahnsinn", wenn man nur daran denkt. Und daß man aber

im Gegenzug nicht daran denkt, daß u. U. das ganze Sozialsystem in der nächsten Zeit - vielleicht in den nächsten 2, 3 oder 5 Jahren - zusammen brechen wird - aus einer Unfinanzierbarkeit heraus. Daß man schon denkt, daß man z. B. eine GesmbH. gründet. Man denkt, aber es fließt nirgendwo ein. Ansätze sind in dieser Richtung nicht erkennbar!

Wenn ich auch daran denke, daß das APM nicht gebaut wird, daß die Kosten herausgestrichen wurden, dann kann ich mir das nicht einmal vorstellen. Ich kann mir das nicht einmal vorstellen! Wir wissen es doch ganz genau. Es wurde auch in einer GR-Rede von Hrn. StR Holub und seinerzeit noch von Hrn. VbGm. Sablik sehr eindeutig und auch sehr eindringlich darauf hingewiesen, daß wir in Steyr über 200 dringende Fälle haben. Mir ist alles schon ganz klar: daß wir ein Budget brauchen, mit dem wir arbeiten können, und daß das wiederum Kosten sind. Aber dann möchte ich bitte konkrete Ansätze in Alternativ-Richtungen. Was können wir im Sozialbereich machen? Was können wir bei der Altenbetreuung machen? Welche Möglichkeiten gibt es bei der Betreuung zu Hause? Etc., etc.

Ich möchte Sie nicht mehr länger langweilen; ich möchte nur noch darauf hinweisen, daß es uns sehr wohl nicht darum gegangen ist - hier muß ich auch Hrn. Dr. Pfeil beipflichten -, daß die vergangenen Budgets politische

Budgets waren. Bei Gott nicht! Uns geht es auch nicht um irgendeine vermeidbare Summe oder um irgendeine kleine Summe, weil wir dadurch unseren pol. Willen nicht durchgesetzt haben. Ich glaube, das wäre allzu billig! Das wäre wirklich allzu billig! Mir geht es darum, daß ich mir denke, daß jeder von uns hier herinnen eine persönl. Verantwortung hat - auch dem Bürger gegenüber -, daß er diese Verantwortung auch nützen soll, daß er sich umfassend und genau über das informiert, was er vielleicht in wenigen Minuten beschließt. Ich denke mir, daß ich trotz allem jeder Fraktion, die diesem Budget zustimmt, auch letztendlich dem Hrn. Bgm., viel Glück wünsche dazu, weil ich mir denke, daß Sie es probieren werden. Ich wünsche Ihnen viel Glück dazu - nicht nur, daß die Stadt profitiert, sondern daß auch der Bürger profitieren soll in Zukunft. Wenn es gelingt, ist es gut. Ich sehe es nicht, weil ich mir denke, daß es trotzdem noch zu wenig ist, was in dieser Richtung passiert ist. Ich kann für mich persönl. nur sagen, daß ich selbstverständl. meine Mitarbeit nicht aufkündige. Wir werden trotzdem versuchen, daß wir uns einbringen - wenn man uns läßt. Und ich sage es noch einmal: Wenn jemand von sich behaupten kann, daß er alles lesen und alles für sich entscheiden kann, was wir über 6 Tage miteinander besprochen

haben, der möge für sich entscheiden, ob er in Richtung Budget die Hand heben soll oder nicht! Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster ist Koll. Philipps am Wort.

GEMEINDERAT MAG.

HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, wertees Präsidium, werte Herren der Presse! Lassen Sie mich mit ein paar Worten aus der Sicht des Kulturausschusses einige kulturelle Aspekte beleuchten. Zunächst, glaube ich, im Sinn aller Mitglieder des Kulturausschusses sprechen zu dürfen, indem ich den Dank an das Personal des Kulturamtes übermitteln möchte.

Ich glaube, in einer angespannten Finanzlage, wie sie hier festgestellt wurde, ist es notwendig, Schwerpunkte zu setzen. Schwerpunkte, meine sehr verehrten Damen und Herren, wo ich glaube, daß sie sich jedes Jahr verändern müssen. Ich lehne nämlich auf alle Fälle dieses sog. "Gießkannen-Prinzip" mit aller Vehemenz ab! War es 1993 die Galerie Pohlhammer mit 200.000 S Subvention, 1994 - nach 6 Sitzungen des Kulturausschusses, bei einer der ersten Sitzungen übrigens - 300.000 S für den Kunstverein als Start-Subvention und somit eine weitere Förderung der zeitgenössischen

Kunst, so lassen Sie mich vielleicht mit ein paar Überlegungen das Jahr 1995 vorstellen.

Die Schloßgalerie soll natürl. wieder belegt werden - geplant sind 9 Ausstellungen in den beiden unteren Geschoßen. Das obere Geschoß soll nach wie vor dem Kunstverein zugesprochen sein und von diesem autonom belegt werden.

Die Stadtbücherei - wurde heute bereits erwähnt - soll auf alle Fälle einmal eine Klärung ihres Standortes erfahren. Dann ist es, glaube ich, unbedingt notwendig, hier ganz entscheidende Impulse zu setzen.

Das MAW wurde heute schon angesprochen; und auch das Industriemuseum. Ich mache Ihnen einen Vorschlag, meine sehr verehrten Damen und Herren. In Überlegung dieser finanziellen Situation schlage ich von dieser Stelle weg vor, daß man eine Überlegung in der Richtung anstellen sollte, ev. eine Kombination aus beiden zu erstellen und vielleicht im Jahr 1995 erste Überlegungen in dieser Richtung durchzuführen. Ich könnte mir vorstellen, daß hier in einer verkleinerten Form das Industriemuseum kombiniert werden könnte mit dem MAW. Damit würde man von der Budget-Situation her einen Betrag gewinnen, den man sicherlich sinnvoll verwenden könnte.

Aber eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie

mich ganz deutlich sagen. 1995 - und damit stehen wir als Sozialdemokratische Fraktion dahinter - wird im Zeichen der Jugendkultur stehen! Ich glaube, daß es höchste Zeit ist, in dieser Richtung entscheidende Vorstöße zu machen. Meiner Meinung nach wurde das am 2. Nov. deutlich von der Jugend gezeigt.

Die Stadt Steyr - eine Stadt, bei der ich glaube, daß es auch hier notwendig sein wird, eine sog. kulturelle Identität zu finden. In einem Ambiente, wie es unsere Stadt darstellt, könnte ich mir vorstellen, 1995 unter ein Motto "Chorfestival" zu stellen. "Steyr als Chorstadt" wäre meines Erachtens ein finanziell tragbarer Aspekt, den man mit unserem Potential in dieser Stadt sehr wohl durchführen könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, 1995 wird genauso wie das Jahr vorher gekennzeichnet sein von realitätsbezogenen Empfehlungen des gemeinderätl. Gremiums, dem Kulturausschuß. Und zwar unter Bedachtnahme dieses Sparbudgets, das, wie ich meine - und wie ich jetzt gehört habe -, nach bestem Wissen und Gewissen und mit sehr viel Anstrengung zusammengestellt wurde. Auf keinen Fall - und ich möchte davor warnen, meine sehr verehrten Damen und Herren - darf es usus werden, Scheinanträge zu stellen, unter dem Deckmantel, Visionen zu entwickeln und womöglich damit die Öffentlichkeit mit einem

vermeintlichen Engagement zu täuschen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Sie aufrufen zur gedeihlichen Zusammenarbeit im nächsten Jahr und zu einer verantwortungsbewußten

Vergabe von uns anvertrauten Geldern - ohne parteipolitischem, populistischem "Hick-Hack". Ich glaube, es ist nur gemeinsam möglich, diesen finanziellen Engpaß zu meistern. Daher darf ich Sie ersuchen, von seiten der Kultur, diesem Budget Ihre Zustimmung zu geben.

Zuletzt verbleibt mir noch der Wunsch an Sie alle, meine sehr verehrten Damen und Herren: Mögen Sie frohe und erholsame Weihnachten verbringen im Kreise Ihrer Verwandten und Freunde; und mögen alle Wünsche für das nächste Jahr für Sie in Erfüllung gehen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Nächster Redner ist Koll. StR Holub.

Ich gebe den Vorsitz an Fr. Vbgm. Mach ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren des GR! Der heiß erstrittene Voranschlag 1995 - hätte ich eigentl. meine Wortmeldung beginnen wollen. Ich möchte das korrigieren, er

war nicht heiß erstritten. Er war zum Teil ertrotzt durch den Auszug der Nicht-SPÖ-Fraktionen aus dem StS, und er war zum Teil errungen - nicht erstritten, wenn man an das Klima der Klausur denkt.

Koll. Apfelthaler, es ist sicher richtig - jetzt ist er nicht hier. Ich habe ihn so zu schätzen gelernt, und dann ist er nicht herinnen!

GEMEINDERÄTIN

EVA SCHEUCHER:

Moment, er kommt schon!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Gut. Ich möchte Dich nur zitieren, damit Du mir sagen kannst, ob ich Dich richtig zitiere. Du hast gesagt, "es ist zu wenig, was passiert ist". Meiner Meinung nach ist zu viel passiert in den letzten Jahren. Du hast gesagt, "wir werden uns einbringen, wenn man uns läßt" - das habe ich seit Jahren für die ÖVP gesagt, bei der Zusammenarbeit im GR ginge es darum, sich einbringen zu dürfen, und es ist sicherlich auch Eure neue Linie, Euch aktiv einbringen zu wollen. Du hast es in der Klausur bewiesen, und das wollte ich sagen, während Du herinnen bist. Die Art des "SICH-EINBRINGEN-KÖNNENS" ist es, was mich so sehr bewegt und was auch meine zweite Überschrift wieder hinfällig werden läßt, die ich gemacht hätte. Diese hätte nämlich heißen wie das Stadtmarketing-Konzept: Steyr

ist wieder da! Auch diese Überschrift paßt eigentl. so ganz und gar nicht, weil wir ziemlich viele, richtungsweisende Investitionen, die die Stadt wesentl. weiter vorantreiben könnten, zumind. nicht beschleunigt haben im Rahmen dieser Klausur unter der Finanznot, sondern eher mehr in den Bereich der Hoffnungen gerückt haben. Wir werden die großen Probleme unserer Stadt mit diesem Budget wahrscheinlich nicht automatisch lösen können. Dazu sind die Signale nicht gestellt. Die Sache mit dem Altenheim-Neubau in Münichholz wurde schon angesprochen. Natürl. ist nicht ein einziger Schilling drinnen. Das wäre für mich auch ein Grund - wenn man diese Feststellung nur so stehen ließe - zur Empfehlung, dem Budget nicht zuzustimmen. Aber die Projektgruppe, die an dem Standort arbeitet, ist rel. weit fortgekommen. Es fehlen aber noch einige sehr grundlegende Aussagen von jenen, denen der Grund gehört. Wenn wir in die Planung weiter hineingehen werden, so wird es zwei Möglichkeiten geben: erstens, was ich nicht wünsche, daß nämlich das Jahr 1995 noch ohne Maßnahme vergeht; oder zweitens, daß wir sehr schnell zu einem Ergebnis kommen. Dann erst wird man auch tatsächlich über ein Finanzierungskonzept sprechen können; und dann werden auch die sozial Berührten in diesem Raum die anderen

daran erinnern, daß es hier an der Zeit ist, zusätzl. Geld in die Hand zu nehmen - auch wenn es in der Sekunde nicht im Plan ist. Es wird schon notwendig sein, über einzelne Positionen auch noch nachzudenken. Wenn wir im Rahmen der Gespräche erlebt haben, daß z. B. die Verpflegskosten im Altenheim auf dem Tabor ziemlich stark reduziert wurden - viel stärker noch, als es der Leiter des Hauses gewollt hätte -, so möchte ich als Referent vor dem GR ein Versprechen abgeben: Sollte es dazu führen, daß in der Qualität der Verpflegung, die dargeboten wird, irgendeine Einsparung schon jetzt erkennbar sein sollte - sollte dies der Fall sein -, so werde ich mich vehement dagegen wehren! Ich weiß mich eines Sinnes mit dem Bgm. und unserer Fr. Vbgm. in diesem Belang. Also dieses Versprechen sollten wir wirklich abgeben! Hier möchte ich den gesamten GR dazu auffordern, daß das Gefühl - wir haben es ja gestern schon gehört beim Rundgang im Altenheim; die Angst ist schon da: "Man wird doch jetzt nicht wieder bei uns zu sparen beginnen!" -, daß dieses Gefühl wirklich nicht sein sollte. Wir werden uns hier ganz entschieden wehren müssen. Die Sparmaßnahmen beim Magistrat Steyr, die in der Klausur angedeutet wurden, werden naturgemäß von der Personalvertretung postwendend kommentiert. Das "Match" ist

längst noch nicht ausgestanden, das wissen wir. Es soll ja auch nicht so sein, daß das Personal zum Verlierer des Jahres 1995 wird. Aber mein Appell als Teilnehmer an der Klausur an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hause ist der, daß sie bitte dafür Verständnis haben sollen und mögen, daß auch von ihrer Seite Opfer abverlangt werden, die sicherlich schon im Rahmen der Klausur, auch ein wenig durch mich, abgemildert wurden; weil einiges, was vorgeschlagen wurde, doch allzu brutal war. Man sieht es ja auch in den 7 Mill. S. Unterschied vom ursprünglichen, nennen wir es salopp, Zagler-Lemmerer-Papier zum tatsächlichen Endergebnis der Klausur. Wir werden die Konsolidierung des Haushaltes - das hat Koll. Apfelthaler gesagt - mit diesem Voranschlag auch noch nicht erkennen können. Ich gebe zu, es gibt wahrscheinlich wirklich niemanden im Raum, der perfekt weiß, wie sich was auswirkt, wenn wir diesen Voranschlag so beschließen. Aber ich wage, die Behauptung aufzustellen, daß sich in den 21 Jahren, in denen ich Budget-Debatten miterlebt habe, noch nie jemand perfekt ausgekannt hat. Weil sich die Kameralistik - und das ist der Vorwurf - nicht an die Finanzgebarung in der Stadt hält, sondern weil die Kameralistik mit ihrem "Konto-Versteckenspielen" ganz einfach Tür und Tor öffnet zur Unklarheit; und weil die

jahresübergreifenden
Wirksamkeiten von
Entscheidungen, Investitionen,
Ausgaben ganz einfach
unerkennbar sind. Das quält den
kfm. denkenden Menschen und
das verwirrt jedenfalls den kfm.
"Unberührteren". Das ist also eine
Wahrheit, die so alt ist wie der
Versuch, in Gemeinden oder in
öffentl. Händen eine Art von
Rechnungswesen zu installieren.
Es ist sicherlich ein
Rechnungswesen, kann sein auch
ein geordnetes, das die
öffentlichen Hände bestreiten,
aber es ist jedenfalls alles andere
als ein kaufmännisches. Das muß
uns schon klar sein, denn daran
liegen auch einige der Probleme,
die es so gibt. Die kfm. Herzen
sollten aber bei all den
Versuchen, Synergien oder
Anteile an Wertsteigerungen
herbeizuführen und, was weiß
ich, was man im Laufe eines
Jahres an Vokabeln noch hören
kann, nicht dazu verwendet
werden, daß wir uns von der
sozialen Berührtheit entfernen.
Die Gefahr ist nämlich rel. groß!
Es kann nicht so sein, daß man
nach Rentabilitäten fragt im
Sozialbereich. Es kann nicht so
sein, daß man nach
Umwegrentabilitäten, die nicht
bezifferbar sind, bewertet,
welche Maßnahme stattfinden
soll im Sozial- oder
zwischenmenschlichen Bereich
und welche nicht. Es ist also ein
dramatischer Fehler, zu glauben,
daß wir die sozialen Netze kfm.
beurteilen können. Ein

dramatischer Fehler! Wir müssen sie beurteilen an den Möglichkeiten, sie zu mißbrauchen! Wir müssen auch daran arbeiten, daß die Mißbräuche beendet werden. Wir müssen daran arbeiten, daß die sozialen Institutionen, Vereinigungen etc. in unserer Stadt anerkannt werden, und daß es aus der Anerkennung heraus Freude macht, daran mitzuarbeiten; und daß dies nicht dazu führt, daß man sich um des Geldes willen sozial engagieren muß, weil gerade kein anderer Arbeitsplatz vorhanden ist. Daran krankt unsere Gesellschaft; und daran geht sie auch kaputt, daß wir die ganzen Sozialsysteme verlieren - unterwegs, ohne es zu bemerken! Wir verlieren unsere Herzen, meine Damen und Herren, in Zeiten wie diesen! Und wir sind in großer Gefahr, aus der Herzlosigkeit her verheerende Fehler zu machen. Wir - die Gesellschaft des Jahres 1994. Die Gesellschaft des Jahres 1995 wird sich von der des Jahres 1994 überhaupt nicht unterscheiden. Es werden nur einige neue Menschen auf der Welt sein, einige werden nicht mehr da sein, und es wird vielleicht aus dem kleinen "Pflanzerl", das aus der Klausur des StS - ergänzt durch den Fraktions-Obmann der GAL - gewachsen ist, ein neuer Geist der Zusammenarbeit im GR entstehen können. Vielleicht?! Da kommt jetzt noch das, was ich dazu unbedingt sagen muß,

wahrscheinlich ist es nicht sehr vornehm, wahrscheinlich ist es auch nicht sehr schön: Aber man wird dann aufhören müssen, damit dieses "Pflanzerl" existiert, sich gegenseitig "ans Knie zu pinkeln". Denn das Klima des gegenseitigen Vertrauens, das zart aufgebrochen ist, ist ungeheuer empfindlich gegen schärfere Winde. Das heißt nicht, daß wir uns nicht gegenseitig die Meinung sagen sollen, wenn wir verschiedener Ansichten sind - das wird es immer wieder geben. Das heißt jedoch, daß wir diese Diskussionen in Kultur stattfinden lassen sollen; daß wir uns gegenseitig aneifern sollten, in Wahrheit miteinander zu diskutieren, in Redlichkeit miteinander zu diskutieren und uns nicht gegenseitig nieder zu machen. Das wäre ein deutlicher Unterschied vom Jahr 1993 bzw. 1994 zum Jahr 1995 und in Richtung des endenden 20. Jahrhunderts!

Wir werden unsere Region vertreten müssen, wir werden 1998 die Landesausstellung haben, und wir werden uns - weiß Gott - darum bemühen müssen, hier auch repräsentativ vorzukommen.

Ich träume davon, meine Damen und Herren des GR, daß Steyr nicht nur durch schlechte Nachrichten bekannt wird. Ich träume davon, daß Steyr eines Tages dadurch bekannt wird, daß die Gemeindevertretung gemeinsam hinter einem Ziel nachgeht, nämlich Fortschritt für

die Stadt zu bringen - jeder nach seinen Fähigkeiten. Ich träume auch davon, daß das nicht einer dem anderen als Schwäche auslegt, wenn er sich um das Miteinander bemüht, sondern, daß man es anerkennt - jedem einzelnen nach seinen eigenen Talenten - als wichtigen Beitrag zum ganzen Ziel. Das wäre mein Wunsch, den ich diesem GR für das Jahr 1995 mitgeben möchte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich danke Hrn. StR Holub. Als nächster hat sich Hr. GR Oppl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

WALTER OPPL:

Sehr verehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrter Hr. Vizebürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Ich möchte ganz kurz zu einem Punkt Stellung beziehen, den Hr. Vbgm. Dr. Pfeil in seiner Rede angesprochen hat. Und zwar zum Kommunalzentrum, zu den explodierenden Kosten. Ich möchte versuchen, dies aus einer anderen Sicht zu betrachten, wobei mir schon bewußt ist, daß man eine Steigerung von - lt. einer Aussage - 5 bis 8 Mill. S auf 75 Mill. S nicht einfach so wegdiskutieren kann.

Ich habe mir erlaubt, einige Erkundigungen einzuholen, weil ich sicher war, daß dieses Thema auch heute ein Punkt im GR sein wird. Wahrscheinlich wird es

auch noch einige Redner nach mir geben, die ebenfalls über diese Thematik sprechen. Ich möchte nicht verabsäumen, diese Informationen hier darzulegen. Vielleicht gelingt es mir doch, die eine oder andere Meinung dahingehend zu wenden, daß wir dann - wenn es soweit ist und wir einen Beschluß fassen müssen, um das Kommunalzentrum weiter auszubauen - eine breitere Zustimmung haben.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist unbestritten, daß meine Mitgliedschaft hier in diesem Raum sicherlich kürzer ist als die ganze Diskussion um das Kommunalzentrum. Ich glaube aber auch, daß unbestritten ist, daß es hier in diesem Raume Einigkeit gibt, daß wir in allen Betrieben - vor allem in der Busgarage und im Städt. Wi-Hof - extremen Handlungsbedarf haben. Ich kann mich an ein Protokoll erinnern, wo auch Koll. Fürweger diese Feststellungen machen mußte. Wie gesagt, ich möchte jetzt nicht auf die Diskussion eingehen, wer was wann zu niedrig geschätzt hat. Ich möchte vielmehr darauf hinweisen, daß gesetzliche Vorschriften, wie Brandschutzbestimmungen, Dienstnehmerschutz, Gesundheits- und Sicherheitsaspekte, in diesen Betrieben nicht mehr erfüllt werden können.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Sind diese gesetzlichen Vorschriften jetzt neu gekommen? Oder wer hat das damals geschätzt?

GEMEINDERAT

WALTER OPPL:

Sehr geehrter Hr. Vbgm., ich glaube, es ist mir unbenommen, wenn ich mich über ein Thema informiere, daß ich hier auch meine Meinung dazu abgeben kann.

In bezug auf die Arbeitsbedingungen möchte ich daran erinnern - das ist sicherlich kein Geheimnis -, daß man schon ein Experte sein muß, wenn man unten in der Autobus-Garage das Tor aufmachen will. Da muß man - so wurde mir das geschildert - 3 bis 4 Mal mit dem Fuß auf einen best. Punkt treten, daß das Tor auf- bzw. zugeht. Wenn ein Gelenksbus repariert werden muß, ist es nicht möglich, das Garagentor zu schließen. Bei dieser Witterung muß ich nicht betonen, welche Bedingungen die Kollegen dort unten vorfinden. Jetzt kommt noch das "Über-Drüber": Die Koll. in der Autobus-Garage müssen nach dem Mittagessen ihr Geschirr - man muß sich das vorstellen! - auf der Toilette abwaschen, und zwar in einem kleinen Waschbecken, wo sich sonst die Autobus-Chauffeure die schmierigen Hände abwaschen.

Im Prinzip gilt dasselbe für den Städt. Wi-Hof. Dort kommt noch dazu, daß eine effiziente

Betriebsführung aufgrund der baulichen Gegebenheiten - bekanntlich handelt es sich ja um einen ehem. Bauernhof - nicht möglich ist. Wie ich bereits gesagt habe, herrscht meiner Meinung nach dort wirklich extremer Handlungsbedarf. Man sollte derartige Entscheidungen zur Lösung "nicht auf die lange Bank schieben". Ich glaube aber auch, daß es vielmehr unbestritten ist - wenn man schon Reparaturen bzw. Investitionen vornehmen muß, wie die Sanierung in der Garage oder im Wi-Hof -, daß man sinnvollerweise danach trachten soll, doch einen gew. Ökonomisierungs-Prozeß dadurch zu erreichen, daß die annähernd gleichen Aufgabenbereiche (wie z. B. den Werkstättenbereich, die Waschanlage u dgl.) zusammengefaßt werden.

Es kommt daher für mich nur eine Zusammenlegung dieser Arbeitsstätten in Frage, wodurch sicherlich eine Erhöhung der Effizienz der vorzunehmenden Arbeiten, wie Reparatur-Arbeiten, Wartung der Fahrzeuge etc., erreicht wird.

Nicht zuletzt wird man sicherlich auch - mittelfristig gesehen - im personellen Bereich Einsparungen treffen können. Es gibt für die Lösung nur zwei Möglichkeiten: entweder man kauft - wie es der GR beschlossen hat - etwas Bestehendes und adaptiert es, oder man entschließt sich zu einem Neubau einer entspr. Betriebsanlage. Bei

völlig emotionsloser Betrachtung kann diese Entscheidung eigentl. nur mit dem Rechenstift getroffen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, erlauben Sie mir nun kurz, einen Vergleich anzustellen. Was würde der Neubau eines solchen Kommunalzentrums kosten bzw. welche Konsequenzen hätte dieser? Zum ersten wäre einmal die Standortfrage zu klären, die wiederum sinnvollerweise ein zentrales Gebiet darstellen soll. Durch die Zusammenlegung der Autobus-Garge und des Städt. Wi-Hofes entsteht logischerweise auch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen durch das Zu- und Abfahren der Fahrzeuge. Was wäre die Konsequenz daraus? Wir hätten sicherlich als Empfangskomitee, als Begrüßung bei einem neuen Standort eine Bürger-Initiative, wodurch die Umsetzung eines solchen Projektes sicherlich erschwert wäre. Unabhängig davon muß man lt. DI Kremismayr, der ja Leiter der Projektgruppe ist - hier möchte ich betonen, daß die Projektgruppe seinerzeit nicht die Aussage getroffen hat mit den 5 bis 8 Mill. S. Sie ist erst im nachhinein installiert worden! Lt. Aussage des Projektgruppenleiters beträgt also - aufgrund einer Nachkalkulation bei ähnlichen Betriebsanlagen, wie bei versch. Straßenmeistereien in OÖ., im konkreten ist es die Straßenmeisterei in Wels bzw. in Ohlsdorf/Gmunden - der Mittel-

wert 15.000 S pro Quadratmeter Nutzfläche. Man muß mit diesem Betrag rechnen! Für ein Kommunalzentrum - wie es geplant ist - mit der Zusammenführung der Stadtwerke (die Busse, das Gas- und Wasserwerk, die Verwaltung) sowie des GB VII und der Stadtgärtnerei braucht man mind. - ebenfalls lt. Aussage von Hr. DI Kremismayr - 13.000 Quadratmeter Nutzfläche. Das würde bei einem Preis von 15.000 S an durchschnittl. Baukosten einen Gesamtbetrag von 195 Mill. S ausmachen. Und das ohne Grund und Boden!

Hr. Vbgm., das sind Daten, die bei der Oö. Landesregierung erhoben wurden.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das hat man alles vor eineinhalb Jahren nicht gewußt, wobei uns noch weiß gemacht wurde, daß das fast nichts kostet!

GEMEINDERAT

WALTER OPPL:

Hr. Vbgm., ich war vor eineinhalb Jahren nicht Mitglied des GR!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber das steht im Protokoll!

GEMEINDERAT

WALTER OPPL:

Ich habe eingangs gesagt, daß die Aussage mit den 5 bis 8 Millionen - von wem sie auch gekommen ist - nicht wegzudiskutieren ist.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Von wem kam diese Aussage dann?

GEMEINDERAT

WALTER OPPL:

Das kann ich nicht beurteilen. Offensichtlich konnte das ganze seinerzeit auch in diesem GR niemand beurteilen. Ich habe mir die Arbeit gemacht und anlässlich dieses Faktums, daß plötzlich 75 Mill. S an Sanierungskosten auf dem Tisch liegen, Recherchen durchgeführt.

Wie gesagt, das würde einen Betrag von 195 Mill. S an Baukosten erfordern, ohne daß die Grundkosten enthalten sind. Stellt man nun den Vergleich zur angekauften Haupt-Repa an, ergibt sich folgendes Ergebnis: der Gesamtpreis für das Gebäude und für den Grund hat 100 Mill. S betragen. Wenn man nun - unter einer realistischen Annahme in diesem Gebiet - den Quadratmeter-Grundpreis mit 2000 S annimmt und mit den 33.000 Quadratmetern, die dieses Grundstück umfaßt, multipliziert, ergibt sich ein Betrag von 66 Mill. S - das ist nur der Grundpreis! Sogar wenn man nur 1500 S/Quadratmeter berechnet, ergibt das einen Grundkostenanteil von rd. 50 Mill. S. Es verbleiben daher von den 100 Millionen Schilling - wenn ich den Grundkostenanteil in Höhe von 50 Mill. S abziehe - für die Gebäudebewertung

ebenfalls ca. 50 Mill. S. Zählt man nun die geschätzten Sanierungskosten von max. 75 Millionen S dazu, so kommt man auf einen Gesamtpreis der Errichtungskosten in Höhe von 125 Mill. S - im Vergleich zur fiktiven Annahme, lt. Auskunft der Oö. Landesregierung über durchschnittl. Baukosten, von 195 Mill. S. Das entspricht an und für sich Minderkosten von rd. 70 Mill. S. Und dies unter Annahme der ungünstigsten Bedingungen: nämlich lediglich der Kaufpreis von 1500 S/Quadratmeter und nicht wie er realistisch wäre von 2000 S/Quadratmeter sowie die Annahme der höchsten geschätzten Sanierungskosten von 75 Mill. S.

Ich bin mir aber bei den 75 Mill. S sicher, daß dieser Betrag durch die wirklich äußerst engagierte Arbeit der Projektgruppe gesenkt wird. Der Beweis ist ja bei der ersten Bauetappe bereits gelungen, wo eine Reduktion von geschätzten 14 Millionen auf tatsächliche 10 bis 11 Mill. S (das steht noch nicht genau fest, denn die Abrechnung ist nicht endgültig vollzogen) ermöglicht wurde. Hier wurde bereits eine wesentl. Kostenreduktion erreicht!

Meine Damen und Herren, ich betone es noch einmal: es ist unbestritten, daß die Aussage - von wem sie auch immer gekommen ist - nicht einfach wegzudiskutieren ist. Diese Aussage steht nach wie vor im Raum und wird auch immer im

Raum stehen. Aber bei einer realistischen Betrachtung, daß man sowohl im Städt. Wi-Hof als auch in der Städt. Busgarage etwas unternehmen muß und unter dem Aspekt, daß man solche Betriebe auch zusätzlich noch zusammenführt, wäre es u. U. unausbleiblich gewesen, einen Neubau in Angriff zu nehmen. Ich ersuche Sie, beim ganzen auch noch zu betrachten, daß durch die Zusammenlegung des Wi-Hofes mit den Städt. Betrieben und der Gärtnerei wesentl. Grundflächen als Bauflächen frei werden, die wirklich hochwertiges Bauland darstellen. Der Erlös von diesen Flächen, den die Stadt Steyr sicherlich noch bekommen kann, ist in meine theor. Berechnungen - von denen ich aber glaube, daß sie gar nicht so theor. sind - noch gar nicht einkalkuliert. Man muß auch diesen Faktor betrachten! Ich kann Sie daher nur einladen, es wirklich noch einmal nach diesen Kriterien zu überprüfen. Vielleicht können Sie sich dann auch meiner Meinung anschließen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke für den ausführlichen Bericht. Nächster Redner ist Hr. StR Eichhübl.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Zwei Gründe sind es, wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR, daß ich nach der

Fraktionserklärung unseres Fraktionsobmannes, Dr. Pfeil, hier herauskomme und auch einige Anmerkungen zu dieser Budgetvorlage für 1995 abgebe. Zum einen ist es die Tatsache, daß ich nach etwa 15jähriger Tätigkeit hier in diesem GR feststellen kann, daß es eine derartige Vorgangsweise bezüglich der Budget-Erstellung bis dato noch nicht gegeben hat. Zum zweiten ist es der Umstand, daß ich in einer Fraktion tätig bin, die keinem der Mitglieder ein gew. Abstimmungsverhalten aufdrängt. Daher möchte ich vor diesem GR mein Abstimmungsverhalten in kurzen Worten bekanntgeben.

Ich darf gleich dort beginnen, wo mein Vorredner Koll. Holub aufgehört hat; nämlich beim jetzigen Zwischenruf, beim Kritiküben. Diesen darf ich schon fortsetzen über die Vorgangsweise. Denn daß es nämlich dazu gekommen ist, daß wir etwa 100 Stunden beraten haben, und daß dies so ganz freiwillig geschehen ist von seiten der Mehrheitsfraktion, das möchte ich schon sehr deutlich klarstellen. Sondern es war eben eine gew. Notsituation, denn anfangs hat es - darauf hat auch Dr. Pfeil hingewiesen - nicht so ausgesehen, daß man gesprächsbereit gewesen wäre und so wie in den vergangenen Jahren versucht hat, mit den zuständigen Referenten und mit den Parteienvertretern ordentliche Gespräche zu führen,

um ein Budget womöglich einstimmig beschließen zu können. Der Auszug der ÖVP- und FPÖ-Fraktion im StS war es, der dazu geführt hat - das möchte ich hier noch einmal sehr deutlich klarstellen. Es ist ja bestimmt auch kein besonderes Ruhmesblatt, wenn ich daran denke, daß vorerst eine sehr schmalbrüstige Budget-Vorlage vorgelegt wurde. Da hat eine Reihe gefehlt. Die Darlehensaufnahme war nicht beinhaltet, die Rücklagenaufnahme war nicht beinhaltet, der Dienststellenplan war nicht beinhaltet; und ebenso hat auch der Schuldendienst gefehlt, was im übrigen nicht bes. von Bedeutung gewesen wäre - Koll. Holub hat es bereits erwähnt -, weil er ohnehin nicht gestimmt hat oder gestimmt hätte.

Es hat also eine mehrtägige Besprechung der StS-Mitglieder gegeben, die schlußendlich das Ergebnis, das heute hier vorliegt, gebracht hat. Ich darf hier feststellen, daß ich auch als Referent nicht bes. zufrieden bin mit einigen Ansätzen im Budget. Das betrifft im bes. den Bereich der Erdgasversorgung, wo wir wesentl. größere Investitionen vorgesehen gehabt hätten, und wo man eben auch aus Sparsamkeitsgründen den Rotstift angesetzt hat. Es fehlen - und das tut mir bes. weh - die Bereiche Ortskai, Fischergasse. Koll. Payrleithner hat gerade genickt, denn er weiß, welche

Anforderungen dort unten vorhanden sind. Er weiß, daß es auch quasi Zusagen gegeben hat von Hrn. Bgm. Er weiß, daß es dort Leute gibt, die im Nahbereich der Enns wohnen und ständig mit Hochwässern konfrontiert werden und denen dort die Kohlen "davon schwimmen". Das möchte ich auch sehr deutlich sagen. Aber bitte, das wird man ihnen erklären müssen! Denen schwimmt selbstverständlich auch das Ölfaß davon. Ich glaube, schon alleine im Sinne des Umweltgedankens müßte man hier doch im Verlaufe des Budgetjahres noch in der Lage sein, dort Aufschließungsmaßnahmen tätigen zu können. Es fehlt auch - das erwähne ich nur der Vollständigkeit halber - die Erdgasaufschließung im Bereich Hinterberg.

Es ist auch ein Wunsch gewesen - ein "Wunsch" ist eigentl. gar nicht der richtige Ausdruck, sondern eine Notwendigkeit wäre es gewesen, im Bereiche des Fuhrparks der öffentl. Verkehrsmittel der Stadt Erneuerungen vorzunehmen. Dies deshalb, weil man ja in den letzten 3 Budgetjahren in diesem Bereich zurückgehalten hat. Man hat keine Neuanschaffungen deshalb getätigt, weil die letzten Budgets eben derart gestaltet waren und nicht geeignet waren, dort diese Mittel unterzubringen. Aber ich kann auch feststellen, daß es doch erfreulicherweise

aufgrund der Besprechungen schließlich dazu gekommen ist, daß zumind. Mittel bereitgestellt werden für den Ankauf von 2 Bussen und auch weitere Maßnahmen ergriffen werden, um den öffentl. Verkehr attraktiver zu gestalten. Ich will jetzt im einzelnen gar nicht darauf eingehen, denn es wurde bereits am heutigen Tage sehr ausführlich darüber gesprochen. Koll. Zagler hat gesagt, daß die letzten 3 Budgets Wahlkampfbudgets waren. Jetzt weiß ich nicht genau: Ehrt ihn diese Aussage, weil er einmal so ehrlich war oder hat er wirklich übersehen, daß es eigentl. gar nicht notwendig gewesen wäre, Wahlkampfbudgets zu erstellen?! Denn er hat offensichtlich übersehen, daß die Wahl für die SPÖ bereits 1991 verloren gegangen ist. So wäre es hier durchaus möglich, eine Reihe von Anmerkungen zu machen, und man könnte es sich wirklich sehr leicht machen, diesem Budget begründetermaßen die Ablehnung zu erteilen. Ganz einfach: Man könnte sagen, man ist dagegen, daß im Bereiche des Personals rigorese Einsparungs-Maßnahmen vorgesehen sind, daß auf der anderen Seite der Wirtschaft durch Entzug gewisser Bautätigkeiten Substanz entzogen wird usw. und so fort. Man könnte sich eine Ablehnung wirklich sehr leicht machen. Aber ich glaube, daß man auch das vorliegende Budget in seiner Gesamtheit sehen muß. Da ist es

eben einmal nicht wegzuleugnen, daß gerade in diesem Budget erstmals Freiheitl. Ansätze erkennbar sind, wenn auch nicht in dem Ausmaß, wie wir uns das vorgestellt haben und wie wir auch immer wieder im Verlaufe dieser Klausurtagungen und -nächte gefordert haben. Ich darf nur daran erinnern, daß wir uns vorgestellt hätten, daß wir nicht nur beim Personal hier in diesem Haus einsparen, sondern auch bei uns selbst. Wir hätten uns vorgestellt, daß beispielsweise im Bereich der Repräsentationsmittel, Verfügungsmittel, im Bereich des Bgm.-Bezuges wesentl. größere Einsparungspotentiale ausgenützt hätten werden können. Aber wir anerkennen, daß man bereit ist, eine 10 %ige Kreditsperre - da gehört auch die Parteienfinanzierung dazu, darf ich sehr deutlich unterstreichen - zu machen. Es liegt nun an uns, daß wir auch den Budget-Vollzug sehr deutlich beobachten. Das scheint mir gewährleistet, weil ja mehr oder weniger vereinbart wurde - ich hoffe, so wird es auch noch festgeschrieben -, daß der StS über die budgetäre Situation vierteljährlich zu informieren ist und daher auch eine gew. Kontrollmöglichkeit vorhanden ist. Das ist im übrigen auch der Wunsch der ÖVP, der in Form eines Zusatzantrages vorliegend ist. Ich freue mich auch, daß sich mein Vorredner so sehr für den Bereich der Stadtwerke

eingesetzt hat, der nicht nur mir, sondern auch vielen anderen Mandataren große Sorge bereitet - das ist der Verkehrsbetrieb in seiner Beengtheit. Es ist wirklich ein unzumutbarer Zustand, der dort unten schon seit Jahren vorherrscht. Weil eben solche Zustände aufgrund von Platzmangel, wie Sie das soeben geschildert haben, Hr. Koll. Oppl, nach wie vor Realität sind, ist es wirklich notwendig, daß in der nächsten Phase der Übersiedlung der Verkehrsbetrieb in diesem neuen Kommunalzentrum installiert wird. Aber eines muß ich schon sehr deutlich sagen: Es ist nicht wegzudiskutieren, daß man von völlig falschen Voraussetzungen - was die Finanzierung betrifft - ausgegangen ist. Hier hat Hr. Dr. Pfeil wirklich sehr recht, wenn er einige Zwischenbemerkungen gemacht hat. Es ist nämlich ein Unterschied, wenn man davon ausgeht, daß Zahlen genannt wurden, die um die 7 Mill. S liegen, weil das so geeignet ist, und dann kommen wir plötzlich darauf, daß es 74 Mill. S kostet. Ich glaube, das ist sehr wohl ein Unterschied, und das kann man einfach nicht wegdiskutieren, so notwendig es auch ist, gew. Bereiche dort oben anzusiedeln. Darüber, in welcher Reihenfolge bzw. in welchem Ausmaß dies in den nächsten Jahren notwendig ist, bin ich mir im klaren. Aber wie die Umsetzung möglich sein wird, steht heute noch in den Sternen. Denn ich bin überzeugt

davon, meine Damen und Herren, wenn wir heute dieses Budget beschließen und von einem Sparbudget reden, dann wird es uns nicht erspart bleiben, daß wir auch rechtzeitig beginnen - das sollte eigentl. schon Anfang nächsten Jahres sein -, uns Gedanken zu machen über die Finanzierung des nächsten Budgets, nämlich des Budgets 1996. Denn eine Reihe von Vorhaben, die 1995 hätten durchgeführt werden sollen oder müssen, haben wir auf das nächste Budgetjahr 1996 verschoben. Ich möchte hier bestimmt nicht Schwarzmalerei betreiben, aber ich glaube - diesbezüglich sind wir uns alle einig -, das wird uns auch noch einiges Kopfzerbrechen bereiten. Abschließend darf ich daher - Sie haben es ja an meinen Ausführungen erkannt - bekanntgeben, daß ich diesem Budget die Zustimmung geben werde. Ich habe die wichtigsten Gründe meiner Zustimmung genannt. Wir werden - das darf ich abschließend nochmals unterstreichen - von Seiten der Freiheitl. GR-Fraktion den Vollzug des Budgets sehr genau beobachten und werden sehr wohl auch dort und da Kritik anbringen; denn das ist sicherlich notwendig, wenn ich daran denke, daß es uns womöglich so ergeht, daß wir einen Nachtragsvoranschlag beschließen sollen, wie der heutige für das laufende Jahr vorgelegt wurde. Ich glaube, es

muß gewährleistet sein, daß uns so etwas nicht wieder passiert! Ich habe in früheren Jahren, als ich noch Fraktionsobmann war, hier sehr kritische Bemerkungen gemacht, habe es auch nicht verabsäumt - das möchte ich auch heute tun -, allen Bediensteten des Hauses, allen Mandataren und ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und viel Glück im neuen Jahr zu wünschen. Damit möchte ich meine Anmerkungen zum Budget 1995 abschließen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hr. GR Lengauer bitte.

GEMEINDERAT
ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des GR! Bitte entschuldigen Sie meine Stimme, aber die Grippe läßt mich fast nicht reden. Als Nicht-Finanzfachmann sehe ich manches ein bißchen anders. Schon den Beginn der Budget-Verhandlungen möchte ich ein bißchen anders darstellen. Für mich ist das erste Papier ein kleines "Spielchen" gewesen. Das erste Papier, das wir im November bekommen haben, das wir vom Finanzreferenten und vom ersten verantwortl. Beamten für die Finanzen bekommen

haben. Für mich stellt sich hier die Frage: Was wollte man eigentlich mit diesem Papier? Wollte man uns prüfen, ob wir aufmerksame Gemeinderäte sind? Oder haben sie uns nicht ganz ernst genommen als Gemeinderäte? Oder ist es nicht besser gegangen? Gott sei Dank haben die Stadträte in der Klausurtagung das alles wettgemacht und - wie die Vorredner gesagt haben - einen ganz guten und fast einvernehmlichen Ansatz zustandegebracht. Der schlechte Anfang hat vielleicht ein gutes Ende gebracht!

Ich hoffe auch, daß sich aufgrund der quartalsweisen Kontrolle ein neuer, besserer Budget-Aufbau und ein besseres Budget-Verständnis ergeben könnte. Was mich aber heute ganz arg schockiert hat, war, daß wir drei Wahlkampf-Budgets beschlossen haben. Das hat mich wirklich schockiert! Ich habe immer gemeint, wir hätten letztlich doch versucht, über die Parteipolitik hinaus Budgets zu finden. Wir haben gerade im Vorjahr ganz schwer gerungen, für die Stadt Steyr und wirklich weg von der Parteisicht, dem Budget zuzustimmen.

Nun noch einige Bemerkungen. Ich habe auch das ganze Budget nicht voll durchschaut. Ich kann das auch nicht! Ich habe versucht, in den Bereichen Schule und Kultur einige Dinge anzusehen. Mir fehlt - vielleicht habe ich es nicht gefunden - bei

den Schulausgaben ein Budgetposten für die Ausgaben der ganztägigen Schulform. Sicherlich heißt es, daß dies dann vom Land bezahlt wird, aber die Stadtgemeinde hat das, was das Land ausbezahlt, dem Land zu refundieren.

Leider habe ich auch den Budgetposten für die Computer für die Direktoren nicht gefunden. Darauf habe ich in einer GR-Sitzung vor einiger Zeit schon hingewiesen.

Bei der Kultur fehlt mir einiges! Ich bin traurig, daß für die Zentralbücherei überhaupt keine Vorsorge getroffen ist. Wir haben große Beratungen abgehalten. Der Hr. Kulturreferent hat fast Versprechungen abgegeben, wie das nun alles laufen wird, und nun muß ich feststellen, daß NULL Schilling dortstehen.

Hr. GR Philipps sprach von einem Schwerpunkt "Jugendkultur". Dann finde ich den Literaturpreis der Jugend nicht. Oder halten wir das heutzutage nicht mehr für Jugendkultur? Ich meine, daß auch diese Art der Jugendkultur gepflegt werden muß, wenn wir von Jugendkultur reden. Ich habe keinen Ansatz gefunden! Auch hier waren im Kulturbeirat Versprechungen gemacht worden. Ich finde sie nicht erfüllt.

Es stört mich auch, daß das Jugendfestival - von dem Koll. Philipps bereits gesprochen hat - nur versteckt beim Theaterbudget irgendwo drinnen zu finden und kein eigener Posten

ist, wenn es der große Schwerpunkt des Jahres 1995 sein soll! Eine kritische Bemerkung möchte ich auch noch anbringen. Als ich das letzte Blatt der Freiheitlichen Partei gelesen habe, mußte ich feststellen, daß für alle Erfolge der letzten drei Jahre die Freiheitl. Partei zuständig war und für alle Mißerfolge die anderen Parteien. So war es zu lesen!

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Glaubst Du das?

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Nein!

Gelächter

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Ich meine, wenn Hr. Vbgm. Dr. Pfeil vorerst sagte, daß diese schlechte erste Vorlage des Budgets eine Verantwortung des Finanzreferenten ist, dann muß ich in Anlehnung fragen: Ist nicht dieser Fehlansatz im Budget auch eine Verantwortung des Kulturreferenten? Liegt es nicht auch in der Verantwortung des Kulturreferenten, daß wir es bis heute noch nicht geschafft haben, in ganz kleinen Dingen etwas zu vollbringen? Nämlich dort, wo es um einen Kulturkalender geht, daß wir hier einmal eine Einigung bringen! Oder daß wir endlich wissen, wer in Kultursachen Verhandlungen führt - wie es z.

B. in letzter Zeit war, daß mit einer Schule eine Ausstellung geplant ist, der Schule Versprechungen gemacht wurden, die Schule einen eigenen Freigegegenstand eingerichtet hat, und dann mußten wir letztendlich darauf kommen, daß niemand weiß, wer hier Aufträge gegeben oder Gespräche geführt hat. Ich würde also bitten, diese Verantwortung auch wahrzunehmen und zu schauen, daß im eigenen Verantwortungsbereich auch Erfolge kommen! Das wären nur einige Gedanken, die ich mangels meiner Stimme vorbringen wollte. Wir werden im Vertrauen auf die schon immer jetzt angeführte, gute Arbeit der Stadträte dem Budget zustimmen können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich gebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile der nächsten Debattenrednerin, Fr. Koll. Radmoser, das Wort.

GEMEINDERÄTIN
EDITH RADMOSER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR, gestatten Sie mir auch ein paar Worte zum Thema "Alten- und Pflegeheim Tabor". Der gesamte GR hat einstimmig beschlossen,

das APT zu modernisieren und den Pflegestandard zu verbessern. Wir sind dieses Vorhaben ziemlich zügig angegangen, sind auch schon rel. weit gekommen; nur jetzt zwingt uns leider die finanzielle Situation der Stadt, etwas kürzer zu treten. D. h., Vorhaben, die für 1995 geplant gewesen wären, müssen wir zum Teil in das nächste Jahr verschieben. Aber aufgeschoben soll nicht aufgehoben sein! Speziell möchte ich hier die Pflegebetten ansprechen. Wir haben bereits 100 Pflegebetten angeschafft, im kommenden Jahr sind es noch 40. Gott sei Dank konnten wir diese anschaffen - wirklich zum Wohle der Bewohner dort oben. Damit können wir nämlich sagen, daß wir jetzt jedem, der eines benötigt, der es wirklich dringend braucht, eines zur Verfügung stellen können. Eben zum Wohle derer, die es benötigen, aber auch zur Erleichterung des Pflegepersonals. Gott sei Dank haben wir auch noch Bewohner oben, die etwas mobiler sind und noch alleine aufstehen können. Ich glaube, so können wir es verantworten, daß wir das einfach noch ein bißchen aufschieben.

Nicht verantworten können wir jedoch - hier muß ich mich meinem Vorredner StR Holub anschließen -, wenn die Verpflegung nicht stimmen sollte. Auch mir ist dieses Gerücht zu Ohren gekommen, daß

die Stadt Steyr auf Kosten der Bewohner des Altenheimes einsparen will - und zwar die Verpflegung betreffend, in puncto Qualität, aber auch in puncto Quantität. Bei der Qualität kann es keine Diskussion geben - die muß einfach stimmen!

Bei der Quantität kann man sicherlich das eine oder andere überdenken. Ältere Leute haben eben gerne einmal abends eine Mehlspeise oder etwas Leichteres, weil es bekömmlicher ist und sie dann besser schlafen können. Oder wenn ich an den Sonntag denke, wo kalte Verpflegung angesagt ist, daß 20 dag Aufschnitt berechnet sind. Mir wäre es zuviel, ich würde es nicht wegbringen. Da sollte man einfach auf die Wünsche der Betroffenen eingehen. Wenn diejenige Person weniger oder etwas Leichteres will, dann soll man dem auch nachkommen. Aber die Sinnhaftigkeit mancher Speisen ist sicherlich zu überdenken. Für mich ist es nicht ganz einsichtig, daß man tiefgefrorene Erdbeerknödel einkauft, wenn man im Haus wahrscheinlich kostengünstiger auch eine Mehlspeise anfertigen könnte. Oder die Tatsache, daß so viel Fleisch verabreicht wird und so wenig Gemüse. Obwohl es wissenschaftl. erwiesen ist, daß allzu viel Fleisch nicht gesund ist. Hier wäre meine Bitte und mein Ersuchen, daß der Speiseplan überarbeitet wird - und das bitte unter Hinzuziehung der Diätassistentin

STADTRAT
KARL HOLUB:

Die macht ihn ja! Das ist die Katastrophe!

GEMEINDERÄTIN
EDITH RADMOSE:

Dann müssen wir eben andere beiziehen, aber so kann es wirklich nicht sein! Die Leute jammern, daß sie so viel Fleisch bekommen, obwohl ihnen eine Hausmannskost bzw. Gemüse oder Mehlspeisen wesentl. lieber wären. Gesund ist es nicht und beißen können sie es schwer - also so kann es doch wirklich nicht sein! Es wäre wirklich meine Bitte, daß man das noch einmal überarbeitet! Wie gesagt, meine BITTE, aber nicht an das Christkind, sondern an den Küchenchef; und wenn es geht, im Jahr 1995 noch!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort ist Hr. Koll. Spöck.

GEMEINDERAT
WILHELM SPÖCK:

Werter Hr. Bgm., werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Ich möchte mich in meiner Budgetrede noch einmal ganz kurz mit dem Personal befassen. Die Steigerungen bei den Personalausgaben betragen ja - wie wir gehört haben - von 1988 bis 1994 runde 55 %. Unter Berücksichtigung des Personalaufwandes betragen die

Kosten schon weit über 50 %, wie wir von Mag. Lemmerer gehört haben, Koll. Zagler hat heute von 42 % gesprochen. Beim Schuldenstand gibt es auch keine Einigkeit. Wir haben zunächst von Mag. Lemmerer einen Schuldenstand von 800 Mill. S gehört, vom Finanzreferenten einen in Höhe von 778 Millionen, Hr. Dr. Pfeil hat von 783 Mill. S gesprochen. Wie hoch er wirklich ist? Ich persönl. weiß es nicht!

Mittlerweile haben wir Gemeinderäte ja schon drei Voranschläge 1995 bekommen. Den letzten vor einigen Tagen, heute hat es auch noch Änderungen gegeben.

Alleine dieser Umstand würde für mich genügen, um dem Finanzreferenten das Mißtrauen auszusprechen. Das Instrument des Mißtrauensantrages gibt es leider nicht - der Finanzreferent ist ja von seiner eigenen Fraktion (er ist im Moment nicht anwesend, aber das wird ihm sicher weiter berichtet) bestellt worden. Aber, wie wir heute hören und lesen konnten, hat sich dieses Problem gelöst.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Er hört auf, oder?

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Er hört auf, ja!

Zum Glück für die Stadt ist - wie wir auch schon gehört haben - nach tagelangen Verhandlungen, von 100 Stunden wurde

gesprochen, ein Ergebnis gekommen, das für mich zum Teil - gerade beim Personal - sehr erfreulich ist. Man bedenke: keine Neuaufnahme mehr ohne **einstimmigen** Beschluß. So etwas hat es noch nie gegeben. Oder Postenbeschreibungen bzw. -bewertungen - bis jetzt hat es hier im Hause keine Postenbeschreibung, keine Postenbewertung gegeben. Überarbeitung der Beförderungsrichtlinien - auch von mir schon in den letzten Jahren angesprochen. Ich habe immer wieder auf die Unterschiede hingewiesen zw. Bundesdienst und hier im Hause - mit 100.000en S im Jahr Unterschied. Die weiteren Einsparungen, wie bei den Überstunden, sind ebenso sicherlich zu begrüßen. Beim angemeldeten Personalaufwand - ein Betrag, der gekürzt werden soll um 23 Mill. S. Hier gebe ich Koll. Apfelthaler recht, die Sicherheit ist noch nicht gegeben! Die Arbeitsgruppe möchte ich auch bei dieser Gelegenheit begrüßen. Neg. finde ich, daß gerade für Familien und sozial Schwächere Budgetforderungen unserer Fraktion leider nicht erfüllt wurden. Ich habe aber auch aufgrund der budgetären Situation dafür Verständnis. Daher auch die Zustimmung von meiner Person.

Wäre ich jedoch ein Lehrer und müßte Noten vergeben, der Finanz-Stadtrat würde von mir "Nicht genügend" bekommen -

aufgrund der Ausbesserungen, aufgrund der zähen Verhandlungen der StS-Mitglieder. Ich möchte mich bei allen StS-Mitgliedern bedanken, insbes. auch bei unserem Fraktionsobmann, StR Schloßgangl, der sicherlich federführend war für den heutigen Zusatzantrag, bzw. beim Koll. Holub, der - wie man gehört hat - Nachhilfe-Unterricht gegeben hat beim Voranschlag.

Ich werde daher zustimmen. Aufgrund dieser zähen Verhandlungen, glaube ich, kann der Schüler aufsteigen mit einem "Genügend".

Bezüglich Kommunalzentrum - damit wird sich Koll. Jansky noch befassen. Wir haben uns auch im Prüfungsausschuß damit beschäftigt. Für alle Mitglieder war die Situation unverständlich, wenn ich z. B. an den Bauherrn denke, der von der Arbeitnehmerschutz-Ordnung überhaupt keine Ahnung gehabt hat. Die Kostenfrage ist heute auch schon gestellt worden. Wir haben im Prüfungsausschuß den einstimmigen Beschluß gefaßt, daß sich der Finanz- und Rechtsausschuß damit befassen wird, und es wird dann damit in den GR gegangen werden. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke Koll. Spöck. Nächste am Wort ist Fr. Kollegin Lohn-ecker.

GEMEINDERÄTIN

BRIGITTE LOHNECKER:

Sehr geehrter Hr. Bgm., sehr geehrte Fr. Vbgm.! Ich hoffe, dieses - da kann man schon fast sagen - Fiasko bei der Erstellung dieses Budgets war ein einmaliger "Ausrutscher". Ich muß schon sagen, ich finde Steyr ist einmalig und einzigartig. Denn ich habe noch nie von einer Stadt gehört, wo sich die Stadträte zusammensetzen und ein Budget erarbeiten, weil es sonst an und für sich nicht möglich wäre.

Ich habe trotzdem - bei aller Hoffnung und bei dem Gefühl "Gott sei Dank", daß dieses Budget steht - sehr wenig Verständnis gehabt, daß diese heutige Sitzung noch so kurzfristig angesagt wird. Wenig Verständnis deswegen, weil es natürl. überhaupt nicht möglich war, sich genauer damit auseinanderzusetzen. Ich habe mich nämlich nicht umfassend vorbereiten können, nicht einmal für diese Bereiche, wo ich an und für sich auch im Ausschuß mitarbeite, weil ich auch voll erwerbstätig bin. Erwerbstätig muß ich sein, weil - obwohl so oft geredet wird über die hohen Politikergehälter - ich von meiner Entschädigung als GR durchaus nicht leben könnte. Das wäre nämlich weitaus unter der Geringfügigkeitsgrenze und eigentl. müßte ich da keine Steuern zahlen.

Die Vorbereitung für den Sozialbereich wurde mir persönlich sehr erschwert durch diese mangelnde oder eigentl. nicht vorhandene Kooperation

seitens des Leiters des Sozialreferates. Ich spreche von Hrn. Dr. Starzengruber. Ich rede jetzt nur von mir, ich weiß nicht, wie es den anderen Mitgliedern des Sozialausschusses geht. Auskünfte bekommt man schwer oder eigentl. gar nicht. Beim letzten Mal - da hat dann die Frau Vizebürgermeisterin den Vorsitz gehabt und gesagt, daß sie natürl. dazu steht. Ich kann auch nicht verstehen und ich habe kein Verständnis, wenn mir von ihm gesagt wird, er ist nur der Fr. Vbgm. verantwortlich und eigentl. braucht er uns keine Auskünfte zu geben.

Ich fühle mich auch verschaukelt, wenn er mir sagt, daß ich diese Unterlagen bekomme - es ist nur um eine Auflistung der Transferzahlungen gegangen, weil ich gerne wissen wollte, ob das an und für sich drinnen ist -, und er schickt mir (hinterlegt im Büro des Hrn. Bgm.) eine Kopie vom Budget. 2 Seiten vom Budget! Lesen kann ich selber auch!

Ich habe bei meinem Antritt - als ich zum 1. Mal hier gesprochen habe - gesagt, und ich habe das ernst gemeint, daß ich für Zusammenarbeit bin. Ich bemühe mich, mit jedem von jeder Fraktion zu sprechen, sprechen zu können. Ich denke, es gehört auch dazu, daß man trotz dieser verschiedenartigen fraktionellen Meinungen eine Gesprächsbasis hat. Diese Zusammenarbeit geht für mich auch auf Beamtenseite.

Aber, ganz ehrlich, so kann ich das nicht akzeptieren!

Zum Budget selber. Ich weiß, wir müssen sparen! Es gibt aber trotzdem genug Bereiche - wie ich gesehen habe -, wo Ausgaben erhöht werden. Ich denke nur an die Personalausgaben in der Gruppe 0 - die sind also erhöht worden ... das muß ich nicht aufzählen. Fix gespart wird allerdings schon bei den Initiativen der Steyrerinnen und Steyrer. Frauenhaus, Eltern-Kind-Zentrum - hier gibt es keine Erhöhungen. Ich lasse mich jetzt auch gar nicht darüber aus, das weiß ohnehin jeder selber.

Froh bin ich, daß es zur "Drehscheibe" - zu dieser Kinder-Kurzbetreuung - wenigstens eine mündliche Zusage gibt, daß sie eine kleine Finanzierung bekommen. Ich denke schon, daß trotz aller Beteuerungen, wie wichtig uns die Menschen sind, Sozialeinrichtungen nicht den absolut höchsten Stellenwert haben. Paradox ist für mich eines: Ich habe das Projekt der "Drehscheibe" nach Brüssel hinausgeschickt, habe es auch mitgenommen, als ich draußen war und ließ es durchchecken. Ich habe gefragt, ob das eine Möglichkeit einer Förderung vom Ziel-2-Gebiet wäre, von der Strukturförderung. Dort wurde mir gesagt, daß dieses Projekt sehr wohl Aussicht hat auf Förderung, sogar eine rel. große, nur müssen auch nationale Mittel sichergestellt werden. Ich frage mich jetzt schon, wenn man

darauf gar nicht Rücksicht nimmt: Will man das verhindern? Oder was ist sonst? Es ist mir auch völlig unverständlich, daß ich heute im Budget die Mittel für den JGR nicht gefunden habe, wo wir immerhin sehr lange diskutiert haben und wo wir uns einig waren, daß er stattfinden wird. Sehr verwundert war ich auch, daß ich - obwohl ich davon weiß, daß es ein neues Projekt gibt - hier überhaupt keine Mittel finde. Das Projekt heißt "Kinder und Familie in Steyr", kostet pro Jahr 2,5 Mill. S, und Antragsteller ist das Sozialreferat der Stadt Steyr. Ich weiß es deshalb, weil dieses Projekt auch bei der EU eingereicht wurde. Hier scheint jedoch nichts auf! Jetzt kann es aber nicht eingereicht werden, wenn nicht nationale Mittel oder Mittel vom Antragsteller bereitgestellt sind. Dort steht nämlich drinnen: nationale Mittel und Co-Finanzierung. Also die 1,250 Millionen sind nicht vorhanden. Ich weiß nicht, Hr. Stadtrat vielleicht.....

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:
Personalkosten!

GEMEINDERÄTIN
BRIGITTE LOHNECKER:
Personalkosten können das nicht sein!

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Natürlich!

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:
Diese Mitarbeiter sind das!

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Die sind aber im Personal schon enthalten. D. h., sie kosten uns zusätzlich keinen Schilling!

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:
Das wissen die vielleicht in Brüssel noch nicht, aber das wissen wir in Steyr!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN
BRIGITTE LOHNECKER:
Naja, dann muß man

UNVERSTÄNDLICHE, LAUTE ZWISCHENRUFEN

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Darüber haben wir lange geredet, lange geredet!

GEMEINDERÄTIN
BRIGITTE LOHNECKER:
Ich muß sagen, dann hätte das zumind. Hr. Dr. Starzengruber wissen müssen - da war meine Frage schon gut. Ich hätte mir schon noch gewünscht, daß man darüber auch im Sozialausschuß spricht.

STADTRAT
KARL HOLUB:

Und die Familienbegleitung? Das wird doch nicht dasselbe sein?

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Doch!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Das ist doch etwas anderes, wenn ich heute sozial defekte Familien verantwortlich und

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Fr. Kollegin Lohnecker ist am Wort!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Darf ich wieder nicht sprechen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Die eigene Kollegin nicht reden lassen!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN

BRIGITTE LOHNECKER:

Kindergärten sind ohne Zweifel wichtig. Ich finde es gut, und ich freue mich, daß es uns wichtig ist, daß wir auch Zuschüsse geben. Ich verstehe aber nicht, warum wir Kindergärten I. und II. Klasse haben. Und zwar habe ich herausgelesen, daß die Kindergärten der Caritas, der Kreuzschwestern und der Pfarre Münchenholz mit je 24.000 S gefördert werden, während der Waldorf-KG und der Teilzeit-KG

der Kinderfreunde je 100.000 S bekommen. Entscheiden hier die Eltern? Ich denke, das wäre auch aufklärungsbedürftig und gehört eigentl. auch im Sozialausschuß behandelt!

Noch ein Punkt, wo ich es nicht genau weiß - ich wollte nur darauf schließen, daß hier sehr vieles mangelt: Pfadfinder und Jugendzentrum Resthof bekommen 10.000 S, die Freizeit- und Kulturzentren Ennsleite, Münchenholz, Tabor 47.500 S. Das ÖGJ-Jugendzentrum bekommt sogar 50.000 S.

Ich bin für Jugendarbeit; mir ist Jugendarbeit sicher wichtig, und ich denke, daß ich bei allem, was mir wichtig ist, auch ja sagen muß zu einer finanziellen Unterstützung. Ich würde mir aber wünschen, daß diese Förder-Richtlinien offengelegt werden; daß einmal erklärt wird - das konnte ich nämlich bis jetzt nicht erfahren - warum die einen so viel bekommen und warum die anderen so viel bekommen. Es könnte ja sein, daß man sagt, man gibt Unterstützung nach Anzahl der Mitglieder, nach Anzahl der Besucher oder nach Anzahl der Aktivitäten. Oder vielleicht nach Anzahl der Beziehungen - das soll es ja auch geben.

Zum letzten Punkt, den ich ansprechen möchte: da gibt es einen Verein, der heißt "SCHELM". Dieser Verein bekommt 90.000 S, das steht drinnen unter Förderung ausländischer Pflichtschüler. Ich

versuche seit Dezember 1993, herauszufinden, was dieser Verein tut. Wir haben in Steyr eine Schule, das ist die HS in Münichholz, wo sehr engagierte Lehrer versuchen, diese Ausländer-Kinder zu integrieren. Ich weiß, welche harten Verhandlungen es gegeben hat und gibt, wenn sie über die Kopien dem Bezirksschulrat Rechnungen legen und sagen, das kostet 5000 Schilling. Die meisten erstellen sich die Unterlagen selber. Ich habe auch die gefragt: Gibt es eine Zusammenarbeit? Wieviele Mitarbeiter sind es? Was tun sie denn wirklich? Denn mir ist es eigentl. zu wenig, wenn hier nur steht "Förderung ausländischer Pflichtschüler". Werden sie zu Hause gefördert? Werden sie in der Schule gefördert? Werden Deutsch-Kurse abgehalten? Ich weiß es nicht! Ich habe auch - nur zur Erklärung - in Linz, wo es diesen Verein ebenfalls gibt, nicht herausgefunden, was er tut. Ich weiß auch, daß er in Linz sehr hoch unterstützt wird - also das x-fache von Steyr -, konnte aber trotzdem nicht eruieren, was er tut. Vielleicht könnte man hier einmal Aufklärung finden. Eines muß ich schon sagen: Wenn ich mir hier nur den Sozialbereich ansehe, fände ich es umso wichtiger und glaube auch, daß die Installierung eines Familienausschusses durchaus nicht zum Nachteil der Steyrerinnen und Steyrer wäre. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke auch. Koll. Fürweger ist der nächste.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Es freut mich ganz besonders, daß ein neuer Kollege in unseren Reihen einen alten Wunsch von mir aufgegriffen hat - er ist jetzt gerade hereingekommen, Hr. GR Oppl. Ich kann mich noch erinnern, auf welchen Widerstand ich gestoßen bin, als ich die Luftmessungen in der Autobus-Garage gefordert habe. Jetzt ist mir das eigentlich bestätigt worden - die schlechten Verhältnisse, die dort unten vorherrschen. Aber es ist eben das Los der Freiheitlichen, daß wir oft nachher erst bestätigt werden. Aber das macht nichts!

Gelächter

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Ich habe heuer versucht, sehr bald im Sommer einmal meine Budgetwünsche, die ich auch so herausgehört habe aus der Bevölkerung, darzulegen. Ich habe sie auch publiziert - es waren nur 5 kleine Wünsche. Ich habe geglaubt, daß ich dadurch die Debatte ein wenig ankurbeln würde. Leider hat sich das nicht erwiesen. Es ist heuer so tragisch geworden wie noch nie. Gerade als Gemeinderat - muß ich sagen - hat mir das nicht gefallen:

zuerst ein dickes Paket, dann haben wir nichts; dann heißt es, daß es nicht gilt, dann bekommen wir eines eine Woche vorher. Das war sicher nicht gut! Es hat sich sehr viel auf der StS-Ebene abgespielt. Wir als GR sind, glaube ich, nicht sehr stark eingebunden worden.

Ich möchte jetzt auf etwas Grundsätzliches zurückkommen - Koll. Apfelthaler hat das heute schon angesprochen. Wir reden beim Budget - ich glaube, das hat ihn auch gestört - immer nur über das Geld und eigentl. nicht auch über andere Sachen, über Richtlinien. Man kann auch etwas gestalten, ohne daß es etwas kostet. Es muß nicht immer alles etwas kosten! Koll. Lengauer mit dem Preis für die Jugend. Ich glaube, Jugendliche fühlen sich geehrt, wenn sie in einem gew. Forum etwas überreicht bekommen. Wir haben jetzt Ehrenmedaillen verliehen - das kostet nicht die Welt und es bewirkt meiner Meinung nach sehr viel.

Wir können auch mit einer Einbahnregelung in der Stadt sehr viel lösen - die kostet, glaube ich, auch nicht so viel, außer die Projektierung vielleicht, aber es sind keine riesigen Bauten notwendig usw. Ich glaube, hier könnten wir damit sehr viel lösen!

Ich bin ein Verehrer vom verstorbenen österr. Nobelpreisträger Leopold Kohr. Er hat sich sehr stark mit "Sachen" in Richtung

Stadtentwicklung usw. beschäftigt. Er hat gesagt, es geht nur um vier Sachen, die eine Kommune eigentl. erfüllen muß für die Gesellschaft, die der einzelne eben selber nicht machen kann.

Das sind im gesellschaftl. Bereich: gesellschaftliche Einrichtungen. Sehen wir uns hier die Stadtteile an! Welche Einrichtungen haben wir in unseren Stadtteilen? Haben wir in jedem Stadtteil einen Platz, wo sich die Leute versammeln können? Haben wir einen Platz, der auch überdacht ist? Ich meine einfach nur Säle. Wir haben das gesehen in der Mehrzweckhalle im Wehrgraben, wie engagiert die Bürger mitdiskutieren und wie froh sie sind, sich in ihrem Stadtteil versammeln zu können. Es ist ganz wichtig, Plätze zu schaffen; Kommunikations-Einrichtungen, Verbindungswege. Die Verlängerung des Museumssteges ist ein Wunsch von mir gewesen. Ich habe jetzt schon von mehreren Seiten gehört, daß es eigentl. schon erwünscht ist. Stellen wir uns vor, wir können von Zwischenbrücken auf einer Ebene bis hinaus in die Rosenegger Au - Fußgänger, Radfahrer. Jetzt ist es unterbrochen. So etwas verbindet die Stadtteile untereinander, es kostet vielleicht einiges. Aber wir sehen doch, wie gerne dieser Museumssteg jetzt schon angenommen wird; was er jetzt schon bewirkt hat, wie der Wehrgraben hineinströmt in den

Stadtplatz und zurück auch wieder.

Ich denke auch an den Tourismus. Der Tourismus wird als Stiefkind behandelt! Ich wurde heute ein bißchen kritisiert, weil ich hier Subventionen kritisiert habe. Aber der Tourismusverband würde sich freuen, wenn er diese Mittel hätte. Wenn ein Tourismus-Direktor nicht mehr reisen kann, wenn er nicht einmal mehr nach Deutschland fahren kann, um eine Messe zu besuchen, dann, glaube ich, ist hier wirklich Not am Platz.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Aber bitte nicht aufgrund der Stadt! Das muß schon auch einmal gesagt werden!

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Als zweite Forderung von Leopold Kohr sind wirtschaftliche Einrichtungen zu sehen - in den Stadtteilen, in der Stadt. Haben wir im Resthof eine Apotheke? Wir haben keine! Kostet es der Stadt etwas, wenn wir eine Apotheke installieren in einem Genossenschaftsbau?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, es kostet uns nichts! Wir sind ja ohnehin dafür!

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Ich glaube, der Genossenschaft entgehen keine Einnahmen, wenn hier zwei Mietwohnungen in eine Apotheke umfunktioniert werden - wir haben aber dann die Infrastruktur geschaffen!

Die dritte Forderung ist, daß eine Stadt Sicherheit und Ordnung braucht. Wenn ich jetzt zurückdenke: wir haben heuer eine Maßnahme durchgesetzt mit Zustimmung des GR. Es war die Errichtung des Wachzimmers in der Sierninger Straße. Das hat aber der Stadt nicht einmal etwas gekostet. Die Leute sind zufrieden, sie haben wieder ein besseres Sicherheitsgefühl!

Den Zivilschutz habe ich heute angesprochen. Es ist eine Katastrophe - 50.000 Schilling in Zeiten von Temelin und Tschernobyl. Hier gehört auf jeden Fall etwas gemacht: es gehört ein stationäres Selbstschutz-

Informationszentrum

eingerrichtet, wo - angefangen von den Kindergärten, von den Schulen bis zu den Erwachsenen - sich alle an Ort und Stelle informieren können über Maßnahmen im Katastrophbereich. Wir haben erst vor einiger Zeit erlebt, was sich in Deutschland abgespielt hat. Die Leute gehören informiert. Wir können hier nicht einfach nur zuschauen und zuwarten!

Im Ordnungsbereich denke ich jetzt zurück - es ist gar nicht so lange aus - an die 2 Anfragen an die zuständigen Stadträte

bezüglich der Bauten "Schwarzhofer" und "Leimhofer". Es hat sich noch immer nichts geändert. Ich glaube, wir sollten Ordnung schaffen in diesem Bereich! Genauso wie mit den Hinweistafeln. Die anständigen, braven Bürger haben ein Recht darauf, daß wir das durchziehen. Nicht, daß wir einfach darüber hinwegschauen, wenn es ein paar "schwarze Schafe" gibt.

Im vierten Bereich geht es um die Kultur. Die Kultur gehört dazu! Mich hat die Demonstration auf dem Stadtplatz traurig gestimmt. Es ist unverständlich, wenn Sportvereine seit Jahrzehnten die Möglichkeit haben, abends in Turnsälen zu spielen, und Jugendliche, die sich zusammenfinden, um zu musizieren, haben diese Möglichkeit nicht! Hier ist es, glaube ich, leicht, eine Lösung zu finden. Wir haben zwei Referate: ein Referat "Jugend" und ein zweites für "Schule und Sport". Wir haben sogar eine Musikschule, einen Musikschul-Direktor. Diese Leute sind hier sicher gefragt und sollen einmal handeln bzw. den Leuten etwas zur Verfügung stellen. Daß wir diesbezüglich das Stadtgut nehmen, müßte eigentl. nicht sein!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Das wollen sie aber!

GEMEINDERAT
GÜNTER FÜRWEGER:

Auch die Forderung nach einer stadtgeschichtlichen Ausstellung habe ich gemacht. Das ist momentan nicht möglich! Ich glaube, auch Koll. Lengauer hat mir einmal erzählt, daß ihm eine stadtgeschichtliche Ausstellung abgeht, wo sich praktisch die Schüler die Geschichte der Stadt ansehen können. Aber das betrifft meiner Meinung nach nicht nur die Schulen, sondern, ich glaube, auch die Touristen sind froh, wenn sie sich bei Schlechtwetter einmal mit dem Fremdenführer eine solche Ausstellung ansehen können. So etwas haben wir überhaupt nicht!

Zwei Namen noch. Eines hat mir zu denken gegeben im letzten Altersheim-Ausschuß: die Aussage von Dr. Nones. Und zwar ist es darum gegangen, ob ein Gartenpavillon errichtet wird oder nicht. Er hat gesagt: "Wir können ja einen errichten, denn die Leute vom Wi-Hof sind ohnehin da!" Ich glaube, hier gehört ein Kostendenken, ein Kostenbewußtsein her. Die Leute im Wi-Hof sind nicht nur "ohnehin da", sondern die kosten auch etwas. Das gehört sehr wohl geplant! Die warten nämlich nicht nur bis vom Altersheim einer ruft: "Kommt und baut uns einen Pavillon!" So viel zum einen.

Zum zweiten - meine Vorrednerin hat es schon erwähnt: Hr. Dr. Starzengruber. Ich kenne ihn eigentl. sehr kooperativ, aber beim letzten Ausschluß war es sehr komisch, daß er sich so

"gewunden" hat, uns den Beamtenvorschlag des Budgets im Klartext mitzuteilen; einmal wegzukommen von diesen Definitionen: lfd. Transferzahlungen an juristische Personen usw. Wir wollen Klartext lesen! Das will auch die Bevölkerung!

Die Bemerkung "Wahlkampf-Budgets" ist fürchterlich! Sie wird unserem Finanz-Stadtrat bleiben. Seinen Rücktritt im Sommer bedaure ich - an und für sich sollte ein Finanz-Stadtrat am Ende des Finanzjahres zurücktreten, damit er sich auch noch die Kritik anhören kann. Jetzt wird es der nächste umso schwieriger haben, denn er kann dann sagen: "Ich bin erst seit Mitte des Jahres Finanz-Stadtrat, ich kann nichts dafür, das hat StR Zagler gemacht".

Aber ich bin heute und jetzt in einer einmaligen Situation: Ich gebe zum ersten Mal mein JA zum Budget! Aber natürl. mit einem starken Vorbehalt. Sollte es nächstes Jahr wieder zu solchen Klausuren und zu solchen "Reibereien" sowie Unstimmigkeiten kommen, dann kommt ein klares NEIN von mir!

Abschließend wünsche ich natürl. allen frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Es besteht der Wunsch,

LAUTE ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren! Die Konzentration läßt sehr zu wünschen übrig! Ich bitte um Aufmerksamkeit!

Es besteht der Wunsch - die Luft sei so schlecht, sagt Hr. Dr. Pfeil, er kann das feststellen

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Es besteht also der Wunsch, daß wir eine 10minütige Pause einlegen und lüften in dieser Zeit! Die Sitzung ist für 10 Minuten unterbrochen.

PAUSE VON 19.04 BIS 19.15 UHR

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung wieder fort; am Wort ist nun Hr. Koll. Jansky.

GEMEINDERAT

KLAUS JANSKY:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, meine Herren Bürgermeister, werte Damen und Herren des GR! Hr. GR Oppl hat uns sehr eindringlich die schlechten Arbeitsbedingungen in der Auto-bus-Garage sowie im Wi-Hof geschildert. Er hat sogar versucht, uns in einem Zahlenspiel weiß zu machen, daß wir uns beim Kauf der Repa 70 Mill. S gegenüber einem Neubau erspart haben. Ich möchte jedoch wieder auf den ao. H. 1995 und die darin enthaltenen Kosten für das

Kommunalzentrum zurück kommen.

Die Summe im ao. H. unter "Amtsgebäude" beträgt 56,1 Mill. S. Diese Summe setzt sich zusammen aus:

- Errichtung des Kommunalzentrums 20 Mill. S

- Ankauf Hauptreparatur-Werkstätte 33,3 Mill. S

- Adaptierung Rathaus 800.000 S und

- Eigenleistung des Wi-Hofes 2 Mill. S

Das ist fast ein Drittel des ao. H.! Ich weiß, daß wir das Kommunalzentrum brauchen. Ich habe im Protokoll der GR-Sitzung v. 3. Juli 1992, bei der wir den Ankauf der Hauptrepa einstimmig beschlossen haben, nachgelesen. Mit Lob für Hrn. Bgm. Leithenmayr wurde nicht gespart. Hr. StR Zagler hat damals euphorisch gesagt: "Das Verhandlungsergebnis ist kein gutes, sondern ein sehr gutes Ergebnis - um nicht zu sagen, ein Traumergebnis!" Hr. Vbgm. Pfeil hat ebenfalls zum guten Abschluß der Verhandlungen gratuliert. Auch die ÖVP-Fraktion hat den Ankauf der Haupt-Repa begrüßt. Nur die Voraussetzungen für den einstimmigen Beschluß im GR sind uns damals falsch dargestellt worden! Die ersten Verkaufsverhandlungen bzw. der Verkauf wurde ja nicht durch Hrn. Bgm. Leithenmayr eingeleitet, sondern - soviel ich weiß - durch Hrn. Bgm. Schwarz und durch den damaligen MD Dr. Knapp. Der Bautechniker, der die

Haupt-Repa begutachtet hat - soviel ich weiß ist er ganz geheim herumgegangen und hat sich nicht zu erkennen gegeben, damit man den Kaufpreis nicht in die Höhe treibt.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Zu geheim!

GEMEINDERAT

KLAUS JANSKY:

Damit ist man damals auf Adaptierungskosten von 7 Mill. S gekommen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Stimmt!

GEMEINDERAT

KLAUS JANSKY:

Heute haben wir im ao. H. des Nachtragsvoranschlages 1994 schon 12 Mill. S für die Adaptierung beschlossen. Für das Jahr 1995 sind 22 Mill. S vorgesehen.

Diese Summen werden aber bei weitem nicht reichen, denn nach dem letzten Stand der Schätzungen - das wurde heute schon gesagt - wird die Adaptierung wahrscheinlich 74 Mill. S kosten. Das ist das 10fache der 1. Schätzung. Wir finden es unverantwortlich, wie wir im Jahr 1992 "hinter das Licht geführt" wurden.

Für mich ist es unbegreiflich, daß so gravierende Mängel am Bauzustand vor Abschluß des Kaufvertrages nicht erkannt

wurden. Denn mit diesen Adaptierungskosten sind wir in der Höhe des damaligen Schätzgutachtens der Steyr-Werke von 180 Mill. S. Diesen Betrag wollten sie als Kaufpreis von uns haben! Ich meine, das damalige Verhandlungsergebnis war kein Traumergebnis!

Die Schmerzen des Hrn. StR Tatzreiter als Funktionär der Steyr-Daimler-Puch AG, die er 1992 wegen des billigen Verkaufes an die Stadt hatte, müssen heute wir haben, weil uns der teure Kauf auf Jahre belastet und die Kosten, die noch auf uns zukommen, unseren ao. H. blockieren und wichtige Investitionen für die Stadt in den nächsten Jahren dadurch verhindert werden.

STADTRAT

LEOPOLD TATZREITER:

Zwischenruf! Die Schmerzen beziehen sich ausschließlich auf die Arbeitslosen!

GEMEINDERAT

KLAUS JANSKY:

Nein, da müßte man nachlesen. Das steht nicht so drinnen! Dem Budget werde ich aber trotzdem zustimmen. Nachdem wir einen Antrag eingebracht haben, der von den Sozialdemokraten und der Freiheitl. Partei mitgetragen wird, werden wir trotzdem unsere Zustimmung geben! Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Frau Kollegin Mach bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herren Bgm., meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch die erst wenige Wochen zurückliegende Ressortzuteilung habe ich natürl. noch nicht den Überblick über alle damit verbundenen Agenden, Wünsche und Notwendigkeiten, die ein so umfangreiches Ressort beinhaltet bzw. mit sich bringt. Ich werde mich daher auf die vorrangigsten Aufgaben und Zusammenhänge zu unserem heute vorliegenden Budgetentwurf beschränken.

Als vordergründigste und wohl auch umfangreichste Ressortaufgabe sehe ich den Bereich des Kindergartenwesens, der in der Ära meiner Vorgängerin, Frau StR Ehrenhuber, bereits zu einem gut funktionierenden

Kindergartennetz in unserer Stadt ausgebaut werden konnte und auch mit vielen Verbesserungen verbunden war - allein wenn ich an den Kindergartenausbau am Plenkberg oder den neuen Kindergarten im Wehrgrabenbereich (Fabriksinsel) denke.

Andererseits ist es für mich auch kein sehr erfreulicher Einstieg, gerade in einer Zeit der notwendig gewordenen Einsparungen diese Aufgaben zu übernehmen und dabei erkennen

zu müssen, daß alle weiteren geplanten Verbesserungen und Ausbauvorhaben - hoffentlich nur für das kommende Jahr - dem Rotstift der Budgeteinsparungen zum Opfer fallen mußten. Unter diesem Aspekt muß ich geradezu froh sein, daß es im Sozialbereich allgemein zumind. bei den bisherigen Budgetansätzen bleibt und keine Kürzungen vorgenommen werden, um wenigstens die bestehenden Institutionen im bisherigen Ausmaß aufrecht erhalten zu können. Dies gilt auch für die Subventionierung aller bestehenden Sozialvereine. Natürlich gibt es für mich auch auf dem Kindergarten-Sektor noch einige sehr prekäre Wünsche, die ich aufgrund ihrer Notwendigkeit für die nächste Zukunft bes. anmerken möchte. So steht an erster Stelle unserer Prioritätenliste wohl der Neubau eines Kindergartens im nördlichen Teil des Stadtteiles Münichholz, der die nicht mehr zeitgemäßen Kindergärten in der Leharstraße (dieser ist in einer Wohnung untergebracht) und in der Puschmannstraße ablösen soll. Das ist für die nächsten Jahre sicher eine unumgängliche Notwendigkeit - schon alleine deshalb, weil gerade in diesem Gebiet eine sehr umfangreiche Wohnbau-Tätigkeit der Wohnbaugenossenschaften WAG und STYRIA erfolgt. Durch die Ansiedelung vieler Jungfamilien ist natürl. das bestehende und

das zu erwartende Ansteigen der Kleinkinder dieser Altersgruppen gegeben.

Weitere Wünsche betreffen die bauliche Sanierung des Kindergartens und Hortes in der Wokralstraße auf der Ennsleite, wo dringend Abhilfe geschaffen werden muß! Eine endgültige Fertigstellung des Kindergartens Taschelried und ein Bewegungsraum im Kindergarten in der Dieselstraße sind ebenso Notwendigkeiten der nächsten Zeit.

Aufgrund der äußerst beengten Situation der Mutterberatungs-Stelle im Stadtteil Ennsleite wird es auch unumgänglich sein, daß wir uns nach geeigneteren Räumlichkeiten umsehen.

Zu meinen Vorstellungen im Kindergartenwesen für die nächsten Jahre gehört aber auch, unsere bestehenden Kindergartengruppen mit einem sog. "Vorkindergarten" zu ergänzen. Dieser ist für Kinder vorgesehen nach Ablauf des Karenzurlaubes bis zum Kindergartenalter - vor allem für alleinstehende Mütter, die aus Existenzgründen wieder in das Berufsleben zurückkehren möchten und müssen. Man kann es auch nicht "vom Tisch wischen", daß eine Umfrage bei der Steyrer Bevölkerung nach deren Wünschen in bezug auf die Kinderbetreuung ergeben hat, daß für Kinder im Kindergartenalter in unserer Stadt das Kindergartennetz zwar als ausreichend angesehen wird,

aber eine große Anzahl - ca. 100 Mütter - angeführt haben, daß es für kleine Kinder im Alter nach dem Karenzurlaub bis zum Kindergartenalter an entspr. Betreuungsmöglichkeiten fehle und auch für diese Altersgruppe eine Kindergartenbetreuung mit geschultem Personal gewünscht wird. Als weiteres Argument dazu zählt, daß im städt. Bereich bereits jede 3. Ehe geschieden wird und auch diese Problematik eine familienpol. Notwendigkeit mit sich bringt, hier Vorsorgen zu treffen, daß dabei Mütter von Kleinkindern "nicht auf der Strecke bleiben". Erfreulicherweise haben wir zwar in den letzten Jahren durch den Verein "Tagesmütter" eine sehr wertvolle Einrichtung für Kinder dieser Altersgruppe schaffen können, die wir ebenfalls unterstützen und aus der Kinderbetreuung nicht mehr wegdenken wollen.

Ich bin aber realistisch genug, zu erkennen, daß es aus budgetären Gründen derzeit nicht möglich ist, dieses, mein Wunschdenken zu verwirklichen. Ich möchte daher diese Vorhaben unter dem Begriff "Visionen" deponieren und auch weiterhin als Zielsetzung verfolgen.

Weiters komme ich zu den Wünschen des Vereines "Drehscheibe Kind", der seinen ursprünglichen Aufgabenbereich - soweit ich informiert bin - nun dahingehend ausweitet, auf Vereinsebene, also neben unseren Städt. Kindergärten,

eigene Kindergartengruppen zu schaffen und dazu ebenfalls eine Subventionierung wünscht. Aus budgetären Gründen können wir dem derzeit leider nicht nachkommen. Es wäre aber meiner Meinung nach auch nicht einzusehen, allen notwendigen Finanzierungswünschen unserer Städt. Kindergärten, die wir derzeit nicht erfüllen können - hingegen auf dem Personalsektor einsparen müssen -, auf der anderen Seite gegenüberzustellen, neue Kindergartenziele auf Vereinsebene durch zusätzliche Budgetmittel zu unterstützen.

Ich bitte Sie daher, auch diese angemeldeten Wünsche unter diesem Aspekt zu sehen.

Damit bin ich in meinen Ausführungen bei den vielseitigen Vereinswünschen angelangt, zu denen ich - ohne alle namentlich aufzuzählen - zusammenfassend leider ebenfalls feststellen muß, daß wir derzeit an eine Ausdehnung der bisherigen Zuschußleistungen nicht denken können. Dabei möchte ich vor allen Dingen auch den Verein "Frauen für Frauen" verstanden wissen, der sehr wesentlich dazu beiträgt, den durch familiäre Zerwürfnisse in Not geratenen Frauen und Kindern zu helfen. Bei allem Verständnis für die weiteren Wünsche dieses Vereines - den wir auch bei der Adaptierung geeigneter Räume sehr unterstützt haben - setze ich aber auch von diesem voraus,

daß sie anerkennen, daß wir uns in der derzeitigen Finanzsituation bestmöglichst bemüht haben, deren Zuschuß im Vorjahr von 450.000 S auf 700.000 S für den lfd. Aufwand auch im kommenden Jahr zu zahlen. Aber auch hier gilt es - wie bei allen übrigen Vereinen und städt. Sozialeinrichtungen sowie -leistungen -, daß es zu keinen zusätzl. Mehrbelastungen unseres Budgethaushaltes kommt. Dies gilt auch für die Wünsche aller weiteren Vereine!

Wir wissen sehr wohl, daß deren versch. Aktivitäten, die in den letzten Jahren geschaffen wurden, sehr lobenswert sind und sicher auch dazu beitragen und helfen, gegebene soziale Lücken etwas mehr zu schließen.

Auch den Wünschen des Vereines "bazar" der Volkshilfe können wir - vor allem unter dem Aspekt, daß dessen Geschäftsjahr mit Gewinn abgeschlossen werden konnte - nicht näher treten.

Nachdem die Vereinstätigkeit im Sozialbereich immer mehr zunimmt und damit auch immer mehr Kosten entstehen, schiene es mir auf Sicht gesehen zweckmäßiger, eine sog. zentrale Koordinationsstelle zu schaffen, die sowohl personalmäßig als auch für die Büroausstattung sicherlich wesentl. kostengünstiger wäre. Bei allem Verständnis für die Eigenständigkeit der einzelnen Vereine müssen wir als Gemeinde aber doch daran interessiert sein,

auch auf dieser Ebene Kosteneinsparungen anzustreben.

Einen weiteren Schwerpunkt im Sozialbereich sehe ich in der bestmöglichen Altenbetreuung, die uns aufgrund der erfreulicherweise immer höher werdenden Lebenserwartung der Menschen auch eine ansteigende Tendenz bei der zu betreuenden älteren Generation bringt. Vor allem durch unsere bisher geschaffenen Sozialleistungen auf dieser Ebene, die es gerade unseren Menschen im höheren Alter weitgehend ermöglicht, in ihrer gewohnten Wohnumgebung bleiben zu können, entstehen uns als Gemeinde vermehrte Aufgaben und Kosten, denen wir natürl. auch bestmöglich gerecht werden wollen. Hier denke ich vor allem an unsere Aktion "Essen auf Rädern".

Auch unsere in allen Stadtteilen etablierten und sich überall sehr guten Zuspruchs erfreuenden "Seniorenclubs", die gerade für die in diesem Lebensalter zunehmend alleinstehenden Menschen eine sehr wertvolle Kommunikationsmöglichkeit bieten, sind eine Einrichtung, deren Gemeinschaftsbemühungen wir ebenfalls bestmöglich unterstützen wollen.

Einen sehr wesentl. Teil unserer Altenbetreuung sehe ich in der Unterstützung des Vereines "Heimhilfe und Hauskrankenpflege". Dieser hat sich unter der Leitung von Fr. Salat zu einem wesentl. Bestandteil der sozialen Dienste in unserer Stadt

entwickelt. Auch dieser Verein ist natürl. für unsere Gemeinde mit einem lfd. Kostenanteil verbunden. Er ist aber auch eine sehr wertvolle Alternative zur Entlastung unseres Alten- und Pflegeheimes Tabor.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Nicht ausreichend!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ja, vielleicht nicht ausreichend, aber zum Teil!

Mit der entspr. beharrlichen Initiative des "Vereines Heimhilfe und Hauskrankenpflege" ist es möglich geworden, daß vor allem viele pflegebedürftige Menschen so lange, bis sie ein Dauerpflegefall werden, in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können und auch die mit der Pflege befaßten Familienangehörigen eine entspr. Entlastung finden können.

Wir alle wissen, daß gerade bei schlechtem Gesundheitszustand die gewohnte Umgebung auch sehr oft positiv auf den psychischen Zustand von Kranken und Pflegebedürftigen wirkt und sind daher sehr froh, daß vor allem auch mit der Gesetzesveränderung des Pflegegeldes durch den Bund und durch das Land eine wesentl. Voraussetzung für die Verbesserung und den Ausbau des Pflegedienstes geschaffen wurde. Mit den Dienstleistungen an unseren pflege- und hilfebedürftigen

Menschen erfüllt gerade dieser Verein eine lebensnotwendige, schwere, aber auch humanitäre Aufgabe, die unser aller Anerkennung und Wertschätzung verdient hat.

Darüber hinaus bietet diese Vereinstätigkeit aber auch vielen Frauen eine neue Berufs-Chance, die gerade in Zeiten weltweiter wirtschaftlicher Rezession für viele Frauen eine erstrebenswerte Alternative zu einem berufl. Wiedereinstieg geworden ist und neue Arbeitsplätze geschaffen hat.

Bund, Land und Gemeinden sind sich daher dieser Leistungen im Dienste unserer betreuungsbedürftigen Menschen bewußt und natürl. auch bestrebt, diesen Aufgabenbereich ebenfalls bestmöglich zu unterstützen. Als Sozialreferentin unserer Stadt wird mir dies zu vertreten auch immer ein bes. Anliegen sein.

Abschließend möchte ich auch noch einige Agenden, die sich in unserem Sozialbereich ergeben und aufgrund der derzeitigen Finanzsituation nicht unmittelbar verwirklichen lassen, aufzeigen und als bestehende Wünsche für die nächste Zukunft festhalten. Dazu zählt weiterhin die Schaffung eines integrierten "Gesundheits- und Sozialsprengels" auch für Steyr - so wie dies in den Statutarstädten Linz und Wels mit Hilfe der sog. Drittfinanzierung (Sozialversicherung/Land/Gemeinde) ermöglicht wurde. Nachdem die erstgenannten Kostenträger für Steyr

ausfallen, kann sich unsere Stadt alleine die Verwirklichung dieses Vorhabens nicht leisten.

Ich konnte mich davon überzeugen, daß es auch unumgänglich sein wird, im Sinne der von uns allen angestrebten Bürgernähe in unserem Amtshaus in der Redtenbachergasse eine alten- und behindertengerechte Bürosituation zu schaffen, da die beengten räumlichen Gegebenheiten das Amtsgeheimnis und den Datenschutz nicht gewährleisten. Vor allem ist auch einmal der Einbau eines Liftes erforderlich.

Infolge der Verhaltensauffälligkeiten bzw. Verhaltensstörungen von Kindern, die auf verschiedene Faktoren zurückzuführen sind, wird in absehbarer Zeit der Bedarf nach einer Sozialstudie gegeben sein, die aus Kostengründen von einem Dissertanten angefertigt werden könnte. Eine weitere Sozialstudie wird aufgrund der hohen Lebenserwartung benötigt, damit langfristig entspr. Planungen und Weichenstellungen zeitgerecht eingeleitet werden können.

Seitens des Amtes wurde mir auch die Schaffung einer Wohnmöglichkeit für Jugendliche ans Herz gelegt, da es auch in diesem Bereich immer wieder zu Problemfällen kommt, die nach Lösungsmöglichkeiten suchen.

Zusammenfassend möchte ich zum Sozialbereich noch sagen, daß ich zwar für diese vielen von mir aufgezeigten Wünsche und Wunschvorstellungen

meinerseits gerne entsprechende Budgetansätze gesehen hätte. Ich möchte mich aber nicht auf opportune Ebene begeben, einerseits die notwendigen Budgeteinsparungen mitzutragen, andererseits neue Forderungen und Wünsche in den Raum zu stellen. Ich bin daher realistisch genug, einzusehen, daß auch viele meiner Vorhaben derzeit nicht verwirklicht werden können und ebenfalls unter dem Aspekt der Sparmaßnahmen zurückgestellt werden müssen.

Aufgrund dieser gegebenen Situation war es mir daher ein Anliegen, dafür einzutreten, daß es vor allem im Sozialbereich bei den Budgetansätzen gegenüber dem Jahr 1994 auch für das kommende Jahr bleibt und keine Kürzungen vorgenommen werden, sodaß die einzelnen Betriebe, Institutionen und Vereine aufrechterhalten bleiben können.

Auch ich möchte Ihnen allen

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Darf ich nur eine Zwischenbemerkung machen. Fr. Vbgm. Mach hat erklärt, daß die "Drehscheibe Kind" keine Förderung erhalten soll. Wir haben heute vormittag in der Fraktionsobmänner-Besprechung vereinbart, daß sie im Laufe des Jahres sehr wohl eine bekommen soll - wahrscheinlich aus Mitteln der Einsparung!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, da war Fr. Koll. Mach nicht dabei - das ist überholt. Stimmt!

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich wollte das nur der Form halber und der Genauigkeit halber anmerken!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich habe mir gedacht, daß es über Einsparungen momentan nicht möglich ist, weil wir bei den Kindergärten auch so viel einsparen. Aber wenn es so vereinbart wurde, ist es gut!

Auch ich möchte Ihnen allen recht frohe Weihnachten und ein gutes, erfolgreiches neues Jahr wünschen. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, es ist so! Jeder nennt sein kleines "Preischen" für die Zustimmung! So ist das, denn wir sparen ja immer bei den anderen! Das haben wir vereinbart - was wir ausmachen, werden wir einhalten! So ist das bei uns. Ich würde hoffen, daß die anderen das auch immer tun!
Koll. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, liebe GR-Korona, die Sie offenbar durch die soeben genossene Pause erholt, frisch und vollzählig wieder hier sind. Ich kann Sie insoferne beruhigen, als ich

natürl. nicht wußte, was meine Vorredner - Klaus Jansky in sehr launiger Art und auch Fr. Vbgm. Mach in ihrer netten Art - vortragen werden. Daher ist meine Wortmeldung in den meisten Teilen schon überholt. Das klingt einmal gut - und ich halte auch, was ich verspreche, daß ich nämlich nur kurz reden werde.

Ich wollte eigentl. nur ganz kurz zu dem, was Hr. Koll. Oppl erzählt hat, Stellung nehmen. Kein Mensch bestreitet die Notwendigkeit der Errichtung eines Kommunalzentrums. Wir alle wissen um die schlechten Zustände, die dort draußen - teils in Münichholz, teils im Wi-Hof - gegeben sind. Sie dürfen das jetzt nicht als böse, persönl. Attacke auffassen, die ich vielleicht vor Weihnachten gegen Sie unnötigerweise reite, aber das Thema war praktisch verfehlt. Denn Sie haben sich auseinandergesetzt mit der - überschriftsmäßig einmal - Kostenüberschreitung hinsichtlich der Planung des Ausbaues des vorhandenen Kommunalzentrums und haben dann aber die Thematik ganz anders vortragen.

Die Kostenüberschreitung war bereits Gegenstand eines Prüfungsauftrages an das Kontrollamt. Wir haben dort einen sehr tüchtigen Mann in der Person des DI Prantl, der nicht nur ein guter Bautechniker, sondern auch ein guter EDV-Mann ist und wirklich sehr viel

zusammenbringt! Von ihm wurde uns erst in der letzten Sitzung des Prüfungsausschusses am 28. 11. - diese Sitzungen finden ja bekanntlich um 7.30 Uhr statt - kurz vor 7.30 Uhr dieses Exposé gebracht, wonach eben die Kosten mit rd. 74 Mill. geschätzt wurden. Natürl. waren wir aus "allen Himmeln gefallen", als wir die Vergleichszahl von 7 Millionen, die eben am 3. 7. 1992 hier in diesem Hause genannt wurde, dazu in ein Verhältnis bringen wollten. Daß man sich so verschätzen kann, schien uns einfach schier unmöglich. Wir vergessen ja nicht, daß damals nicht nur der Hr. Bgm. diesen Kauf so gepriesen hat; daß er es so dargestellt hat, als würde das Haus quasi passen, sodaß wir ja diese "Hütte" dort oben fast maßgeschneidert gekauft haben. Koll. StR Spanring hat damals ebenfalls seinen Beitrag gegeben und gesagt, ein Neubau würde auch 100 Mill. S kosten. Diesen Betrag werden wir aber schon bald überschreiten, wenn wir alles zusammenrechnen.

Diese 74,3 Millionen werden sicher nicht in der Form zum Tragen kommen, wie sie in der Schätzung enthalten sind, weil nämlich manches Wunschdenken der Leute, die an der Planung beteiligt sind, drinnen ist, das man ihnen jetzt streichen wird müssen. Es geht hier um alles Mögliche - eine Motordiagnose u. ä. Geräte.

Aber es gibt einen Punkt, der wirklich zu massiver Kritik Anlaß

gibt; das bringe ich hier schon eben auch im Rahmen der Budget-Debatte zur Sprache. Es gibt eine erhebliche Fehlleistung in diesen Zusammenhängen des Planungs- und Baubüros Girkinginger. Von diesem Büro Girkinginger wurden nämlich Planungsfehler begangen, die einfach nicht sein müssen. Bestimmungen über den Dienstnehmerschutz kann man in jedem Gesetzblatt oder in einschlägigen Büchern nachlesen. Es würden Planungen vorgelegt, wo das Arbeitsinspektorat natürl. nie mit-tun konnte. Das kostete nicht nur Zeit, sondern insoferne auch Geld! Ich verstehe nicht, daß sich ein Planungsbüro derartige Fehlleistungen erlauben kann. Dazu kommt, daß irgendwie hervor-gekommen ist, als wäre dieses Büro geradezu überfordert in der Menge der Aufträge, um diese alle zu erledigen. Ich glaube, dem wird man etwas gegensteuern müssen! Nämlich gerade nach dem Mißerfolg, den Girkinginger bei dieser Projektausführung zeigt. Das sage ich deswegen, weil mir immer wieder auffällt, daß insbes. - wie es so schön heißt - "wegen der schon geleisteten Vorarbeiten"- dem Büro Girkinginger dieser oder jener Auftrag erteilt werde.

Soweit zum Kommunalzentrum. Ich habe jetzt noch ganz kurz einen Satz zur Frage der Sozialvereine. Sie wissen, es gibt einen, den ich - sagen wir - mental gerne unterstütze, das ist der Verein "Frauen für Frauen" -

das Betreiben eines Frauenhauses an sich. Das ist überhaupt keine Frage, das ist eine Notwendigkeit! Daß man hier die Kosten einfrieren muß, ist auch eine Notwendigkeit, die einfach budgetär gegeben ist. Darüber gibt es meiner Meinung nach auch nicht viel zu sagen - im Gegenteil.

Wir können in den Oö. Nachrichten v. 27. Oktober d. J. nachlesen, daß damals der Bewohnerbestand 5 Frauen und 7 Kinder waren, und man dort geklagt hat, man könne nicht einmal die Wände frisch ausweißen. Das kann man doch bitte irgendjemandem zumuten, der dort drinnen wohnt - Wände ausweißen macht heute jede

GEMEINDERÄTIN

EVA SCHEUCHER:

Ich werde es ihnen lernen!

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

O. k. - danke. Wie gesagt, das ist meines Erachtens durchaus zumutbar.

Aber jetzt kommt ein Mißverhältnis! Für 5 Frauen und 7 Kinder sind nämlich hauptamtlich 3 Frauen tätig und eine Halbtagskraft beschäftigt. Was gerade zu erheiternd klingt, ist - bei der bekannten Männersperre, die dort herrscht -, daß dort die Kinderzahl anwächst.

Gelächter

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Das steht drinnen!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Das sind Leasing-Kinder!

Gelächter

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Eine weitere Halbtagsbedienstete müsse für die wachsende Zahl der Kinder

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Aber lächerlich braucht man das nicht machen!

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Das ist nicht lächerlich, sondern wörtlich vorgelesen!

Es geht nicht darum, sondern es geht um das, was hier wirtschaftlich zu tragen ist und was wir auch tragen werden. Ich habe Ihnen schon gesagt - das hat mit "lächerlich" nichts zu tun; man wird doch noch ein wenig Sinn für Humor haben dürfen -, daß die Institution "Frauenhaus" für mich eine Notwendigkeit darstellt. Davon lasse ich mich auch von Ihnen nicht abbringen! Ich wollte dem ganzen eigentl. einen friedlicheren Schluß anbringen, nämlich meinen aufrichtigen und herzlichen Dank an alle, die sich in harter Knochenarbeit bemüht haben, dieses Budget - zu dem ich natürl. auch

meine Zustimmung geben werde - unter Dach und Fach zu bringen. Es war wirklich viel Verzicht auf Freizeit und Lebensqualität damit verbunden. Das ist mir vollkommen klar, und das ist eine Arbeit, die einfach nicht nur durch die Zustimmung zum Budget honoriert gehört, sondern auch dankend erwähnt werden muß.

Mit diesem, meinem Dank darf ich für heuer - versprochenerweise, außer es kommt noch eine ganz wilde Aktuelle Stunde - meine letzte Rede hier beschließen und Ihnen, hohes Präsidium, meine Damen und Herren, ein frohes Weihnachtsfest und ein recht gutes neues Jahr wünschen. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Ich möchte nun den Vorsitz abgeben und mich selbst an der Debatte beteiligen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR! Gestatten Sie mir, auch einige Bemerkungen im Rahmen dieser Budget-Debatte zu machen.

Zunächst möchte ich meiner Freude darüber Ausdruck verleihen, daß eigentl. alle

Redner die Klausurgespräche recht pos. gesehen haben und daß hier ein konstruktives Klima bescheinigt wurde. Man kann also auch in einer Situation, die zumind. als "zerfahren" zu bezeichnen ist, schon wieder versuchen, ein Konsensklima herzustellen. Das scheint im Rahmen dieser Budget-Gespräche, die wir sehr anhaltend geführt haben, doch gelungen zu sein. Darüber freue ich mich!

Natürlich müssen wir sehen, daß diese Budget-Gespräche in unserer Stadt vor einem Hintergrund stattfinden, der nicht einfach ist. Wenn wir uns nur die Bundes-Situation ansehen und das Sparpaket, das dort zur Diskussion gestellt wurde - mit den Auswirkungen, die es natürlich auf Länder und Gemeinden sowie auf die Menschen in unserem Land hat -, dann wird uns klar, daß es keine Zeit ist, wie sie immer ist, und daß wir nicht einfach fortschreiben können. Wir stellen auch fest, daß das Budget im Land OÖ. keine einfache "Sache" war. Wenn der LH erklärt, daß dieses "Ding" mit dem Geld ein Experimentierfeld sein wird in den nächsten Jahren, dann ist das auch Ausdruck eines langjährigen Finanzreferenten, daß die Zeit nicht ist wie jede andere, sondern es sehr schwierig geworden ist.

Wenn wir uns nun ansehen, daß 131 Gemeinden in OÖ. den o. H. nicht ausgleichen können; wenn

wir uns ansehen, daß in der Stadt Linz seit 3 Jahren die Budgetkapitel einzeln abgestimmt werden - sonst hätten sie schon 3 Jahre lang kein Budget zustande gebracht; und wenn man weiß, daß die Stadt Linz eine dynamische Landeshauptstadt ist mit einem ganz anderen finanziellen Background, dann muß das auch eine Rolle spielen in der Betrachtung. Genauso ist es, wenn wir lesen, daß die Welser gerade noch den o. Haushalt ausgleichen konnten. Wir wissen, daß die Welser eigentl. immer finanziell besser gestellt waren - jedenfalls in den letzten 10 bis 12 Jahren. Das ist sicherlich auch ein Hintergrund, den wir sehen müssen bei dieser Budget-Gestaltung sowie -betrachtung und auch bei der Debatte.

Wenn wir hier unsere Region sehen, die in Wahrheit die Basis ist - die wirtschaftl. Entwicklung dieser Region, der Stadt ist auch die Basis für unsere Gespräche. Eigentlich können ja nur Träumer glauben, daß es immer so dahin geht, wenn 7000 Industrie-Arbeitsplätze verloren gehen. Es ist ganz klar, daß diese Entwicklung der Wirtschaft auch durchschlägt auf die Finanzen der Gemeinde. Das muß jedem klar sein!

Wir haben eigentl. nur durch den Verkauf der Sparkasse und durch diese Nachzahlung beim BMW-Werk sozusagen ein "warmes Lüfterl" unter die "Flügerl" bekommen. Das hat

auch die Begehrlichkeit aller gesteigert, die bei der Erstellung eines solchen Budgets mitwirken - von den Beamten bis zu den pol. Fraktionen hier in unserem GR. Meiner Meinung nach ist das eine Tatsache, die man nicht wegdiskutieren kann!

Wenn wir uns überlegen, wie sich so ein Budget überhaupt entwickelt, dann wird man auch die Position des Finanzreferenten sehen müssen, in welche Lage er nämlich kommt. Wir sollten uns in Erinnerung rufen, daß die Beamtenrunde für das heurige Jahr (im vergangenen Jahr stattgefunden) für den ao. H. Vorschläge beinhaltet hat, die einen Wert - im ao. H.! - von 600 Millionen S repräsentiert haben. 600 Millionen S haben die Beamten vorgeschlagen, also die Projekte hätten 600 Millionen gekostet! Der Hr. Finanzreferent ist dann mit diesem Konvolut sozusagen konfrontiert, die pol. Referenten werden von den Beamten infiziert, und jeder will natürl. möglichst viel in seinem Bereich realisieren - das ist ja auch menschlich bzw. verständlich!

Im heurigen Jahr war es ein bißchen besser - aber 400 Millionen S hat das Paket nach den Beamtenrunden trotzdem ausgemacht. Dann bekommt es der Finanzreferent auf den Tisch und soll herunter verhandeln. Das ist so, wenn z. B. zu Weihnachten die Pakete unter dem Weihnachtsbaum liegen, und dann sagt man den Kindern,

daß es nicht für sie bestimmt ist und sie viel weniger bekommen. Das ist eine Ausgangsposition, die es meiner Meinung nach zu ändern gilt, denn es ist bei der Budget-Gestaltung wesentlich, daß der o. H. ausgeglichen werden muß - ad 1). Und ad 2) müßte ausgerechnet werden - aufgrund der freien Finanzspitze und der Prognosen, die vorliegen für das kommende Jahr -, welche Größenordnung der ao. H. überhaupt haben kann.

Vor diesem Gesichtspunkt, wie wir dieses vorliegende Budget betrachtet haben, muß ich sagen, daß ich nicht glücklich bin damit. Ich glaube nämlich, wir könnten uns höchstens eines leisten mit etwa 150 Mill. S. Alles, was darüber liegt, wird uns sehr belasten - nämlich die kommenden o. Haushalte. Wir werden ja wieder beisammen sein für das nächste Jahr und werden darüber reden, wie wir den o. H. zustande bringen.

Ich wünsche mir sehr, daß die optimistischen Überlegungen des Finanzreferenten hier vielleicht ein bißchen Platz greifen. Es gibt Anzeichen, daß sich die Wirtschafts-Situation wieder etwas verbessern könnte. Ich nehme an, daß es auch so kommen wird, dann werden wir uns ein wenig leichter tun. Aber wenn wir uns überlegen, daß es keine Reserven mehr gibt, also keine Rücklagen, weil wir sie heuer alle verbrauchen, dann wird es nächstes Jahr sicher nicht leicht werden! Wir haben auch

für den ao. H. keine Sparkassenfonds-Mittel mehr zur Verfügung.

Wir haben uns sehr, sehr viel vorgenommen. Es soll auch nicht der Eindruck entstehen - im Laufe einer Budget-Debatte, wo jeder seine unerfüllten Wünsche noch einmal "herunter betet"; das ist immer so bei Budget-Debatten -, daß wir nichts getan haben. Ich glaube, daß uns doch in den letzten Jahren recht viel gelungen ist. Nicht alles so, wie wir es uns vorgestellt hätten; aber z. B. alleine im Bereich der Wohnbautätigkeit: innerhalb von drei Jahren wurden in Steyr 800 Wohnungen gebaut und übergeben! Diese Entwicklung setzt sich auch noch fort. In diesem Zusammenhang haben wir natürl. viele Infrastruktur-Leistungen zu erbringen. Wir haben uns bemüht, dem auch nachzukommen - nämlich diese Gründe mit zu erschließen.

Zum Verkehrs-Sektor, der ein weiteres, großes Problem darstellt - eines der größten! Ich habe das schon des öfteren erwähnt: jene, die Arbeit und eine Wohnung haben, ärgern sich über den Verkehr in unserer Stadt. Das sind weitaus die meisten Bürgerinnen und Bürger in Steyr. Daher muß etwas geschehen! Wir haben ein Verkehrskonzept ausarbeiten lassen, wir haben es diskutiert, wir haben es beschlossen, wir haben Teile davon umgesetzt und wir sind dabei, die großen Verkehrs-Baumaßnahmen

voranzutreiben. Wir sind unterwegs mit der Nordspange und konnten erreichen, daß wir das viel schneller bekommen, als es ursprüngl. vorgesehen war. Wir haben auch die Bahnhofs-Überbauung vorangetrieben. Es ist schon richtig, daß sich die Kosten in eine Richtung entwickeln, wie es leider offensichtlich bei allen Bauvorhaben der Fall ist, die ebenfalls "aus dem Ruder zu laufen" drohen! Dies bringt nämlich wieder mit sich, daß nachverhandelt werden muß. Und zwar mit dem Bund, weil bahneigene Maßnahmen miteinfließen; es muß aber auch mit dem Land nachverhandelt werden. Jedenfalls wird es für uns wieder teurer werden - die Grundbeschaffungskosten waren ohnehin nicht günstig und drücken auf unsere Budget-Situation! Wir haben schon darüber diskutiert und wissen, daß wir ohne diese Gründe die Bahnhofs-Überbauung nicht machen können.

Dann kommt natürl. das Kommunalzentrum. Die Kritik ist über weite Strecken berechtigt. Die Frage ist nur: Von wo geht man denn bitte sehr aus? Wir haben zweifelsohne - das ist gesichert - hier eine Situation, die aus der Historie zu erklären ist. Wir haben nämlich in versch. Sackgassen-Situationen unserer Stadt die Teile der Städt. Betriebe und Objekte gelagert. Wir haben in der falschen Ecke an der Schuhmeierstraße die Autobus-

Garage - baufällig und zu klein. Die Busse stehen im Freien. Dort hätten wir einen Investitionsbedarf gehabt; wir hätten auch Investitionsbedarf im Haus selbst gehabt, weil auch dort der Arbeitsinspektor seine Einwendungen gemacht hat. Auch beim Gas- und Wasserwerk haben wir eine Sackgassen-Situation, und zwar im Wehrgraben - nicht befriedigend. Wir haben die Direktion der Stadtwerke wieder an einem anderen Platz und auch hier einen Bedarf. Insgesamt ist also festzustellen, daß sich auch der Wi-Hof in einem alten Gemäuer in einem Bauernhof befindet, wo die ersten Anfänge aus dem 13. Jhdt. stammen. Das ist mit Sicherheit alles andere als ein modernes Einsatzzentrum für eine derartige städt. Einrichtung, die Serviceleistungen für die Stadt zu erbringen hat.

Wir haben also den richtigen Schluß gezogen und gesagt, wir müssen die Unternehmungen der Stadt unter einem Dach zusammenfassen, unter Ausnutzung der Synergie-Effekte.

Die Steyr-Werke haben damals diese Liegenschaft - weil ihnen das Gebäude zu groß geworden ist - zum Kauf angeboten. Das war noch unter der Zeit meines Vorgängers, Bgm. Schwarz, der diese Angelegenheit damals schon an mich als Vbgm. delegiert hat, doch dieses Grundstück und dieses Gebäude zu erwerben. Es ist richtig, wenn gesagt wurde, daß die Herren der

Steyr-Werke mit einem Gutachten in Höhe von 180 Mill. S an den Tisch gekommen sind. Wir haben ein Gutachten bestellt, welches 260.000 S gekostet hat. Das war ein unabhängiger, beideter Sachverständiger, der das Gebäude und das Grundstück auf 143 Mill. S geschätzt hat. Ich habe dann ein 3/4 Jahr gehandelt, und wir haben es schließlich - Koll. Schloßgangl war bei einem abschließenden Gespräch dabei - um 100 Millionen, aufgeteilt auf drei Jahre, damit wir das Budget verträglicher gestalten, wirklich gekauft. Ich glaube, daß diese Verhandlungen unter dem Aspekt, daß unsere Fachleute und auch ein beideter Sachverständiger erklärt haben, daß der Gebäudewert und der Bauzustand eben so und so sind, daß das eine gute und eine zielführende Verhandlung war. Aber daß die Einschätzung, was die Adaptierungskosten anbelangt, nicht richtig war, kann man nicht wegdiskutieren. Ich bestätige, daß gesagt wurde 5 bis 7 Millionen! Meine Frage war: Wie hoch werden die Adaptierungskosten sein? Darauf wurde die Aussage "5 bis 7 Millionen S" getätigt!

Offensichtlich haben sich hier die Fachleute in einer Weise geirrt, die nicht entschuldbar ist. Ich sage das genauso! Aber man muß sich als Politiker auf Gutachter, auf Fachleute verlassen können. Es kann nicht so sein und das

gibt es auch nicht, daß jeder alles versteht.

Als dann zu einem Zeitpunkt "X", drei bis vier Monate nachdem wir es gekauft hatten, die Herrschaften an den Tisch gekommen sind und etwas von 40 Mill. oder noch mehr an Adaptations-Erfordernis genannt haben, habe ich gesagt: "Auf Wiedersehen, meine Herren! Das ist viel zu teuer, und so haben wir nicht gewettet!" Allerdings haben sie bei der nächsten Besprechung von 60 Millionen gesprochen. Vor ca. vier Wochen haben wir das Papier, wo versch. Schätzungen zusammengefaßt wurden, in dieser Größenordnung auf den Tisch bekommen.

Ich bin also mind. genauso schockiert darüber, wie die anderen Redner, die dieses Thema angesprochen haben. Wir werden hier zweifelsohne massiv den Sparstift ansetzen müssen; wir müssen wirklich genau darauf achten, was hier notwendig ist; und wir werden auch den zeitlichen Ablauf entspr. ansehen müssen!

Heute wurde viel von den Einsparungen gesprochen. Wir haben - hier liegt aus meiner Sicht das Problem - zu wenig auf die perspektivischen Schwerpunkte geachtet - die großen Verkehrsbauwerke z. B., die wir errichten wollen, oder die FHS, die viel Geld kostet. Dort müßte eigentl. auch bei der Budget-Politik mehr strategisches Schwergewicht hindeuten. In diese Richtung hätten

wir stärker arbeiten müssen. Allerdings haben wir festgestellt - zum Teil zur eigenen Überraschung -, daß wir dieses Sparen gar nicht so einfach praktizieren können, und daß in Bewegung befindliche Prozesse und Determinationen gar nicht aufgelöst werden können. Wir bauen unheimlich viele Kanäle und Straßen. Das sind natürlich auch Umweltschutz-Maßnahmen, die wirksamsten meiner Meinung nach. Wir müssen jedoch auch zur Kenntnis nehmen, daß Steyrdorf wunderschön geworden ist, aber daß es auch sehr teuer geworden ist - fast 40 Mill. S mit der Verteuerung, die auch dort zu Buche geschlagen hat. Wir haben diesem Stadtviertel die modernste Infrastruktur in unserer Stadt verpaßt, aber es ist sehr teuer geworden.

Wenn ich dann noch an ein weiteres Großbauvorhaben denke: "Kanäle - Straßen - Beleuchtung Christkindlleite" - das letzte zusammenhängende Siedlungsgebiet, das wir gerade kanalisationsmäßig erschließen. Hier werden wir auch in der Gegend von 30 Mill. S "liegen". Wir haben Verträge über mehrere Jahre und können die Etappen gar nicht extra verkürzen; andernfalls würde sich daraus eine bedeutende Verteuerung ergeben - wie wir in unseren Klausurtagungen festgestellt haben.

Wir haben dann eine wunderbare Kanalisations-Erschließung: 97 % unserer Haushalte

sind im Stadtgebiet an das Kanalsystem angeschlossen. Da werden wir wahrscheinlich von den österr. Städten in einer sehr beneidenswerten Position sein, aber es kostet uns gegenwärtig sehr, sehr viel Geld.

Das ist eigentl. das Problem, das ich sehe: daß wir nämlich aus allgemeinen Vorhaben nicht so zurück und langsamere Schritte machen können, um die strategischen, wichtigen Dinge (wie Nordspange, Bahnhofs-Überbauung, FHS - um nur einige zu nennen) in der ausreichenden Weise dotieren zu können. Aber die FHS ist eben einmal eine Chance, die wir nicht auslassen können! Ohne Zweifel müssen wir dort alle Anstrengungen unternehmen - wir sind uns diesbezüglich auch einig, daß wir das tun sollten!

Koll. Dr. Pfeil hat viele Punkte angesprochen. Ich möchte nicht auf jeden einzelnen eingehen, aber man kann natürl. mit Berechtigung sagen - jeder Wunsch ist ja berechtigt und legitim -, daß die Musikschule ein Thema ist, das wir wahrscheinlich im GR schon viele Jahre diskutieren. Es ist ein Projekt des Landes, bei dem wir mitzahlen müssen - das Land sieht momentan nichts vor.

Wenn wir ein anderes Problem ansprechen:

Parkplatzbewirtschaftung - hier wäre das Geld nicht geflossen. So sehe ich das nicht! Die Schillinge haben ja kein "Mascherl". Wenn wir die Erträge aus der

Parkraumbewirtschaftung eben dann im Zuge des Verlustausgleiches hintransferieren zu den Stadtwerken, weil uns gar nichts anderes übrig bleibt, und unser Freund Roman Eichhübl unentwegt und stereotyp Investitionen in diesem Bereich verlangt - zu Recht natürlich. Allerdings haben wir die Tarife nicht korrigiert das 5. Jahr! Das ist natürlich populär! Die Verluste steigen uns ins Aschgraue, und die Prognosen für die kommenden Jahre

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Beim Ankauf der Citybusse! 10 Citybusse sind 10 Mill. S!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

..... und die Prognosen für die kommenden Jahre hat uns ja Koll. Zagler vor Augen geführt. Es wird nicht besser werden!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Die Citybusse sind

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Weißt Du, lieber Freund Roman, wenn man von Investitionen spricht,

LAUTE ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Kann ich Dein Ohr noch ein bißchen haben? Ganz kurz!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ausnahmsweise!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Investitionen - das sind nicht nur Autobusse und Werkzeuge sowie Einrichtungen für die Verkehrsbetriebe; in Wirklichkeit ist ja das viel zitierte Kommunalzentrum eine "Riesen-Investition" für die Stadt. Unternehmungen und Betriebe. Wenn ich hier nur ein Drittel des Kaufpreises nehme, das wir jetzt drinnen haben im Budget, sind es 33 Mill. S + 22 Mill. S Invest für den Verkehrsbereich, dann sehen wir, daß wir dort gewaltig investieren, um den Verkehrsbetrieben eine neue Heimstätte zu verpassen - aus der heraus sie wirtschaftlicher, wie ich hoffe, agieren können, als es jetzt der Fall ist! Auch dort unternimmt die Stadt gewaltige Investitionen. Ich bitte nur, das bei dieser Gelegenheit zu berücksichtigen.

Weil dieses Sparpaket so schwierig umzusetzen ist, weil es ein Weg zurück ist von etwas, das wir lieb gewonnen haben, wo auch die Vereine mit best. Unterstützungen und Subventionen rechnen, wo natürl. unsere Magistrats-Bediensteten wohl erworbene - wie man so schön sagt - Rechte haben, haben wir gleich am Beginn klargestellt,

daß wir als Politiker auch mit gutem Beispiel vorangehen müssen, und daß hier - das war einvernehmlich und klar festgestellt - jedenfalls die Bezüge eingefroren werden. Ich habe vorweg erklärt - aber nicht deswegen, weil die FPÖ in jeder Budget-Sitzung verlangt, der Bgm. verdient zuviel und muß seine Bezüge reduzieren, sondern vor allen Dingen deswegen, weil man sich nicht vor die Bediensteten hinstellen und sagen kann: Ihr müßt von freiw. Sozialleistungen herunter, bei Euch wird manches genommen, was in der Vergangenheit in guten Zeiten machbar gewesen ist. Da muß man selbst auch bereit sein, seinen Beitrag zu leisten! Ich hoffe, daß die Politikerbezüge bundes- und landesweit geregelt werden. Ich habe hier nur angeboten, eine Vorleistung dergestalt zu erbringen, daß ich eine Reduzierung über diese Reisekostenpauschale mache, die 16.225 S beträgt; ich verzichte also auf diese Pauschale. Es wird sich dann - sagt unser Lohnverrechner - ein **Nettobezug** von rd. **66.000 Schilling** für den Bürgermeister ergeben. Ich glaube, daß dies gar keine so schlechte Relation ist zum Koll. Pfeil, der 41.000 S netto bei dieser Tätigkeit "abhebt".

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Das stimmt ja gar nicht!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Sicher - so bin ich informiert!

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Leider stimmt das nicht!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Naja, ich weiß es nicht! 41.000 S hat mir die Lohnverrechnung mitgeteilt - ich habe mir das nämlich auch einmal angesehen!

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:
Vergleichen wir es!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Wir gehen davon aus, daß

STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:
Seit wann weiß die Lohnverrechnung, was Hr. Dr. Pfeil an Steuern zahlt?

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Man muß sich auch ansehen, daß er das nebenberuflich macht! Das nützt einmal nichts.
Man kann jede Sitzung immer wieder verlangen, "der verdient zuviel" oder "die verdienen zuviel". Ich halte ja das nicht für gut und richtig, sondern es sollten hier möglichst objektive Kriterien angewendet werden. Die Basis für die Bezüge, die wir in den Statutarstädten haben, das

ist der Bezug des Hrn. Landeshauptmannes! Ich gehe davon aus, daß die Fachleute mit den entspr. Schlüsseln - was Einwohnerzahlen usw. anbelangt - zu Regelungen kommen, die möglichst objektiviert sind, und daß dann endlich einmal diese "ungute" Diskussion aufhört, wo immer die riesigen Bruttobezüge, die vor 20 Jahren konzipiert wurden und veraltet bzw. antiquiert sind - ich hoffe, daß diese auch einmal wegkommen, und daß es ein klares Brutto und ein klares Netto gibt. Das sollen die Leute ruhig wissen - dann müßte doch auch einmal dieses schwierige Thema zu einem, wie ich hoffe, befriedigenden Ende gebracht werden.

Zusammenfassend, damit es nicht zu lang wird, möchte ich sagen, daß uns schon vieles gelungen ist. Wir haben sehr gute perspektivische Ansätze gefunden. Man kann vieles kritisieren, viele Wünsche sind noch offen. Ich meine aber, daß Rom auch nicht an einem Tag erbaut wurde, und daß es auch unsere Vorgänger nicht geschafft haben, innerhalb von 2 oder 3 Jahren alle diese bahnbrechenden Dinge umzusetzen.

Wichtig scheint mir, daß wir in der Lage sein müssen, diese Stadt betriebsbereit zu halten. Das ist in Wahrheit unser Auftrag! Ich appelliere wirklich an alle Mitglieder des GR - im bes. an die StS-Mitglieder, die ja die Regierungsfunktion innehaben in

dieser Stadt -, hier zu versuchen, in einer gegenseitigen, guten Akzeptanz, in Gesprächsverbinding bzw. -klima diese schwierigen Probleme zu lösen. Auch dann, und gerade dann, wenn die wirtschaftl. Umstände nicht so "rosig" sind, wie es in vergangenen Jahren oftmals der Fall gewesen ist.

Ich meine aber auch, daß es hier zu oberflächlich ist, wenn man den Finanzreferenten, der sich wirklich monatelang unausgesetzt mit dieser schwierigen Materie beschäftigt, am Ende einer solchen Budget-Debatte zum einzigen Schuldigen macht, weil die Lage eben schwieriger geworden ist. Ich würde Sie schon ersuchen, auch diese Problematik objektiver zu betrachten, sich vielleicht in die Lage zu versetzen, daß man diese Funktion selbst ausüben müßte - dann würde der eine oder die andere vielleicht etwas anders reden müssen, zwangsläufig! Daher möchte ich auch bitten, daß versucht wird, bei all den schwierigen Gesprächen, die es gegeben hat, doch das Verbindende vor das Trennende zu stellen. Ich freue mich darüber, wenn es eine breite Basis für dieses schwierig zu gestaltende Budget für das kommende Jahr geben wird.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich danke dem Bürgermeister für seine Ausführungen und gebe den Vorsitz wieder zurück.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz, danke. Da keine weitere Wortmeldung vorliegt, bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Ein kurzes Schlußwort sein mir gestattet. Es wäre natürlich auch ein Verzicht verlockend, aber einige Dinge, die in den Raum gestellt wurden und mich auch persönl. und in meiner Arbeit betreffen, möchte ich doch auch von dieser Seite ein wenig zurechtrücken. Es ist eben oft so, wenn inhaltlich breite Basis gefunden wird, wenn sich Übereinstimmung in so vielen Dingen abzeichnet, dann fällt die Formalkritik ganz einfach heftiger aus. Das ist eben so! Koll. StR Schloßgangl hat heute einmal während der Sitzung in einem Zwischenruf gesagt, "the show must go on" - und es ist eben so in einem GR, in pol. Gremien, daß auch da ein bißchen "auf den Busch" geklopft werden muß.

Ich möchte mich aber trotzdem auch rechtfertigen, so als würden diese Vorwürfe vielleicht tatsächlich stimmen. Ich habe im September und Oktober mit den einzelnen Referenten Verhandlungen gepflegt. Und zwar nicht so, um Referenten zu be-

vormunden oder von mir aus den Sparstift anzugreifen und Dinge wegzustreichen, die mich persönlich oder meine Partei nicht interessieren, sondern um mich selbst in das ganze Ausmaß der Vorbereitungsarbeiten der Beamtschaft einzuarbeiten. Es ging auch darum, best. Dinge zurechzurücken, die oftmals in ein Budget hineinkommen - weil der gesamte Zusammenhang nicht zu sehen ist -, die vielleicht in anderen Positionen untergebracht sind, wo vielleicht andere Zahlungsverpflichtete vorhanden sind, wo es vielleicht durch Verschiebungen in der Beschaffung, eben von der Fristigkeit und der Fälligkeit von Zahlungen, Probleme gibt - also auf diese Art und Weise. Es ist nicht meine Aufgabe - ich sehe das auch nicht als solche -, hier den Stift so anzusetzen, daß ich sage, "mich interessiert das nicht, das gehört weg". Wenn es zu solchen Gesprächen gekommen ist - im Bewußtsein, daß wir sparen müssen -, werden natürl. auch dort die Posten hinterfragt. Da heißt es eben dann, "brauchen wir wirklich diese Investitionen in diesem Ausmaß und in diesem Jahr oder könnte man dieses und jenes verschieben?". Dort entsteht dann eben ein Papier, das mit den Referenten zumind. vorbesprochen wurde - nicht vereinbart! Das möchte ich ganz deutlich festhalten. Das war am 7. Oktober der Fall, da war mein letzter Verhandlungspartner Hr. StR Schloßgangl.

Die SPÖ hat eine Budget-Klausur abgehalten, hat - so wie alle anderen Fraktionen - zu diesem Zeitpunkt ein Papier erhalten, wo eben diese Referenten-Ergebnisse zusammengefaßt wurden. Es hat zwei Tage lang gedauert, und damals sind schon sehr viele Stunden für das Budget aufgewendet worden. Auch die ÖVP hat eine Klausur gehalten, und zwar am 5. November, wo erfreulicherweise - auf Einladung der ÖVP-Fraktion - Hr. Mag. Lemmerer als Fachmann, als Experte an dieser Klausurtagung teilnehmen konnte, um von seiner Warte aus den Budget-Stand zu erläutern und zu besprechen.

Ich möchte damit nur sagen, daß jede Fraktion klarerweise auch in den kommenden Jahren die Möglichkeit hat, sich in einer Klausurtagung mit den Budget-Themen und mit dem Stand des Budgets auseinanderzusetzen. Dann - ich habe ja schon versucht, das in meiner Budget-Rede darzustellen - war es früher ein Spießbrutenlaufen für den Finanzreferenten: von den Fachreferenten zu den Fraktions-Obmännern, in Pendelmission hin und her; bis - so ähnlich wie heute - dann doch noch in letzter Minute ein Ergebnis erzielt werden konnte. Ich kann mich noch erinnern, als Euer Fraktions-Kollege damals - von Dir, Eva - gestützt faktisch mit dem aufgeritzten Finger mit Blut seine Unterschrift auf das Budget gekritzelt hat, um in letzter

Minute seine Zustimmung zu signalisieren. Ich habe das ein wenig dramatisiert, aber ich möchte damit sagen, daß diese Zustimmungen sehr, sehr spät zu erlangen waren. D. h. - wenn ich behaupte, daß wir nur 2 oder 3 Tage in Verzug sind mit unserer heutigen Beschlußfassung -, daß es auch sonst nicht anders gekommen wäre, auch wenn wir viel früher diese Gespräche des Finanzreferenten - als gar nicht Zuständiger, weil pol. ja nicht für die Fraktion Verantwortlicher - und die Vorbereitungsarbeiten gemacht hätten.

Ich begrüße die Neueinführung dieser Klausur, ich teile auch die Meinung, daß man das in Zukunft planvoller und kürzer gestalten könnte. Ich teile aber eine Meinung nicht - es wird nicht mehr meine Entscheidung sein, aber eine Meinung teile ich nicht: daß nämlich diese Arbeit sehr früh im Jahr stattfinden soll. Jeden Tag ändern sich die Grundlagen! Wer heute in die Zeitung schaut, weiß: unsere Kalkulationen im Kindergartenbereich u. anderswo, eine mittelfristige Finanzplanung betreffend, schauen z. B. schon wieder ganz anders aus, weil EU-Begleitgesetze im NR beschlossen worden sind. Durch diese wurde das "Jammerspiel" mit dem Zurückzahlen der abgezogenen Vorsteuer in den nächsten Jahren Gott sei Dank beendet; wir haben faktisch die steuerliche Gleichbehandlung auch nach einem EU-Beitritt.

Jetzt wissen wir aber noch gar nicht - weil die Spanier mit der EU seit vielen Stunden in Dauerverhandlung stehen -, ob die EU mit 1. 1. 1995 kommen wird. Je später wir also beisammen sitzen, umso besser und fundierter ist unser Meinungsbildungs-Prozeß.

Ich darf dem Vorschlag, den Bgm. Leithenmayr gemacht hat, einen sehr großen Gefallen abgewinnen: nämlich die Ziele von der Limitierung nach oben zu definieren und dann auch zu versuchen, diese einzuhalten. Es war ja bei uns so, daß im Vorschlag, den sich die StS-Mitglieder der FPÖ und ÖVP nicht mehr angehört haben, der zu dieser StS-Sitzung am 11. November gekommen ist, ein Abgang von 33 Mill. S im o. H. vorgesehen war, im ao. H. ein Betrag von 147,6 Millionen. Nach den - von allen heute gerühmten - Sparmaßnahmen und Notmaßnahmen ist der Abgang nicht 33 Mill. S gewesen, sondern 42 Millionen, der ao. H. nicht 147,6 Mill. S, sondern 184 Millionen - mit einigen Beschlüssen, wo wir gesagt haben, auch hier sollten wir noch Sonderfinanzierungen anbieten. Ich bin nicht nur Optimist, sondern ich bin auch der Meinung, daß dieser Haushalt finanzierbar sein wird - auch in diesem Ausmaß, auch mit den zu erwartenden Sonderkosten, was FHS und Parkdeck anlangt. Meine ursprüngl. Vorlage - und es ist kritisiert worden, daß die dann

durch ein SPÖ-Papier ausgetauscht oder nachgereicht wurde - meine ursprüngl. Vorlage als Finanzreferent hätte einen ao. H. von 240 Mill. S vorgesehen, wo aber solche Beträge, wie Parkdeck Bahnhof u. a., enthalten gewesen sind. So weit unterscheiden sich also die heutigen Beschlüsse von den damaligen Vorlagen doch nicht. Wenn dann im Gespräch gemeint wird, der Finanzreferent hat die volle Schuld zu tragen für die vergangenen Jahre, dann muß ich sagen, daß ich das auch hier von mir weise. Ich finde das schon ein bißchen seltsam, nachdem die SPÖ die Kraft nicht mehr hatte, seit der Budget-Sitzung im Dezember 1991, die Budgets alleine zu beschließen. Also, lieber Othmar, wenn Du mir vorhältst, ein Finanz-Desaster bzw. mangelhafte Finanzplanung in den letzten Jahren gemacht zu haben, muß ich sagen: Du und Deine Fraktion, Ihr seid sowohl

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Die Wahlkampf-Budgets!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

... Ihr seid sowohl beim Budget 1992 als auch beim Budget 1993 sowie 1994 dabei gewesen und habt diese Beträge und Budgets mitbeschlossen. Auch die FPÖ war im Jahr 1993 dabei!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Das heißt, Du willst in Zukunft keine Zustimmung mehr?! Das kannst Du haben!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Das ist es nicht! Ich werde das in Zukunft nicht brauchen, lieber Karl, aber es geht darum, wenn man gemeinsam Budgets beschließt, sollte man sich natürlich auch mit den Folgen auseinandersetzen und sich nicht - diese Worte hast Du heute selbst gesagt - "gegenseitig ans Bein pinkeln"! Das möchte ich also auch nicht haben.
Die einzelnen Posten

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Es wird weiter gepinkelt!

Gelächter

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Die einzelnen Posten, die im Rahmen der Diskussion angeführt worden sind, möchte ich nicht im Detail kommentieren. Insgesamt ist es so, daß alle, die Ansprüche an das Budget gestellt haben, nicht mit allen ihren Wünschen durchgekommen sind, daß im Prinzip bei allen Sparpotential genutzt wurde und auch noch genutzt werden wird müssen.
Breiteste Zustimmung für das heutige Budget hebt uns ab von vielen anderen Städten in unserer Nachbarschaft - im weiten Umkreis. Das ist eigentl. das, was mich so kurz vor

Weihnachten bei meinem letzten Budget sehr versöhnlich stimmt. Ich möchte mich im Vorhinein bei jenen bedanken, die ihre Zustimmung zu diesem Papier geben, für das sich auch die Beamtenschaft durch viel Arbeit bes. verdient gemacht hat - auch in der Begleitung unserer Klausurtagungen. Ich möchte an dieser Stelle allen frohe Weihnachten, ein gutes neues Jahr und ein gutes Arbeiten mit dem Budget 1995 wünschen.
Ich bitte nun, das Budget in der vorgelegten Form, den Antrag ohne Dienstpostenplan, aber mit den 3 vorgelegten Zusatzanträgen zur Abstimmung zu bringen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung - zunächst über das Budget und im Anschluß über die drei Zusatzanträge. Erst dann wird über den Dringlichkeitsantrag abgestimmt, der natürlich schon in das Budget eingearbeitet wurde. Der Dienstpostenplan wird zuletzt beschlossen.

Wir stimmen nunmehr ab über das Budget 1995, und zwar in der vom Finanzreferenten vorgelegten Letztfassung. Wer ist gegen diesen Antrag? 3 Gegenstimmen (2 GAL, 1 FP). Übt jemand Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (FP). Wer dem Budget die Zustimmung erteilt, den bitte

ich, ein Zeichen zu geben. Der Rest. Danke sehr. Das Budget '95 ist mit Mehrheit angenommen.

Jetzt stimmen wir über den Zusatzantrag I ab, der den Gegenstand "VA der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1995 - Gegenseitige Deckungsfähigkeit von VAST der FA APT" hat. Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Der Zusatzantrag I ist einstimmig angenommen.

Der zweite Zusatzantrag hat den Gegenstand "VA der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1995 - Kreditsperre von 10 Prozent bei den Subventionen, Repräsentationsaufwendungen und Verfügungsmitteln". Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich, ein entspr. Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Auch der Zusatzantrag II ist einstimmig angenommen.

Der dritte Zusatzantrag ist der gemeinsame Antrag der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion an den GR. Ich gehe davon aus, daß die Positionen 1 - 8 bekannt und vorliegend sind. Dieser Antrag ist ausreichend unterstützt. Wer mit diesem Zusatzantrag einverstanden ist, den bitte ich, ein zustimmendes Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist gegen diesen Zusatzantrag? 2 Gegenstimmen (GAL). Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Zusatzantrag III ist mit Mehrheit angenommen.

Wir stimmen nunmehr über den Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion ab. Ich gehe davon aus, daß

VERSCHIEDENE UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Jetzt müßte über den Dienstpostenplan abgestimmt werden!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der Dringlichkeitsantrag gehört direkt zum Budget!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Der Dienstpostenplan auch!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der Dienstpostenplan kommt zum Schluß! Ihr werdet mir doch zugestehen, daß wir es in der Form handhaben!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das, was hier vorliegt, gehört direkt zum Budget, daher möchte ich über den Dringlichkeitsantrag der ÖVP abstimmen lassen.

GEMEINDERÄTIN

ULRIKE FUCHS:

Wir haben keinen!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wer hat keinen? Wurde er denn nicht verteilt? Dann darf ich ihn zur Verlesung bringen.

Der Dringlichkeitsantrag ist ausreichend unterstützt und hat folg. Wortlaut:

DRINGLICHKEITSANTRAG

Der GR möge beschließen:

1)

Die Erhöhung der Bezüge der politischen Mandatare um das Ausmaß der Erhöhung der Gehaltsansätze der Gemeindebediensteten wird im Jahr 1995 ausgesetzt.

2)

Zur Überarbeitung der Bezügeverordnung wird eine Arbeitsgruppe aus Gemeindevertretern aller Fraktionen eingerichtet.

3)

Die Beförderungsrichtlinien für die Magistratsbediensteten sind unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit zu novellieren."

Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben.

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Zur GO!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr!

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Ich verweise nur darauf, daß der Text des Antrages teilweise ident ist mit dem schon beschlossenen Antrag.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist richtig!

LAUTE ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Richtig, das ist uns bekannt! Teilweise!

GEMEINDERAT

DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hier wäre meines Erachtens doch eine Umformulierung angebracht!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Aber das dauert doch alles so lange. Im Prinzip geht es darum, daß es teilweise drinnen ist und teilweise nicht. Ich sehe hier kein Hindernis! Widersprüchliches sehe ich nicht, daher möchte ich über diesen Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Fraktion abstimmen lassen.

Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? 2 Enthaltungen (GAL). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zum Dienstpostenplan - dazu darf ich den Hrn. Referenten noch einmal an das Rednerpult bitten.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der letzte Punkt vor der Aktuellen Stunde behandelt den Dienstpostenplan. Es wird ja kein Zufall sein, daß der Wunsch geäußert wurde, diesen Dienstpostenplan gesondert abzustimmen.

Ich darf sagen, daß in der StS-Sitzung am 15. Dez. festgelegt wurde, daß dieser Dienstpostenplan - so wie er Ihnen auch übermittelt wurde - mit der Maßgabe an den GR weitergeleitet wird, daß gegenüber dem Ist-Stand 1994 im Jahr 1995 3 % Personal einzusparen sind. Nachdem bereits im dritten Zusatzantrag zum Budget 1995 in den Punkten 3, 4, 5 und 6 Begleitmaßnahmen zu dieser Dienstpostenplan-Abwicklung (wie Beförderungs-Richtlinien überarbeiten, Stellenbeschreibungen bis Ende 1995 vorantreiben, Einsparung von Überstunden und Aufnahmesperre) mehrheitlich beschlossen wurden, glaube ich, muß ich das jetzt nicht wiederholen. Es ist klarerweise auch für diesen Antrag des Dienstpostenplanes der Zusammenhang feststellbar. D. h., er ist im Sinn mit diesem Zusatzantrag von zuerst gemeinsam zu behandeln.

Vielleicht noch ganz kurz zum "Was wäre wenn?". Was wäre, wenn dieser Dienstpostenplan keine mehrheitliche Zustimmung bekäme? Dann würde zunächst nach dem Statut der Dienstpostenplan 1994 ohne all diese Einschränkungen gelten.

Ich glaube, gerade in den Gesprächen der StS-Mitglieder und der Fraktions-Obmänner haben wir uns darüber geeinigt, daß eine Gruppe eingerichtet wird, die diese Einsparungsvorschläge - gerade auch die Reduzierung des Ist-Standes um 3 % - begleitend kontrollieren soll; daß damit dem Genüge getan ist, daß man hier nicht jeden einzelnen Posten anzusprechen braucht, sondern daß man das über diese Gruppe an die entspr. Gremien zur Beschlußfassung herantragen kann.

Ich bitte, die Diskussion und die Abstimmung herbeizuführen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Hr. Koll. Holub bitte.

STADTRAT

KARL HOLUB:

Ich glaube, ich kann das gleich von hier aus machen.

Man hat sicher jetzt mit dem neuen Dienstpostenplan das Problem, daß man nicht erkennen kann, wo die Veränderungen stattgefunden haben. Das ist heute auf dem Tisch des Hauses gelegen - die neue

Veränderung. Ich würde den GR einladen, das dennoch so zu beschließen, jedoch mit dem Vorbehalt, daß das nicht kontrolliert ist.

Wenn man sich dazu nicht finden kann, würde ich eher empfehlen, die Anregung v. Koll. Zagler, die er zwischen den Zeilen gemacht hat, gelten zu lassen, daß der Dienstpostenplan 1994 weiter läuft und ein neuer verhandelt werden kann.

Es ist unkontrolliert; der Schematismus ist völlig indiskutabel. Das dauert viel zu lange, wenn man das durchrechnet. Völlig unmöglich - es gibt nur diese zwei Möglichkeiten! Entweder, daß wir jetzt zubilligen, daß ein neuer Dienstpostenplan da ist, der nach den Aussagen des Referenten die Grundsätze der Einsparung hat - wir aber nicht überprüfen können, ob sie dort stattfindet, wo sie sinnvoll ist. Diese Anfügung muß sein!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Zwischenruf zum Zwischenruf!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Das war eine Wortmeldung!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Zwischenruf zur Wortmeldung, aber vom Platz aus bitte.

Es geht darum, daß beschlossen wurde, 3 % Einsparung auf den Ist-Stand 1994!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Nur wo wissen wir nicht!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Das ist auch nicht eingefügt. Das ist eine Sache der Arbeitsgruppe, das muß sich ergeben aus der Fluktuation. So waren unsere Vorüberlegungen! Ich kann nicht etwas

LAUTE ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bitte um Ruhe!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Jetzt bin ich aber allmählich doch daran interessiert, daß meine Wortmeldung protokolliert werden kann, weil das vom Platz aus sehr schwierig ist.

Ich glaube, daß wir zunächst einmal Klarheit darüber brauchen: Ist in dem Tabellenwerk eine Veränderung zu dem, was im gebundenen Teil drinnen ist? Ja oder nein?

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Ja!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Kann man das so verstehen, daß an einzelnen

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Das ist ja beinahe wie bei
"Wünsch' Dir was"!

STADTRAT
KARL HOLUB:

....., daß an einzelnen Fach-
abteilungen Reduktionen statt-
gefunden haben, die wir jetzt in
ihrem Inhalt noch nicht er-
kennen können.

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:
Nein, es ist deshalb, weil

STADTRAT
KARL HOLUB:
Dieses "Ding" hast Du uns ja erst
heute auf den Tisch gelegt!

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:
Das ist unser Besprechungs-
Ergebnis v. letzten Donnerstag,
wo wir eigentl. die GR-Sitzung
gehabt hätten, wo wir bei-
sammen gesessen sind - StS,
Fraktions-Obmänner. Das war am
15. Dezember, dort waren Än-
derungen besprochen und auch
so goutiert.
Ich kann mich genau erinnern,
die 3 %ige Einsparung

LAUTE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:
Dort wurde auch gesagt, daß man
das ja nicht im Vorhinein machen
kann, sondern daß es aufgrund
von Fluktuationen und Ver-
schiebungen innerhalb der Ab-
teilungen erfolgen wird.

STADTRAT
KARL HOLUB:
Ein bißchen intransparent ist das
jetzt schon, was eingearbeitet ist
und was nicht! Das möchte ich
nur anmerken dazu. Ich habe

LAUTE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT
KARL HOLUB:
Das stimmt nicht! Das stimmt
eben nicht, daß 3 % herunter
gerechnet sind. Vorne auf der
ersten Seite hat es einen Re-
chenfehler gegeben!

GEMEINDERAT
RICHARD GOLLATSCH:
Auf der Seite 355 im großen
Buch ist sogar ein Rechenfehler!

STADTRAT
KARL HOLUB:
Dieser ist hier korrigiert! Das ist
es - und 4 Mitarbeiter sind kor-
rigiert im GB III.

LAUTE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT
KARL HOLUB:
Genau das ist es, meine Damen
und Herren des GR, was mich ein
wenig mit Unmut erfüllt hat bei
der ganzen Vorbereitung dieses
Budgets!
Ich will jetzt nicht alte Debatten
noch einmal machen, aber in
dieser Unsorgfalt, in der man
hier vorgegangen ist, hat diese
ganze Budget-Erstellung statt-
gefunden. Punkt! - Ende! - Aus!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Jetzt geht es doch darum, daß hier eine abschließende Besprechung stattgefunden hat, wo die beteiligten Mitglieder des StS und Koll. Apfelthaler dabei waren. StR Zagler versucht uns zu erklären, daß die Ergebnisse dieser Besprechung in diesen Dienstpostenplan eingeflossen sind. Vielleicht kannst Du das noch einmal erläutern, denn wir müssen ja zu einer Entscheidung kommen!

STADTRAT

KARL HOLUB:

Aber so geht es doch nicht!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Ich glaube, es gibt keinen Grund zur Aufregung!

LAUTE ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Moment! Jetzt lassen wir einmal den Referenten sprechen - immer einer schön nach dem anderen!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Wir sind beisammen gesessen und haben im Dienstpostenplan zwei Änderungen besprochen und dort Einigkeit erzielt. Ich erinnere daran: gerade in Richtung der Überlegung, daß Reinigungsfirmen eingesetzt werden

sollten - auch das war unsere übereinstimmende Meinung - in bestimmten Objekten, wurden vier Posten, die für Reinigungsfrauen vorgesehen gewesen wären, in diesem Papier

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bitte um Konzentration in den letzten Minuten!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Ich möchte das gerade für Koll. Holub transparent machen. Also vier Bedienerinnen, für die Dienstposten geschaffen worden wären in der alten Vorlage, wurden herausgenommen. Auch der Pragmatisierungs-Posten oder der Anspruch für den Mobilitätsberater Rumpelsberger - das war auch die Meinung dieser Gruppe, die am Donnerstag beisammen gesessen ist - ist ebenfalls hier nicht enthalten. Eine 3 %ige Kürzung kann ja bitte jetzt noch nicht in dieser Geschwindigkeit enthalten sein. Wenn ich heute überlege, daß im Tiefbau voriges Jahr noch 80 Mill. S im ao. H. waren, heuer 37,5 Mill. S im ao. H. sind; soll ich jetzt vom Tiefbau eine Reduktion machen? Nein. Man muß schauen, wo gibt es Fluktuationen, wo gibt es interne Verschiebungsmöglichkeiten, daß sich im Laufe des Jahres der Dienstpostenplan so ändert. Wir machen ja das an und für sich bei fast jeder Personalbeirats-Sitzung oder StS-Sitzung,

wo es um Personalien geht, daß auch dort zumind. ist-standmäßig eingegriffen wird in diese Pläne. Wir haben - auch das ist dazu zu sagen - in den letzten Jahren sehr viele Posten hier geschaffen; durchaus einstimmig, einige mehrstimmig. Ich kann mich persönl. an keinen erinnern, außer die Besetzung eines solchen Postens, wo nur die SPÖ gestimmt hätte. Das ist in den letzten 3 Jahren GR oder StS mein Eindruck. D. h., ich kann hier nicht den Soll-Plan verändern, wenn ich zum heutigen Zeitpunkt nicht weiß - ich glaube, keiner hier herinnen -, wo die sinnvolle Einsparung, das sinnvolle Potential liegt. Das ist der Versuch, den ich unternommen habe, um das zu erklären. D. h., dieser Dienstpostenplan könnte beschlossen werden mit allen Begleitmaßnahmen, die offen gelegt worden sind; oder die Alternative davon ist: wir stimmen nicht für diesen Dienstpostenplan, und es läuft der alte, der sicherlich nicht besser ist als dieser.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Was wünscht die ÖVP? Kollege Spöck wünscht das Wort - bitte. Die FPÖ hat schon erklärt, daß sie dem Dienstpostenplan nicht zustimmen werden. Das löst sich ganz von selber auf! Ihr habt es in Händen - vielleicht kann man uns darüber noch Aufschluß geben!

GR ULRIKE FUCHS VERLÄSST UM 20.39 UHR DIE SITZUNG.

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Wir haben uns ja auch in der Sitzung des Personalbeirates am 7. Nov. 1994 mit diesem Dienstpostenplan befaßt. Ich weiß nicht, ob ich jetzt richtig liege - damals war die Rede von einer Vermehrung von insgesamt 11 Bediensteten: die Sekretärin v. Hrn. Vbgm. Pfeil + 0,25; Personalentwicklung Angerbauer + 1; Controlling Zineder + 1; die vier Bedienerinnen in der Liegenschaftsverwaltung - die fallen jetzt weg, wie wir gehört haben; dann der p III-Posten v. Hrn. Brandstetter im APT + 1; plus 3 Leute beim Pool bzw. eine Hausgehilfin bzw. eine Arbeiterin in der Wäscherei; die Fr. Vollhofer plus - lt. Gesetz, ist damals gesagt worden.

Das waren plus 11, minus 5! D. h., +6 hat dieser Dienstpostenplan mehr gegenüber - so habe ich das gesehen - dem alten Dienstpostenplan.

GEMEINDERÄTIN

BRIGITTE LOHNECKER:

Ich hätte eine Zwischenfrage! Ich verstehe nicht, warum diese 54 bediensteten Frauen in Karenzurlaub hier nicht enthalten sind. Wird das immer so gehandhabt? Die Bezüge werden sie ja bekommen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:
Karenzgeld!

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

GEMEINDERÄTIN
BRIGITTE LOHNECKER:
Warum werden die nicht mitgeführt?

LAUTE ZWISCHENRUFEN

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Das sind überwiegend Vertragsbedienstete!
Koll. Zagler, könntest Du das bitte noch einmal erklären?

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:

Ich werde noch einmal versuchen, das zu erklären. Die meisten Maßnahmen, die Koll. Spöck - ich habe leider den Zettel heute nicht bei mir - erwähnt hat, sind ja Herstellungen eines Ist-Zustandes. D. h., es ist dort keiner, der am 1. Jänner neu beginnt, sondern es sind Regulierungen des Bestandes. Unser - so habe ich das zumindest interpretiert - pol. Wille dieser Gespräche war, 3 % einzusparen. Ich nehme an, daß sich die Fraktionen dazu auch bekennen und begleitend mit bzw. in einer Arbeitsgruppe überlegen, wo welche Fluktuationen eben nicht nachbesetzt werden, wo entspr. Dinge nachbesetzt werden müssen, um so zum Jahresendstand von minus 3 % zum Ist-Stand 1994 zu gelangen. Ich glaube, das

ist arithmetisch einmal eindeutig formuliert und somit, meiner Meinung nach, auch eindeutig abzustimmen.

STADTRAT
KARL HOLUB:

In dieses Papier ist das eingearbeitet?

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:
Ja!

STADTRAT ING.
OTHMAR SCHLOSSGANGL:
Dieses Papier haben wir besprochen?

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:
Ja!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Jetzt hat sich das doch noch aufgeklärt - das ist wunderbar! Kommen wir nun zur Abstimmung, weil das geklärt ist. Wer ist gegen den Dienstpostenplan? 6 Gegenstimmen (FP). Stimmenthaltungen? 2 Enthaltungen (1 FP, 1 GAL). Wer für den Dienstpostenplan stimmt, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Der Rest. Danke. Damit ist auch der Dienstpostenplan mit Mehrheit beschlossen.
Jetzt stelle ich die Frage an die SPÖ, ob es ein Thema zur Aktuellen Stunde gibt? Nicht der Fall. FPÖ-Fraktion? Nein. ÖVP? Nein. GAL? Auch nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer Tagesordnung angelangt - diese ist erschöpft, wir auch. Ich danke für die Teilnahme, für die Diskussionsbeiträge. Am Ende dieses Jahres, nach vielen turbulenten Sitzungen möchte ich Ihnen allen danken für die Mitwirkung im GR, für die vielen einstimmigen Beschlüsse, die wir gefaßt haben; und ich möchte Ihnen ein friedvolles und erholsames Weihnachtsfest wünschen sowie viel Schaffenskraft und Gesundheit im nächsten Jahr.
Die Sitzung ist geschlossen!

Beifallskundgebung

ENDE DER SITZUNG: 20.47 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist e.h.

Belinda Kastlunger e.h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Kurt Apfelthaler e.h.

Josef Brandstötter e.h.

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

DEPARTMENT OF CHEMISTRY

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

DEPARTMENT OF CHEMISTRY

CHICAGO, ILLINOIS

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

DEPARTMENT OF CHEMISTRY

CHICAGO, ILLINOIS